

A L T E R N A T I V E

MONATSZEITUNG

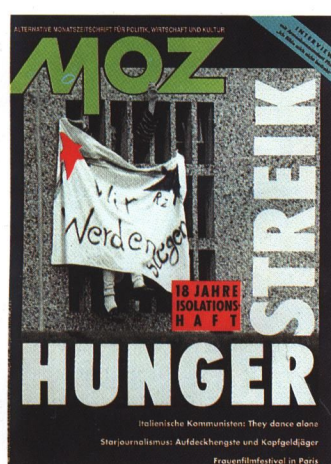
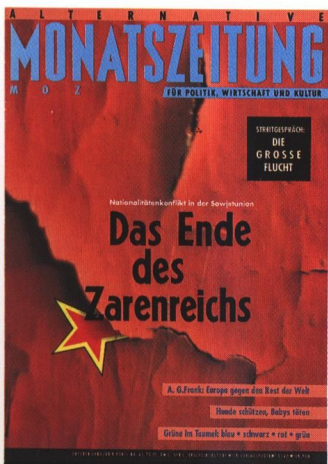
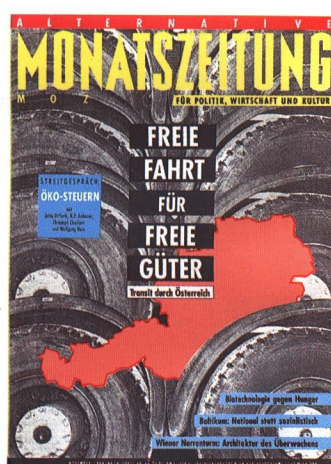
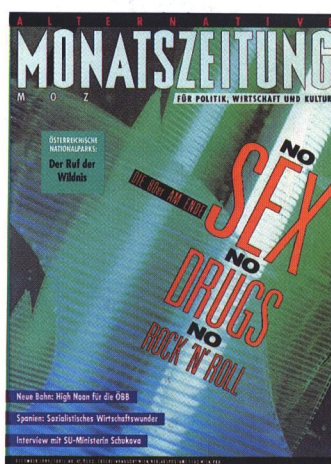
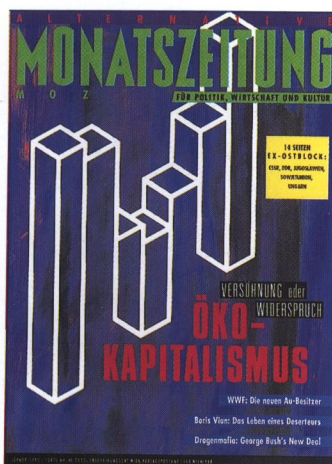
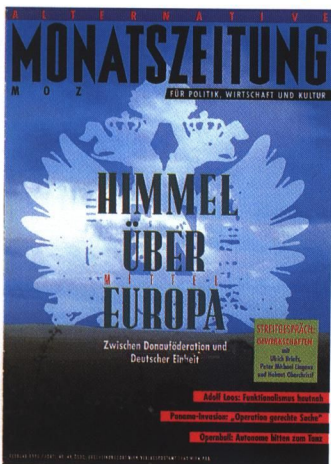
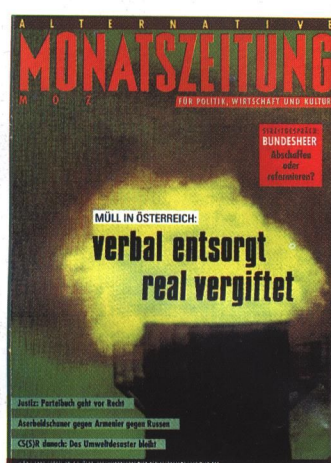
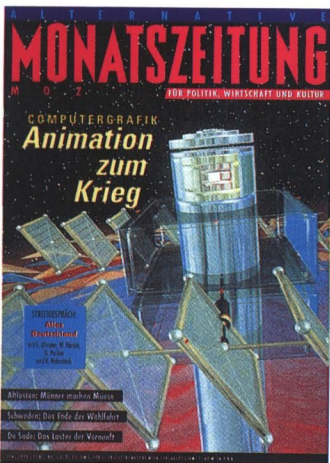
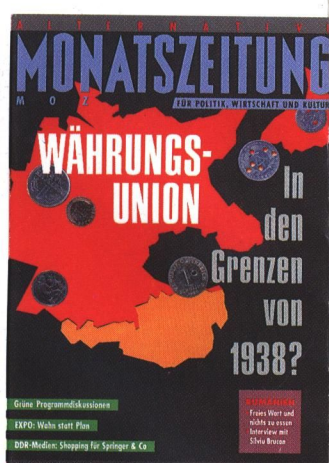
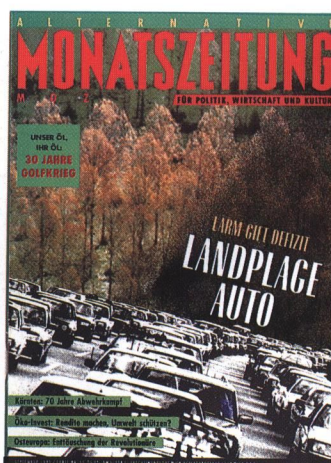
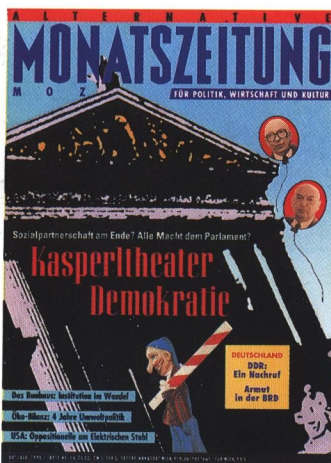
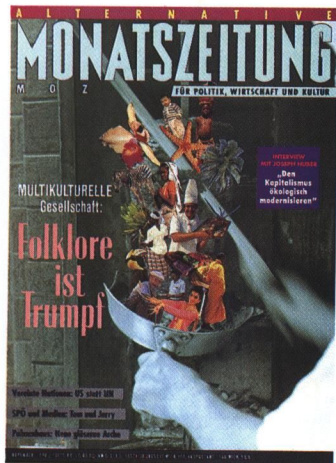
M O Z

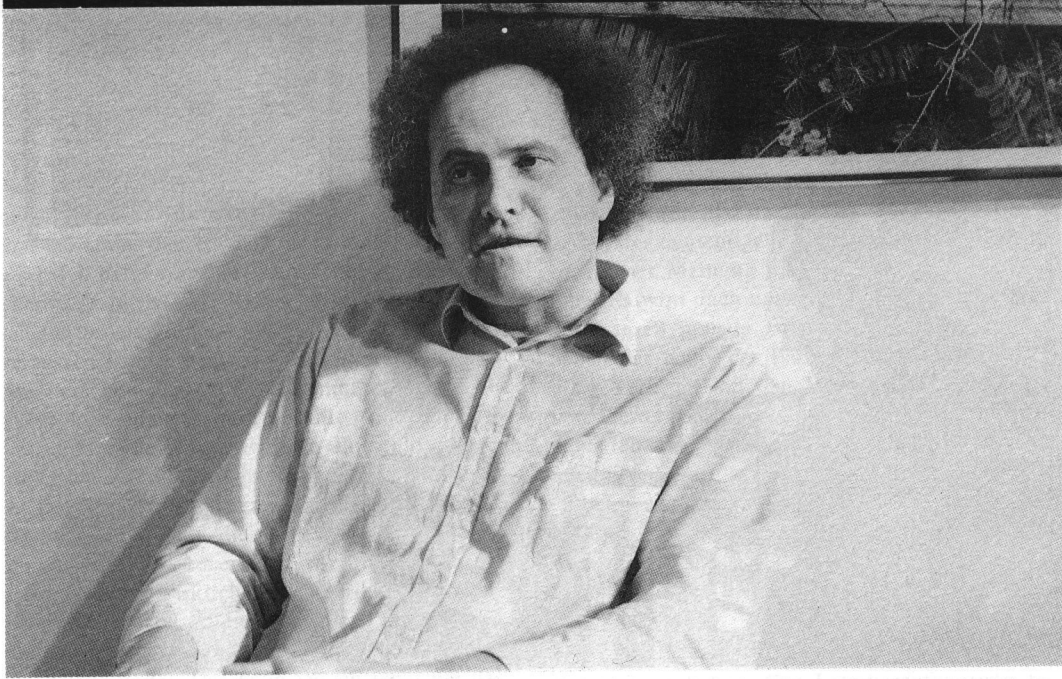
FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR



Es kann nur mehr besser werden

Wir danken unseren Leserinnen und Lesern





Fotos: van der Straeten

„WIR SOLLEN POLARISIERUNGEN VERMEIDEN ...“

Andreas Wabl war in der vergangenen Legislaturperiode Klubobmann der Grünen und ist nunmehr normaler steirischer Abgeordneter, sein Nachfolger als Klubchef ist Johannes Voggenhuber.

Karl Lind sprach mit Andreas Wabl über den bevorstehenden Bundeskongreß, den Zustand der Partei, grüne Versäumnisse und Perspektiven.

MONATSZEITUNG: Knappe fünf Prozent, Andreas Wabl, lautete das Ergebnis der vergangenen Nationalratswahl, - etwa die Hälfte dessen, was die Umfrageinstitute den Grünen prophezeit hatten. Woran ist's gelegen? An den Grünen oder an der Demoskopie?

WABL: Es gibt viele Ursachen; eine ist sicher die, nach der die Grünen zu Ende des Nationalratswahlkampfes in der innenpolitischen Landschaft überhaupt keine Rolle mehr gespielt haben. Die Polarisierung Vranitzky oder Schwarz-Blau hat einen nicht unerheblichen Teil der kritischen Leute dann doch noch Franz Vranitzky wählen lassen.

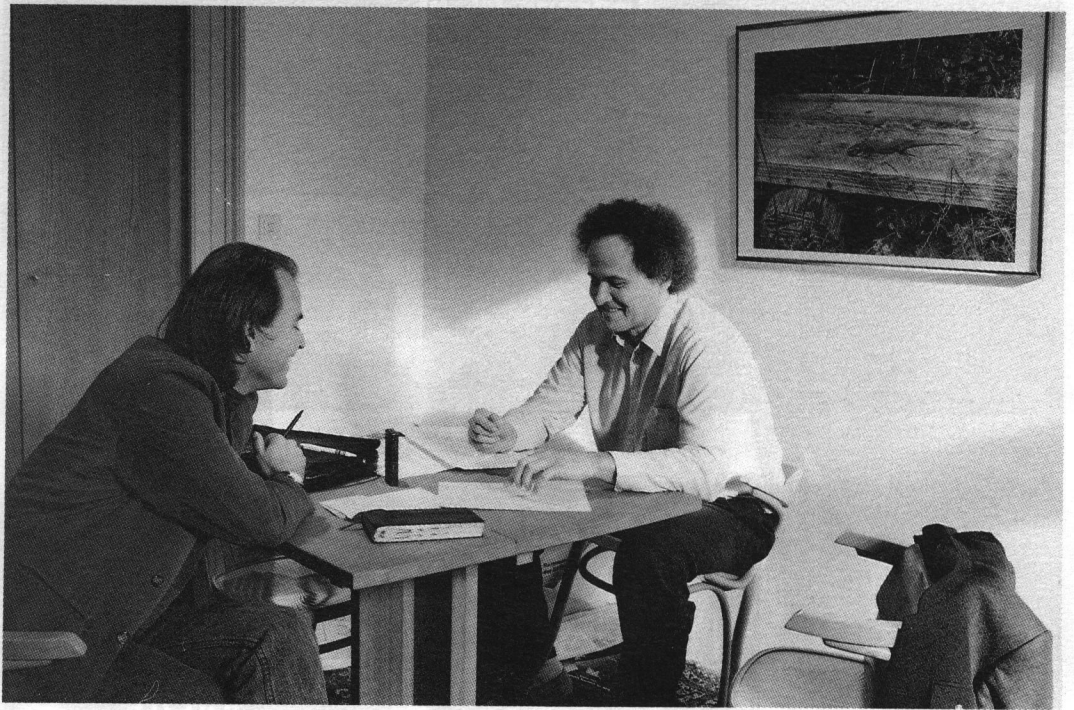
MONATSZEITUNG: Eine Erklärung ...

WABL: Dann haben wir es verabsäumt, unseren politischen Anspruch für die nächsten vier Jahre zu formulieren. Was wollen wir durchsetzen? Dann die ängstliche Festlegung auf die un-

bedingte Oppositionsrolle - die halte ich für fatal in einer Situation, wo innenpolitische Bewegungen im Gang sind.

MONATSZEITUNG: Ja, warum denn die Festlegung?

WABL: Auf Grund der Ängstlichkeit, von einer großen Partei erdrückt zu werden, sowie das Spannungsverhältnis - Regierungsverantwortung zu tragen und gleichzeitig fundamentale Positionen einnehmen zu müssen - nicht mehr aushalten zu können. Und das ist sicher richtig, da unsere weitgehend nicht vorhandene Organisation das nicht aushalten würde. Wenn umweltpolitische Maßnahmen zu spät ergriffen werden, geraten die demokratischen Spielräume immer geringer, und wir gehen immer mehr in die Verbotspolitik rein. Und das wollen sich, verständlicherweise, gerade Grüne nicht leisten. In diesem Spannungsverhältnis muß nun agiert wer-



den, auch wenn wir organisatorisch nicht so gut sind.

MONATSZEITUNG: In Großdeutschland müssen sich die Grünen rege bemühen, die 5%-Klausel zu schaffen. Im ganzen Ex-Osten spielen grüne Parteien keine Rolle. Ist das schwache österreichische Ergebnis Folge eines internationalen Trends oder ist es nur vorübergehend, zurückzuführen auf die aktuellen Unruhen?

WABL: Die Grünen können mit diesem einen Widerspruch nicht umgehen: Einerseits die völlig richtige Vorstellung, wie gesellschaftliche Veränderung in der jetzigen Zeit funktionieren kann und muß - mit bestimmten Strukturen an der Basis - und andererseits die tägliche Auseinandersetzung machtpolitischer Art, in der wir auch ganz wesentlich eine Rolle spielen müssen. Wenn ich das immer als Gegensatz sehe, als einen Gegensatz, mit dem man nicht leben kann, dann werde ich irgendwann mal daran zerbrechen. Es geht eben darum, beides zu tun, mit allen Widersprüchen, so wie das Leben halt widersprüchlich ist. Die Grünen aber sind gerade dabei, genau an diesem Widerspruch zu zerbrechen. Das ist nicht der klassische Konflikt „Realo“ gegen „Fundi“, sondern einfach ein Übersehen, daß das Leben und der politische Kampf verschiedene Facetten hat.

MONATSZEITUNG: Was hat er denn aktuell für Facetten?

WABL: Wir müssen jede Möglichkeit nützen, um in den Machtstrukturen mitzumischen, aber andererseits den fundamentalen Kampf vor Ort, wo Widerstand entsteht - gegen Straßenprojekte, Mülldeponien, gegen eine falsche Ausländerpolitik usw. -, nicht vernachlässigen. Daß diese beiden Positionen immer weiter auseinanderdriften, ja daß sie gegeneinander ausgespielt werden, halte ich für fatal - gerade für die Grünen. Und an diesem Konflikt könnten wir zerbrechen.

MONATSZEITUNG: Ist ja auch ein bißchen schwierig so mit beiden Beinen am Boden der

Verfassung wie der Rechtsstaatlichkeit und vor den Schreibtischen im Hohen Haus, andererseits die Kämpfe auf den Straßen und den Wiesen ...

WABL: Na, das Problem ist doch sicher schon gelöst. Wir stehen zwar auf dem Boden der Verfassung, aber in ganz bestimmten Punkten - und dazu ist die Politik ja da - soll auch die Verfassung verändert werden können. So ein Gesetz etwa nicht zu achten, weil ein höheres Gut auf dem Spiel steht. Das ist bereits ausdiskutiert.

MONATSZEITUNG: Ja, es hat sich ausdiskutiert.

WABL: In Österreich ist die Frage gelöst und so entschieden, daß in entscheidenden Fällen - beim Widerstand gegen bestimmte Projekte etwa - Gesetze zu brechen akzeptiert ist. Auch von Abgeordneten zum Nationalrat.

MONATSZEITUNG: Du meinstest gerade vorhin, zurecht, Eure Organisation arbeite nicht sehr effizient. Gerade das von Dir skizzierte Spannungsfeld zwischen aktivem Widerstand und realpolitischem Engagement verlangte aber vielleicht eine stärkere, demokratischer strukturierte Bundespartei.

WABL: Keine Parteiorganisation zu haben ist besser als eine schlechte. Aber es sollte möglich sein, Mindestanforderungen einer Organisation sehr effektiv einzurichten, die aber kein Eigenleben im klassischen Sinne führen sollen wie etwa die von Kaderparteien. Die Organisation sollte im Dienste der grünen Ideen stehen. Also einerseits volle Unterstützung der Gruppen, die an der Basis arbeiten, andererseits hilfreich in den realpolitischen Entscheidungsstrukturen.

Wir haben weder das eine noch das andere geschafft.

MONATSZEITUNG: Diese nicht mehr ganz so neue Politik im Zeichen der Medien hat die SPÖ jetzt gelernt. Die FPÖ kann das, seit Haider, noch besser. Die ÖVP ist drauf und dran, ihre Bünde zu zähmen und das CDU-Modell zu übernehmen - also auch ein Fortschritt. Da ist es

doch nur logisch, wenn die Grünen einen starken Klub mit starkem Führer als Modell entwickeln, keine Bundespartei und relativ frei agierende Landesparteien, gebunden lediglich an die Klubvorgaben.

WABL: Ob das logisch ist, ist eine andere Frage, doch ist das, was Du skizziert hast, im Augenblick de facto der Fall. Johannes Voggenhuber ist sicher gewählt worden, weil einige von ihm erwarten, daß er stark nach außen auftreten wird. Ich halte von dieser Entweder-Oder-Lösung überhaupt nichts. Wir haben bisher zurecht die Inhalte in den Vordergrund gestellt. Nur weil wir vergessen hatten, daß die Inhalte untrennbar mit den Personen verknüpft sind, müßten wir nicht gleich ins andere Extrem verfallen und ein paar Gesichter installieren, die die Entschlossenheit nach außen symbolisieren sollen.

Denn das wird sicher auch schiefgehen, weil die Entschlossenheit, die da demonstriert wird, ja nur dann als solche erkannt wird, wenn sie der parteiinternen Wirklichkeit entspricht, wenn sie auch einen realen Hintergrund hat. Den hat etwa der Haider - so undemokratisch das auch sein mag - in seiner Partei. Das kann jedoch wohl nie das Demokratieverständnis für die Grünen sein, insofern ist das kein brauchbares Modell.

Ebenso ist es bei der SPÖ. Vranitzky hat intern eine starke Position, das konnte er auch nach außen demonstrieren, sein Auftreten entspricht der SP-Wirklichkeit. In der ÖVP war der Riegler genauso stark und so schwach wie auch seine interne Situation. Insofern ist das kein Grün-Modell, außer man will eine undemokratische Grünpartei, dann kann man das schon machen.

MONATSZEITUNG: Johannes Voggenhuber ist doch, im Gegensatz zu Vranitzky und Haider in deren jeweils eigener Partei, lange nicht wirklich mächtig. Fünf der grünen Abgeordneten stimmten in der Klubobmannwahl für Madeleine Petrovic, fünf für Voggenhuber. Einzige die Stimme des eilig zur Abstimmung herbeigerufenen Nachbundesgeschäftsführers Pius Strobl - die Partei hat ja im Klub den Statuten nach zwei Sitze und eine Stimme - kürte den Ex-Stadtrat zum starken Mann.

WABL: Abgesehen von Johannes' Persönlichkeitsstruktur - auf die Dauer wird er, nicht zuletzt durch das knappe Ergebnis bedingt, lernen oder scheitern. Ob er Lernfähigkeit hat, weiß ich nicht. Doch abgesehen von Persönlichkeiten oder nicht: Grundsätzlich ist das Konzept - wie ich schon erwähnte - so, wie es angelegt ist, zum Scheitern verurteilt.

MONATSZEITUNG: Das alte Konzept der vergangenen vier Jahre hat allerdings auch keine außerordentliche Stimmenvermehrung gebracht.

WABL: Wir haben in den vergangenen Jahren Millionenbeträge kassiert und nicht verstanden, diese öffentlichkeitswirksam so umzusetzen, um positive Inhalte zu formulieren. Wir werden offensichtlich von der Öffentlichkeit als Vier- oder Fünf-Prozent-Partei akzeptiert - mit Kontrollfunktion und als Korrektiv. Aber nicht als gestaltende Kraft. Das geht auf die Dauer schief.

MONATSZEITUNG: Auch fehlte es der Partei offensichtlich an Managementqualitäten. Sie sei, hört man, schwer verschuldet, Zahlen zwischen zwanzig und dreißig Millionen werden kolportiert. Halten die Gerüchte einer Überprüfung stand, wie läßt sich das dann erklären? Was ist denn da passiert? Droht ein Konkurs?

WABL: Die Kalkulation war: Die Partei würde mehr wachsen und damit mehr Staatsgelder kriegen. Eine eindeutige Fehl kalkulation, dafür gibt es, meiner Meinung nach, politische Verantwortung. Es wird auch notwendig sein, auf dem Bundeskongreß genaue Bilanzen einzuklagen. Was haben der Klub, der Parteivorstand und die Bildungswerkstatt mit den Millionen gemacht? Die von Dir erwähnten Zahlen sind sicher zu hoch gegriffen, aber der Schuldenstand der Partei beträgt etwas über zehn Millionen. Mit dieser Hypothek ist es für jede nächste Parteigeschäftsführung schwierig, auch nur irgendetwas zustande zu bringen.

MONATSZEITUNG: Wer trägt die Verantwortung?

WABL: Alle natürlich, die die Entscheidung mitgetragen haben. Die Letztverantwortung haben jedoch die, die die höchsten Positionen innehatten: Der Klubobmann, der Gröbi-Obmann und die Parteigeschäftsführung. Das wird, hoffe ich, auf dem Bundeskongreß diskutiert werden.

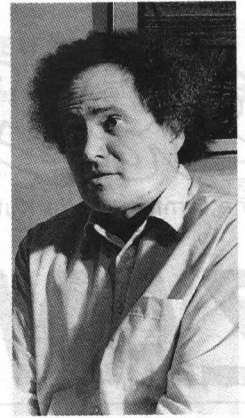
MONATSZEITUNG: Ein kleines - aber wesentliches - Detail am Rande: Die Partei hat Sitz und Stimme im Klub. Die Klubobmannwahl wurde mit der Stimme des scheidenden Geschäftsführers Pius Strobl für Johannes Voggenhuber entschieden. Grün-intern gilt Strobl aber, sehr vereinfacht formuliert, als „Voggenhuber-Mann“. Am 7. Dezember nun steht die Neuwahl der beiden Bundesgeschäftsführer auf dem Programm. Gewinnt ein/e „unabhängige/r“ Kandidat/in, steht doch des Klubchefs hauchdünne Klubmehrheit auf dem Spiel. Kein Problem für eine starke Außenwirkung?

WABL: Entweder es gibt auf allen Seiten Lernfähigkeit und Polarisierungen werden vermieden, oder die Sache geht in eine sehr kritische Phase rein - ganz gleich, wer immer Geschäftsführer wird. Problematisch bleibt die Position eines Obmanns immer, der nur mit einer Stimme Mehrheit gewählt worden ist. Eine Fraktionierung jedoch ist sicher nicht zielführend. Aber Voggenhuber muß sich bewußt sein, daß seine Position nicht durch satte Mehrheiten gefestigt ist, sondern sich durch einen ausgewogenen, vernünftigen Kurs bewähren muß.

MONATSZEITUNG: Die Geschichte der Grünen in einem kleinen Kreis von Personen festzulegen, ohne Partei und demokratische Strukturen, ist es das, wofür die Grünen einmal angetreten sind?

WABL: Ich denke, wir werden all diese Entwicklungen auf dem Bundeskongreß ausführlich und offen diskutieren und dann eine - sicherlich richtungsweisende - Entscheidung treffen. Ansonsten möchte ich hier und jetzt nichts mehr dazu sagen.

MONATSZEITUNG: Andreas Wabl, wir danken für das Gespräch.



Das Leben und der politische Kampf haben verschiedene Facetten.



In entscheidenden Fällen brauchen Gesetze, auch von Abgeordneten, nicht akzeptiert zu werden.

Wem Blätterrascheln zu wenig ist

V.A.Z

Eva & Co

Eine feministische Kulturzeitschrift

ZAM

ZEITSCHRIFT
FÜR
ANTIMILITARISMUS
SCHOTTENGASSE 3a
1010 WIEN 535 91 09

AUFRISSSE

A L T E R N A T I V E
~~MONATSSZEITUNG~~
M O
FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

EPN
ENTWICKLUNGSPOLITISCHE NACHRICHTEN

VAZ statt WAZ

LATEINAMERIKA ANDERS

tamtam

Die Zeitung aus dem Lesben- & Schwulenhaus

AN.SCHLÄGE

Feministisches Magazin für Politik, Arbeit und Kultur

JURIDIKUM

Zeitschrift im Rechtsstaat

FRAUEN

SOLIDARITÄT

BLIMP • ZEITSCHRIFT FÜR FILM

Schicken Sie mir unverbindlich
Probenummern folgender Zeitschriften:

- | | |
|--|---|
| ☐ AN.SCHLÄGE | ☐ Juridicum |
| ☐ Aufrisse | ☐ Lateinamerika |
| ☐ blimp | ☐ anders |
| ☐ EPN | ☐ die linke |
| ☐ Eva & Co. | ☐ NOZ |
| ☐ Frauensolidarität | ☐ tamtam |
| | ☐ ZAM |

AbsenderIn

Datum, Unterschrift

An die

V.A.Z

Vereinigung alternativer Zeitschriften

Linke Wienzeile 102
1060 Wien

Bitte hier abtrennen

Die LINKE



INNENPOLITIK

- Ökosteuern:
Ausweg aus der Umweltkrise? 10
Von Christof Parnreiter
- ÖVP-Neu:
Schwarz vor den Augen 16
Von Franz Schandl
- Gewalt:
Die Saat geht auf 20
Von Geri Ecker
- Interview:
Fällt euch eine bessere Lösung ein? 22
Von Ursula Kubes-Hofmann



Foto: Hannes Hofbauer

Markt in Polen S. 35

AUSSENPOLITIK

- Wohnungsnot und Wahlkampf:
Räumungsterror in Ostberlin: 24
Von Thomas Fruth
- Häuseräumung als Bürgerkrieg:
Wie Gefangene hinausgezerrt ... 25
Interview mit einem Besetzer
Von Birge Krondorfer
- In Indiens Teppichindustrie schufteten Tausende von Kindern:
Jeder Schritt ein Tritt 28
Von Walter Keller
- Italienischer Separatismus und europäische Integration:
Die Lega Lombarda 32
Von Sylvia Jura
- Sanierungsfall Polen:
Operation gelungen, Patient tot 35
Von Hannes Hofbauer und Julian Bartosz
- Cubatao / Brasilien:
Der dreckigste Platz der Welt 41
Von Andreas Hofbauer

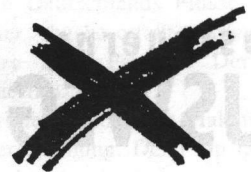


Foto: Andrea Komlosy

Waldviertel - Heimweber bei
Zwetl S. 46

KULTUR Schwerpunkt: MUSEUM

- Das Zeitphänomen des Bewahrens** 44
Von Ulrike Sladek
- Industriearchäologie im Waldviertel:
Die Region ins Museum? 46
Von Andrea Komlosy
- Museum der Arbeit in Hamburg:
Lernort für politisches Leben 48
Von Christine Weber-Herfort
- Film als Museum** 51
Von Gabriele Jutz
- Das heimliche Museum:
Das Reale, die Kunst und die Weiblichkeit 53
Von Birge Krondorfer
- Die Alternativzeitung ist tot - es lebe die Alternativzeitung** 57
Von Karl Heinz Stamm
- Marguerite Duras:
Wenn ich schreibe, sterbe ich nicht 60
Von Birge Krondorfer



RUBRIKEN

- Das Interview** 3
mit Andreas Wabl
Von Karl Lind
- Kommentar** 15
Gefahr im Osten
Von Hannes Hofbauer
- Gegentext** 27
Ökoimperialismus
Von Jutta Dittfurth
- Kommentar: Vom Süden gesehen** 30
Geschichte im Zick-Zack Kurs:
Wo sind die Intellektuellen?
Von Gaby Weber
- Übergriffe** 55
Von der Unmöglichkeit
linker Projekte und
vom Ende der Monatszeitung
Von Franz Schandl
- Kommentar** 56
Abschied ohne Tränen
Von Erica Fischer
- Die andere Geschichte** 74
Vor 70 Jahren:
Inflationswinter 1920
Wegen Streik geschlossen
Von Andrea Komlosy
- Plattenkritiken** 75
- Bücher** 78
Rezensiert von Susi Harringer

MAGAZIN

- Inland** 63
- Ausland** 66
- Kultur** 70
- Artodrom** 76
- LeserInnenbriefe und Impressum** 82

Ökologen und Grünbewegte sind sich einig. Die in den industrialisierten Staaten bisher praktizierte Umweltpolitik ist gescheitert. Von Ausnahmefällen - etwa der Sanierung der österreichischen Seen - abgesehen, ist es nicht gelungen, die zerstörerische Entwicklung zu stoppen, geschweige denn, die Probleme in den Griff zu bekommen. Das Waldsterben hält unvermindert an, die Geißel des automobilen Verkehrs ist erdrückender denn je, zunehmend macht es Schwierigkeiten, Trinkwasser in ausreichender Qualität und Quantität aufzubereiten, ganze Meere sind am Kippen, das Ozonloch weitet sich aus, unbarmherzig erwärmt sich das Klima ...

Für dieses offensichtliche Versagen werden gemeinhin die Instrumentarien bisheriger Umweltpolitik verantwortlich gemacht. Daß Auflagen und Verbote, ergänzt durch gezielte Subventionen, untauglich, zumindest aber ungenügend seien, darüber herrscht weitgehend Konsens. Dem „Ökodirigismus“ (Joseph

Ökosteuern statt Ökodirigismus

Im Rahmen der Diskussion über die geforderte „grundlegende Änderung der Umweltpolitik“ (Jürgen Bunde, Mitarbeiter beim Rat der Sachverständigen für Umweltfragen, BRD) werden nun sogenannte marktwirtschaftliche bzw. marktgerechte Instrumente favorisiert - in unterschiedlicher Ausformung treten Grüne, Sozial- und Christdemokraten für Ökosteuern ein. Während erstere jedoch umfangreiche Modelle anstreben, wollen letztere bloß einzelne Abgaben, die auch auf die Zustimmung eines Gutteils der Wirtschaftstreibenden stoßen könnten.

Ihr zentraler Vorteil gegenüber der Auflagen- und Verbots politik sei, so die Argumentation, ihre Marktkonformität.

Das Modell ist simpel. Der katastrophale Zustand der Umwelt rühre daher, daß der Ge- und Verbrauch von Umwelt bisher kostenlos (z.B. Emissionen)

Gehör. Damals wurden, so dokumentiert eine Untersuchung aus der BRD, insgesamt 75 verschiedene Ökosteuermodelle diskutiert, die sich zum überwiegenden Teil auf Einzelprobleme - wie Abwasser-, Lärm- oder Autowrackabgabe - bezogen. Anfang der 80er Jahre dann tauchten erstmals komplexere Konzepte auf, die statt Einzelabgaben einen ökologischen und/oder sozialen Umbau des gesamten Steuersystems intendierten.

Den bisher detailliertesten Vorschlag dazu lieferte das Heidelberger „Umwelt- und Prognoseinstitut“ (UPI) im Oktober 1988. Die Studie „Ökosteuern als marktwirtschaftliches Instrument im Umweltschutz“ listet 35 umweltbelastende Produkte und Konsumformen auf, die mit elf verschiedenen Steuern (Energie-, Mineralöl-, Müllvermeidungs-, Produkt-, Boden-, Wasser-, Werbungs- und Tabaksteuer sowie Landwirtschafts- und Nachrüstungsabgaben und eine Flugzeugstartgebühr) belastet wer-

Ökosteuern: AUSWEG AUS DER UMWELTKRISE?

Ökosteuern sind der Renner der Saison. Als „marktgerechtes“ Instrument sollten sie die bisherige Umweltpolitik ablösen, sagen ihre Befürworter. Ob Umweltabgaben halten können, was versprochen wird, untersucht Christof Parnreiter.

Huber) wird vorgeworfen, zu bürokratisch und ineffizient zu sein, da das Einhalten von Verboten nur schwer zu kontrollieren sei. Außerdem reagierten ordnungsrechtliche Maßnahmen nur auf bestehende Mißstände, sie hinkten also der Entwicklung immer nach, in dem sie versuchten, erfolgte Umweltzerstörung wieder zu reparieren bzw. weitere weitgehend zu unterbinden. Schließlich wird gegen die Auflagenpolitik noch eingewendet, daß sie keine Anreize biete, die festgelegten Grenzwerte zu unterschreiten - da diese in der Regel dem aktuellen Stand der Technik entsprechen, kann eine Grenzwertpolitik keine technologischen Innovationen in Richtung umweltfreundlicherer Produktion initiieren, meinen die Kritiker.

oder sehr billig (z.B. Wasser) war. Die real entstehenden Umweltkosten konnten externalisiert werden, d.h. sie mußten vom Verursacher nicht bezahlt werden. Weiters wird mit einem idealtypischen Marktmodell von Angebot und Nachfrage (wenig Angebot bei viel Nachfrage ergibt einen hohen Preis) operiert: Umwelt sei knapp und deshalb kostbar geworden - also müßte sie einen entsprechenden Preis erhalten. Mittels Ökosteuern soll Naturnutzung deshalb verteuert, d.h. zu einem zu kalkulierenden Preisfaktor für Produzenten und Konsumenten gemacht werden. Diese seien, so die Argumentation, auf Grund ihres Gewinn- bzw. Sparstrebens daran interessiert, den Preisfaktor 'Umwelt' zu minimieren, was nur möglich ist, wenn umweltschonender produziert bzw. konsumiert werde - umweltfreundlichere und energiesparendere technische Innovationen seien die Konsequenz.

Viele Konzepte ...

Der Grundgedanke der Verinnerlichung externalisierter Umweltkosten ist nicht neu - schon 1920 wurde er von Arthur C. Pigou in seinem Buch „Welfare Economics“ vertreten. Lange Zeit völlig unbeachtet, findet er in der Ökologebewegung der 70er Jahre wieder

den. Damit sollen, so der UPI-Vorschlag, jährlich 210 Milliarden DM an Ökosteuern erwirtschaftet werden, die zur Abschaffung bzw. Reduzierung anderer Steuern - v.a. der Mehrwert- und Lohnsteuer - verwendet werden sollten. Den ökologischen Vermeidungseffekt, also den Rückgang des Verbrauches schädlicher Substanzen, gibt die Studie mit zwischen 4% (Erdgas) und 87% (Fluorchlorierte Kohlenwasserstoffe) an.

... und wenig Praxis

Trotz der mittlerweile schon recht umfangreichen Literatur und Diskussion zum Thema wurde von all den Vorschlägen erst wenig in der Praxis erprobt. Zwar weist das Steuersystem vieler Staaten Versatzstücke ökologischer Konzepte - Steuern auf manche Emissionen, Pfandregelungen, Düngemittel- und Deponieabgaben, Mautsysteme u.ä. - auf, als Paket aber existiert die ökosoziale Steuerreform erst auf Papier.

Auch Österreich wird unter diesem Begriff lediglich Fragmente verwirklichen. Im „konkreten Planungsstadium“, ist aus dem Finanzministerium zu erfahren, befinden sich lediglich eine „wirksame Erhöhung“ der seit 1986 eingehobenen Düngemittelabgabe, eine Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer, die künftig nicht mehr am Hubraum, sondern an



Fotos: MOZ-Archiv

einer Kombination aus Leistung, Verbrauch und Emission bemessen werden soll, Mautsysteme „und ähnliches“ für LKW und, als Herzstück, eine Abwasserabgabe. Diese habe, so Finanzminister Lacina, „eine hohe umweltpolitische Effizienz“ und sei „international bereits gut vorbereitet“.

Von Frankreich 1968, den Niederlanden 1972 und der BRD 1981 eingeführt, war die Abwasserabgabe einst das Vorzeigemodell ökologischer Politik. Wenn sie in Österreich zwei Jahrzehnte danach, am 1. Jänner 1992, in Kraft treten und bereits „zwei, drei Jahre später greifen“ soll, ist das kein Anlaß zum demonstrierten ökologischen Stolz. Denn die gemachten Erfahrungen lassen viele Experten mittlerweile erkennen, daß die Abwasserabgabe im ökologischen Sinn als gescheitert anzusehen ist.

Abwasserabgabe gescheitert

Zwar könnten ihre Wirkungen in der BRD „nur sehr schlecht abgeschätzt werden“, meint etwa Nikolaus Geiler vom Arbeitskreis Wasser im „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU), sein Resümee ist nach eingehender Prüfung dennoch trist. „Die Anreizwirkung der Abwasserabgabe war

in der Vergangenheit, von Ausnahmen abgesehen, im wesentlichen psychologischer Natur. Wer im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe von einem 'ökonomischen Hebel' oder einem 'marktwirtschaftlichen Instrument' sprach, hatte entweder keine Ahnung oder ging davon aus, daß alle Ökonomie sowieso nur auf Psychologie beruht“, ätzt Geiler. Vom „BBU“ ursprünglich als Unterstützung zur Durchsetzung ordnungsrechtlicher Instrumente zur Wasserreinhaltung akzeptiert, müsse man mittlerweile erkennen, daß die Abwasserabgabe „nicht einmal die Funktion einer Krücke wahrgenommen hat“.

Gründe für das ökologische Scheitern gibt es mehrere. Zunächst einmal beruht die Abwasserabgabe nicht auf gemessenen, sondern von den Unternehmen freiwillig angegebenen Emissionen, die lediglich stichprobenartig überprüft wurden. Dann lag der Abgabensatz „immer erheblich unter dem Niveau, das einem auch nur halbwegs hinlänglichen Reinigungsstandard entsprochen hätte“, meint Nikolaus Geiler. Schon bei geringfügiger Reduktion der eingeleiteten Emissionen sei der ohnehin niedrige Satz - der erst 1999 jene Höhe erreichen wird, die der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen schon für die 70er Jahre als notwendig

erachtet hatte - reduziert worden. So berappt nur ein geringer Prozentsatz der betroffenen Unternehmen die volle Abgabenhöhe, der Großteil kommt mit ermäßigten oder gar keinen Gebühren davon. Endgültig zur Farce wird die Abwasserabgabe dort, wo nur Unternehmen, die ihre Emission direkt, d.h. ohne den Umweg der öffentlichen Kanalisation, in Deutschlands Flüsse einleiten, von der Abgabe erfaßt werden - das sind ganze zehn Prozent. Der Rest bleibt steuerfrei.

Der letzte ökologische Haken heißt Problemverschiebung. Denn um der Abwasserabgabe zu entgehen, wurden - im Sinne der Emissionsreduktion - verstärkt Kläranlagen gebaut, bei deren Verwendung natürlich Klärschlämme anfallen. Diese sind hochgiftig und, wie ein Vertreter des Umweltbundesamtes in der BRD formulierte, „noch völlig unkalkulierbar“. Sein frommer Wunsch: „Es bleibt nur zu hoffen, daß die mit viel Aufwand, Sorgfalt und Geld aus dem Abwasser entfernten Stoffe nicht wegen mangelhafter Entsorgungspraxis irgendwo unsachgemäß und diffus in der Umwelt verschwinden.“

Nikolaus Geiler verzichtet auf optimistische Rhetorik - er fürchtet, wohl nicht zu Unrecht, illegale Entsorgung des Klärschlammes, das es an Deponie-



und Verbrennungsmöglichkeiten fehle.

Doch selbst wenn es die gäbe - der Dreck aus dem Wasser käme in die Luft (und durch den Regen wieder ins Wasser zurück) - ein umweltpolitischer Fortschritt?

Österreich ahmt den Mißerfolg nach

Daß die Abwasserabgabe als ökologisches Instrumentarium weitgehend untauglich ist, müßte man eigentlich auch im Finanzministerium wissen. Es sei denn, man hätte das vom Minister selbst beauftragte Gutachten des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) nicht gelesen, wo festgehalten wird, daß die Abwasserabgabe „wenig Anreiz (gibt), die Schmutzfrachten zu verringern“. Auch die Ergebnisse einer Untersuchung des Instituts für Wirtschaft und Umwelt des österreichischen Arbeiterkammertages kann dahingehend interpretiert werden: Hirzi errechnete 1987 die durch eine Abwasserabgabe anfallende voraussichtliche Steuerschuld für verschiedene Sparten der österreichischen Industrie, wobei lediglich auf die Papierbranche ein relevanter Betrag (2,6 Mrd oder 10% des Umsatzes) entfallen wäre. Chemie-, Textil- und Nahrungsmittelindustrie kämen mit Beträgen jenseits der Null-Komma-Grenze weg. Neueren Berechnungen zufolge würde wegen teilweise erfolgter Emissionsdrosselung auch die Steuer (und damit der Anreiz, umweltfreundlicher zu produzieren) bei der Papierindustrie drastisch absinken - der verbleibende Wert der Abwasserabgabe liegt im Propagandistischen.

Wenn Einzelabgaben zum Scheitern verurteilt sind, bleibt die Frage, ob umfassende Konzepte wie jenes von UPI als 'richtiges' Instrumentarium anzustreben sind. Da, wie erwähnt, eine empirische Überprüfung in diesem Fall mangels Empirie nicht möglich ist, sollen hier Grundlagen und Funktionsweisen von Ökosteuern einer ausführlichen Kritik unterzogen werden.

Nicht alles ist berechenbar

Erstens: Der allen Varianten von Ökosteuern zugrundeliegende Ansatz, die „volkswirtschaftlichen und ökologischen Gesamtkosten“ (UPI) in die Preiskalkulation einzubeziehen, geht von einer Meß- und Berechenbarkeit der Umweltzerstörung aus. Dies ist jedoch nicht oder nur sehr begrenzt möglich. Zwar gibt es solche Schadenskalkulationen - Lutz Wicke errechnete etwa für die BRD jährliche Umweltschäden von 100

Milliarden DM, was auf Österreich umgelegt einen Betrag von etwa 50-80 Milliarden Schilling ausmachen würde -, der Berechnungsmodus ist jedoch ein fraglicher. Exakt angegeben können nämlich nur Reparationszahlungen (z.B. für die Reinigung der Seen) oder Defensivmaßnahmen (Lärmschutzwände) werden. Gesundheitsschäden, Waldsterben, Gewässerverschmutzung oder Ozonloch hingegen sind exakt ebenso wenig zu erfassen wie die Auswirkungen vieler Umweltgifte, die über lange Zeitspannen und im Verbund mit anderen wirken.

Was heute an Umweltzerstörung passiert, wird zum Teil erst in zwanzig Jahren sichtbar und spürbar werden. Wie soll bei solchen Zeitverschiebungen eine genaue Messung und die für die Internalisierung der Kosten wichtige Zuordnung zum Emittenten möglich sein?

Zweitens: Das Umweltproblem ist bis auf Ausnahmen nicht zu messen, so ist es schon gar nicht zu monetarisieren, also in einer bestimmten Quantität Geld auszudrücken. Monetarisiert werden kann nur, was volks- oder betriebswirtschaftlich wertvoll, also verwertbar, ist - in diesem Sinne haben etwa Gesundheitsschäden auch eine volkswirtschaftliche Komponente, die annäherungsweise gemessen und in harten Schilling ausgedrückt werden kann, da ein lungenkranker Arbeiter der Sozialversicherung auf der Tasche liegt und wenig zur Erhöhung des Bruttosozialprodukts beiträgt. Der Versuch der Monetarisierung ist zynisch insofern, als er alles ökonomisch wenig oder gar nicht Relevante ignoriert - der Tod eines Pinguins, dessen Beitrag zur Weltwirtschaft vernachlässigbar ist, wird in die Kostenkalkulation nicht aufgenommen - ein Anreiz, diesen Tod zu vermeiden, besteht folglich nicht.

Ablaßkrämerei

Drittens: Der Versuch der Monetarisierung verwandelt die Umwelt in eine Ware - sie bekommt einen Preis und ist am Markt käuflich. Anstatt sie vor kapitalistischer Produktion zu schützen, wird sie unter ökologischem Deckmantel auch de jure ein Teil dieser.

Viertens: Umweltschäden zu monetarisieren heißt, einen Ökoablaß einzuführen. Die Verseuchung von Flüssen ist nicht mehr illegal, sondern teuer, d.h. die finanzstarken Unternehmen können fortfahren, die Umwelt zu zerstören, wenn sie im Nachhinein Bußgeld zahlen. Die Ablaßpolitik weitergedacht führt zu Steuern für die Risiken der Gen- und Atomtechnologie - was kostet ein

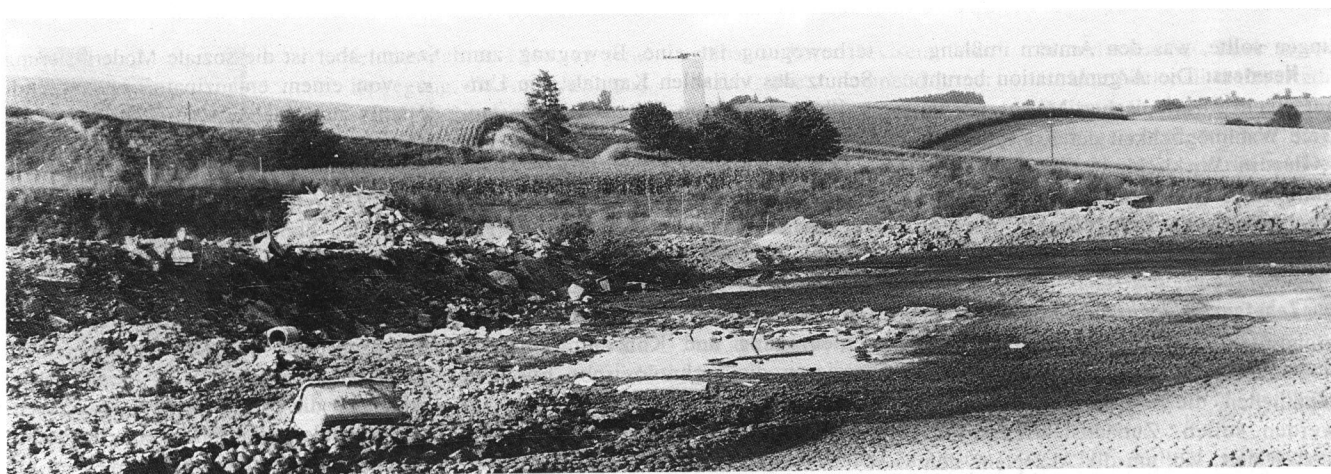
Leukämietoter in der Ukraine, was die (irrtümliche) Freisetzung genmanipulierter Mikroben?

Fünftens: Die Argumentation der Umweltbesteuerung suggeriert, es gäbe einen richtigen oder gerechten Preis für eine bestimmte Ware, wenn neben Material- und Lohnkosten auch die Umweltbenutzung kalkuliert werde. Ignoriert wird, daß Preise immer Ergebnis politischer und militärischer Auseinandersetzungen sind, was sich besonders deutlich am Rohölpreis zeigen läßt. Weiters findet nicht nur die Umweltbenutzung keinen Eingang in das Preisgefüge - im Gegenteil baut der Kapitalismus auf der nur teilweisen Bezahlung dessen, was er beansprucht, auf: Nur zum Teil abgegolten wird die Arbeitszeit (Marx nannte das mal Mehrwerttheorie), unbezahlt ist die Reproduktionsarbeit, die vorwiegend von Frauen geleistet wird, unterbezahlt sind die Ressourcen, die aus den Peripherien in die Zentren transferiert werden.

Sechstens: Die Diskussion um die Ökosteuern verharmlost den tatsächlichen Zustand der Welt. Wenn unterschieden wird zwischen Stoffen, die, weil extrem gefährlich (z.B. FCKW - Fluorchlorierte Kohlenwasserstoffe), verboten gehörten, und solchen (wie CO₂), die mit einer Steuer belegt werden sollten, wird suggeriert, daß CO₂, das an der Klimaerwärmung wesentlichen Anteil hat, zwar übel, aber doch so schlimm nicht ist, und vor allem, daß Zeit ist, es zu reduzieren. Tatsache ist, und das gilt nicht nur für CO₂, daß die Zeit äußerst knapp bemessen ist, wenn sie überhaupt noch reicht, um die Umweltzerstörung zu stoppen. Ökosteuern argumentieren aber nicht primär mit der realen Umwelt(un)verträglichkeit, sondern mit bestehenden Möglichkeiten zum Umsteigen: UPI fordert die „Verteuerung eines umweltbelastenden Produkts bei Vorhandensein umweltfreundlicher Alternativen“ - was aber, wenn diese nicht in Sicht?

Überschätzung des Lenkungseffektes ...

Siebtens: Weit überschätzt wird gemeinhin der ökologische Lenkungseffekt durch Umweltsteuern. Die angenommene Änderung im Konsumverhalten wegen Verteuerungen ist empirisch noch unbewiesen, weswegen ernsthafte Untersuchungen auch einräumen, daß die „ökologische Effektivität als unsicher eingeschätzt werden“ muß, wie es im Buch „Umweltpolitik mit Ökosteuern?“ von Wolfgang Bekert, Jürgen Bunde und Bernd Hansjürgens heißt. Eine exakte Ziel-Mittelbestimmung ist unmöglich,



vielmehr operieren Ökosteuern mit dem „Versuch und Irrtum“-Modus - „aus diesem Grunde ist die Umweltabgabe nicht für einen Einsatz bei der Gefahrenabwehr oder dazu geeignet, den Einsatz gefährlicher Stoffe oder Produkte weitgehend zu verringern oder gar auszuschließen“, urteilen die drei Wissenschaftler, eine Einschätzung, die z.B. auch von einer Studie der Arbeiterkammer geteilt wird. UPI nimmt diese Einwände - unseriöserweise - auf die leichte Schulter: „Ist die Elastizität geringer als hier geschätzt, ist dies auch kein Problem. In diesem Fall sind die Einnahmen aus der Ökosteuer höher als geschätzt und die Umweltbelastung dennoch deutlich größer als ohne Ökosteuer.“ Exemplarisch läßt sich das Versagen einer ökologischen Preispolitik beim Benzinverbrauch zeigen. Zwar wird gerne postuliert, der sogenannte „Erdölchock“, also die Teuerungen 1973 und '81, hätten zu einer erheblichen Veränderung im Fahrverhalten geführt, allein, die Statistik kann dies nicht belegen. Denn erstens sank der Treibstoffverbrauch trotz einer Teuerung von 43% nur um 9%, und zweitens war diese Einsparung nur von kurzer Dauer. Obwohl die Preise weiter nach oben kletterten, stieg die Fahrleistung und damit der Verbrauch rasch wieder über

die alten Werte. „Wir bemerken“, frohlockt Richard Schenz, stellvertretender Generaldirektor der ÖMV, „keinerlei Mengenrückgänge bei Preiserhöhungen“, was auch das Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften mit der Feststellung, es gebe nur eine „geringe Preiselastizität der Treibstoffnachfrage“ untermauert. Die Erfahrung, daß „auch bei einem dauerhaft höheren Preisniveau tendenziell wieder zu alten Verbrauchsgewohnheiten“ übergegangen wird, konstatiert Norbert Walter-Borjans im Buch „Ökosteuern“ auch für die BRD. Das tendenzielle Scheitern von Ökosteuern bestätigt indirekt auch Dieter Teufel, Mitautor an der UPI-Studie, der auf den Vorwurf, Umweltsteuern könnten den Staatshaushalt nicht finanzieren, kontert, daß Ökosteuern für jene Bereiche der Umweltbelastung vorgeschlagen werden, die „eine relativ niedrige Elastizität aufweisen. Bei den meisten der für Ökosteuern vorgeschlagenen Produkte geht deshalb das Aufkommen (an Steuern, Anm.) bei steigenden Steuersätzen nicht zurück, sondern steigt weiter an“. Im Klartext heißt das, daß keine ökologische Umorientierung stattfindet - Naturverbrauch wird lediglich teurer: „Umweltabgaben sollen umweltpolitisch unerwünschte Aktivitäten teurer machen und dadurch *gegebenen-*

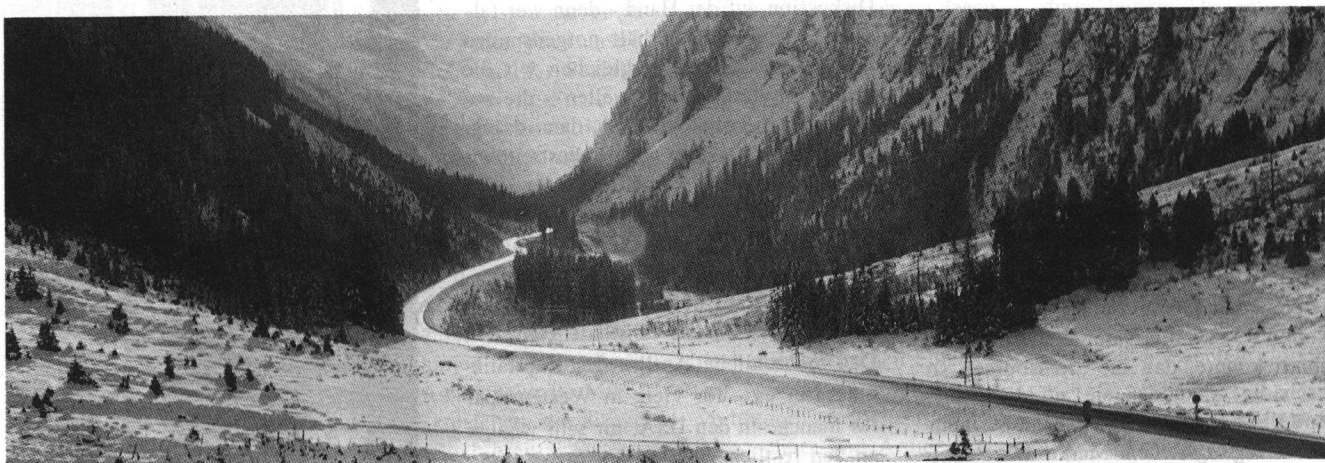
falls zurückdrängen“ (Hervorhebung von mir), halten Bekert/Bunde/Hansjürgens gar nicht hinterm Berg.

Vereinzelte umweltpolitische Erfolge, wie sie etwa die Abwasserabgabe zu verzeichnen hat, gibt es auch anderswo (AKW-freies Österreich, Verbesserung der Linzer Luft). Sie sind jedoch als Ergebnis politischen Drucks zustande gekommen.

... und Unterschätzung der Durchsetzungsschwierigkeiten

Achtens: Unterschätzt werden von Verfechtern der Ökosteuern hingegen die Schwierigkeiten, sie durchzusetzen. Die Argumentation, der Widerstand gegen marktgerechte Instrumente wäre geringer, trifft nur dann zu, wenn die Abgabenhöhe unbedeutend bleibt. Jede tatsächlich relevante Besteuerung muß *gegen* die Industrie durchgesetzt werden - genau wie Verbote.

Wenn es den Umweltbehörden nicht gelingt, gegen wirtschaftliche Interessen ökologische Mindeststandards durchzusetzen, liegt dies nicht an der Bürokratie - wie behauptet wird -, sondern an den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, in denen Profitinteressen dominieren. Es ist deshalb nicht einleuchtend, daß der Steuerbehörde ge-



lingen sollte, was den Ämtern mißlang.

Neuntens: Die Argumentation beruht auf einem idealtypischen Marktmodell - freie Wahlmöglichkeit der Konsumenten -, das in Wirklichkeit nicht existiert. Statt eines Kräftespiels von Angebot, Nachfrage und Preisbildung herrscht Monopolmacht und Wettbewerbsverzerrung vor.

Zehntens: Neben diesen Einwänden grundsätzlicher Natur enthalten die vorliegenden Konzepte zahlreiche Ungeheimheiten, die hier nur kurz angeführt werden sollen. Zunächst drängt sich überall dort, wo, um die Akzeptanz von Ökosteuern zu heben, als Kompensation die Reduktion anderer Steuern anempfohlen wird, eine unüberbrückbare Kluft zwischen Finanzierungsinteresse des Staates einerseits und ökologischem Erfolg andererseits auf. Denn kommt es zu den erwünschten Lenkungseffekten, heißt das, daß mit dem Verbrauch schädlicher Substanzen auch das Steueraufkommen sinkt - im Budget bliebe ein Loch. Umgekehrt könnte sich zwar der Finanzminister freuen, der ökologische Erfolg hingegen bliebe aus. Zweitens können Ökosteuern sehr unsozial wirken. Sie sind Massensteuern und treffen deshalb sozial Schwächere überproportional. Drittens bleibt das Ökosteuermodell im europäischen Bezugsrahmen - selbst wenn es gelänge, hier den Energieverbrauch wesentlich zu verteuern, ist es für Konzerne naheliegender, den Produktionsstandort dorthin auszulagern, wo keine Umweltafgaben zu be-rappen sind, als den Produktionsprozeß als Ganzes umzustellen.

Wozu Ökosteuern?

Ökosteuern werden kommen, und zwar in einem Ausmaß, das zwischen dem von den Grünen gewünschten und den derzeit praktizierten Versatzstücken liegen wird. Konservative wie linke Kapitalismusanalysen reden von einer zweiten Modernisierungswelle im Kapitalismus - nach der sozialen, die vor einem Jahrhundert einsetzte, nun die ökologische. Karl Aiginger, Mitautor des ÖVP-Papieres „Ökosoziale Marktwirtschaft“, meint, daß der „Einbau ökologischer Elemente in unser Wirtschaftssystem wahrscheinlich die größte Herausforderung (ist), der es sich in den nächsten Jahrzehnten stellen muß“, um eine ernsthafte Akzeptanzkrise zu vermeiden, und Georg Fülberth schrieb in „konkret“, daß die Naturzerstörung dazu führen könnte, daß die „Ressourcen so geschädigt sind, daß sie auf die Dauer kapitalistischer Produktion nicht mehr zur Verfügung stehen. Merke: Die Arbei-

terbewegung ist eine Bewegung zum Schutz des variablen Kapitals, die Umweltbewegung zum Schutz des konstanten“.

Ökosteuern sind das Mittel dieser Modernisierung. Sie können - streng angewandt - manche Branchen (z.B. Papierindustrie) schwer treffen, sie passen aber sehr gut zu wesentlichen Momenten kapitalistischer Produktion: Beschleunigung und Konzentration. Sie forcieren die technologische Entwicklung - kaum wo wird das hohe Lied auf den technischen Fortschritt, der doch zur Umweltentlastung beitragen könnte, so laut vorgetragen wie in der Ökosteuernde-batte -, sie beschleunigen die sogenannte 'Strukturbereinigung', die die Industrie alten Typs eliminiert (bzw. auf Standorte auslagert, wo uns kein ätzender Geruch stört); den Konzentrationsprozeß fördern Ökosteuern, weil strukturschwache Branchen, die bisher überlebten, indem sie Ausbeutung von Mensch und Natur noch ein Stückchen weiter trieben als die anderen, die Abgaben - so sie eine Alibifunktion übersteigen - nicht werden bezahlen können.

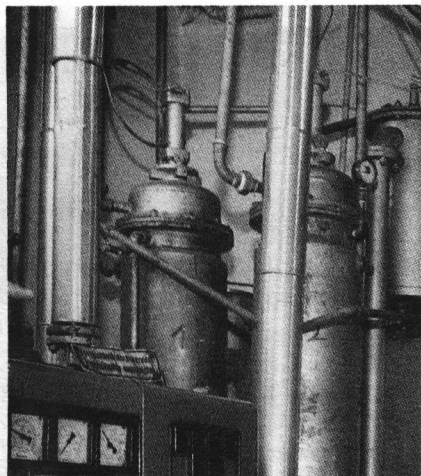
Nach Jahren des Schweigens wird an Hand von Ökosteuern erstmals wieder das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie, oder, um es pointierter auszudrücken, die Frage, ob es ökologische Alternativen *in* der oder nur *gegen* die kapitalistische Industriegesellschaft gibt, thematisiert. Das ist positiv und als Chance zu sehen, wenn auch recht klar ist, wie die Kräfteverhältnisse in dieser Diskussion verteilt sind. Die überwiegende Mehrheit, auch der Ökobilbewegung, tritt mittlerweile nicht mehr gegen das System an, ihnen geht es um das Verbessern des Bestehenden. Positionen, die einen „Paradigmawechsel“ (Otto Ullrich) und einen Ausstieg aus der Industriegesellschaft fordern, verhalten zunehmend, ja werden als irrealer Ökofundamentalismus diffamiert.

Dabei liegt die Notwendigkeit dieser Diskussion auf der Hand - denn wer falsche Fragen stellt, erhält notgedrungen falsche Antworten. Vergleichen wir die beiden Modernisierungswellen - die soziale und die ökologische -, dann drängt sich auf, daß erstere ganz unbestreitbare und ganz enorme Vorteile brachte - für die weißen Männer und, wenn auch etwas weniger, die weißen Frauen, daß der Kapitalismus aber als *weltumspannendes* System sozialer geworden sei, kann wohl niemand ernsthaft vertreten. Das menschliche Antlitz des Kapitalismus gibt es - für viele in Westeuropa, für manche in den USA, für sehr wenige an den restlichen Orten der Erde, insge-

samt aber ist die soziale Modernisierung - von einem emanzipatorischen Standpunkt aus gesehen - gescheitert. Für die Herrschenden jedoch trägt die Spaltung der Welt in Peripherie, Semiperipherie und Zentren viel zur Stabilisierung bei. Bei der ökologischen Modernisierung verhält es sich nun etwas anders - das Ozonloch oder die Klimaerwärmung ist nicht wie der Hunger auf Afrika zu begrenzen. Der Ökosteueransatz ist ein zutiefst resignativer - er glaubt nicht mehr an die Möglichkeiten, grundlegenden Veränderungen hin zu einer menschlichen und ökologischeren Welt zu erreichen. Statt Strukturveränderungen ist Systemkosmetik angesagt. Wo könnte dies deutlicher eingestanden werden als in einem „Kurz-Info“ der Arbeiterkammer, wo es heißt: „Umweltbelastungen dürfen *nicht kostenlos* sein!“

Doch nicht ganz abzulehnen?

Ökosteuern beinhalten allerdings auch einen Ansatz, der ursprünglich aus dem fortschrittlichen Teil der Ökobilbewegung stammte: das Verursacherprinzip. Zwar wurde es pervertiert - gemeint war es rückwirkend, also: Wer zerstört hat, muß zahlen, und nicht prolongierend: Wer zerstören will, wird zahlen müssen - der Ansatz der *Kostenwahrheit* ist dennoch ein richtiger. Natürlich soll die Industrie ebenso wie der Autofahrer im Rahmen dessen, was monetarisierbar ist, die wirklichen Kosten tragen. Die Forderung danach muß aber 'Subventionsstop' und nicht 'Ökosteuern' lauten, da dieser Begriff Falsches suggeriert. Eine Steuer ist, so der erste Gedanke, ein Instrument der Umverteilung, die Vorsilbe 'Öko' will vortäuschen, daß hier mehr bezahlt wird, um der Umwelt etwas Gutes zu tun. Dies ist irreführend - zumindest so lange, wie ausnahmslos alle Ökosteuermodelle weit von Kostenwahrheit entfernt bleiben. ■





Von Hannes Hofbauer

Die Reaktion sitzt fest im Sattel: GEFAHR IM OSTEN

Geschichte wiederholt sich nicht. Der Held der Reaktion sitzt dennoch wieder, wie schon zu Zeiten der österreichisch-ungarischen Donaumonarchie und Ustascha-Kroatiens, fest im Sattel des fünfeinhalb Meter hohen Reiterstandbildes im Zentrum von Zagreb. Diesmal allerdings reitet Joseph Jelacic nicht wie anno 1848 gegen die Revolutionäre in Wien und Budapest, sondern gegen Belgrad.

Mitte Oktober 1990 wurde die bronzene Statue von Joseph Jelacic auf seinem Pferd unter dem Jubel zehntausender kroatischer Nationalisten neu enthüllt. Der Kopf des Rosses und das Schwert des Reiters zeigen nach der Neuaufstellung nicht wie früher nach Norden, Richtung Ungarn, sondern nach Südosten, Richtung Serbien.

Das Denkmal des Siegers über die Märzaufstände des Jahres 1848 war nach dem 2. Weltkrieg von Tito-Partisanen aus dem Stadtbild Zagrebs entfernt worden und mit ihm ein Wallfahrtsort kroatischen Selbstbewußtseins, dessen sich auch die faschistischen Ustaschi zu bedienen wußten.

Jelacis Reiterstandbild am Zagreber „Platz der Republik“, der ab voriger Woche den Namen des kroatischen Nationalhelden zurückerhielt, gleicht jenem von Fürst Schwarzenberg an der Wiener Ringstraße, auch er ein antirevolutionärer Feldherr derselben Epoche. Einzig in Budapest erinnert mittlerweile noch ein prominentes Denkmal an die fortschrittlichen Ideale und Kämp-

fer des Jahres 1848, an jene Bewegung, die von Jelacic und seinesgleichen niederkartätscht wurde: Sandor Petöfis Statue am Donaucorso. Geschichte wiederholt sich nicht.

Woher kommen im Jahre 1990 diese neuen alten Symbole, die allerorten im europäischen Osten aus dem Boden schießen? Woraus speisen sich diese Wappen- und Fahnenänderungen, diese Rückbenennungen von Straßen- und Städtenamen, das Aufstellen reaktionärer Denkmäler? Von Riga

bis Zagreb, von Bratislava bis Kiew erheben sich Nationalismen in derart kompromißloser Form, daß sie uns kritischen Westlern den Atem verschlagen. Wie erklärt sich das Auftauchen dieser neuen Bewegungen, die auf den ersten, durch die gewohnte liberale Brille geworfenen Blick dem Zeitgeist entgegenstehen?

Voraussetzung für die Popularität diverser Nationalismen - da haben die Ideologen der kapitalistischen Marktwirtschaft recht - ist die Tatsache, daß das leninistische Modernisierungsmodell nicht identitätsstiftend war. Im Gegenteil. Spätestens seit der projektierte wirtschaftliche Aufholprozeß im realen Sozialismus sichtbar scheiterte und sich in den 70er Jahren die Honeckers, Kadars und Giereks um Westkredite anstellen mußten, war der Kredit in der eigenen Bevölkerung dahin. Die Loyalität der Arbeitenden verschwand.

Jetzt, nach dem Zusammenbruch des Projektes „realer Sozialismus“, sind die politischen Auswirkungen katastrophal: Nicht nur der Sozialismus, die soziale Frage als ganzes ist durch ihre 40jährige propagandistische Überreizung in Mißkredit geraten. Niemand in Jugoslawien, Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei will aktuell etwas von Sozialprogrammen hören. Die Formel des „Jeder-ist-seines-Glückes-Schmied“ läßt in diesen Ländern eine schmale Mittelschicht entstehen, die die gesellschaftlich breit akzeptierte neoliberale Ideologie für sich

selbst zu barer Devisenmünze macht. Die zunehmend ärmer werdenden Proletarier, Bauern und Rentner haben, wenn schon keine DM und Dollars, so zumindest nationale Parolen zu ihrem Credo erkoren.

Und während die neue Mittelschicht aus Devisenschiebereien und Schwarzhandel Kapital akkumuliert, machen hohe Inflationsraten und die Streichung von Subventionen für Grundbedarfsgüter ehemalige Proletarier zu Habenichtsen. Die noch weitgehend ausstehenden Privatisierungswellen lassen einen sozialen Kollaps im Osten befürchten.

Der einzige Ausweg scheint - wenn auch nicht folgerichtig, so doch nicht ohne Vorbild - die Propagierung eines antikomunistischen Nationalismus. Sein Vorteil? Die Schuld an der Misere kann - je nach Bedarf - der alten Nomenklatura, den Zigeunern oder den Nachbarn zugeschoben werden. Und diesen Vorteil weiß auch der eigentliche Profiteur des Umbruchs im Osten zu nützen. Der radikale Nationalismus widerspricht den Plänen zur Neuordnung Europas, wie sie zur Zeit in Brüssel, Bonn/Berlin und Paris beraten wird, keineswegs, solange er sich auf die Peripherie beschränkt. Denn die (west-)europäische Integration der 90er Jahre bedeutet gleichzeitig Desintegration für Osteuropa.

Das neue Zentrum im Westen kann sich eine soziale Destabilisierung, die aus dem europäischen Osten kommt, nicht leisten. Daher der Ausbau des (west-)europäischen Binnenmarktes zu einer Festung mit klarer Grenzziehung gegen den Balkan. Zwischen dem reichen Wohlstandseuropa und der armen, verelendeten Peripherie soll zwar der Waren- und Kapitalverkehr frei sein, der Verkehr von Menschen muß jedoch kontrolliert bleiben. Nicht nur aus Gründen der unterschiedlichen Lohn- und Lebensniveaus, allein schon deshalb, um ein Überspringen des nationalistischen Funkens auf Westeuropa möglichst zu verhindern, stopfen Bundesgrenzschutz und Armee jene Löcher, die die Maueröffnung

hinterlassen hat. Denn soviel ist klar: Nationalistischer Radikalismus verträgt sich nicht mit dem gesellschaftlichen Konsens in parlamentarischen Demokratien, wie er zum Aufbau eines einheitlichen Marktes notwendig ist.

Die Neuordnung Europas sähe dann folgendermaßen aus: „Kleine“ Kriege im Osten und Wohlstandsfriede im Westen. Die Grenzen dicht, heißt die Devise!

Ob's gelingt, ist fraglich. Denn erstens ist die Überwachung einer tausende Kilometer langen Grenze keine Kleinigkeit, und zweitens ist der nationalistische Funke, der ganz Europa zum Explodieren bringen könnte, womöglich schon übergesprungen.

Den politischen Führern im Osten Europas können demokratische Vorsichten und parlamentarische Spielregeln egal sein. Ihr Ziel: Teil des imperialistisch agierenden Wohlstandseuropas zu werden. Dafür ist ihnen jedes Mittel recht. Man ist versucht - und vielleicht auch gut beraten? -, ihnen vom satten Zentrum aus diesbezüglich keine Vorschriften zu machen.

Für die aktuelle Situation in Jugoslawien bedeutet das: Slowenien und Kroatien wollen als reichere Teile die armen Republiken im Süden, die ihnen wirtschaftlicher Ballast sind, loswerden. In der slowenischen Propagandasprache: Die demokratisch gewählten Regierungen werden vom bolschewistisch-nationalistischen Einparteiensystem der Serben unter Druck gesetzt. Eine objektivere Analyse müßte allerdings lauten: Die serbischen Nationalisten wollen, mit gänzlich unlauteren und untauglichen Mitteln, eine „Westeuropäisierung“ Kroatiens und Sloweniens und damit einen Machtzuwachs des imperialistischen Westeuropas verhindern, weil sie spüren, daß dieser ihre Verelendung anwachsen lassen wird. Dafür halten sie - vorderhand - Kroatien und Slowenien als Geiseln.

Dieser Kommentar erschien in der Berliner Wochenschrift „Weltbühne“.



Fotos: Valava

„Die Krise der ÖVP ist eine Frage der Kosmetik“

Alle schreiben von der ÖVP. Da möchten wir uns nicht ausschließen, auch wenn wir uns nicht anschließen können. Tips, wie sie weitermachen sollte, sucht man im Text jedenfalls vergeblich. Dafür findet sich anderes.

ÖVP-Neu: SCHWARZ VOR DEN AUGEN

Von Franz Schandl

Die ÖVP ist nicht am Ende. Sie steht vielmehr am Anfang einer Entwicklung, die auch den anderen Parteien nicht erspart geblieben ist. Bloß haben die das schon frühzeitig erkannt oder besser: erkennen müssen und waren weniger widerspenstig als die Volkspartei. Die Schwarzen wollten sich ganz einfach nichts sagen lassen, derweil stand es doch geschrieben, schwarz auf weiß, wohin der Weg zu gehen hat.

Das Grunddilemma

Grundsätzlich ist es wichtig, festzuhalten, daß die Krise der ÖVP, die da unisono ausgerufen wird, nicht überschätzt werden soll. Die ÖVP steht keineswegs vor dem Untergang, sie ist auch bundesweit nicht bedroht, auf den dritten Platz

Die Krise der Volkspartei und wie sie behoben wird.

abzurutschen. Dafür ist einfach zu viel Substanz in dieser Partei. Substanz, die unter heutigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Wertvorstellungen nicht zerbröseln kann.

Der liberale Rechtspopulismus ist keine Alternative zum liberalen Konservatismus der ÖVP. Außer einem großen Maul hat er nichts zu bieten. Die FPÖ-Wahlerfolge stehen auf tönernen Füßen, Wechsel-, Protest- und Denkmittelwähler geben hier den Ausschlag. Die ÖVP-Wähler sind echt, die Haider-Wähler eher zufällig, d.h. auch in jede Richtung anfällig. Letztere mögen im Wahlverhalten mobil sein, mobilisierungsfähig sind sie kaum, wie die mißglückten freizeithlichen Volksbegehren zeigen. Die

ÖVP-Niederlage hingegen speckt die Partei nur auf ihren gesunden Kern ab. Der kann und wird wieder flügge werden.

Wir würden vorschlagen, die Krise der ÖVP relativ banal zu sehen. Sie ist eine Frage der Kosmetik. Die ÖVP braucht nur ihren 'Vranz' zu finden - den SPÖ-Vorsitzenden selbst wird sie zwar kaum abwerben können - und einen guten Partei- und Kandidatenpräparator einkaufen.

Die Krise der ÖVP ist eine Krise der Form, nicht des Inhalts. Die Schwächen liegen in den antiquierten Parteistrukturen und dem unzeitgemäßen Outfit. Inhaltlich ist die ÖVP 'moderner' denn je. Das weiß sie auch. Ihre Werte haben sich in den letzten Jahren eindeutig durchgesetzt.



Damit ist aber nicht die katholische Soziallehre gemeint (die wird auch zunehmend vernachlässigt, wie wir erst unlängst in der Abtreibungsfrage gesehen haben), sondern die wirtschafts- und demokratiepolitischen Vorstellungen. Diese sind gesellschaftlicher Konsens geworden.

Privatisierung und Steuerreform tragen eindeutig den Stempel der Volkspartei. Die SPÖ zog nur widerwillig mit, auch wenn sie nachträglich versucht, 'Vorzüge' der gesetzten Maßnahmen für sich zu reklamieren. Dem ÖVP-Minister Lichal, ÖAAB-Obmann und Niederösterreicher, d.h. also doppelt mächtig, etwa ist es jährlich gelungen, aus dem Budget zusätzliche Milliarden für sein Heer herauszureißen, Abfangjäger anzuschaffen und Raketen zu bestellen. Mock hält Österreichs Außenpolitik fest auf amerikanischem Kurs. Ja, und die ökosoziale Marktwirtschaft, ein System, in dem neben den Menschen auch Umweltsünden und die letzten natürlichen Refugien kaufbar werden sollen, wird zusehends Realität. Auch wenn es kein Konzept sein sollte, das die ÖVP da unter diesem Titel führt, die Entwicklung der Wirtschaft beschreibt es allemal richtig.

Die ÖVP war in vielen Punkten er-

folgreich. Sie hat jedenfalls dem kreiskynischen Charakter der österreichischen Innen- und Außenpolitik den Garaus gemacht. Die SPÖ sah dem vorerst hilflos zu, entwickelte sich aber schließlich vom zaghaften zum tatkräftigen Helfer. Die Übernahme originären konservativen Gedankenguts durch den Koalitionspartner machte schwer zu schaffen. Nicht wie zu vermuten der SPÖ, sondern der ÖVP.

Die ÖVP hat also inhaltlich gesiegt und doch die Nationalratswahlen verloren. Was sie wollte, ging. Nur ging ihr dabei die Luft aus. Dieser Widerspruch ist vor allem dadurch erklärbar, daß es der ÖVP nicht und nicht gelingen mag, diese Erfolge auch glaubwürdig zu verkaufen, diese als der ÖVP gehörig darzustellen, diese für die Partei zu veranschlagen. Die ÖVP ist (mit einer erstarkenden Wirtschaft im Rücken) die treibende Kraft in Österreich und erscheint doch eher als ein getriebener und zunehmend aufgeriebener Haufen.

Nicht im Wirken und Handeln hat die ÖVP versagt, sondern in ihrem Auftreten, in ihrer veröffentlichten Erscheinung. Die ÖVP ist die traditionalistische Kraft in der österreichischen Politik. Das mag intern gut gehen, für die Ausstrahlung der Bundespartei ist es eine Katastrophe. Der Irrglaube, der zwischenzeitliche Sieg der Marktwirtschaft und ihrer Prinzipien würden auch automatisch die Partei dieser Werte stärken, führte schnurstracks in das Verderben.

Bund und Bünde

Im Gegensatz zu anderen Parteien besteht die ÖVP eigentlich aus deren drei: ÖAAB, Wirtschaftsbund und Bauernbund. Außerdem aus diversen Nebenparteien (Frauenbewegung, Junge ÖVP, Seniorenbund).

Die ÖVP ist eher ein Parteienbündnis denn eine Bundespartei. ÖVP, das ist eine Aneinanderkettung von mehr oder weniger potenten Organisationen, die gezwungen sind, miteinander auszukommen. Diese Struktur bedingt, daß es sehr schwierig und zeitaufwendig ist, zu Entscheidungen zu gelangen, die von allen maßgeblichen Teilorganisationen auch mitgetragen werden können. Die Interessenkoalition birgt so die Interessenkollision in sich.

In der ÖVP gibt es keine entwickelte und starke Zentralmacht. Somit auch keine geordnete Hierarchie. Bundesparteiobmann und Generalsekretär erscheinen in dieser bündischen wie föderalistischen Struktur als Verwaltungsbeamte eines Dachverbandes.

Mit den vielen Mächten in Bündnis und Ländern und den vielen verzweigten Hierarchien macht sich die Volkspartei das Leben zwar selbst schwer, ist aber andererseits von außen weniger angreifbar, somit auch weniger handhabbar. Was vor allem die bürgerlichen Journalisten stört und deren Antipathien erklärt.

Das formalisierte Nebeneinander einzelner Kräfte verunmöglicht nicht bloß innerorganisatorische Demokratie, sondern verhindert auch jene leistungsfähige Zentrale, die jede Partei heute vonnöten hat, nicht bloß als Befehlsverkünder, sondern auch als Befehlsempfänger. Selbst die Grünen, die mit ähnlichen Problemen (Landesfürsten, Basisdemokraten etc.) zu kämpfen haben, sind in ihren wenigen Jahren schon weiter gekommen als die ÖVP.

Es gelte daher, so der Landespartei sekretär der stärksten ÖVP-Landesorganisation, der Niederösterreicher Gustav Vetter, das Primat der Partei durchzusetzen. Eine starke Zentrale in allen Gliederungen (Bund, Land, Gemeinde) sei notwendig. Womit vor allem der Stärkung des jeweiligen Obmanns das Wort geredet wird, einer Effektivierung durch Führerpersönlichkeiten.

Auch Josef Riegler strebt ähnliche Strukturen wie in der CDU an, d.h. Entscheidungen der Zentrale sollen für alle verbindlich, die Bünde zu Serviceorganisationen degradiert werden.

Denn heute ist die ÖVP durch ihre Bünde zwar nicht handlungsunfähig - dazu ist dieses System viel zu eingespielt -, sie muß jedoch andauernd mit überproportionalen Reibungsverlusten, die einer soliden Entscheidung vorangehen, bezahlen. Nicht die Teilorganisationen an sich sind das Problem (diese hat die SPÖ auch), sondern deren Übergewichtung in oder besser: gegenüber der Bundesorganisation.

Heute reden also manche ÖVP-Mächtige wieder davon, die Bünde als institutionelle Gruppierungen in der Partei aufzuheben (z.B. die steirische Landesorganisation unter Hirschmann), ihren Einfluß deutlich zu schmälern. Der VP soll nun gelingen, was ihr nach innerorganisatorischen Kräfteverhältnissen gar nicht gelingen könnte.

Es ist noch nicht ausgemacht, wann das geschieht, eines jedoch ist klar: Aus eigener Kraft kann die ÖVP das gar nicht schaffen. Da werden die Medien wohl kräftig mit anpacken müssen. Nur mit ihrer Hilfe kann eine ÖVP-Identität auf Bundesebene Wirklichkeit werden. Denn bisher gibt es höchstens eine indirekte.

Land und Bund

Eine direkte Identifizierung gibt es hingegen in den Ländern. Die schwarzen Landeshauptmannparteien müssen der Bundespartei als übergeordnet gelten. Jedenfalls sind diese vorrangig. Länder wie Bünde sind aus rein subjektiven



„Der Sepp kann net Theater spielen“

Überlegungen an einer schwachen und nicht übermäßig attraktiven Bundespartei interessiert.

Die mächtigen ÖVP-Landesleute (in 6 von 9 österreichischen Bundesländern regiert die ÖVP, meist mit absoluter Mehrheit) sind in der Volkspartei von entscheidender Bedeutung, nicht nur im Land, sondern auch auf Bundesebene. Wichtiger, als daß die ÖVP wieder einmal den Bundeskanzler stellt, ist diesen Landesfürsten, daß sie Landesfürsten bleiben. Der Erhalt der eigenen Hausmacht geht vor. Mit einer Großen Koalition, geführt von einem sozialdemokratischen Bundeskanzler, ja selbst mit einer SPÖ-Alleinregierung läßt es sich für sie besser leben als mit oder gar unter einem schwarzen Regierungschef. Der würde nämlich ihre Macht durch seine Macht innerorganisatorisch schmälern.

Man denke nur etwas zurück: Gerade die Regierung Klaus brachte die schwarzen Landesorganisationen oft an den Rand des Mehrheitsverlustes. So wie jetzt ist es für Ludwig, Ratzenböck & Co. sicher bequemer. Verantwortung kann auf Bundesebene abgewälzt werden. Daher ist es auch nur allzu verständlich, daß einige Landeshauptleute ihrer Partei gar den Gang in die Opposition raten. Dem Spiel 'Schwarze Landesfürsten gegen rote Zentralmacht' könnten manche Landesparteiobmänner dann noch hemmungsloser frönen.

Was der ÖVP auf Landesebene noch immer gelingt, nämlich Wahlen zu gewinnen, wäre aber selbst mit einer analogen Übernahme dieser Politikkonzepte auf Bundesebene nicht machbar. Ein Purtscher, ein Krainer oder gar ein Ludwig hätten selbstredend gegen Vranitzky keine Chance. In den Ländern dagegen ist das möglich, weil die Verhält-

nisse noch nicht ausreichend 'modernisiert' worden sind. Wer z.B. Niederösterreich und den niederösterreichischen Zeitungsmarkt kennt, der weiß, daß es noch Leibblätter gibt. ÖVP-Leibblätter und Gemeinderatswahlen gehorchen so noch Gesetzen, die auf Bundesebene schon längst überholt sind. Doch auch in der nahen Provinz finden die letzten Wahlschlachten unter solchen Vorzeichen statt.

Bunt oder zu bunt

Seit Busek wissen wir, daß die ÖVP bunt sein will. Bunt trieb es auch Buseks Nachfolger Wolfgang Petrik. Unaufgefordert mischte er sich in den Wahlkampf. Und was er nicht alles einbrachte: ein Gewinnspiel für die Wiener, ein Verlustspiel für die Wiener ÖVP-Kassa, einen Naziunterstützungserklärenden Landespartei-sekretär, einen bonzenquälenden exmaturierten Schulsprecher. Nicht zu vergessen die drei Wiener Minister, die Petrik da für sich veranschlagte. Schlimmeres konnte denen kaum passieren.

Das bunte Treiben wurde schließlich den Wählern zu bunt. Petrik und mit ihm Riegler erhielten in Wien eine noch deutlichere Abfuhr als in den meisten anderen Bundesländern. Im Wiener Wahlkampf merkte man mehr als deutlich, daß bei der ÖVP eigentlich nichts mehr stimmte.

Wenn der Niederösterreicher Vetter heute sinngemäß meint, Riegler hätte Petrik stoppen müssen, „es geht ja nicht an, daß in einem Unternehmen Leute gegen ihren Chef arbeiten“, mag das schon richtig sein. Die Frage bleibt nur, ob dieser das auch wirklich gekonnt hätte, ob das in dieser ÖVP überhaupt möglich wäre.

Doch auch Riegler selbst war schlecht beraten, als er sich auf die Linie „Sepp, Sepp, sei kein Depp, die Zukunft ist der Alpenrap; Sepp, Sepp, mach sie heiß mit deinem Edelweiß“ festlegen ließ. Nun, das Edelweiß machte auf dem Wiener Parkett niemanden heiß, und Waldbauernbuben gibt es schon genug. So einen Typen wie Riegler kennen die Österreicher zur Genüge - nicht zu Unrecht wünschen viele sich ihn als Nachbarn, aber eben nur als Nachbarn -, so etwas wie Vranitzky hingegen kennen die meisten nicht, eben darum kann diese Person, weil unnahbar, zum Vorbild, zum Mann von Welt, zum Superstar aufsteigen. In Riegler würde sich der Wähler ja nur selbst wählen. (Das tut er auch eigentlich, jedoch nur dann, wenn er sich durch die Angriffe auf einen bestimmten Politiker selbst vehement in Frage gestellt sieht, z.B. im Fall Waldheim.)

Riegler zeigte sich den Österreichern, während Vranitzky es den Österreichern zeigte. Als der ÖVP-Chef dann ausgerechnet via Plakat drohend den Finger auf die Bürger richtete, war es sogar mit seiner Glaubwürdigkeit vorbei. Nicht, weil das aggressiv wirkte, sondern weil Person und Demonstration nicht zusammenpaßten. Derweil hätte er nur auf seine Antonia hören müssen: „Der Sepp“, sagte sie „kann net Thetaer spielen.“ Das sieht jeder. Doch gerade darauf kommt es in der Politik heute an.

Hans Rauscher, einer der profiliertesten Uniformierer der österreichischen Zeitungsleserschaft, meinte wohl nicht zu Unrecht, daß Vranitzky und Haider in Business-Intrigen à la „Dallas“ oder „Falcon Crest“ passen, während man bei der vorderen Garnitur der Volkspartei nur an die „Almdudler“-Werbung erinnert wird. Dem ist so. Solche Kriterien bestimmen heute das liberalisierte Wahlverhalten.

Das Durcheinander von Assoziationen, die Riegler, Petrik, Busek und Himmer aufkommen ließen, konnte kein stimmiges Gesamtbild mehr ergeben. Am stimmigsten (aber auch am primitivsten) war zweifelsohne der Nationaratswahlkampf der SPÖ. Sie ordnete dem Ziel der Stimmenmaximierung alles unter.

Anders die ÖVP. Sie wollte zuviel: ein Konzept anpreisen (Ökosoziale Marktwirtschaft), mit Skandalen der SPÖ auf den Leib rücken; einerseits setzte sie mit Ultimativen den Koalitionspartner unter Druck, andererseits drohte sie mit einer schwarz-blauen Koalition. Ja, und auch das Äffchen in der Television mochte nett gewesen sein, es paßte nur nicht zur Riegler-Partei. Der ÖVP-Wahlkampf war so ein einzigartiges Ensemble von Unstimmigkeiten.

Die Befehlsausgabe

Die Kuriere sind ausgesandt. Sie schreiben nicht nur in der gleichnamigen Zeitung das gleiche, sondern überall, von der WAZ bis zur AZ.

Franz Ferdinand Wolf erklärt der ÖVP ihre allerletzte Chance: „Werden jetzt persönliche, bündische und regionale Rücksichten genommen, ist alles zu vergessen. Gleichzeitig muß Riegler eine Totalreform der geschlagenen Volkspartei - nein: nicht angehen, sondern exekutieren. Dabei darf es keine Tabus geben: weder in Fragen der Struktur und Organisation, noch in Bündnen und Interessensvertretungen. Und schon gar nicht kann es falsche Rücksichten auf Landesfürsten geben.“

Josef Riegler darf, so Wolf weiter, in diesem Szenario „bis auf weiteres“ Parteiohmann bleiben. er soll „vor-

läufig", so Wolfs Kollege Rauscher, noch nicht zurücktreten, sondern vor seiner Erledigung noch die Dreckarbeit erledigen. - Denn „ihm bleibt nichts erspart“ (Bildunterschrift unter einem Foto Rieglers in der „Wochenpresse“). Noch hat der steirische Mohr seine Schuldigkeit nicht getan. Eins aber ist sicher: „Dieser Mann gewinnt keine Wahl mehr“, schlußfolgert Peter Pelinka in der AZ.

Josef Riegler wird in die Parteigeschichte der ÖVP als die steirische Nagelprobe eingehen. Die Steirer, mit ihren Überlegungen in der Bundespartei an Einfluß gewinnend, drängten die Nummer 3 oder 4 ihrer Landespartei in die Rolle des Bundesparteiobmannes. Zur Sondierung. Er wird dort noch einige Zeit verweilen, um dann, wir wagen eine Prognose, einem Bundesparteiobmann Hirschmann Platz zu machen.

Die Wahlniederlage der ÖVP wurde sicherlich von den Medien mitbetrieben. Jetzt geht man trotz des forschen Tons an das Knüpfen eines Auffangnetzes. Titel wie „Wie die ÖVP wieder ihren Lebenssinn erhalten kann“ über „Wie ist die ÖVP zu retten?“ bis „Die letzte Chance der Volkspartei“ hatten in den letzten Wochen Konjunktur.

Bevor die selbsternannten Retter nahen, verdüstern sie noch die Szene. Sie entwerfen das Zerrbild einer Krankheit, das beim Patienten nur noch das Gefühl des Ausgeliefertseins hinterläßt. So unterstellt man der ÖVP, seit 1970 nur Wahlniederlagen eingefahren zu haben. Sie wird beschrieben als die Verliererpartei par excellence, als hätte es nicht auch in den letzten zwanzig Jahren beachtliche Wahlerfolge gegeben: man denke etwa an die Bundespräsidentenwahl, verschiedene Landtagswahlen, aber auch die Aufholjagd des Alois Mock 1983 und 1986 sollte nicht unterschätzt werden. Diese spezifische mediale Sicht soll die ÖVP wohl schneller gefügig machen. Sie ist zweckbedingt, nicht richtig. Es geht um eine neue Modellierung der ÖVP. Sie ist medial beschlossen und bedarf nur noch der Ausführung. Die Volkspartei wird dazu an der Hand genommen, „denn sie wissen nicht, was sie tun“, schlagzeilte das Wochenmagazin „profil“ eine Woche nach dem Wahldebakel der ÖVP. „Gefolgschaft oder Untergang“ lautete der mediale Appell. Und diese Botschaft ist ein Befehl. Er ist täglich und wöchentlich und monatlich nachzulesen und bedarf kaum einer Nacherzählung. Schwarz vor den Augen darf die ÖVP nachschlagen, wo es lang geht. Druckerschwärze und Farbbild befehlen eine neue ÖVP. „ÖVP neu“ nennt sich daher folgerichtig das Konzept der Angesprochenen.

Denn die Befehlsausgabe ist eine Befehlseingabe. Wenn die ÖVP sich weiterhin wehrt, d.h. spezifische Eigeninteressen von Bündnis und Ländern über das allgemeine Interesse der links- und rechtsliberalen Medien an einer uniformierten und handhabbaren Volkspartei stellt, dann schlägt der Befehl in eine Kampfansage um. Und die Volkspartei ist nicht unabhängiger von den sogenannten unabhängigen Medien als andere nicht unabhängige Parteien. Mit Hineinregieren ist da nichts mehr. Gerade die ÖVP-Funktionäre haben noch nicht erkannt, daß sich die Abhängigkeitsverhältnisse in den letzten Jahren umgekehrt haben. Nicht mehr der Journalist hat zu kuschen und zu folgen, sondern der politische Repräsentant. Wer nicht folgt, wird verfolgt.

Eine eigenständige Strategie, die nicht von den Gazetten vorgegeben und abgesegnet wurde, ist völlig unmöglich, weil sie unmöglich gemacht würde. Das wissen heute alle Parteisekretariate (und wer partout nicht parieren will, der wird es in seinem Stimmkörbchen spüren), nur in der ÖVP scheinen sie eine etwas lange Leitung zu haben.

Inzwischen hat sich schon einiges getan. Die ersten Vorleistungen sind bereits erbracht. Lichal, König und Petrik wurden ihrer Funktionen enthoben. Die Ablöse des mittleren begründete Riegler ausdrücklich mit dessen mangelnder Außenwirkung.

Die anbefohlene Strategie verlangt ihre ersten Opfer. Die bundesweiten Niederösterreicher sind in die Defensive geraten. Doch ist das Opfern von Repräsentanten der sogenannten Stahlhelm-Fraktion allemal leichter als die Neustrukturierung der ÖVP.

Volkspartei oder Folgspartei?

Erhard Busek schrieb 1979: „Ein gut ausgebildetes Parteimanagement kommt daher der Führung eines Wirtschaftsunternehmens gleich, da es nur mit den entsprechenden Werbemethoden und modernen Suggestivtechniken zu garantieren hat, daß sich der gewünschte Erfolg, nämlich ein entsprechendes Wahlergebnis, einstellt. Dieser Weg ist am besten dann erreicht, wenn man die beherrschenden Wünsche der Wähler, am besten gleich nur jene der Wechselwähler, erkundet und sich danach richtet. Damit kommt die Verwirklichung von Programmen Wahlkapitulationen gleich, in denen bestimmten Gruppen der Preis für ihre Zustimmung zu einer Machtübergabe auf Zeit bezahlt wird. Die Folge davon ist die Gesichtlosigkeit der Politik (...), man

kommt vor lauter gefälliger Verpackung nicht mehr dazu, den Inhalt zu überprüfen, ja hat geradezu Angst davor, den Inhalt überhaupt zu erkunden. Man ist mit der Präsentation von Personen zufrieden, zählt Lachfältchen und Schweißperlen und unterstreicht den Unterhaltungscharakter der Politik mit würzigen Bonmots.“

Was Busek hier zu Recht kritisiert, ist aber in der Zwischenzeit Wirklichkeit geworden. Wer von den traditionellen wie von den neuen Parteien sich diesen Gegebenheiten nicht fügt, hat aktuell keine Chance. Parteien sind nun zu Firmen geworden, auch in dieser Hinsicht ist Günther Nennings Stehsatz „Eine Partei ist eine Partei ist eine Partei“ falsch. Parteien sind Unternehmen mit dem Ziel der Wählerstimmenmaximierung.

Es ist daher auch nur folgerichtig, daß die ÖVP ein Hauptinstrument ihrer Krisenbewältigung darin sieht, sich vom Management-Zentrum St. Gallen untersuchen zu lassen. Um wieder erfolgreich sein zu können, so sagen wir, daß das Management-Zentrum sagen wird, daß es notwendig sein wird, daß die ÖVP ihre Verweigerungshaltung aufgibt und sich entschließt, „der modernen Welt beizutreten“ (Rauscher). Um zur Erfolgspartei zu werden, muß die Volkspartei zu einer Folgspartei werden.

Vor einer häufig gebrauchten Interpretation der VP-Niederlage möchten wir abschließend noch warnen: Die ur-eigenste ÖVP-Klientel (Bauern, Gewerbetreibende etc.) mag weniger werden. Trotzdem sollte man gerade mit dieser klassen- und schichtenspezifischen Erklärung für ÖVP-Wahlniederlagen vorsichtig sein.

Sowohl international als auch in vielen österreichischen Ländern und Gemeinden hat dieser Umbau in der Klassengesellschaft den konservativen Parteien wenig geschadet. Zumindest war es möglich, sich darauf einzustellen. Rund um Österreich sind jedenfalls konservative Parteien weiterhin als stärkste politische Kraft auszunehmen.

Es wäre auch verfehlt, in der ÖVP bloß eine Bürger- und Bauernpartei zu sehen. Das ist sie schon lange nicht mehr. Vielmehr ist es ihr in der 2. Republik eindeutig gelungen, unter Arbeitern und Angestellten (man nenne sie nicht Arbeitnehmer!) Fuß zu fassen. Für alle, die es noch nicht wissen - die ÖVP ist die zweitstärkste Partei der österreichischen Arbeiterklasse.

Die Amerikanisierung der Politik bedingt nun auch die Modernisierung der ÖVP. Spät, aber doch. Widerstand scheint aussichtslos. Der Weg ist vorgezeichnet. Er ist noch umstritten, doch bald wird er beschritten. ■



Foto: Contrast/P. Piel

Öffentlichkeit als Bühne

■ Sozial deklassiert, ausgegrenzt, medial zu blinden Gewalttätern stilisiert. Jugendliche, ob sie sich „Hooligans“, „Skinheads“, „Red Brothers“ oder wie auch immer nennen - gemeinsam ist ihnen die gesellschaftliche Ablehnung, der Versuch, Aufmerksamkeit zu erlangen.

Die Öffentlichkeit nimmt sie als Rowdies, als Gefährdung von Ruhe und Sicherheit wahr. Ihre Lebenssituationen, die Motivationen für ihr Handeln, bleiben dabei unterbelichtet.

Geil auf Gewalt

Durch die voyeuristische Live-Berichterstattung von den Ereignissen im Heysel-Stadion - als Bilder der Tötung von 39 Menschen in Millionen Wohnzimmer übertragen wurden -, schien ein Sättigungspunkt in Sachen Fußballgewalt erreicht. In jüngster Zeit werden erneut Schreckensbilder gemalt.

„Des anzeige, wos do stimmt, san die Hasch-Preise“, so kommentiert ein Szenejugendlicher die kürzlich erschienene Titelgeschichte „Saat der Gewalt“ des Nachrichtenmagazins „profil“.

Mediengerecht inszenieren die Autoren diverse Gewaltakte Jugendlicher. Der besondere Zynismus liegt in einer teilweisen Einsicht für die Situation der

Gewalt: DIE SAAT GEHT AUF

Von *Geri Ecker*

„Spiegel“ und „profil“ sind geil auf die Saat der Gewalt. Symptome und nicht Ursachen stehen im Zentrum der Berichterstattung.

'Raubtiere', so „profil“, und der gleichzeitigen Stigmatisierung. „Die Alarmabteilung der Polizei hat rund um den Platz mehrere Mannschaften postiert. Im Heckraum der Polizei-VW-Busse blitzen die Plastik-Kampfschilder im fahlen Laternenlicht. Als die verfeindeten Banden einander gegenüberstehen, kommt durch den Polizeifunk die Meldung 'Schüsse am Rudolfsplatz'.“

Die Rede ist von „Hooligans“ - laut Duden Halbstarke, Rowdies- und 'Ausländer'-Banden.

Pate für diese Auseinandersetzungen stand unter anderem das Jugendmagazin „Rennbahn-Express“. In einer großaufgemachten Geschichte wurde im vergangenen Jahr über eine „Türkenbande“ berichtet, welche angeblich wilde Schlä-

gereien auf ihrem Konto verbucht haben sollte. Die einzigen, die noch imstande waren, sich dagegen zu wehren, fand das Jugendmagazin in den „Hools“.

Michl Kofler vom Wiener Verein Streetwork, meint, daß damit die Situation explodierte. „In den Köpfen hat Krieg geherrscht, ohne daß er bis dahin wirklich stattfand.“

Dieser Verweis auf die letzte Bundesheer-PR-Kampagne bringt die gesellschaftliche Einbettung dieser 'Kämpfe' zum Ausdruck. Ihre mediale Rezeption ist zum Teil Ursache und Ausdruck dieser gesellschaftlichen Grundströmung. Ausländerfeindlichkeit bei Parteien, in Medien, an den Schulen, in der Familie, am Arbeitsplatz und am Stammtisch erfährt somit eine schaurige Umsetzung. Vierfar-

big abgelichtet, beinahe zum Anfassen.

Soldaten an der Grenze, die Warnung „Wien darf nicht Chicago werden“, der Ruf nach Sicherheit, Aufrüstung der 'Sicherheitskräfte' stehen mit an der Wiege der gewalttätigen Fehden.

So beklagte sich die „Neue Kronen Zeitung“, „daß man keinen Grund fand, gegen die brutalen Außenseiter scharf vorzugehen, und sie laufen ließ“. Die Sozialwissenschaftler des Instituts für Kulturstudien, Rufer in der Wüste, stellten in einer Studie über jugendliche Fußballfans in Österreich fest: „Es war eine grobteils von einer 'Law and Order'-Mentalität getragene Sensations- und Tendenzberichterstattung, die jeweils zwischen 'pädagogischem Appell' und dem Ruf nach 'hartem Durchgreifen' pendelte und zum Großteil bestenfalls unter dem Übertitel 'Hetzkampagne' zu subsumieren war.“

Wobei diese 'Berichterstattung' den Jugendlichen in ihrem Wunsch nach Beachtung und Anerkennung in gewisser Weise - unter negativen Vorzeichen - entgegenkommt. Die andere Seite der Medaille: die gesellschaftliche Akzeptanz polizeilicher Repression, Kriminalisierung und für namentlich genannte und abgebildete Jugendliche ein Gruppendruck, der sie erneut unter ungeheuren Zugzwang stellt. Nicht selten werden so die Biographien junger Menschen geschrieben.

Die einsichtigen „profil“-Autoren unterlegten ihre bedrohlichen Bilder im zitierten Artikel mit folgendem Begleittext: „Plötzlich waren die Skins berühmt. Sie nahmen Geld für Interviews und mußten ihrer medial kolportierten Gefährlichkeit nun umso gerechter werden. Etliche aus der Gruppe sitzen unterdessen wegen schwerer Gewaltdelikte.“

Individualisierung und Identität

Gewaltakte Jugendlicher werden, je nach Absicht, einerseits subjektiviert, d.h. ausschließlich auf die Rolle des 'Gewalttäters' bezogen, andererseits auf deren Bild als 'jugendliche Opfer' gesellschaftlicher Zustände verkürzt. Für den Soziologen Wilhelm Heitmeyer ist der „dialektische Auseinandersetzungsprozeß der Jugendlichen mit der gesellschaftlichen Realität“ Erklärungsansatz. Angelpunkt ist hierbei die Identitätsfindung im gesellschaftlichen Umfeld.

Heitmeyer verwendet den Begriff der strukturellen Gewalt „als Kennzeichen von sozialer Ungerechtigkeit und Ungleichheit, denen der 'stumme Zwang' innewohnt, anders leben zu müssen, als man möchte“.

Unter diesen Umständen bieten die

sogenannten Gleichaltrigengruppen für manche Jugendliche letzte Möglichkeiten der Identitätsstiftung.

Gewalt als Schleuse für Ängste und Unsicherheiten Jugendlicher, gleichsam anderen Angst zu machen.

„Das bedeutet auch, daß Gewaltaktionen häufig keine irrationale, sondern höchst rationale Konsequenz von Erfahrungen sind, die Jugendliche in dieser Gesellschaft machen.“

Bimbos

Wie bei der Gleichaltrigengruppe bereits kurz angesprochen, ergeben sich über 'Naturkategorien' besondere Identifikationspotentiale. Als solche gelten unter anderem: Alter, Rasse, Geschlecht. Unter Berücksichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse bietet dies eine Erklärung für Ausländerfeindlichkeit und rechtsradikale Orientierungen mancher Jugendgruppen.

Die Annahme, daß diese Gruppen quasi Vorfeldorganisationen für die einschlägig bekannten Nazi-Parteien sind, oder wie der Innenminister Blecha es formulierte, „die Skinheads sind gleichsam als österreichische SA-Truppe angeworben worden“, ist nicht eindeutig belegbar. Roman Horak vom Institut für Kulturstudien, weist auf die unterschiedlichen Organisationsformen von Jugendgruppen und Nazi-Parteien hin als Grund für die fruchtlosen Rekrutierungsversuche rechtsradikaler, faschistischer Parteien. Dann und wann sei es gelungen sogenannte „Bimbos“ - Gruppenaußenseiter - anzuwerben.

Ohne die Bedeutung nazistischer Rollen zu verharmlosen, sehen die Wiener StreetworkerInnen eher das Moment der Provokation und den Wunsch nach Aufmerksamkeit gegeben als eine eindeutige politische Orientierung.

Hools

Im Rahmen der bereits zitierten Studie „Im Abseits? Jugendliche Fußballfans in Wien“ wurde durch eine Befragung festgestellt, daß die Gewaltbereitschaft unter jungen Fans hoch mit rechten, autoritären politischen Einstellungen korreliert. „Die Einstellung gegenüber der Rolle der Frau, Entwicklungshilfe, Ausländern und Antisemitismus tragen deutliche Merkmale rechts-extremer Einstellungsmuster und allgemein des Autoritarismus.“

Die Aussage „Gäbe es wieder Arbeitslager, kämen Zucht und Ordnung von alleine“ bejahten 28% aller Befragten und 71% der rechtsextremen Zielgruppe.

Bei den Fußballfans kam es zu bemerkenswerten Veränderungen. Lag das Durchschnittsalter von in Fan-Klubs Organisierten zu Beginn der 80er Jahre noch bei 20/21 Jahren, so sind die heutigen Hooligans durchschnittlich 13/14 Jahre alt. Eindeutig feststellbar ist auch eine schwächere Vereinsbindung. Ging es in der Vergangenheit noch um Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Vereins-Fans, liegen nunmehr die Linien zwischen Linz und Wien und vor allem zwischen 'Inländern' und 'Ausländern'. Heute schließen sich die Fans der traditionell verfeindeten Großvereine Rapid und Austria zwecks Aktionen gegen 'Ausländer' zusammen.

Laut einer noch nicht veröffentlichten Umfrage des Instituts für Kulturstudien haben 11% aller befragten Jugendlichen in Fansektoren ihre Parteipräferenz für die Ausländer-Halt-Gruppierung kundgetan. Eine genauere Betrachtung, im Hinblick auf gewalttätige Zielgruppen, läßt noch beängstigendere Zahlen erwarten.

Streetwork

Mit dem 'Problem' Jugendbanden und Gewalt beschäftigen sich im positiven Sinne SozialarbeiterInnen im Rahmen von „Streetwork“.

Im Programm des Wiener Vereins „Streetwork“ heißt es: „Streetwork ist die Methode der Sozialarbeit, mit der sogenannte 'Problemjugendliche' erreicht werden, die bestehenden Angebote im Freizeit- und Sozialbereich nicht annehmen bzw. davon ausgeschlossen werden.“ StreetworkerInnen lassen sich von den Grundsätzen der Parteilichkeit für die Jugendlichen, der Freiwilligkeit des Kontakts und der Anonymität leiten.

Angesichts der Komplexität der Ursachen, der Verknüpfung gesellschaftlicher, systemimmanenter und individueller Verhältnisse als Handlungsmotivation können sozialpädagogische Ansätze nur an der Oberfläche der Problemlagen wirken.

Die 'irrationale' Reaktion auf Verhältnisse, bei Jugendbanden über Gewalttätigkeit ausgedrückt, zum Teil gepaart mit nazistischer Phraseologie, sollte nicht in Abrede gestellt und deren Gefährlichkeit nicht verharmlost werden. Solange aber damit politisches Kleingeld verdient und von wirklichen Ursachen abgelenkt werden kann, ist die Verdickung des Nährbodens für diese gesellschaftlichen Auseinandersetzungen nicht aufhaltbar. ■

Gerl Ecker ist freier Journalist und lebt in Wien.

Interview: FÄLLT EUCH EINE BESSERE LÖSUNG EIN?

Von Ursula Kubes-Hofmann



Foto: van der Straeten

Ursula Kubes-Hofmann sprach mit der Frauenstaatssekretärin Johanna Dohnal über Frauenpolitik und Koalitionsverhandlungen.

Ursula Kubes-Hofmann (links) und Johanna Dohnal

MONATSZEITUNG: Die Koalitionsverhandlungen, Frau Dohnal, sind noch nicht abgeschlossen. Welche frauenpolitischen Forderungen haben Sie denn in die Diskussion eingebracht?

Dohnal: Ich habe bereits im Sommer mit Frauenarbeitsgruppen aus dem wissenschaftlichen, künstlerischen und autonomen Bereich Forderungen durchbesprochen und den diversen Arbeitsgruppen in den Koalitionsverhandlungen zugeordnet. Von der Verwaltungs- und Demokratie-reform, wo die gesetzliche Verankerung des Frauenförderungsprogramms gefordert wurde, über das Gleichbehandlungsgesetz für den öffentlichen Dienst bis zur Forderung der sozialistischen Frauen nach hundert Wahlkreisen im Zusammenhang mit dem Persönlichkeitswahlrecht.

MONATSZEITUNG: Die EG hat einige Milliarden Schilling für Frauenförderung versprochen. Wird das Einfluß auf die kommende Frauenpolitik in Österreich haben, da die Koalitionsverhandlungen bereits EG-konform ablaufen?

Dohnal: Wir sind noch nicht in der EG und werden vor 1994, '95 nicht hinkommen.

MONATSZEITUNG: Gibt es einhellige Standpunkte innerhalb der SPÖ-Frauenorganisation zum Beitritt Österreichs in die EG?

Dohnal: Nein, gibt's nicht. Aber es gibt in den sozialistischen Frauenorganisationen größere Bedenken als im freien Wirtschaftsverband. Die Gefahr besteht, daß soziale Standards, die wir haben, durch den EG-Beitritt eingefroren werden können. Die Nivellierung erfolgt ja schon zu einem Zeitpunkt, wo wir gar nicht drinnen

sind. Auf der anderen Seite gibt es wieder Empfehlungen, Richtlinien der EG an die Mitgliedsstaaten in Punkto Gleichbehandlungsgesetz.

MONATSZEITUNG: Gemeint sind Sanktionsmöglichkeiten, die es in Österreich derzeit nicht gibt. Abgesehen davon gibt es jetzt in allen Parteien die Tendenz, integrative Frauenförderungs-politik zu betreiben.

Dohnal: Das muß man ausnützen.

MONATSZEITUNG: Wohl aber auch hinterfragen und kritisieren. Es muß ja noch klar bleiben, worin man sich abgrenzt, ohne Feindbilder zu schaffen. Sonst haben wir zwar ein paar Managerinnen mehr, aber gleichzeitig Tendenzen zu möglichen Doppelverdienerverordnungen, wie man sie aus unseligen Zeiten kennt. Das sollte man ja nicht aus dem Auge verlieren. Das bedeutet aber, der Kritik- und Utopiefähigkeit von Feministinnen mehr Gehör schenken.

Dohnal: Selbstverständlich. Darauf muß man verstärktes Augenmerk haben.

MONATSZEITUNG: Frauenpolitik in den neunziger Jahren müßte einer Änderung des Frauenbildes, das nicht nur in konservativen Zeiten in Mütterlichkeit schwelgt, - strukturell politisch leider immer noch das machtvollere - Rechnung tragen. Wesentlich mehr Frauen leben heute sexuell und ökonomisch unabhängig von Männern, ein Umstand, der politische Konsequenzen haben müßte. Dazu gehört auch der Bereich einer veränderten Alltagskultur von Frauen, die von Feministinnen geschaffenen Freiräume der frauenspezifischen Lebens- und Arbeitszusammenhänge. Was wird

in dieser Richtung zur Unterstützung getan werden?

Dohnal: Wenn ich das in die Regierungsformen des vergangenen Dezenniums hineingieße, ist gerade hier einiges passiert. Ab 1986 ist sehr viel Energie für die Abwehr des traditionellen Frauenbildes, das wieder gemalt wird, draufgegangen. So etwa gegen die ÖVP-Forderung nach gesetzlicher Verankerung von Ehe und Familie in der Verfassung oder die Erziehungsgeldmodelle.

MONATSZEITUNG: Wie soll die Zusammenarbeit mit autonomen Feministinnen künftig erfolgen?

Dohnal: Punktuelle Zusammenarbeit in konkreten Sachfragen ist heute eher möglich als früher. In einer Koalition ist die Frage der Bündnisse sehr wichtig. Bezogen auf die politische Entwicklung ist festzustellen, daß Positionen, die einst radikal, radikalfeministisch links-links oder wie immer auch waren, heute mehrheitsfähig geworden sind.

MONATSZEITUNG: Das würde ich bestreiten, geht man von einem radikalen und erweiterten Begriff des Selbstbestimmungsrechtes der Frauen aus. Ein radikalisierte Begriff von Selbstbestimmungsrecht muß auch Auswirkungen auf institutionalisierte Frauenpolitik haben. Die Realität von vielen Frauen muß einem patriarchalischen Frauenbild entgegengesetzt werden, das bis jetzt moralische Werte setzt und in dem unabhängige und widerständige Frauen als Normbrecherinnen dargestellt werden.

Dohnal: Dafür gibt's ja ein anderes Wort: Die sind 'abnormal' im allgemeinen Verständnis. Das traut sich heute zwar keiner mehr über eine geschiedene Frau oder eine Alleinstehende mit Kind zu sagen, bei lesbischen Frauen aber wird das so verwendet. Wenn wir bei dem noch bleiben, wo Sie die neue Qualität in der Frauenpolitik sehen, muß man erst schauen, was man da pragmatisch machen kann, um sich dorthin zu bewegen.

MONATSZEITUNG: Das hängt auch mit der Selbst- und Fremdwahrnehmung der Frauen untereinander zusammen, mit ihrem Demokratieverständnis und ihrem Solidaritätsbegriff. Eine verwirklichte Demokratie richtet sich ja danach, wie in einem Land mit AußenseiterInnen umgegangen wird. Hat sich da Ihrer Meinung nach etwas geändert?

Dohnal: Es geht, auch was Frauen betrifft, um die Schaffung einer Konfliktkultur, ein wichtiger Aspekt, wenn man von Demokratie redet. Die mit dem Geld verbundene Machtfrage löst sich aber damit nicht auf. Ich kann nicht sagen, daß wir in Österreich keine Demokratie haben, aber jede Demokratie ist auch

etwas sehr Unvollkommenes. Hinsichtlich Konfliktkultur sind wir relativ unterbelichtet. Verglichen mit der BRD wird bei uns harmonisiert, verschleiert, eher von hinten herum agiert, anstatt Konflikte offen auszutragen.

MONATSZEITUNG: Der Entwurf des Fortpflanzungshilfegesetzes etwa ist noch veränderbar. Es gibt den Passus, daß In-vitro-Fertilisation nur bei eheähnlichen Verbindungen anzuwenden sei. Damit werden alleinstehende und lesbische Frauen ausgeschlossen. Wie stehen Sie dazu?

Dohnal: Das könnte man ändern, nur - ich werde vehement dagegen kämpfen. Der Entwurf ist von mir und ich hab' wirklich zwei Jahre lang hin und her überlegt. Im Grunde muß man sich mit der Tatsache der künstlichen Fortpflanzungsmöglichkeiten auseinandersetzen, auch wenn man dagegen ist. Wenn man da ein Gesetz macht und sagt, das ist verboten, das ist genauso für den Kanal, wie wenn man die Abtreibung verbietet. Dann wird das in der Grauzone kriminalisiert. Glücklicherweise haben wir wenigstens die Fristenlösung. Ein Verbot ohne Sanktionen geht nicht, und ein Verbot mit Sanktionen lehne ich ab, denn den Letzten, und das sind die Frauen, beißen die Hunde. Das kann man wirklich spiegelgleich mit dem Schwangerschaftsabbruch vergleichen. Daher geht es um Schaffung von gesetzlichen Bestimmungen, die die Durchführung denen eröffnen, die das wollen, aber so restriktiv sind, daß es nicht zur Leihmutterschaft kommt. Das ist der springende Punkt: Das kann man nur machen, wenn man das beschränkt auf jene Paare - die katholischen Organisationen wollen den Trauschein, das haben wir natürlich nicht gemacht -, von denen Samen und Eizelle stammen und die die Verantwortung für das Kind übernehmen. Wenn man das Gametenpaar auf dieses Paar beschränkt, definiert man eine eheähnliche Verbindung. Wenn Euch eine bessere Lösung einfällt, bin ich wirklich offen für Vorschläge.

MONATSZEITUNG: Der Begriff Fortpflanzungshilfegesetz ist einigermaßen abstrus ...

Dohnal: Der Name muß weg. Das soll ja genau das Gegenteil sein, bitte. Ein Fortpflanzungsverhinderungsgesetz, wenn Sie so wollen ...

MONATSZEITUNG: Das würd' ich schon besser finden ...

Dohnal: Ich versteh' das ja nicht, warum Frauen, die sich dazu bekennen, mit Frauen zu leben, unbedingt ein Kind haben wollen.

MONATSZEITUNG: Es geht bei der Kritik auch um etwas anderes. Nämlich um eine Bumerangfunktion, die ein

Fortpflanzungsgesetz mit diesen Diktionen haben kann. Und zwar hinsichtlich einer gentechnologischen Festschreibung der Familie, die immer noch als Keimzelle des Staates begriffen wird, und die Unterfütterung mit biologistischen Festschreibungen auf Rollenklischees von Frauen und Männern. Die Zementierung konservativer Wertvorstellungen mit Hilfe von gentechnologischen Gesetzesregelungen.

Dohnal: Die reine Lehre ist es natürlich im radikalfeministischen Sinn nicht - radikal ist für mich ein positives Wort -, ich kenne diesen Makel. Ich muß aber fragen: Was ist mir lieber - die Leihmutterschaft zu ermöglichen oder in Kauf zu nehmen, daß Frauen und Männer keine Kinder haben können, wenn sie das wollen? Da entscheide ich mich für die zweite Lösung. Ich werde das noch oft erklären müssen. Es hat keinen Sinn zu sagen, Leihmutterschaft ist verboten, man kann das nicht überprüfen. Man kann die Agenturen nicht verhindern, wir kennen doch die kapitalistischen Mechanismen. Aber ich kann das beschränken, indem ich das beim Arzt machen lasse, und zwar nur In-vitro-Fertilisation. Natürlich wird es Ärzte geben, die das auch umgehen werden.

MONATSZEITUNG: Wie wird das mit den zwei unangenehmen Homosexuellenparagraphen im Sexualstrafrecht weitergehen? Ist anzunehmen, daß die in der kommenden Legislaturperiode endlich verschwinden?

Dohnal: Das hängt von der zukünftigen Regierung und dem Justizminister ab. Es gibt zwei Möglichkeiten - entweder man hat einen Justizminister, mit dem man eine Regierungsvorlage zusammenbringt; wenn das nicht der Fall ist, muß man das über die parlamentarische Initiative machen. Ich unterstütze das und werde mit den anderen Parlamentariern, die auch gegen diese Paragraphen sind, eine Initiative setzen.

Es gibt hier EG- und Europaratsempfehlungen, und daraus ergibt sich eine pragmatische Notwendigkeit der Abschaffung: Ich kann nicht auf der einen Seite die HOSI auf kommunaler Ebene unterstützen, andererseits kriminalisieren. Es muß eine Gesetzesänderung gemacht werden. Totes Recht kann immer zur Anwendung kommen, wie man kürzlich bei der HOSI gesehen hat. Den Zustand kann man nicht weiter belassen.

MONATSZEITUNG: Messen Sie der autonomen Frauenbewegung eine politische Avantgardefunktion weiterhin zu oder hat sich Ihrer Meinung nach die Rolle als kritisches Analyse-, Radikalisierungs- und Vorantreibungsinstrument im realpolitischen Spektrum geändert?

Dohnal: Das stellt sich heute anders dar. Es ist aber eine Notwendigkeit für genau eine solche Bewegung entstanden. Vieles an Forderungen ist erst durch die Autonomen Frauen mehrheitsfähig geworden.

Avantgardepolitisch im Sinn der Analyse und Diskussionen, Aktionen. Es gibt auch eine andere Erscheinungsform, die ich auch als politisch einstufe. Die Autonome Frauenbewegung hat in ihrer unterschiedlichen theoretischen und praktischen Vielfalt sehr vieles bewirkt, und viele Feministinnen haben sich in Projekten etabliert. Das ist bitte auch politische Arbeit, das ist zwar Sozialarbeit hauptsächlich, aber nicht nur.

MONATSZEITUNG: Viele Feministinnen leisten letzten Endes aber Reparaturarbeit für eine Gesellschaft, die in ihrer kapitalistischen und patriarchalen Struktur nicht mehr in Frage gestellt wird. 'Weibliche Tugenden' werden durch - wenn auch geringe - Bezahlung aufgewertet. Das ist insgesamt ein Trend der integrativen Frauenpolitik, wo sich Konservative mit der Vorstellung nach mehr weiblicher Sanftmut auf allen gesellschaftlichen Ebenen anhängen. Sehen Sie darin nicht ein Problem?

Dohnal: Für die Autonomen hat sich das hinsichtlich der Reparaturarbeit deswegen so stark entwickelt, weil die meisten Projekte nur aus der Arbeitsmarktwirtschaft (AMV) finanziert werden können. Sie werden so konzipiert, daß sie in die Strukturen der AMV passen. Da ist schon System dahinter. Nicht daß irgendein Sozialminister das schlecht gemeint hätte.

Daher haben wir gerade in den konservativen und kirchlichen Frauenorganisationen aber auch ein anderes, mitunter fortschrittlicheres Frauenbewußtsein erreicht. Außerdem gibt es ein breites Spektrum an jungen Frauen, die den Kampf unserer Generationen nicht kennen, aber aus dem Grund von einer anderen Stufe weg ihr politisches Bewußtsein entwickeln. Dadurch besteht die Gefahr, daß wir einander nicht mehr verstehen. Es gibt von uns auch wenige, die eine direkte Linie dahin finden. Denn es gibt auch Frauen, die über die Medien verkünden lassen, daß es die Frauenbewegung nicht mehr gibt, weil die für sie keine Rolle mehr spielt. Ich würde mir wünschen, daß wieder viel mehr Bewegung nach außen hin besteht, beginnend mit der Analyse.

MONATSZEITUNG: Nach den Zeiten des Zweckoptimismus und Pragmatismus also wieder ein Votum für mehr Theorie und Analyse und daraus folgende Aktionen?

Dohnal: Ja, unbedingt.

MONATSZEITUNG: Wir danken für das Gespräch.

Die alte Dame ist 77 Jahre alt, erst in den achtziger Jahren hatte sie das Eigentum an ihrem Berliner Altbau in der Pfarrstraße 112 an den damaligen DDR-Staat verloren. Jetzt hat sie die Rückgabe beantragt, doch die Mühlen der neuen Westbürokratie mahlen langsam.

Die allmächtige Kommunale Wohnungsverwaltung (KWV), die heute in bezirkliche Wohnungsbaugesellschaften mit beschränkter Haftung aufgeteilt wurde und im Alleineigentum des Senats steht, hält ihre Hände auf die Häuser. Und sie hat, ohne die EigentümerInnen zu fragen, für alle Häuser in der Pfarrstraße - hier sind über zehn besetzt - mit einer Ausnahme Räumungsanträge gestellt. Ein Verhalten, das grob gegen das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen verstößt, aber das kümmert den SPD-geführten Senat nicht.

Das Haus der alten Dame - Pfarrstraße 112 - wurde entsprechend geräumt, obwohl sie dagegen ist und es gerne sehen würde, wenn die BesetzerInnen wieder einziehen würden.

Genauso erging es einer GmbH, die einen langfristigen Mietvertrag hat und auch nichts gegen die Besetzungen hatte. Auch hier hat die Wohnungsbaugesellschaft Räumungsanträge gestellt.

Der damals noch rosagrüne, jetzt nur noch SPD-bestückte Senat schafft sich



Wohnungsnot und Wahlkampf: RÄUMUNGSTERROR IN OSTBERLIN

Von Thomas Fruth

Der Westen macht Ernst. Am 14. November wurden im Ostberliner Stadtteil Friedrichshain 17 Häuser von der Westberliner Polizei gewalttätig geräumt. Es gab über hundert zum Teil schwer verletzte Hausbesetzer/innen und 500 Festnahmen.

Berlin 14. 11. '90. Räumung der Mainzer Straße im Stadtbezirk Friedrichshain durch Spezialeinsatztruppen der Polizei.



Fotos: G.A.F./O. Jandke

so seine Eskalation selbst. Er stellt als Alleineigentümer Räumungsanträge und läßt dann, von seiner Polizei tatkräftig unterstützt, vom Bundesgrenzschutz und westdeutscher Bereitschaftspolizei die Häuser räumen mit dem Argument, es lägen ja schließlich Räumungsbegehren der EigentümerInnen (was nicht stimmt, die stammen nämlich von seiner eigenen Wohnungsbaugesellschaft, die auch die Verwaltungsrechte nach Eigentumsrückübertragung verlieren wird) vor.

Auch wurde ein beliebiges Datum in die Welt gesetzt: der 24. 7. '90, nach dem keine Besetzungen mehr akzeptiert werden würden. Dieses Datum setzte die SPD damals, um gegen die von der CDU geführte DDR-Regierung, die keine Polizeieinsätze gegen besetzte Häuser durchführte, Wahlkampf führen zu können. Einen sachlichen Grund für dieses Datum - euphemistisch 'Berliner Linie' genannt - gibt es nicht. Bei den aktuellen Räumungen wurde auch keine Rücksicht darauf genommen, ob die Häuser vor oder nach diesem Datum besetzt worden waren.

In der letzten Woche wurden 17 Häuser in Berlin geräumt, davon allein am 14. November 12 Häuser in der Mainzer Straße im Bezirk Friedrichshain - unter Einsatz zum Teil erheblicher Gewaltmittel, Räumpanzer, Tränengas, Wasserwerfer, Blendgranaten, Hubschrauber, Gummigeschoßen, in einem Fall wurde sogar scharf geschossen und ein Demonstrant durch einen Querschläger verletzt. Die Festgenommenen, auf die eine Lawine von Strafverfahren wegen Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch und anderer Delikte zurollt, sind schon nicht mehr zu zählen: sicherlich weit über 500 Personen.

Freiräume plattgewalzt

„Diese Fakten machen es unmöglich, im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz von Verhältnismäßigkeit auch nur zu sprechen. Polizeiliche 'Lösungen' in dieser Dimension werden 'notwendig', wenn die politisch Verantwortlichen politische Lösungen nicht wollen und deshalb systematisch hintertreiben“, heißt es in einem Unterstützungsauftrag für die BesetzerInnen zum Polizeieinsatz in der Mainzerstraße, wo mit besonderer Härte ein ganzer Straßenzug geräumt wurde. Für mehrere Stunden tobte hier ein Bürgerkrieg, der vom Berliner Senat ohne Veranlassung vom Zaun gebrochen wurde. Zurück bleibt ein verwüstetes Stadtviertel. Die BesetzerInnen waren verhandlungsbereit wie in allen anderen Häusern auch; der Senat hatte die Verhandlungen einseitig abgebrochen und sich so seinen Vorwand zum Zuschla-

gen selbst geschaffen. Das Unverständnis vieler OstBerlinerInnen und auch OstBerliner HausbesitzerInnen für eine solche Gewalteskalation wird rücksichtslos übergangen. Eigentumsmittel werden nicht zurückgegeben, EigentümerInnen unter Druck gesetzt, um nach Belieben schalten und walten zu können.

Noch immer sind ca. 110 Häuser in OstBerlin besetzt. Und es stellt sich die Frage: Will die Berliner SPD tabula rasa machen und alle Häuser räumen?

Brutaler hatten die früheren CDU-Regierungen auch nicht versucht, das Problem der Hausbesetzungen, das in Wirklichkeit ein Problem der Wohnungsnot ist, zu 'lösen'. Ein polizeiliches, gewaltsames Umgehen mit dem Problem der Wohnungsnot, anstatt wirkliche Lösungen zu diskutieren und in Angriff zu nehmen, kann nur zu weiterer Eskalation führen. Aber wer kann sich schon damit profilieren, Obdachlose von der Straße zu bringen oder selbstverwaltete Lebens- und Arbeitsprojekte zu unterstützen?

Der Altbaubestand in OstBerlin ist in einem großteils völlig heruntergekommenen Zustand, Tausende von Wohnungen standen und stehen leer, die völlig unfähige Bürokratie der Kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV) hat diesen Mißstand über Jahrzehnte verwaltet, verschuldet, aber auch Eigeninitiative bis zur Besetzung und Instandsetzung geduldet. In OstBerlin sind nicht nur über 100 Häuser, sondern Tausende von Wohnungen - leise - besetzt. Hier wäre es angebracht, Freiräume zu eröffnen und zu erhalten, anstatt alles, was nicht mit dem blankgeputzten Hauptstadt-Bild, das von CDU bis SPD und AL so gerne beschworen wird, plattzuwalzen.

Hinzu kommt: es ist Wahlkampf in Berlin (2. 12. 1990: Bundestags- und Landtagswahlen). Die SPD will sich als Macht von Recht und Ordnung profilieren, wie schon so oft in ihrer Geschichte. Die AL ist aus der Koalition ausgetreten, um nach dem 2. Dezember - wenn sie darf - sofort wieder einzutreten und zwischenzeitlich linke Stimmen durch einen pseudoradikalen Schritt zurückzugewinnen.

Die OstBerliner Bevölkerung ist verunsichert bis entsetzt, das „Neue Forum“, das sich gewaltfrei zwischen Polizei und DemonstrantInnen stellt, wird als Vermittler zurückgewiesen, Bärbel Bohley fordert den Rücktritt von Polizeisenator Pätzold (SPD). 15.000 demonstrierten gegen die Politik des Senats, weitere Demonstrationen werden folgen.

Mompers Glitzerhauptstadt wird es auf absehbare Zeit nicht geben. ■

Thomas Fruth ist Rechtsanwalt und lebt in Berlin/West.

Häuserräumung als Bürgerkrieg: WIE GEFANGENE HINAUSGEZERRT ...

Mit einem OstBerliner Hausbesetzer führte Birge Krondorfer am 17. November das folgende Gespräch.

MONATSZEITUNG: Wie hat alles angefangen? Kam der Polizeieinsatz und die Räumung überraschend oder habt Ihr etwas geahnt?

Besetzer: Wir haben nichts geahnt. Wir hatten angenommen, daß bis zum 2. 12., also bis zur Wahl, nichts passieren wird.

MONATSZEITUNG: Wie war der Verlauf der Ereignisse?

Besetzer: Am Montagmorgen, dem 12. November, sind in Berlin Lichtenberg ohne Vorwarnung drei besetzte Häuser von der WestBerliner Polizei geräumt worden. Daraufhin gab es sofort eine kleine Protest- und Solidaritätskundgebung von ca. 50 bis 100 Leuten auf der Frankfurterallee, wodurch der Verkehr für ungefähr 10 Minuten blockiert war. Das nahm die Polizei zum Anlaß, um sofort mit Räumungspanzern und Wasserwerfern durch die Mainzerstraße zu donnern und ohne Vorwarnung die Wasserwerfer einzusetzen und sämtliche Häuser, auch die nichtbesetzten, unter Beschuß zu nehmen. Die kleinen Blockaden auf der Straße - wie Mülltonnen und Autos - wurden einfach beiseite geschoben.

MONATSZEITUNG: Wie habt Ihr Euch dann verhalten?

Besetzer: Es strömten sofort Hunderte von UnterstützerInnen, SympathisantInnen und Neugierigen in die Gegend, und wir haben dann begonnen, an beiden Enden der Mainzerstraße Barrikaden zu errichten. Im Laufe des frühen Nachmittags kam es zu weiteren Bullenprovokationen wie z.B. das Eintreten einer Tür in einem besetzten Haus um die Ecke.

MONATSZEITUNG: Habt Ihr Euch gewehrt?

Besetzer: Ja, wir haben die Barrikaden verstärkt und gegen die anrückenden Bullen Steine geschmissen. Inzwischen ist der Bezirksbürgermeister von Friedrichshain, Mundiburu, gekommen und hat versucht zu vermitteln. Erfolglos.

MONATSZEITUNG: Wie haben sich die UnterstützerInnen verhalten?

Besetzer: Es gab verschiedenste Versuche von den in der Zwischenzeit herbeigeeilten VertreterInnen des Bündnis 90, wie z.B. Bärbel Bohley, von der

PDS und von den Grünen, vermittelnd einzugreifen. Auch die SPD Friedrichshain sowie die gesamte Bezirksversammlung und selbst der Stadtbaurat der CDU versuchten, mit dem Westberliner Innensenat in Kontakt zu kommen, um den Einsatz zu verhindern. Aber das war dem Westberliner Senat völlig egal, was die Ostberliner zu melden hatten.

MONATSZEITUNG: Wie ging das dann in der Nacht weiter?

Besetzer: Erst gegen drei Uhr früh wurde ein Waffenstillstand ausgehandelt - zum ersten Mal in der Berliner Häuserkampfgeschichte. Aber es war wohl eine Taktik der Exekutive, weil sie merkten, daß sie zu wenig Einsatzkräfte hatten. Wir räumten dann noch die Barrikaden unter den Augen der Bullen von der Frankfurterallee fort, damit der Berufsverkehr durchkonnte. Inzwischen ist die Internationale Presse gekommen, und ganz Friedrichshain war von SympathisantenInnen belagert. Bärbel Bohley und die gesamte ehemalige DDR-BürgerInnenbewegung versuchten am Dienstag mit dem Innensenator Pätzold, der sich verleugnen ließ, und dem Polizeipräsidenten Scherz in Kontakt zu treten, aber das war alles umsonst. Wir verhandelten mit Momper um eine Nicheräumungsgarantie. Unter dieser Bedingung hätten wir dann die Barrikaden weggeräumt. Noch am Montag hatte der Innensenator in einer Presseerklärung mitgeteilt, daß es nie zu einer Räumung kommen würde. Dazu muß man auch sagen, daß wir offiziell legal in den Häusern gewohnt haben. Doch ab Montag 0.00 Uhr war es klar, daß die Mainzerstraße um jeden Preis zu räumen sei. Inzwischen waren auch am Prenz-

lauerberg rechtswidrige Räumungen gelaufen, weil angeblich eine Eigentümerin den Antrag gestellt hatte, was aber überhaupt nicht zutraf. Ab 19 Uhr wurde vom Innensenat und dem dort tagenden Krisenstab eine Nachrichtensperre verhängt, die auch für die AL galt. Dort wurde die endgültige Räumung für Mittwoch beschlossen. Es gab Gerüchte und Vermutungen, daß ab 5 Uhr früh der Großeinsatz begänne. Die ganze Nacht noch versuchten die AL und das „Bündnis 90“, den Kontakt zum Innensenator herzustellen, aber das erwies sich als völlig sinnlos. Die Ostberliner hatten es bis zur letzten Minute nicht für möglich gehalten, daß die westdeutsche Staatsmacht tatsächlich so agieren würde. Auch Leute, die uns vorher kritisch gegenüberstanden sind, waren völlig entsetzt.

MONATSZEITUNG: Wie kam es dann zu den Fernsehbildern, die an Beirut erinnert haben?

Besetzer: Um etwa 4 in der Früh begann ein Keller einer Kohlenfirma zu brennen und das, obwohl das Haus völlig abgeschlossen war. Wir versuchten sofort, den Brand zu löschen, haben die Feuerwehr gerufen und die Leute und Kinder aus dem Haus gerettet. Wir ließen die Feuerwehr durch die Barrikaden, und als sie um halb fünf hineinfuhren, rückten sofort die Bullen an, was uns vermuten läßt, daß das eine geplante Provokation war. Der Totaleinsatz begann mit militärischen Mitteln: Großangriff auf die Barrikaden, Bombardement mit Tränengas, Blendschockraketen, Gummigeschosse. Es wurde auch scharf geschossen. Einen der Besetzer traf ein Querschläger ins Bein. Und oben flogen die Hubschrauber. Um halb 9 war dann alles vorbei. Wir, in unserem Haus, hatten beschlossen auszuhalten und haben uns im Gemeinschaftsraum versammelt. Wir haben noch ständig versucht, Leute ins Haus zu lassen, damit sie nicht draußen angegriffen würden. Die Bullen drangen von allen Seiten und über das Dach ein. Wir hatten insofern Glück, als bei uns Prominente, Abgeordnete und Presseleute im Haus waren. So wurden wir wenigstens nicht zusammengeschlagen. Wir mußten in den Hof gehen, zum Teil mit Handschellen, und warteten dort über 4 Stunden im Regen. Inzwischen zertrümmerten die Bullen das ganze Haus. Dann wurden wir wie Gefangene hinausgeschleppt, gezerrt, geschliffen und getreten im Spießrutenlauf. Es gab ca. 400 Festnahmen, und wir wurden für eine Nacht in verschiedene Polizeiknäste gebracht. Manche von uns werden kriminalisiert werden: z.B. Haus- und Land-

friedensbruch. Frauen wurden mißhandelt. Am Mittwoch selber noch hatte der Pressesprecher gegenüber einer AL-Abgeordneten versichert, daß unserem Hab und Gut nichts geschehen würde. Aber das war ein schlechter Witz, denn, wie gesagt, haben die Bullen sofort alles kurz und klein geschlagen - auch um dann gegenüber den Springerpress Fotografen beweisen zu können, wie schweinisch die Besetzer gehaust hätten. Die Häuser wurden für Plünderer freigegeben und alles, was nicht niet- und nagelfest war, aus den Fenstern geschmissen. Am Donnerstag kam schon ein Bautrupp der Wohnbaugesellschaft, um sämtliche Installationen und Öfen zu demolieren. Unten stehen die Bagger und schaufeln alles zusammen. Selbst eine diesbezügliche Intervention des evangelischen Bischofs von Ostberlin hat das nicht mehr unterbinden können. Wir nehmen an, daß die Häuser bald gesprengt werden, um damit endgültig unsere Rückkehr zu verhindern.

MONATSZEITUNG: Sind noch weitere Häuser geräumt worden?

Besetzer: Noch nicht, aber die Leute werden total unter Druck gesetzt. In ganz Ostberlin ist Bundespolizeieinsatz. Es ist jetzt dort wie in einem Hexenkessel. Überall versammeln sich Menschengruppen und probieren, ihre Fassunglosigkeit auszudrücken. Die DDR-Bürger sind total empört, weil sie merken, daß sie der letzte Dreck sind, denn, wie jetzt endgültig klar geworden ist, werden die Entscheidungen in Bonn und Westberlin getroffen. So eine Art Besatzungsarmee hat es in den ganzen letzten 40 Jahren dort nicht gegeben.

MONATSZEITUNG: Hier waren Mompers Worte zu hören, daß die Besetzer, die Chaoten, die Randalierer mit einer menschenverachtenden Gewalt, die nichts mehr mit Politik und Sozialem zu tun hätte, agierten.

Besetzer: Das ist die totale Lüge. Er ist den härtesten Kurs gefahren, den es je überhaupt gegeben hat. Wir haben bis zum letzten nur möglichen Moment versucht zu verhandeln.

MONATSZEITUNG: Wie soll es nun weitergehen? Was wollt Ihr machen?

Besetzer: Wir wollen, solange es geht, zusammen bleiben. Im Moment wohnen wir zu dreißig in einer Fünfzimmerwohnung. Wir fühlen uns völlig leer. Aber wir wollen politisch retten, was zu retten ist: Öffentlichkeitsarbeit, Widerstand organisieren. Wir brauchen internationale Unterstützung. Morgen wird es wieder eine Demonstration geben.

MONATSZEITUNG: Wir danken für das Gespräch.





Von Jutta Dittfurth

sich in Hunderten von Jahren der Eroberung, Plünderung und Kolonialherrschaft gewandelt, aber die Unterdrückung und die Behinderung der Entwicklung von Milliarden Menschen in Zentral- und Lateinamerika, in Asien und Afrika wurde nie mehr beendet. Die Täter sind transnationale Konzerne und die Regierungen der kapitalistischen Metropolen. Ihre Agenturen sind beispielsweise IWF (Internationaler Währungsfonds), Weltbank und GATT.

In der Weltbank, der weltgrößten Entwicklungsbank, die jährlich Milliarden-Dollar-Kredite für Großprojekte im Interesse des Nordens an den Süden vergibt, steht die BRD inzwischen auf Platz 2, nach den USA gemeinsam mit Japan. Wird das 'neue Deutschland' Führungsmacht in Europa, dirigiert es in Weltbank

und IWF mehr Stimmanteile als die USA, über 20 Prozent. Wir leben im Herzen einer Bestie, die sich in Zukunft noch heftiger an den ökoimperialistischen Raubzügen in der sogenannten „3. Welt“ beteiligen wird.

Ökoimperialismus meint nicht nur die Unterwerfung der Weltwirtschaft unter die vernichtende Logik der kapitalistischen Produktionsweise. Ökoimperialismus ist auch die globale Vergiftung mit Chemikalien und radioaktiven Isotopen aus den Schornsteinen und Auspuffrohren kapitalistischer Zentren, einschließlich des Ozonlochs und der Klimakatastrophe, die aus dem Norden stammen. Die Plünderung von Naturressourcen, sei es Uran, Öl, Kupfer oder fruchtbare Böden, die enteignet, leerpumpt und vernichtet hinterlassen oder für gentechnische Manipulationen vorbereitet werden, ist ebenso Ökoimperialismus wie der Rohstoffdiebstahl oder der Export von Giftproduktionen und Giftechniken, von gesundheits- und umweltgefährlichen Produkten (Pestizide, Pharmazeutika usw.) aus den kapitalistischen Staaten in den Trikont. Diese

Eingriffe können auch militärische Konsequenzen haben, besonders wenn es um die dreckigen Geschäfte der international agierenden Atommafia geht. Was nicht als Gift oder Technik in der „3. Welt“ landet, kommt als Produkt hemmungsloser kapitalistischer Produktion: Berge von Giftmüll.

Wo Energie fehlt und Hunger herrscht, wie vielerorts in Afrika, verbrennen Menschen Sträucher und Bäume für die Zubereitung ihrer Nahrung, selbst wenn sie wissen, wie sehr sie diese Pflanzen langfristig für ihr Leben bräuchten. Wenn für Zuckerrohrmonokulturen brasilianische KleinbauernInnen verjagt werden, die zur Ernährung der Menschen am meisten beitrugen, wachsen die Slums. Die Vertriebenen ziehen häufig - den asphaltierten Fortschrittsschneisen durch den tropischen Regenwald hinterher - brandrodend durch das Amazonasgebiet. Ohne eine Lösung der sozialen Probleme gibt es keine Lösung der ökologischen Probleme. Wer giftdurchtränkte Monokulturen und das Fortschreiten menschengemachter Wüsten verhindern möchte, kann dies nicht gegen die Menschen des Trikont tun. Der Mensch ist ein Teil der Natur. Wer den Regenwald retten will, muß den Ökoimperialismus bekämpfen und damit die Ursachen von Ausbeutung, Naturvernichtung, Hungertod und Elend.

Die Unterwerfung des europäischen Ostens unter den Westen konstituiert den neuen Norden machtvoller und aggressiver als je zuvor. Seit der Osten im Westen liegt, steht der Feind im Süden. Die ökonomischen Sieger des Kalten Krieges, Industrie- und Finanzkapital, kündigen neue triumphale Eroberungsschlachten an. Sie verkünden: Nur der Kapitalismus könne die Bedürfnisse der Men-

schen befriedigen. Ein realistischer Traum?

„Für uns ist der Kapitalismus kein noch zu verwirklichter Traum, sondern ein Wirklichkeit gewordener Alptraum ... Unsere Staaten und alles andere auch sind zu Schleuderpreisen von Großgrundbesitzern und Banken eingekauft worden. Für uns ist der Markt nichts anderes als ein Piratenschiff: je freier, desto übler ... Wir leben in einer Region, in der europäische Preise und afrikanische Löhne gelten. Kapitalismus ist in Lateinamerika antidemokratisch, mit oder ohne Wahlen ... Der Hunger lügt, die Gewalt lügt: Sie sagen, die dort seien Teil der Natur, täuschen vor, sie seien Teil einer natürlichen Ordnung. Sobald diese natürliche Ordnung jedoch in Unordnung gerät, treten die Militärs auf den Plan, mit Kapuzen verhüllt oder mit unverhüllten Gesichtern ... Im Lauf dieses Jahrhunderts ist Lateinamerika über hundert Mal von den USA überfallen worden. Immer im Namen der Demokratie und immer, um Militärdiktaturen einzusetzen oder Marionettenregierungen, die das bedrohte Geld in Sicherheit brachten. Das herrschende imperiale System will keine demokratischen Länder. Es will erniedrigte Länder“, schrieb Eduardo Galeano, Theoretiker der unabhängigen Linken und Autor, in Uruguay im Frühjahr 1990. ■

ÖKOIMPERIALISMUS

Seit der Osten im Westen liegt, steht der Feind im Süden.

Die BRD ist durch die Annektion der DDR ökonomisch noch stärker geworden. Einzelne Vertreter von Politik und Wirtschaft nehmen das zum Anlaß, für das 'neue Deutschland' die Führungsrolle in der Weltmacht Europa zu reklamieren. Das kommt einer Ankündigung der Verschärfung im Krieg gegen die unterentwickelten gehaltenen Länder des Trikont, der sogenannten „3. Welt“, gleich.

Europa und in ihm die BRD befinden sich im Kampf mit den USA und Japan um die bestmögliche Plünderung der natürlichen Ressourcen im Trikont. Ihre Waffen sind Schulden und Zinsen, die den Ländern der sogenannten „3. Welt“ im Würgegriff der Verschuldung die Luft abdrehen. Die Täter kommen aus dem kapitalistischen Norden und haben ihre korrupten Verbündeten in den Eliten vieler Länder des Trikont. Die Formen der Herrschaft haben

WELTAUSSTELLUNG EXPO 1995
BRÜCKEN IN DIE ZUKUNFT



ALLES ÜBER DAS BOSE AUF DER WELT - alle 14 Tage aktuell
erscheint in ganz wenigen Buchhandlungen und Bessn. im Handverkauf oder sonstwie zum
Einzelverkaufspreis von S. 10,-
oder im Abz. 10 Nummern zum Preis von S. 9,- (außerhalb Österreichs zum Preis von S. 150,-)
GRATIS-PROBEXEMPLAR einfach mit Postkarte bestellen!!!
TATblatt - 1060 Wien, Gumpendorfer Straße 15/11, Telefon: (0222) 57 49 543

„Mit jedem Schritt auf einem schönen Teppich tritt der europäische Käufer eigentlich das Kind, das ihn geknüpft hat.“ So beschreibt Kailash Satyarthi, Mitarbeiter der in Delhi ansässigen Organisation „Bandhua Mukti Morcha“ (BMM) symbolisch die Zustände in Indiens Teppichindustrie. Sie hat sich während der vergangenen zehn Jahre mit jährlichen Exporterlösen von umgerechnet etwa einer halben Milliarde DM (3,5 Mrd. öS) zu einem wichtigen Devisenbringer für die asiatische Wirtschaftsmacht gemausert. Die gewaltigen Zuwachsraten, die dieser Industriezweig verzeichnet, sind auf die politische Lage im Iran seit Mitte der 70er Jahre und ein Verbot von Kinderarbeit in diesem Land zurückzuführen.

Europäische Händler sowie lokale Hersteller und Exporteure taten alles, um dieses Angebotsvakuum zu füllen. Und dabei konnten sie sich der Unterstützung der indischen Regierung sicher sein. Sie trat mit dem Slogan, „die Spitzenstellung unter den Teppichproduzenten zu erringen“, auf den Plan und erklärte die Steigerung der Exporte zur nationalen Aufgabe, was angesichts einer Auslandsverschuldung von etwa 100 Mrd. DM (700 Mrd. öS) verständlich erscheint.

Produktionsbedingungen in der indischen Teppichindustrie sind unter Profitgesichtspunkten denkbar günstig: Niedrigstlöhne, weitverbreitete Kinderarbeit und Schuldknechtschaft sind an der Tagesordnung. Nur wenige Menschen in Indien oder Europa machen sich Gedanken über diejenigen, die mit ihrer Arbeit zum Devisensegen beitragen und den Reichen die schönen Wohnzimmer beschenken.

90% aller handgeknüpften Teppiche

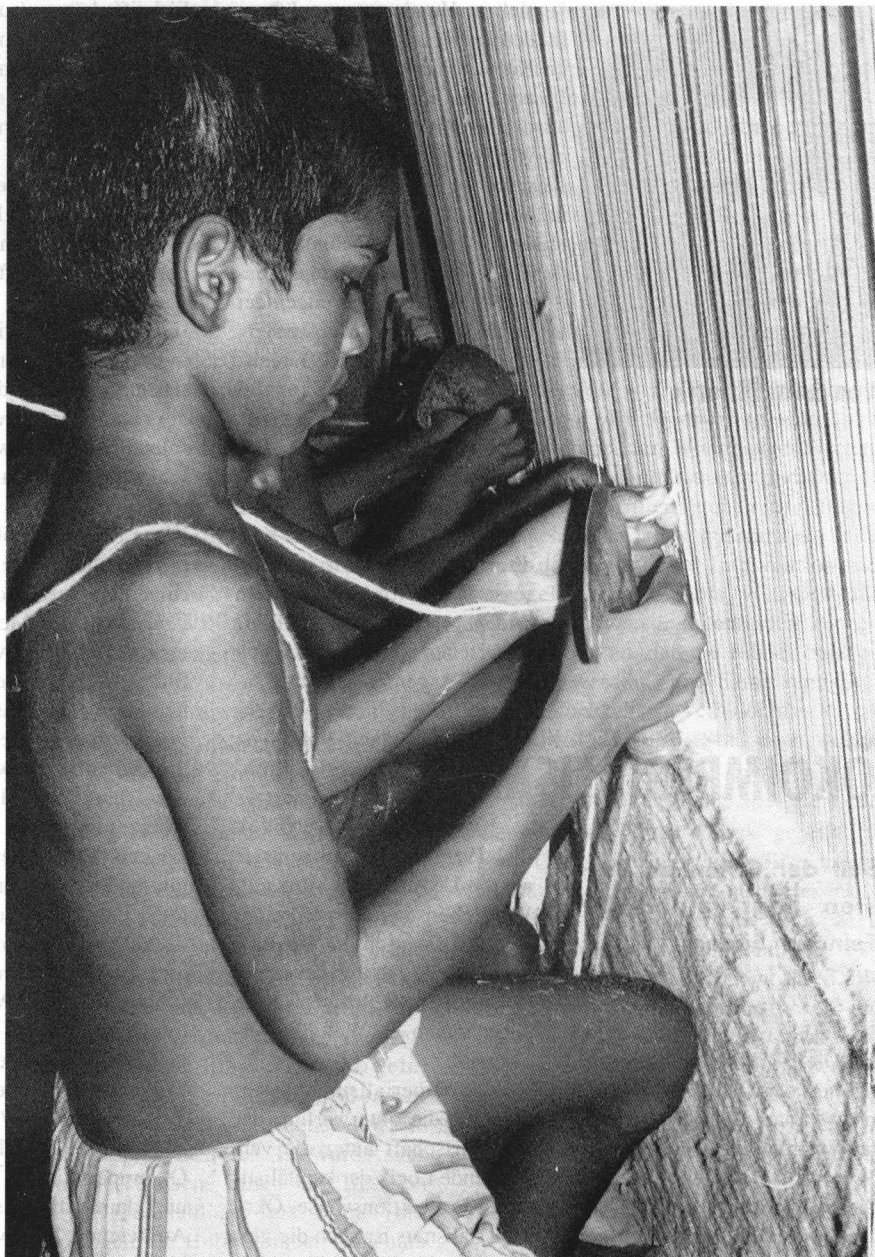


Foto: Ben Buxton/Brot für die Welt

In Indiens Teppichindustrie schuften Tausende von Kindern:

JEDER SCHRITT EIN TRITT

Von Walter Keller

50 Millionen Kinder arbeiten in Indien. Die meisten in der Landwirtschaft oder in den Haushalten der wachsenden indischen Mittelschicht. Mehrere Millionen schuften unter härtesten Bedingungen in der Industrie.

Indiens, die auf annähernd 100.000 Webstühlen produziert werden, stammen aus etwa 1.500 Dörfern im nördlichen Bundesstaat Uttar Pradesh. In den Distrikten Mirzapur, Varanasi, Allahabad und Jaunpur werden sie in Heimarbeit geknüpft - meist von Kindern, die trotz zunehmender Arbeitslosigkeit unter Erwachsenen immer wieder Möglichkeiten finden, unter ausbeuterischen Bedingungen einen Job zu erhalten. Ihre Arbeit kostet eben noch weniger.

Leibeigenschaft

Nirgendwo sonst in Indien gibt es so viel Kinderarbeit wie in dieser 'Teppichregion'. Die Industrie beschäftigt 150.000 Kinder im Alter zwischen 5 und 15 Jahren, die mit ihren kleinen

Fingern meist Teppiche mit persischen Mustern knüpfen. Dabei geht es den Kindern, die aus einer traditionellen Knüpferfamilie stammen und im elterlichen Haus arbeiten, noch relativ gut.

Sie erlernen das Handwerk schon früh von ihren Vätern. Tausende von Kindern werden jedoch durch 'Zwischenhändler' angeworben, die im Auftrag von Webstuhlbesitzern arbeiten.

Die angeworbenen Kinder stehen häufig in einem Beschäftigungsverhältnis, das an moderne Sklaverei erinnert: Leibeigenschaft. Für ihre Eltern ist das Geld, das skrupellose Geschäftemacher in Form kleiner 'Vorschüsse' von umgerechnet 20 bis 100 DM auf die Arbeit ihrer Kinder zahlen, überlebenswichtig. Daß die Kinder nie die Gelegenheit haben werden, die Schulden abzuarbeiten, wissen sie nicht. Kinder werden nicht selten sogar aus verarmten Dörfern entführt und dann zur Arbeit gezwungen. „Einmal in den Klauen ihres Arbeitgebers, der die Löhne nach Gutdünken festsetzt, leben sie in totaler Isolation, unterernährt, ohne medizinische Versorgung und ohne Schulbildung“, kritisiert Rama Kanth Rai, Mitarbeiter einer auf den Prinzipien Gandhis arbeitenden Organisation in Varanasi, die Zustände in der Industrie.

Der siebenjährige Shankar zählt zu 13 Kindern, die vor kurzem in Nadani, einem Dorf im Mirzapur-Distrikt Uttar Pradesh, aus der Leibeigenschaft eines Webstuhlbesitzers befreit wurden. „20 Stunden lang mußten wir täglich in einem kleinen dunklen Raum schuften. Wir bekamen kaum zu essen und wurden ständig geschlagen. Ich habe versucht, Selbstmord zu begehen, um dieses grausame Leben zu beenden.“ Kailash Satyarthi und seine Organisation, die „Bandhua Mukti Morcha“, die sich dem Kampf für das Ende von Kinderarbeit und Schuldknechtschaft verschrieben hat, arbeiten seit 1980 unermüdlich gegen alle Formen dieser modernen Sklaverei, die bis heute in Indien überlebt hat. Obwohl die Organisation schon über 3.000 Kinder aus den Klauen dieser Ausbeutung befreit hat, sind die Aussichten auf ein Ende von Kinderarbeit und Sklaverei in Indien allgemein weiterhin schlecht. Die Verfilzung von Arbeitgebern, Subunternehmen oder Anwerbern mit Polizei und Verwaltung und deren scheinbare Allmacht sowie die Apathie des Staates gegenüber dem Problem und die unbeschreibliche Armut von Millionen von Indern geben kaum Grund zur Hoffnung.

Kinderarbeit und Leibeigenschaft auch anderswo

Die Teppichindustrie stellt jedoch nur die Spitze der ständig zunehmenden Beschäftigung von Kindern dar. Angaben des in Neu Delhi ansässigen „Centre of Concern for Child Labour“ zufolge sind es in Indien fast 50 Millionen Kinder, die arbeiten. Die meisten davon in der Landwirtschaft oder in den Haushalten der wachsenden indischen

Mittelschicht. In der Industrie ist ihre Lage ganz besonders schlimm. „Sie sind schutzlos und ohne Stimme“, meint Kailash. Allein in der Handweber-Industrie in Kanchipuram, einem Ort im südlichen Bundesstaat Tamil Nadu, arbeiten 20.000 Kinder im Alter zwischen 7 und 14 Jahren für ein paar Pfennige. Die für die Unternehmer finanziell einträgliche Bidi-Industrie, die vor allem im Bundesstaat Karnataka angesiedelt ist und die „Zigarette des kleinen Mannes“ aus einer Mischung von schlechten Tabaken und dem Blatt eines Baumes produziert, beschäftigt Zehntausende von Kindern. 50.000 sind es in der Streichholzherstellung in Sivakasi in Tamil Nadu. 50.000 Kinder schuften unter extremen Bedingungen in der Glasindustrie von Ferozabad, 65.000 in den Diamantschleifereien von Surat und Jaipur. 300.000 Kinder malochen für ihre Herren in Minen, Steinbrüchen oder auf Baustellen.

Schon in jungen Jahren leiden dabei die in der Bidi-Industrie tätigen Kinder unter chronischer Bronchitis und Tuberkulose, in der Glasindustrie herrschen Asthma und Augenleiden vor. Die Streichholzherstellung ist ganz besonders gefährlich: Todesfälle durch Explosionen in Hinterhof-Produktionsstätten sind keine Seltenheit. In der Teppichindustrie hat eine Stichprobenuntersuchung ergeben, daß 50 Prozent der Kinder an Blutarmut leiden und Würmer haben. Viele haben Wirbelsäulenschäden oder Augenleiden. Die Wollpartikel verursachen darüber hinaus Hautausschlag und Erkrankungen der Atemwege.

Recht für Kinder?

All dies passiert, obwohl auch in Indien „die Rechte des Kindes“ in der Verfassung klar definiert sind. Artikel 39 weist den Staat an, die Kindheit zu schützen und die notwendigen Maßnahmen für eine gesunde Entwicklung der Kinder zu treffen. Artikel 45 sieht Schulpflicht bis zum 14. Lebensjahr vor. 1986 hat das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das Kinderarbeit in besonders gesundheitsgefährdenden Industrien ganz verbietet. Und dazu zählt unter anderem die Teppichindustrie. Aber dies nehmen Hersteller und Händler nicht hin. „Wir verhandeln mit der Regierung, damit die Teppichindustrie vom Index genommen wird“, meint J. K. Kanna von der „All India Carpet Manufacturers Association“, für den die Arbeit in der Industrie nicht gesundheitsgefährdend ist.

Die „Bandua Mukti Morcha“ sieht dies natürlich ganz anders. „Unsere Ver-

antwortlichen tun nicht genug für die Kinder“, kritisiert Swami Agnivesh, Präsident der Organisation. „Auch die neue Regierung hat bisher kein großes Interesse daran gezeigt, die Bestimmungen des Gesetzes umzusetzen“, erklärt er. Agnivesh, derzeit einer der bekanntesten Sozialreformer und Kritiker in Indien, glaubt, Kinderarbeit in Indien könne nur dann überkommen werden, wenn es beispielsweise der Regierung gelinge, soziale Wohlfahrtsmaßnahmen einzuführen und das Schulsystem zu verbessern. Aber das sei natürlich leichter gesagt als getan. „Es besteht jedoch kein Zweifel daran, daß das Motiv für die Beschäftigung von Kindern nichts mit Mildtätigkeit zu tun hat“, macht er deutlich und weist damit Argumente zurück, die oft sowohl in Indien als auch Europa für deren Beschäftigung herhalten müssen. Es sei eben „nicht zu ihrem Besten. Sie sind die billigsten Arbeitskräfte und diejenigen, die am leichtesten unterdrückt und unter Kontrolle gehalten werden können“.

Agnivesh will nun mit seiner Organisation in die Offensive gehen. Wegen der Tatenlosigkeit der Verantwortlichen plant die Organisation eine Kampagne, die von westlichen Hilfsorganisationen unterstützt werden soll. Ziel ist es, die Beschäftigung von Kindern in der Teppichindustrie zu bekämpfen. Agnivesh fordert Importeure und Händler in den Industrieländern auf, ihre Ware so zu kennzeichnen, daß für den Käufer erkennbar ist, ob ein Teppich von Kindern hergestellt worden ist oder nicht. „Wir müssen natürlich sicherstellen, daß die Angaben - die ja aus Indien kommen müssen - echt sind. Die Struktur der Teppichindustrie ist allerdings so, daß sie nur sehr schwer zu überwachen ist. Die Produktion spielt sich ja nicht in Fabriken ab, sondern dezentral in vielen Dörfern“, gibt er zu bedenken.

Bharat Dogra von der kleinen alternativen Presseagentur „News from Field and Slums“ in Neu Delhi unterstützt die Initiative und gibt zusätzlich zu bedenken, daß Kinderarbeit nicht isoliert von der sozialen Wirklichkeit in Indien gesehen werden dürfe. Und die sei das Ergebnis einseitiger und ungleicher Entwicklung. „Die große Masse der Bevölkerung lebt in Armut, weil bebaubares Land ungerecht verteilt oder die Umwelt zerstört ist. All das führt dazu, daß die in großer Not lebenden Bevölkerungsanteile die Arbeit ihrer Kinder als Überlebensstrategie nutzen“, meint der Journalist. ■

Walter Keller ist Journalist und kam vor kurzem von einer Indienreise zurück.

Geschichte im Zick-Zack Kurs: WO SIND DIE INTELLEKTUELLEN?

Der Kapitalismus habe gesiegt, sagen sie, die Dichter und Denker, die Schreiber und Sänger, die Liberalen und die (ehemaligen) Linken, und beschwören nicht nur das „Ende der Ideologien“, sondern auch gleich in einem Aufwaschen das „Ende der Geschichte“. Der zusammengebrochene Sozialismus in Osteuropa bewiese die Überlegenheit des westlichen Modells der ungehindernten Profitmaximierung. Die europäischen Intellektuellen haben, nach ihrem kurzen Zwischenspiel von 1968, wieder ihre traditionelle Rolle am Fuße des Throns eingenommen. Sie schweigen hartnäckig zum Zustand des Mekka des Kapitalismus, zur US-Wirtschaft, die angesichts ihres strukturellen Defizits, ihres Bildungsnotstands, der Massenarmut und des Verlustes der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu einem anderen Schluß führen müßte. Und sie schweigen auch zu Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, die auf dem alten Kontinent inzwischen beklemmende Rekorde erzielt haben.

Europa ist mit Volldampf dabei, sich in eine Festung zu verwandeln (Gorbatschow nennt sie „das gemeinsame Haus“). Hatten die Berliner Mauer und die DDR-Staatsgrenze jahrzehntelang vor der Armut des Ostens geschützt, so muß jetzt, nach dem Fall der Berliner Mauer, eine neue gezogen werden. Wer die Oder/Neiße-Grenze in Richtung Westen überschreiten will, braucht entweder ein Visum oder ausreichend Geldscheine; in Berlin (Ost) wurde ein Zug voller armer Rumänen, die ein paar Glückseligkeit versprechende Güter des Westens käuflich erwerben und später in ihrer Heimat gewinnbringend verkaufen wollten, bei der Ankunft auf dem Bahnhof kurzerhand verriegelt und nach Rumänien zurückgeschickt. Es ging kein empörter Aufschrei durch die deutsche Öffentlichkeit, nur eine kleine Zeitungsmeldung berichtete über diese Episode - so, als hätte es niemals jene Züge gegeben, die Menschen in verschlossenen Waggons gen Osten transportierten.

Deutschland wird - nachdem die USA wegen ihres Wirtschafts-Desasters immer mehr an Macht und Einfluß auf dem internationalen Parkett verlieren - Weltmacht Nummer eins. Mit einer immensen Subventionskeule wird die bundesdeutsche Industrie auf ihre große Zukunft vorbereitet. Wer im Gebiet der ehemaligen DDR investiert, wird mit Wohltaten

überschüttet. Bis zu 92 Prozent des Lohns für seine Beschäftigten zahlt das Arbeitsamt, wenn der Job an einen Arbeitslosen fällt (bisher lag die Höchstgrenze des sogenannten ABM-Programms bei 80%), dem Unternehmer wird eine Investitionszulage von mindestens 33% geschenkt werden, allein „Volkswagen“ erhält für seine 'verlängerte Werkbank' in Zwickau eine Milliarde - „zunächst einmal“, heißt es vielversprechend aus Bonn. Und natürlich werden, wie seit vielen Jahren, Gelände, Strom und Wasser dem Investor praktisch gratis zur Verfügung gestellt, und schließlich trimmen Steuererleichterungen wie die Umsatzsteuerpräferenz, an der sich bereits die (West-)Berliner Zigarettenindustrie eine goldene Nase verdient, das deutsche Kapital auf Welttranglistenführer.

Das ganze hat mit den vielgerühmten kapitalistischen Grundsätzen - wie etwa dem freien Spiel der Marktkräfte - nichts mehr gemein. Aber der Neoliberalismus wird ja über die internationalen Kampfverbände „Internationaler Währungsfonds“ (IWF), „Weltbank“ und GATT nur den Nationalökonomien der „Dritten Welt“ verordnet, ohne daß die Industriestaaten diese bittere Medizin selbst schlucken würden. Schließlich geht es darum, die dortigen produktiven Apparate zu vernichten, um Konkurrenz zu zerstören und neue Märkte zu erobern.

Weltranglistenführer Deutschland

Während jegliche nationalistische Regung in den unterentwickelten Ländern als 'kontraproduktiv' und 'realitätsfremd' gegeißelt wird, gelangen in Europa der Nationalismus und der Chauvinismus zu neuen Ehren. Auch nicht wenige linke Deutsche bekennen sich nun wieder „stolz“ zum Deutschtum. Schwarz-Rot-Gold, das Banner der Ost-Demonstranten, verspricht Fortschritt und Zukunft; „wir“ sind Fußballweltmeister geworden; muß Berlin nicht zwangsläufig Austragungsort der Olympiade im Jahr 2000 werden - und das wird noch besser als 64 Jahre zuvor; und Deutschmark und der Stern von „Daimler Benz“ ersetzen Religion, Ideologie und Philosophie zugleich. „Ein Volk, das derartige wirtschaftliche Leistungen erbracht hat, hat ein Recht darauf, nichts mehr von Auschwitz wissen zu wollen“, hatte der



Foto: privat

Von Gaby Weber

Nach dem Zwischenspiel von 1968 haben Europas Intellektuelle spätestens nach den 'Revolutionen' im Osten wieder ihren traditionellen Platz eingenommen - am Fuße des Throns.

Buhmann Franz-Josef Strauß geblökt, und auf vielen Rundfunk- und Verlagsfluren wird dies (noch nicht) nachgeplappert, aber in der Kantine laut gedacht. Zwar drücken die vielen spottbilligen Arbeitskräfte aus dem Osten bedrohlich auf die eigenen Löhne, aber noch sind sie, denen die Alltags-High-Tech ein Buch mit sieben Siegeln ist, keine ernstzunehmende Konkurrenz. Zunehmend leisten sich 'linke' Wohngemeinschaften die preiswerte jugoslawische oder polnische Putzfrau.

Deutschland ist wieder Weltmacht und dank sowjetischer Initiative wohl bald am Tisch des UN-Sicherheitsrats. Die ökonomische und politische Potenz fordert ihre militärische Entsprechung, und dies bedeute, daß Bonn auch eigene Kontingente an den Golf schicken müsse, verlangten in der Berliner „taz“ grüne Realos, ohne daß sich innerhalb der

Partei oder innerhalb der Zeitung Auf-
ruhr geregt hätte. Aus dem Ost/West-
Konflikt wurde Nord/Süd, das ist be-
schlossene Sache. Und da der Zug be-
reits abgefahren ist, müssen diejenigen,
die noch mitfahren wollen, sich beeilen.
Denn wer zu spät kommt, so hat man's
noch im Ohr, den bestraft die Ge-
schichte. Heute ist es nur noch opportu-
nistisch, gegen Waffenexporte in die
„Dritte Welt“ zu polemisieren, wie es
immer mehr im Irak-Konflikt geschieht.
Längst drücken Washington und der IWF
massiv auf Brasília und Buenos Aires,
um die Verteidigungshaushalte zu redu-
zieren. Zunächst wird einem warm ums
Herz, wenn einige dieser Folteroffiziere
endlich ihren Hut nehmen müssen, aber
dann drängt sich der Gedanke nach dem
Warum auf: Ist dem Norden nicht späte-
stens nach dem Malwinen-Krieg klar ge-
worden, daß ein bis an die Zähne be-
waffneter Süden nicht nur den Armen
seiner Länder, sondern auch ihm selbst
gefährlich werden könnte?

**Europäischer Regenwald,
brasilianische Industrie**

Den armen Ländern wird heute, auch
verbal, wenig offeriert, bürgerliche wie
linke Konzepte - Entwicklung und
Wohlstand für alle - sind an ihre ökolo-
gischen Grenzen gestoßen. „Die im
Süden können nicht so leben wie wir“,
klärt mich ein als 'progressiv' bekann-
ter Schriftsteller auf, „wenn jeder Brasi-
lianer oder Chinese ein eigenes Auto
fahren und soviel tierisches Eiweiß,
Energie und Wasser wie ein Westeuropä-
er verbrauchen will, dann versinkt die
Welt im Dreck.“ Klimakatastrophe,
Mangel an Energie und Trinkwasser so-
wie das Versinken im Abfall der Kon-
sumgesellschaft sind nicht mehr zu ver-
drängen. Allenfalls könne die Ex-DDR -
dank des Pangermanismus - am Wohl-
standsmodell teilhaben, aber die 250
Millionen Sowjets sollten besser kei-
nen falschen Idealen nachhinken. Es ist
nicht genug für alle da. Ob man nicht
wieder über eine gerechtere Verteilung
reden könne? Dies sei albern, späte-
stens seit dem Fall der Berliner Mauer
werde nicht mehr über Verteilung disku-
tiert, weder über die gesellschaftliche
und schon gar nicht über die globale.
Wer zu kurz kommt, wen es individuell
trifft, der darf lamentieren. Und der
„Dritten Welt“ empfiehlt er Familien-
planung; da man die Armut nicht ab-
schaffen könne, müßten die Armen be-
seitigt werden. Nur so lasse sich der
auch für das europäische Klima so wich-
tige brasilianische Regenwald retten.
Auf der südlichen Halbkugel fehlen

Antworten auf die veränderte Weltlage.
Die Bewegung der Blockfreien steht am
Nullpunkt, neue Führungspersönlichkeiten
der „Dritten Welt“ sind nicht in Sicht.
Collor de Mello oder Menem sind pein-
liche Erscheinungen, und auch Saddam
Hussein hat kein eigenes soziales Pro-
jekt, das ihn als Führer der arabischen
Welt qualifizieren würde. Die afrikani-
sche und asiatische Einheit scheitert an
Stammesfeinden und eifersüchtigem Ge-
zänk. Die Auslandsschulden werden
wohl weiterhin einzeln und nicht im
Block verhandelt, keine neuen 'terms of
trade' erzwungen werden.

Zwar hat es in Lateinamerika, anders
als in Europa, keinen Rechtsruck in der
Gesellschaft gegeben, aber die Linke
macht nur mühsam politische Gehversuche.
Nach vielen Jahren Militärdiktatur
herrscht immer noch die Angst, und was
noch wichtiger ist: der Linken fehlt es
an Theorie. Das letzte Werk umfassen-
der sozialistischer revolutionärer Theo-
rie ist 70 Jahre alt, und von Lenins
Ausführungen müßten - gelinde ausge-
drückt - mindestens 50% kritisch über-
prüft werden. Aber wo sind die neuen
Ideologen der Linken? Was in den letz-
ten Jahren die Akademie der Wissen-
schaften in Moskau verlassen hat, ist
größtenteils reaktionäres Gewäsch, die
Algerier und Vietnamesen haben zwar
die Kunst des Kleinkriegs, der Guerilla,
bereichert, aber wenig Konkretes über
eine positive Organisation einer sozia-
listischen Wirtschaft beigetragen, und
weder Che Guevaras Tagebuch noch die
ausufernden Reden Fidel Castros haben
tiefschürfende Antworten auf das zentra-
le Problem der Linken gegeben: wie in
einer sozialistischen Gesellschaft die
Macht verteilt wird.

Dies ist das Gebot der Stunde, für
jede/n RevolutionärIn, für jede/n fort-
schrittlich denkende/n Intellektuelle/n
und für jede/n, die/der für soziale Ge-
rechtigkeit kämpft: Die gescheiterten
sozialistischen Experimente müssen
aufgearbeitet werden. Es gibt keine Mo-
delle, aber eine Vielzahl von Erfahrun-
gen, aus denen für die Zukunft zu lernen
ist. Die Ideologien sind alles andere als
am Ende, aber sie bedürfen theoretischer
Erneuerung. Und die Geschichte hat sich
nicht verabschiedet, sie verläuft nur
nicht linear, sondern - wie mich vor
kurzem ein uruguayischer Poet aufge-
klärt hat - im Zick-Zack: Im Moment
seien wir leider in der Zack-Phase, aber
es würde nicht mehr lange dauern, bis
die Geschichte wieder auf Zick-Kurs ge-
lange. ■

**Gaby Weber ist Journalistin und lebt in Montevi-
deo/Uruguay.**



Persischer Golf

**Wir berichten kontinuierlich über
den Verlauf der Golfkrise.
Wir bieten Hintergrund zu
Krisenstrategien, zu regionalen
Verwicklungen, zu
Waffengeschäften, zu
Innenansichten der Konfliktparteien.**

Nr.10/Oktobre 1990
Für Bush in den Golfkrieg? ■ Kein
Ausweg aus der Kuwaitkrise? ■ Irak-
BRD: Illegale Giftgasgeschäfte ■ Aufruf
zu einer gewaltfreien Lösung der
Golfkrise

Nr.11-12/Nov.-Dez. 1990
Golfkrise vor dem Siedepunkt ■
Innenansichten aus dem Irak ■
Irakische Opposition zum Golfkrieg

Nr.1/Januar 1991
Golfkonflikt - ein Verteilungskrieg? ■
Innenansicht Kuwaits ■ Chancen für
einen Kompromiß? (erscheint Ende
Dez.)
40 Seiten, 4,50 DM
Probeabo: 3 Hefte für 10 DM;
keine automatische Verlängerung
Jahresabo: 42,50 DM; Ausland: 48,50 DM;

Coupon bitte einsenden an: Interabo,
Postfach 103245, 2000 Hamburg 1

Ich möchte
☐ ein DRITTE WELT **Probeabo** (gegen
Vorkasse: 10-DM-Schein oder Scheck)
☐ ein DRITTE WELT **Jahresabo**

Vorname, Name

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Bestel-
lung innerhalb einer Woche bei Interabo, Wenden-
straße 25, 2000 Hamburg 1 widerrufen kann und
bestätige dies durch meine 2. Unterschrift. Zur
Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung
des Widerrufs.

Datum, Unterschrift

DRITTE WELT
Monatsmagazin für internationale
Politik, Wirtschaft und Kultur

Italienischer Separatismus und Europäische Integration:

■ Die „Lega Lombarda“, neuer Stern am politischen Firmament Italiens, großartiger Sieger bei den Verwaltungswahlen im Mai 1990, aus denen sie als viertstärkste Partei des gesamten Nationalgebiets hervorging, kündigt einen heißen 90er Herbst an. Umberto Bossi, ihr charismatischer und autoritärer Führer, übt sich darin, immer wieder die schwelende Unzufriedenheit zu entfachen, das Unwohlsein der norditalienischen - der lombardischen - Mittelklasse zu instrumentalisieren. Er stellt im richtigen Moment die richtigen Fragen - problematisch wird's bei den Antworten - und profitiert vom allgemeinen rassistischen Klima. Vom etwas plumpen „Antimeridionalismus“, mit dem sich nicht mehr sehr viele Stimmen fangen lassen, lenkt er auf den taktisch klügeren und effektiveren Rassismus gegen die Immigranten aus der sogenannten „3. Welt“, kanalisiert die aufgestauten Aggressionen der traditionsbewußten Lombarden in die richtigen Kanäle: Auflehnung gegen die römische Zentralmacht, die viel zu weich mit den Einwanderern umgeht. Sein Vorschlag eines „Referendums gegen die Immigration“, dem laut seiner eigenen Umfrage ca. 80% aller Italiener zustimmen würden, aber auch der Entwurf der Dreiteilung Italiens, sind im Grunde bloß großangelegte Publicityaktionen, die die „Lega Lombarda“ immer wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit bringen und gleichzeitig ihre politische Konzeptlosigkeit elegant überspielen sollen.

Der Wahlerfolg der „Lega Lombarda“ im Mai überraschte die gesamte Politikerkaste und auch die Öffentlichkeit. Ein Protest gegen Mißstände, die ihre Wurzeln in der sozio-ökonomischen und politischen Struktur Italiens haben, führte in dem - laut eigenen Angaben - „demokratischsten Land der Welt“ zu dem politisch so beunruhigenden und „undemokratischen“ Phänomen der „Lega Lombarda“.

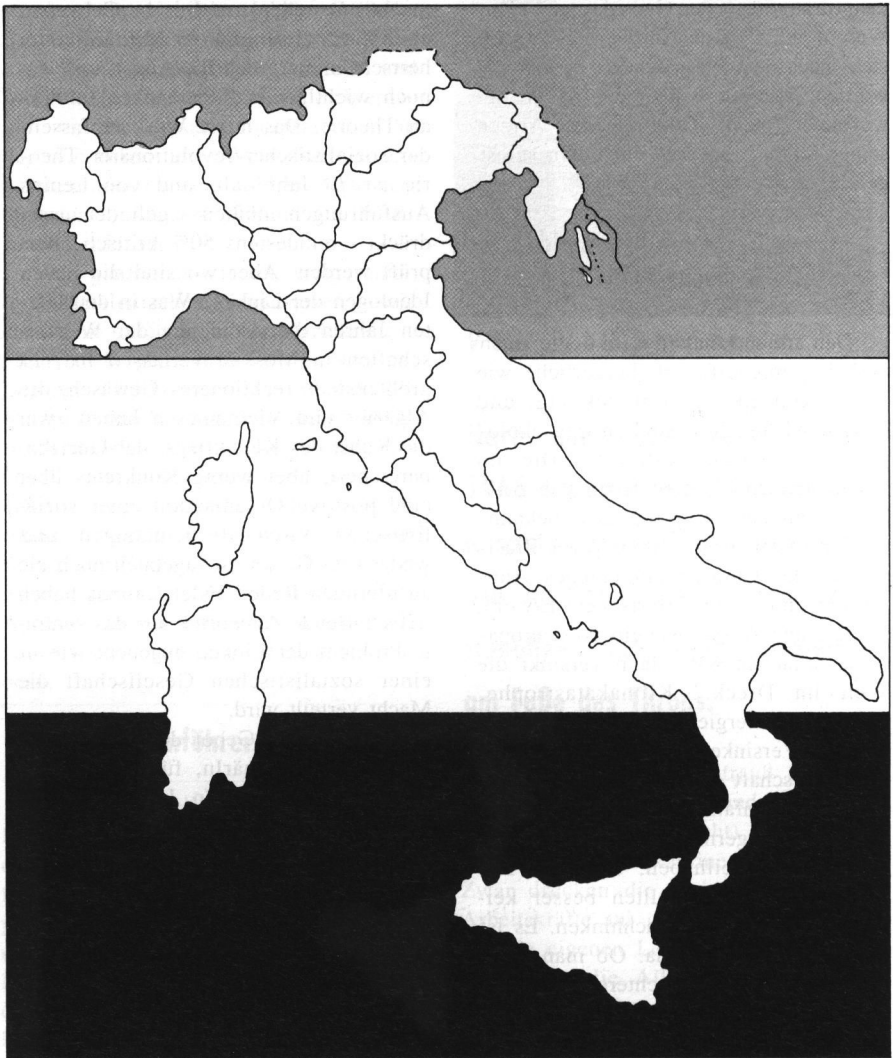
Der Familienclan als Sozialstruktur

Die formelle Einheit Italiens 1861 und die darauffolgenden Bemühungen zur reellen Staatengründung, die aus den verschiedenen unabhängigen Reichen des italienischen Territoriums einen Nationalstaat formen sollte, ist eigentlich bis heute nicht vollbracht. Es besteht ein extrem starker Kontrast zwischen Nord und Süd, der sich sowohl kulturell als auch ökonomisch ausdrückt. Der Süden, das ehemalige „Reich der beiden

DIE LEGA LOMBARDA

Von Sylvia Jura

Italien soll dreigeteilt werden. Dieser Vorschlag der „Lega Lombarda“, der zweitstärksten politischen Kraft des italienischen Nordens, scheint völlig aus der Luft gegriffen. Eine integrierte „Festung Europa“ könnte sich allerdings seiner bedienen, um sich der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Südens zu entledigen.



1861 geeint - bald wieder geteilt?

Sizilien“ unter bourbonischer Herrschaft, umfaßt die Regionen Sizilien, Calabrien, Apulien, Basilicata, Molise und Kampanien. Wirtschaftlich charakteristisch für den Süden ist der Mangel an großen Industrien - die wenigen vorhandenen sind entweder Filialen der norditalienischen Mutterhäuser („Alfasud“ in Pomigliano oder „Fiat“ in Cas-

sino) oder stecken in tiefster Krise (die Stahlverarbeitung „Italsider“ in Bagnoli, Neapel, mußte im September auf EG-Verordnung hin schließen).

Die Landwirtschaft, nicht sehr produktiv, beschäftigt ca. 15% der aktiven Bevölkerung, 1 Million Menschen. Im prekären Dienstleistungssektor, der noch nicht von den modernen Techno-

logien angehaucht wurde, sind 61% der aktiven Bevölkerung tätig. Die Sozialstruktur des Südens charakterisiert ein feudal anmutendes, stark traditionsgebundenes Clan- bzw. Familiensystem, das der Mafia und Camorra. Streng hierarchisch gegliedert, kontrollieren die 'Familien' die gesamte wirtschaftliche Aktivität des Südens; ein Klientelsystem, in dem durch Druck und Gefälligkeiten pyramidenartig ein Großteil der Bevölkerung erfaßt wird. Vorsichtigen Schätzungen zufolge beschäftigen die kriminellen Organisationen ca. 800.000 Personen (das sind mehr als die bei „Fiat“ Beschäftigten!) und haben einen geschätzten Jahresumsatz von 180.000 Milliarden Lire (umgerechnet etwa 1,8 Milliarden öS bzw. 250.000 Mio. DM).

Dieses 'Familiensystem' wirkt sich auch auf die Politik aus. Die Macht der Bosse bestimmt die Wahlentscheidungen ihrer 'Freunde' - und dadurch die Aufstellung der Kandidaten in 'befreundeten' Parteien. Die beiden Regierungsparteien DC (Democrazia Cristiana) und PSI (Partito Socialista Italiano) halten dank ihrer Beziehungen zur organisierten Kriminalität im Süden bei ca. 41% (DC) und 19% (PSI) aller Stimmen, während sie im Norden nur auf 30% (DC) bzw. 14% (PSI) kommen.

Mafia und Camorra haben ihre direkten Vertreter nicht nur in Rom sitzen - auch die Wirtschaftsmetropole Italiens, das saubere Aushängeschild Mailand, ist bereits 'infiziert'. Skandale um die Verwicklung von Politikern in Bestechungsgeschichten, korrupt vergebene Großaufträge, aber auch eine undurchsichtige Verwebung von organisierter Kriminalität mit den Banken und der Börse beängstigen die ach so ehrlichen Norditaliener. Das demokratisch-proportionale Parteiensystem nützend, gelingt es den kriminellen Organisationen des Südens, das sozio-politische und wirtschaftliche Leben Italiens entscheidend zu beeinflussen. Die Fünf-Parteienregierung, dominiert von Democrazia Cristiana und Partito Socialista mit ihren politisch starken südlichen Abgeordneten, trifft einen Großteil ihrer Entscheidungen gezwungenermaßen mit Blickrichtung Süden.

Produktiver Norden, ineffizienter Süden

Der Verwaltungsapparat Roms, bürokratisch, ineffizient, korrupt und vor allem kostenintensiv, verschärft diese Mißlage nur noch mehr. Das produktive Norditalien, effizient in seiner wirtschaftlichen Organisation, leidet an ähnlichen verwaltungstechnischen Pro-

blemen wie der rückständige Süden: öffentliche Dienstleistungen, mit Steuergeldern teuerst bezahlt, die nicht funktionieren (in Norditalien sind die Steuersätze noch dazu höher als im armen Süden): Schulen, Spitäler, öffentliche Verkehrsmittel usw., unfähige Stadt- und Gemeindeverwaltungen, die den täglichen Problemen einfach nicht gewachsen sind - man/frau denke nur an die unzähligen Smogalarne in Mailand und Turin, das Verkehrschaos in jeder größeren Stadt, aber auch an den '3. Welt-Immigrationsstrom'. Die politischen Parteien haben keinen Kontakt mehr zu ihrer Basis, die Koalitionen, die dauernd wechseln und ohne politische Linie sind, vertreten nicht die Interessen ihrer sehr heterogenen Wählerschicht, sondern die der Parteiführung in Rom.

Die Partito Comunista Italiano (PCI) verunsichert durch ihre Veränderung und Umbenennung in „Partito Democratico della Sinistra“ (PDS) ihre traditionelle Wählerschicht und ist längst nicht mehr das Symbol für soziale Solidarität. Sie bietet keine wirkliche Alternative zur 'Partitocrazia' (Parteienwirtschaft). Die andere Form der sozialen Solidarität, nämlich die des Christentums, die sich politisch auf die Democrazia Cristiana stützt, steckt ihrerseits auch in einer tiefen Krise. Die DC ist durch ihre proporzbedingte Abhängigkeit vom Süden nicht mehr in der Lage, die Interessen der norditalienischen Wähler zu vertreten.

Norditalien, mit seiner Philosophie des „arbeitenden, tüchtigen Mannes“, sieht sich ausgehöhlt, zahlt Steuern für den Süden, der sich nicht entwickeln 'will' - Norditalien will nicht mehr solidarisch mit dem „faulen Pack“ sein, hat seine Schuld (falls es die jemals gegeben hat) schon längst beglichen.

Bei den Verwaltungswahlen im Mai

1990 wählte Norditalien die 'Alternative' - die „Lega Lombarda“! 20% aller Wählerstimmen der Lombardei machten sie zur zweitstärksten Partei hinter der DC, aber weit vor der PSI und der PCI. Der Wahlerfolg der „Lega“, als Protest gegen den kranken Parteienapparat interpretiert, kam trotzdem überraschend, da sie ihre Wahlkampagne hauptsächlich auf mündlicher Propaganda aufbaute. Die aufgestellten Kandidaten waren vorwiegend Unbekannte, es gab keine offiziellen Programme, sondern nur diffuse Stimmen, die versuchten, ein gemäßigtes Image der „Lega“ zu schaffen. Die wirkliche Propaganda hingegen, in den Bars am Dorfplatz, war ausgesprochen hart, mit Rassismus und An-



Foto: Contrast

Schwelende Unzufriedenheit und latent rassistisches Klima

timeridionalismus wurde nicht gespart.

Autonomie und Föderalismus

Nach dem Wahlerfolg im Mai rutschte die „Lega“ wieder langsam in den Hintergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit, machte keine Schlagzeilen mehr. Bis Umberto Bossi im September

Heinz bleibt hartnäckig



und er läßt nicht locker, denn ihn interessiert immer noch, wie das denn damals war und heute noch ist mit der DDR und überhaupt. Er greift zur Selbsthilfe, das heißt, zu zwei Büchern des Berliner Verlags mit der höchsten Einschaltquote.

Maßnahme 1:



160 Seiten, 200 Abb., brosch. Großband, ÖS 232,50, ISBN 3-88520-309-X

In diesem Bilderlesebuch über **Frauenbilder Männerbilder** in der **DDR der 50er Jahre** wird ein Stück DDR-Kulturgegeschichte rekonstruiert und analysiert, anhand von über 200 Fotos, Bildreportagen und Selbstdarstellungen in damaligen Illustrierten, Anzeigen und Plakaten aus Reklame, Film und Fernsehen.

Maßnahme 2:



192 Seiten, ca. 200 Abb., broschiert, ÖS 232,50, ISBN 3-88520-349-9

Dieser neue Band, **Reisen mit Kopf**, nähert sich der **DDR - dem nahen Osten** sowohl vom Westen wie auch von der anderen Seite... Es geht um das Abenteuer Autofahren, um den Versuch, die Zahnpaste wieder in die Tube zu kriegen, um Diplomaten im Trainingsanzug, Medien, Krimis in der DDR und und und.

Weitere Maßnahmen finden Sie in unserem **Elefant Express**, erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:
ELEFANTEN PRESS,
Oranienstraße 25, 1 Berlin 36,
Telefon (030) 650 05-100,
Telefax (030) 650 05-298

1990 sehr provokativ erklärte, daß es für Italien eine politische Lösung gäbe - nämlich die Dreiteilung in autonome Republiken mit eigenem Steuerwesen und Verwaltungssystem, die locker in einem föderalistischen Staat miteinander verbunden wären. Dieser Plan wirkt auf den ersten Blick völlig aus der Luft gegriffen, ja sogar etwas einfältig. Die fiktive Dreiteilung kann sich nämlich auf keinerlei historische oder kulturelle Wurzeln stützen. Allein in Norditalien gibt es ein Sammelsurium von nichtitalienischen Volksgruppen, von denen die meisten über lange Autonomietraditionen verfügen. Um nur die bekanntesten zu nennen: die deutschsprachigen Südtiroler, die Slowenen, die Franken, Walser usw.

Auch die Grenzziehung zwischen dem Norden und dem Zentrum ist ausgesprochen willkürlich, Emilia Romagna zum Norden und Toscana zum Zentrum. Einzig die Region der südlichen Republik entspricht mehr oder weniger den Grenzen vor der Einheit Italiens. Das Konzept an sich scheint unklar, widersprüchlich zur allgemeinen Tendenz der Vereinheitlichung des europäischen Marktes, erscheint kontraproduktiv für den Kapitalismus.

Und doch ... ganz so dumm ist er nicht, der Bossi. Das Ei der Unzufriedenheit und der Zwietracht ist gelegt, die Fiktion der drei Republiken erklärt sich fast von selbst. Der Autonomieanspruch des Nordens gründet sich nicht auf einer eigenständigen kulturellen Identität, sondern beruht vielmehr auf einer wirtschaftlichen Einheit. Und das Prinzip „Autonomie und Föderalismus“ erlaubt, jederzeit die richtigen Allianzen zu schließen ... Für Norditalien bedeutet dies, sich dem gemeinsamen europäischen Markt anzuschließen, was durch die Einheit Italiens eben bedeutend schwieriger wäre. Ineffiziente Bürokratie und korrupter Staatsapparat, starke Interessenlobby des Südens und organisierte Kriminalität würden den Beitritt zum produktiven Europa 1993 wesentlich verlangsamten. Was liegt daher näher, als sich ganz elegant vom rückständigen Südtalien mit „seiner“ Arbeitslosigkeit, „seiner“ Armut und „seiner“ Kriminalität zu separieren? Andererseits ist Südtalien ein sehr, sehr großer Absatzmarkt für die Produkte des Nordens, und auch die Kapitalflüsse von Süden nach Norden sind nicht zu unterschätzen. Die Fiktion Bossis von den drei autonomen Republiken in einem föderativen System entspricht daher dem klassischen imperialistischen Zentrum-Peripherie-Modell Johan Galtungs.

Die Interessen der Eliten von Zentrum (Norditalien, einbezogen in die

EG) und Peripherie (Süd- bzw. Zentralitalien) harmonisieren - sehr große und sehr einträgliche Geschäfte finden statt: ob es sich nun um die Giftmüllverwertung im Süden (für den Norden) oder die Investitionen (der schmutzigen Gelder des Südens) im Norden handelt.

EG-gerechter Separatismus

Andererseits verschärft sich in der Peripherie die soziale Spannung immer mehr. Der Wegfall des ehemaligen Zentralstaats und das damit verbundene Ausbleiben der Umverteilung zwischen Nord und Süd führt zu steigender Armut und den dazugehörigen sozialen Konflikten im Süden, während im Norden der allgemeine Wohlstand steigt - schon auf Grund geringerer Steuereinkommen, da die sozialen Kosten des Südens nicht mehr mitgetragen werden müssen.

Die dritte Charakteristik des Drei-Republiken-Modells ist, daß keine Solidarität zwischen den jeweils Unterprivilegierten entstehen kann: der sogenannte Krieg der Armen, der sich in Rassismus und Intoleranz manifestiert.

Zusammenfassend kann man/frau also sagen, daß Umberto Bossi mit der Dreiteilung Italiens die volle Integration Norditaliens in den gemeinsamen Markt der EG anstrebt und andererseits die Republiken des Zentrums und des Südens als privilegierte Absatzmärkte, Kapital- und Arbeitskräftereservoirs für sich beansprucht - ohne dafür die sozialen Kosten tragen zu wollen.

Die separatistischen Bestrebungen der „Lega Lombarda“ stehen daher, trotz des scheinbaren Widerspruchs, in vollem Einklang mit dem Euro-Imperialismus, der ökonomischen und politischen Vereinigung eines „starken“ Europa. Außer der „Lega Lombarda“ Umberto Bossis gibt es im italienischen Parteiensalat aber noch eine Partei, die den Unmut am ineffizienten Staats- und Parteienwesen auszunutzen versucht: die sozialistische Partei Bettino Craxis, vor kurzem erst von „Partito Socialista Italiano“ in „Unita Socialista“ umgetauft. Weniger explizit als Bossi, strebt Craxi im Grunde auch größere Autonomie der einzelnen Regionen vom Zentralstaat an, beschwört Regierungskrisen herauf (wobei die Schuld selbstverständlich immer bei den Koalitionspartnern liegt) und will unbedingt eine Wahlreform, die ihn zum allmächtigen Präsidenten macht. Wer nun die gefährlichere Kraft im italienischen Parteienchaos ist, muß sich noch herausstellen. ■

Sylvia Jura ist freie Journalistin und lebt südlich von Neapel/Italien.

■ Cocktail aus den Angaben des polnischen statistischen Hauptamtes: 40 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden; Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr um 30% gefallen; Reallohnverlust seit 1989: 35%; Inflationsrate nach der Hyperinflation: ca. 300% pro Jahr; registrierte Arbeitslose: 1,5 Millionen.

Die größte US-amerikanische Investment- und Brokerbank „Merill Lynch“, die gerade zusammen mit der „Creditanstalt“ in Wien und Budapest einen „Austro-Hungarian Fonds“ zur Privatisierung der ungarischen Staatsbetriebe gegründet hat, warnt ihre Kunden vor mittelfristigen Investitionen in Polen. In ihrer monatlich erscheinenden Hitliste der unsichersten Geldanlageplätze der Welt nimmt das Land an der Weichsel die letzte Stelle der ehemaligen Ostblockländer ein.

Ohnmacht und Konzeptlosigkeit beherrschen dementsprechend den sozial- und wirtschaftspolitischen Diskurs der polnischen Wissenschaftler und Politiker. Aggressionen werden - zurecht, aber nutzlos - an der 40 Jahre lang politisch dominierenden Staatspartei PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei), die sich längst in „Sozialdemokratie“ umbenannt hat, ausgelassen.

Mondpolitik

„Mondökonomie“, so nannten die Polen in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg jene konzeptlosen Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen, die von Planungsministerium und ZK-Beschlüssen dekretiert wurden und im besten Falle guten Willen, niemals jedoch wirtschaftliche Logik als Grundlage hatten. Im neuen Selbstverständnis der Regierenden müssen Eingriffe ins Wirtschaftsleben - so steht es in der einschlägigen monetaristischen Fachliteratur - weitgehend unterbleiben, um den freien Marktkräften und so weiter und so fort. Folgerichtig hat man sich von der Mondökonomie auf die Mondpolitik verlegt, sprich: man wünscht sich in bester voluntaristischer Tradition eine kapitalistische Sanierung mit sozialer Absicherung für die Armen; keine staatlichen Direktiven und viele staatliche Mittel im Sozialbereich.

Die ehrlichsten unter den sogenannten Experten allerdings haben sich der Propagandasprache entledigt und beginnen, die allgemeine Konzeptlosigkeit selbst zum politischen Thema zu machen. Karol Modzelewski, Senator und ehemaliger Pressesprecher der Solidarnosc: „Wir stehen heute vor immensen strukturellen Problemen, und es ist völlig unbekannt, wie das Resultat des



Foto: Hannes Hofbauer

Kohlengrube in Niederschlesien

Sanierungsfall Polen: OPERATION GELUNGEN, PATIENT TOT

Die Westsicht und die Ostsicht. Beide gibt es nach wie vor. Im Sanierungsfall Polen sind sich allerdings der marktwirtschaftlich sozialisierte Journalist aus dem Westen und sein planwirtschaftlich sozialisierter Kollege aus dem Osten einig: Polen 1990 ist das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten.

Um hinter die Kulissen des Umstrukturierung genannten Großversuches an einem ganzen Volk zu blicken, bereisten MONATSZEITUNG-Redakteur Hannes Hofbauer und der Chefredakteur der in Wroclaw/Breslau erscheinenden Zeitschrift „Sprawy i Ludzie“, Julian Bartosz, Mitte November eine Woche lang das Land.

Umstrukturierungsprozesses aussehen wird. Unsere Regierung allerdings nimmt das gar nicht wahr und betreibt eine Laissez-faire-Politik, die mir Angst macht."

Wahlkampf: Wer ist der Feind?

Rundum baffes Staunen über die Dynamik der Krise. Der Präsidentschaftswahlkampf Walesa gegen Mazowiecki bietet Gelegenheit, die jeweilige Ahnungslosigkeit mit schönen Worten zu verbrämen.

Im Breslauer Studentenklub „Sesam“ der „Bewegung für alternatives Denken“ hat Janusz Zagórski, ein ehemaliger Jungkommunist, der aus der Partei gefeuert wurde, je zwei Wahlkämpfer der früheren politischen Freunde Walesa und Mazowiecki zum Streitgespräch geladen. Die Solidarnosc-Sieger - vor einem Jahr geschlossen und vereint gegen die „Kommune“ genannte 40jährige Parteidiktatur - sind heute Gegner, ja - wie es manchmal scheint - sogar Feinde geworden. Die einen sind Mitglieder der „Zentrumsallianz“ der Gebrüder Kaczynski - jener politischen Vorreiter von Lech Walesa, die die polnische Westintegration „beschleunigen“ wollen, die anderen vertreten die „Bürgerbewegung Demokratische Aktion“ und den amtierenden Ministerpräsidenten Mazowiecki. Lange Referate von beiden Seiten. Gähnendes Publikum. Erhitzt wird die Atmosphäre im Saal eigentlich nur von den starken Lichtern des lokalen Fernsehens. Ein älterer Herr, der eigens zu dieser Veranstaltung mit dem Zug angereist ist, möchte endlich wissen, was die Protagonisten von Lech Walesa und Tadeusz Mazowiecki trennt. Wieder Wortflüsse zum Thema politische Kultur, Charaktereigenschaften, Bildung und ähnlichen Wichtigkeiten. Plötzlich aber fällt der Satz über den Unterschied - hineingebrüllt in den Raum von einem enttäuschten Gewerkschaftsführer aus der ersten Reihe:

„Ihr seid nun an der Regierung, ihr seid die neue Nomenklatura, ihr genießt die Privilegien der Macht, und wir armen Ärsche haben nichts davon ...“

Drei Tage später, am 8. November, wird Prof. Bonislaw Geremek, der bisherige Leader des „Parlamentarischen Bürgerklubs“, der alle Abgeordneten und Senatoren der Solidarnosc im Sejm und Senat vereint, diesen Unterschied etwas nobler herausstellen. Es genüge nicht einen Gegner zu haben - die 'Kommune' - viel schwieriger ist ein richtiges Konzept für die Zeit danach. Und da es verschiedene Wege gebe - so Geremek - und er den abenteuerlichen Weg Walesas

nicht mitverantworten wolle, nehme er als Fraktionschef seinen Hut. Nachfolger des Intellektuellen wurde ein Arbeiter, der Abgeordnete und Gewerkschaftsmann aus Nowa Huta, Gil. Genauso haben es früher die 'Kommunisten' gemacht: Wenn's brenzlich wurde und schöne Worte nicht mehr reichten, schickten sie einen Mann 'von der Basis' vor, am liebsten eben einen richtigen Arbeiter. Um deren Wohl habe es ja zu gehen.

Dieser verbale Tribut an die 'Basis' - immerhin noch etwa 11 Millionen sind lohnabhängig oder Gehaltsempfänger - ist indes nicht mehr allgemeingültig. Im wilden Gebüsch der Polit-Jägerei des polnischen Reviers wird heute verstärkt mit anderen Werten geschossen: einheitliche Nation, christliche Grundsätze, Pluralismus und ganz freie Marktwirtschaft.

Auch die zwei großen Parteien um Walesa und Mazowiecki, die sich nur ungern als Parteien bekennen, sind auf diese propagandistischen Zugmaschinen umgestiegen. Die beiden Solidarnosc-Schöpfungen sind ganz und gar auf die Marktwirtschaft und auf den Kapitalismus eingestellt. Nur so könne der Mensch frei werden, nur dadurch sich ein menschliches und würdiges Leben aufbauen, selbstverständlich wenn er's kann, wenn er sich darauf versteht, 'unternehmerisch' zu sein. Und wie man es auch drehen und wenden möchte - die Mehrheit der Menschen in Polen glaubt heute daran. Sie hofft es, sie muß daran glauben, um überhaupt eine Perspektive zu haben.

Polen, das Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten hat seine eigene Normalität und zumindestens für den politischen Hausgebrauch auch seine eigene Logik. Dies bezieht sich auffallend auch auf die 'linken' Darsteller im Polit-Zirkus.

A propos Zirkus. Im großen Zirkus „Arena“ - aufgestellt in Wrocław/Breslau - wird jetzt wie auf jedem freien Fleck in den Straßen - Handel getrieben. Doch bevor der sprichwörtliche Rubel zu rollen begann, wurde der Zirkus durch einen Prälaten mit Weihwasser eingesegnet - wie alle drei Spielcasinos in der Stadt auch. Nichts in Polen geht ohne eine solche heiligende Bespritzung. Auch die „Polnische Union der Sozialdemokraten“, die nach der Beerdigung der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) unter Führung von Genossen Fiszbach als eigene Parlamentsgruppe entstanden ist, begann die neue Etappe ihrer Tätigkeit unter diesem Zeichen. Die andere, auch dem Grab der PVAP

entstiegene Neubildung - die „Sozialdemokratie der Polnischen Republik“ (SdPR) - ist zwar nicht so bigott wie die 'Unionisten', ihr größtes Defizit jedoch besteht darin, daß sich sogar ihre ureigenen Beichtväter nicht für die Partei werben lassen.

Mit drei Sozialdemokraten verbringen wir einige Viertelstündchen in ihrer Abgeordnetenbleibe im neuen Parlamentshotel in Warschau.

Sie sind also - fragen wir die Ex-Mitglieder der PVAP - im Juni 1989 in den Sejm, das polnische Parlament, gewählt worden, mit dem Auftrag der 'Basis', die es faktisch nicht mehr gab, für einen reformierten Sozialismus einzutreten, und jetzt - 16 Monate später - wollen Sie sich für einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz einsetzen. Wie geht das?

„Das geht ganz einfach“, meint der ehemalige Direktor des größten polnischen LKW- und Buswerkes „Jelez“, Genosse Dalgiewicz, „weil wir ja im Grunde genommen im reformistischen Flügel der Partei schon immer für den Kapitalismus waren.“ „Und es ginge auch heute umso einfacher, wenn wir für den Kapitalismus das Kapital hätten“, setzt sein Parlamentskollege Boguslaw Was nach.

Genosse Was, ein Arbeiter, der betont, daß er der Arbeiterschaft 'entstamme', gibt uns ein Beispiel, wie das bei seiner Firma funktioniert hat, die vom Konzern „Asea Brown Boveri“ aufgekauft wurde: Arbeitsplätze gesichert, Technologien angenommen, Aufträge erhalten, der Westen im eigenen Haus, nur die Löhne seien so „wie für die Neger“.

- Damit sind jedoch die Sozialisten nicht einverstanden, wandten wir ein.

- Was für Sozialisten? wollen die Abgeordneten wissen.

- Die unter Jan Józef Lipski, der über die Liste der Solidarnosc in den Sejm gewählt wurde und heute Vorsitzender der traditionsreichen Sozialistischen Partei (PPS) ist.

- „Ach, diese Spinner!“ wehrt der Ex-Direktor händeringend ab.

Ex-Bürokraten, Ex-Manager, Ex-Karrieristen der gestürzten realsozialistischen 'Kommune', welche jahrzehntelang die illegalen Sozialisten sowie jede andere nicht konzessionierte Linke aufs schärfste bekämpften, sind heute für den Kapitalismus mit menschlichem Antlitz während die Sozialisten - endlich wieder legal - zu ihren alten Parolen und Werten stehen.

Links von der PPS gibt es, von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, kleine Grüppchen, die darauf hoffen,

nach tapferer Zettelaktion, Wandmalerei und mündlicher Agitation in der Stunde, in der die Geduld der Pol/inn/en reißt, endlich auf den Plan treten zu können. Klein sei heute ihr Einfluß, gibt Włodzimierz Bratkowski von der „Gruppe der Arbeiterselbstverwaltung“ zu, doch dies könne sich ändern. Auch diese ganz Linken sind stark im Glauben ...

Volk der Händler und Teilzeitemigranten

Die meisten Pol/inn/en sind an den sich wöchentlich ändernden politischen Allianzen inner- und außerhalb des Sejm nur mäßig interessiert. Die für das Frühjahr geplanten Parlamentswahlen werden sie ebenso unbeindruckt lassen wie das aktuell stattfindende Präsidentschafts-Hickhack. Sie sind schlicht mit dem Überleben beschäftigt.

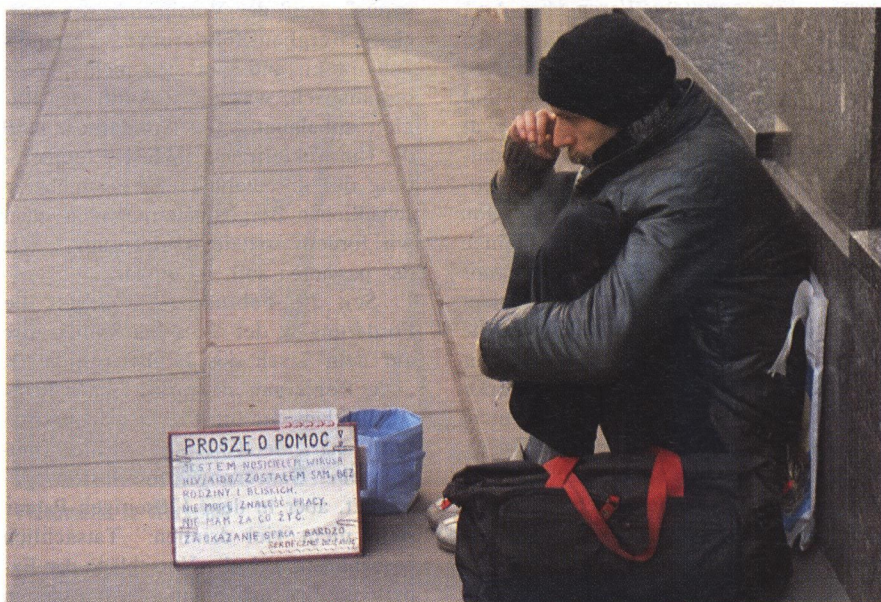
Das Straßenbild von Warschau ist von sitzenden, fahrenden und sonstigen fliegenden Händlern geprägt. Viele, vor allem junge Leute versuchen, sich ihren kärglichen Lohn mit dem Verkauf einer Stange West-Zigaretten oder billig reproduzierter Videos und Musikkassetten aufzubessern. Wiener Kaffee, Schokolade aus polnischen Genossenschaften, Matchboxauto-Imitationen, Windeln und Klopapier, große Teile des „Aldi“- und „Billa“-Angebotes werden an jeder Straßenecke feilgehalten.

Fast die Hälfte der diesjährigen Hochschulabsolventen hat - krisenbedingt - keine Arbeit gefunden, und so stehen hinter den als Verkaufsfläche dienenden Campingtischen nicht selten Historiker/innen, Philolog/inn/en oder andere Doktoren, die sich - noch - den Fangarmen der jeweiligen Bezirksmafia entziehen können. In Görlitz an der Oder sind diese jungen Straßenhändler bereits von den ansässigen Geschäftsleuten, die meist erst vor ein paar Monaten ihre Lokale privatisiert haben, vertrieben worden. Heftige Auseinandersetzungen um die seit Sommer mit DM einkaufenden ostdeutschen Kunden führen entlang der Oder/Neiße-Grenze immer häufiger zu Polizeieinsätzen.

Eine andere Möglichkeit, dem inflationsbedingten Elend der Niedrigstlöhne zu entgehen, ist die Arbeitssuche im Ausland. Nicht nur am Bau und bei der Weinlese verdingen sich Tausende im Tag- und Stundenlohn, auch Ärzte, Architekten und hochqualifizierte Techniker nehmen Urlaub vom Zloty-Arbeitsplatz, um ihr Devisenkonto zu füllen. „Unsere ganze zahntechnische Abteilung ist im Sommer vorigen Jahres in die BRD gefahren, um dort vier Wochen lang für eine private deutsche Klinik zu



Händler ...



... Bettler

... Walesa



schuften. Die Zahnärzte waren bis in den Herbst hinein überall ausgeflogen", erzählt uns ein Mediziner, der selbst die Teilzeitemigration betreibt. „In den vier Wochen Auslandsarbeit kann man sich fast ein ganzes polnisches Jahresgehalt dazuverdienen."

Die Gewinner

Die Ein- und Ausfuhr von Devisen ist ebenso legalisiert wie der private Import und Export von Waren. Und dort, im großangelegten Handel - sowohl innerhalb Polens als auch mit dem Ausland -, sind die Verdienstmöglichkeiten wahrlich sensationell.

Seit etwa einem Jahr gibt es in Polen sogenannte Warenbörsen. Gedacht als Handelsplatz für Wertpapiere, fungieren sie mangels Wertpapiermarkt als Vermittlungsbüros für An- und Verkauf. „Wir vermitteln Waren aller Art", erzählt Henryk Swierczynski, Chef der niederschlesischen Warenbörse. „Zuerst wenden wir uns an die staatlichen und privaten Produzenten und fragen, was sie anzubieten haben und was sie brauchen. Dann regelt einer meiner Mitarbeiter das Geschäft. Die Provision bleibt uns als Gewinn." Im kleinen Büro in der Innenstadt von Walbrzych/Waldenburg tummeln sich sechs Makler und zwei Sekretärinnen um Telexgeräte und Schreibmaschinen. In der Ecke ein Stapel Getränkeflaschen der Marke „Hippo Grapefruitowy" von einem nicht zustande gekommenen Geschäft.

40 solcher Warenbörsen gibt es zur Zeit in Polen, die Fachzeitschrift „Boss" schätzt, daß bereits 15% des gesamten Warenvolumens auf diese Weise umgeschlagen werden. Vor allem Lebensmittel finden so ihren Weg vom Produzenten zum Grossisten bzw. zum Einzelhandel.

Was sein riskantestes Geschäft war, wollen wir vom Chef des Unternehmens, Herrn Swierczynski, wissen. Er erzählt uns vom Zucker-Flop. „Anfangs war das noch eine Riesensache. Die Regierung hat versucht, die Ankaufspreise für Zucker künstlich niedrig zu halten. Daraufhin begannen im September 1990 die Bauern zu streiken und Straßenblockaden zu errichten, die von der Polizei z.B. in Mława (nördlich von Warschau) gesprengt wurden. Wir spekulierten auf einen hohen Zuckerpreis und kauften viel Zucker. Ein paar Wochen lang hat sich das rentiert. Dann allerdings drohte die Regierung mit der Einfuhr billigen EG-Zuckers, und die Raffinerien senkten ihre Produktionskosten. Jetzt sitzen wir auf dem alten, teuren Zucker."

Einen zerknirschten Eindruck macht

Herr Swierczynski deshalb noch lange nicht. Die meisten anderen Geschäfte werfen dicke Gewinne ab. Und daß es bis heute noch keine gesetzlichen Grundlagen für Warenbörsen gibt, kann ihm nur recht sein. Im Dickicht der ursprünglichen Akkumulation überleben nur die Stärksten. Und zu denen zählt er sich.

Die Verlierer

Außer dem Chef der niederschlesischen Warenbörse kennt Walbrzych/Waldenburg kaum Profiteure des neuen, liberalen Zeitalters. Von den 140.000 Einwohner/innen der Industriestadt lebt mehr als die Hälfte vom Kohlebergbau. In drei Gruben wird die sogenannte chemische Kohle gefördert, bis zu einen Kilometer tief unter der Erde. „Die Produktionskosten der hiesigen Kohle liegen viermal höher als ihr Verkaufspreis", weiß der Vorsitzende der örtlichen Bergbau-Solidarnosc, Zbigniew Senkowski, und gibt sich nicht gerade optimistisch, was die Zukunft der Region anbelangt. „Die Solidarnosc will die Umstrukturierung inklusive Liquidierung des unrentablen und gesundheitschädlichen Bergbauunternehmens, aber wir fordern soziale Absicherung." Wie das passieren soll, ist unklar.

Seit 20. Februar 1990 liegen die Forderungen der Bergbau-Solidarnosc auf dem Tisch des Industrieministers. „Die Regierung ist ratlos, ohne Konzept", klagt der örtliche Gewerkschaftsfunktionär. „Jetzt hat sie uns eine französische Sanierungskommission geschickt, aber in dem 120seitigen Papier steht nicht viel drinnen." Tatsächlich beschränken sich die Vorschläge der Expertengruppe auf Standard-Alternativen wie „Tourismus entwickeln" oder „Leichtindustrie forcieren". Daß in Waldenburg nicht nur eine ökologische Bombe - das schlesische Industriegebiet gilt als eine der am schlimmsten verseuchten Gegenden Europas -, sondern auch eine soziale tickt, haben selbst die französischen Sanierer in ihr Konzept geschrieben: „Bei der unvermeidlichen Schließung der Kohlengruben drohen soziale Ausschreitungen und Rowdytum, die auch auf benachbarte Regionen überspringen können."

Am 20. November, so beschloß die Bergbau-Solidarnosc auf einer landesweiten Sitzung, tritt die Belegschaft sämtlicher Kohlengruben in den Streik. Die Stadt Waldenburg/Walbrzych wird zwar kurzfristig durch das bei Arbeitskämpfen übliche Hissen der rot-weißen polnischen Fahne etwas bunter, die Zukunft für das niederschlesische Bergbauggebiet ist aber schwärzer als der Koh-

lenstaub, der sich Mitte November mit dem Nieselregen vermischt und die Gesteige der Wohnbezirke in graue, rutische Flächen verwandelt.

Der Balcerowicz-Plan

Drei grundlegenden ökonomischen Problemen steht Polen heute gegenüber. Ausgangspunkt aller Umstrukturierungs- und Sanierungsversuche ist eine auf dem Weltmarkt hoffnungslos konkurrenzunfähige Produktionsstruktur, die in Zeiten zollpolitischer Abschottung ein hochsubventioniertes Dasein führte; Bergbau, Schwerindustrie und kleinstparzellierte, privat geführte Landwirtschaft sind die Eckpfeiler dieser nur unter starkem politischem Schutz überlebensfähigen Volkswirtschaft. Nach der Entlassung Polens in das Gravitationsfeld der freien Marktkräfte aus dem Westen steht der Wirtschaft des Landes ein Kollaps bevor.

Ein vordergründig leichter lösbares strukturelles Problem ist die seit Jahrzehnten bestehende Schere zwischen Nachfrage und Angebot. Im realen Sozialismus, von den Pol/innen auch 'Kommune' genannt, war die Nachfrage nach Gütern immer stärker als das Angebot, das heißt, vielen Złotys in den Sparstrümpfen standen wenig Waren in den Regalen gegenüber. Die Aufgabe der sanierenden Ökonomen bestand nun darin, die erhöhte Nachfrage „abzuschöpfen", sprich: zu verringern. Die Hyperinflation des Vorjahres tat dazu ebenso ihr Teil wie der seit über einem Jahr in Kraft befindliche sogenannte Balcerowicz-Plan des polnischen Finanzministers. Zusammen mit IWF-Hauptkommissär Jeffrey Sachs hat Leszek Balcerowicz de facto einen Lohnstopp verfügt und betreibt gleichzeitig den schrittweisen Abbau der Subventionen. Dreimal sind heuer schon die Preise für Bustickets um je 100% erhöht worden, Lebensmittelpreise werden laufend an die Inflation „angepaßt", die Energiepreise sind um insgesamt 400% gestiegen; demnächst kommen die kommunalen Mieten dran. Der Erfolg: 35% Reallohnneinbußen im ersten Halbjahr 1990. Das Risiko: unkontrollierbare soziale Unruhen.

Die dritte, schier unlösbare wirtschaftspolitische Aufgabe im heutigen Polen ist die Überwindung des Kapitalmangels. Zwar scheint die Budgetsanierung zügig voranzuschreiten, der investitionswillige ausländische „Partner" will dennoch nicht vorstellig werden.

Kein Geld im Land und ohne Geld ... keine Umstrukturierung. Längst hat sich die polnische Katze in ihren eigenen Schwanz verbissen. Der Ausweg: Jeder versucht, seine Schäfchen ins Trockene,

also in den Westen, zu retten. Zurück bleiben eine unbrauchbare Industrie und Landwirtschaft und all die Millionen von Pol/inn/en, die derzeit noch darin tätig sind. Bis zur nächsten Etappe des Balcerowicz-Planes, der eine radikale Privatisierung vorsieht. Doch niemand auf der Welt kauft zur Zeit Bergwerksgruben oder Stahlwerke ...

Was unter Leitung von Finanzminister Leszek Balcerowicz ökonomisch möglich und sozial unmöglich geworden und was im Grunde genommen eine Konzeption des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist - läuft eigentlich bereits seit 10 Jahren. Die Missionen des IWF und der Weltbank haben auch während des Kriegsrechtes Polen nicht verlassen. Die Männer von Übersee und aus Westeuropa - darauf eingestellt, die Zinsen aus den kreditierten Milliarden zu sichern - erhofften sogar, daß unter dem strengen Regime einer Militärdiktatur Jaruzelski, als alle Gewerkschaften verboten waren, die Reformziele schneller und effektiver zu erreichen seien. Diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung. Sogar mit Gewalt der politischen Polizei und mittels Militäreinsatz konnte man die sozialen Unruhen - an die sich stets Forderungen nach Freiheit und Demokratie knüpften - nicht niederhalten. Sowohl Messner (1984-88) als auch Rakowski (1988-89) wollten die Marktwirtschaft, doch als Männer der 'Kommune' wagten sie es nicht, die polnischen Arbeitnehmer/innen mit gewaltigen Opfern im ohnedies niedrigen Lebensstandard zu provozieren. Da mahn-ten die Toten des Jahres 1970, da war die tatsächliche Revolution des Sommers 1980 noch zu frisch in Erinnerung. Was also für die 'Kommune' schier unmöglich war - von den Menschen zu verlangen, den Riemen noch enger zu schnallen -, dürfte der damaligen Opposition heute gegönnt sein, vor allem deshalb, weil sie einen immensen Vertrauensvorschuß in der Bevölkerung genießt.

Dies war das Arrangement des „runden Tisches“ im Frühjahr 1989. Die Regierung Rakowski und die offen auftretende illegale Opposition hatten unter der Schirmherrschaft der römisch-katholischen Kirche vereinbart, programmäßig den Lebensstandard zu senken. Zentral hierbei war die Frage der Lohn-Indexierung. Nicht, wie der IWF verlangte, auf 0,6%, aber immerhin auf das Niveau von 0,8 im Verhältnis zu den Preisen, akzeptierte die unabhängige Gewerkschaft Solidarnosc am „runden Tisch“ eine Senkung der Reallöhne um 20 Prozent; ein weltweit einmaliger Vorgang, daß sich die Gewerkschaft selbst zur monetaristischen Sanierung bekennt.



Videomarkt in Warschau

Casino in Breslau: ein österreichisches Joint-Venture



Die sozialen Folgen

Hohe Preise, niedrige Löhne. Überall im europäischen Osten dasselbe Klagelied. Polen ist Spitzenreiter.

Für eine 50-m²-Genossenschaftswohnung muß eine Warschauer Familie nach erfolgter Anzahlung monatlich 700.000 Zloty, das sind umgerechnet 800 öS bzw. 110 DM, auf den Tisch legen - bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 700.000 Zloty. Da bleibt nicht viel zum Leben. Der von Balcerowicz verfügte Lohnstopp im Staatssektor - mittels einer progressiven Lohnsteuer durchgeführt - bewirkt, daß immer mehr Wohnungen leer stehen, weil sich die wenigsten Polen freie Mieten leisten können.

Auf höchstens 15% schätzt Jozef Popkiewicz, Professor für Ökonomie an der Universität Wrocław, Ex-PVAP-Mitglied und Ex-Mitglied von Solidarnosc, jenen Teil der Gesellschaft, der sich mittelfristig in der Privatwirtschaft etablieren kann und für den die freie Preisbildung am Markt zu verkraften ist. Alle übrigen sind der seit 1. Jänner 1990 liberalisierten Preispolitik - Heizung, Energie, einzelne Medikamente und kommunale Mieten sind als letzte noch amtlich preisgeregelt - ausgeliefert.



Noch mehr als um die polnische Volkswirtschaft sorgt sich Wirtschaftswissenschaftler Popkiewicz allerdings um seine Familie: „Für meine beiden Kinder sehe ich keine Zukunft. Meine Tochter ist Psychologin und mein Sohn Architekt, aber nicht einmal die Bauwirtschaft hat Aufträge, wegen der Rezession. Die kämpfen beide echt ums Überleben.“

Daß IWF(Internationaler Währungsfonds)-Programm und Balcerowicz-Plan die polnische Wirtschaft kaputt saniert und in eine katastrophale Rezession geführt haben, fürchtet auch Senator Modzelewski: „Die Baumeister der neuen Wirtschaftsordnung haben sich geirrt. Die Unternehmen haben größte Schwierigkeiten, ihre Produkte an die Leute zu bringen. Niemand kann sich etwas leisten. Wie jetzt in dieser Rezession die Nachfrage stimuliert werden kann, ist völlig unklar.“ Die monetaristische Sa-

nierung scheint selbst in ihrer eigenen Logik versagt zu haben. Die überzogene Deflationspolitik hat jedes produktive Wirtschaften, jeden Investitionsanreiz abgewürgt.

Immerwährende Übergangsphase

Noch ist die Talfahrt Polens nicht beendet. Bei aktuell 1,5 Millionen Arbeitslosen steht die eigentliche Privatisierungswelle der 7.000 größten Staatsbetriebe noch bevor. In manchen Städten wie Suwalki oder Ciechanow ist die Arbeitslosigkeit schon heute erdrückend.

Jacek Kurons Sozialministerium steht vor unbewältigbaren Problemen. Der Minister selbst befindet sich mehr im Spital als hinter dem Schreibtisch und seine Pressesprecherin Elzbieta Ficowska ist heillos überfordert: „Die Arbeitslosigkeit ist eine Übergangserscheinung“, meint sie und lügt scheu hinter ihren sieben Telephonapparaten hervor. Um gleich darauf hinzuzufügen: „Arbeitslosigkeit gibt es in jedem kapitalistischen Land.“ Immerwährende Übergangsphase also, mit der sich die eben erst geschaffenen Arbeitsbüros überall im Lande konfrontieren müssen. Mindestens 360.000 Zloty (400 öS bzw. 55 DM) gibt es vorderhand für die ersten sechs Monate der Arbeitslosigkeit.

- Wie lange man Unterstützung bekommt?

- Insgesamt 18 Monate, nach sechs Monaten nur mehr 50%. „Was danach passiert, wissen wir noch nicht. Wir haben erst vor 11 Monaten mit dem Programm begonnen.“

Fester wird die Stimme der Pressesprecherin erst, als sie vom 20 Mio. Zloty-Kredit (22.000 öS bzw. 3000 DM) zu sprechen beginnt, den Arbeitslose beanspruchen können, wenn sie sich selbständig machen. „Die Arbeitsämter sehen sich das Unternehmenskonzept genau an, bevor sie dem Kredit zustimmen.“ Wieviel solcher Kredite bereits bewilligt worden sind, weiß Frau Ficowska nicht.

Als wir zuguterletzt auf die Probleme der Rentner zu sprechen kommen, wird die Auskunftsbereitschaft sichtbar unwilliger. Wieviele Leute mit der Mindestrente von 440.000 Zloty (500 öS bzw. 70 DM) auskommen müssen, kann oder will uns hier im Sozialministerium niemand sagen.

Riots und Streiks

Von den Unruhen in der Stadt Plock, die tags zuvor im Zuge von Zwangsdelo-

gierungen zu einem Polizeieinsatz gegen Mieter geführt haben, hat die Pressesprecherin von Jacek Kuron noch nichts gehört. Dort, in Plock, 100 Kilometer nordwestlich von Warschau, ist es am 7. 11. 1990 zu den wahrscheinlich ersten IWF-Unruhen im Lande gekommen.

Die Gemeinden stehen in Folge der neuen Autonomiepolitik ohne Geld da. Der Zloty-Fluß vom Planungsministerium in die Woiwodschaften und Gemeinden ist zum Erliegen gekommen, nun requirieren die einzelnen Körperschaften ihr Eigentum, erhöhen die Mieten für Geschäftslokale und Wohnungen. Die Schwächsten müssen zuerst raus. Und in Plock hat das eben zu Unruhen geführt. Ähnliche Auseinandersetzungen sollen auch schon in der niederschlesischen Bergbauregion stattgefunden haben.

Warnstreiks der Busfahrer, Polizisten und Werftarbeiter haben in der zweiten Novemberwoche ein Bild davon gegeben, was Polen im Winter 1990/91 bevorsteht.

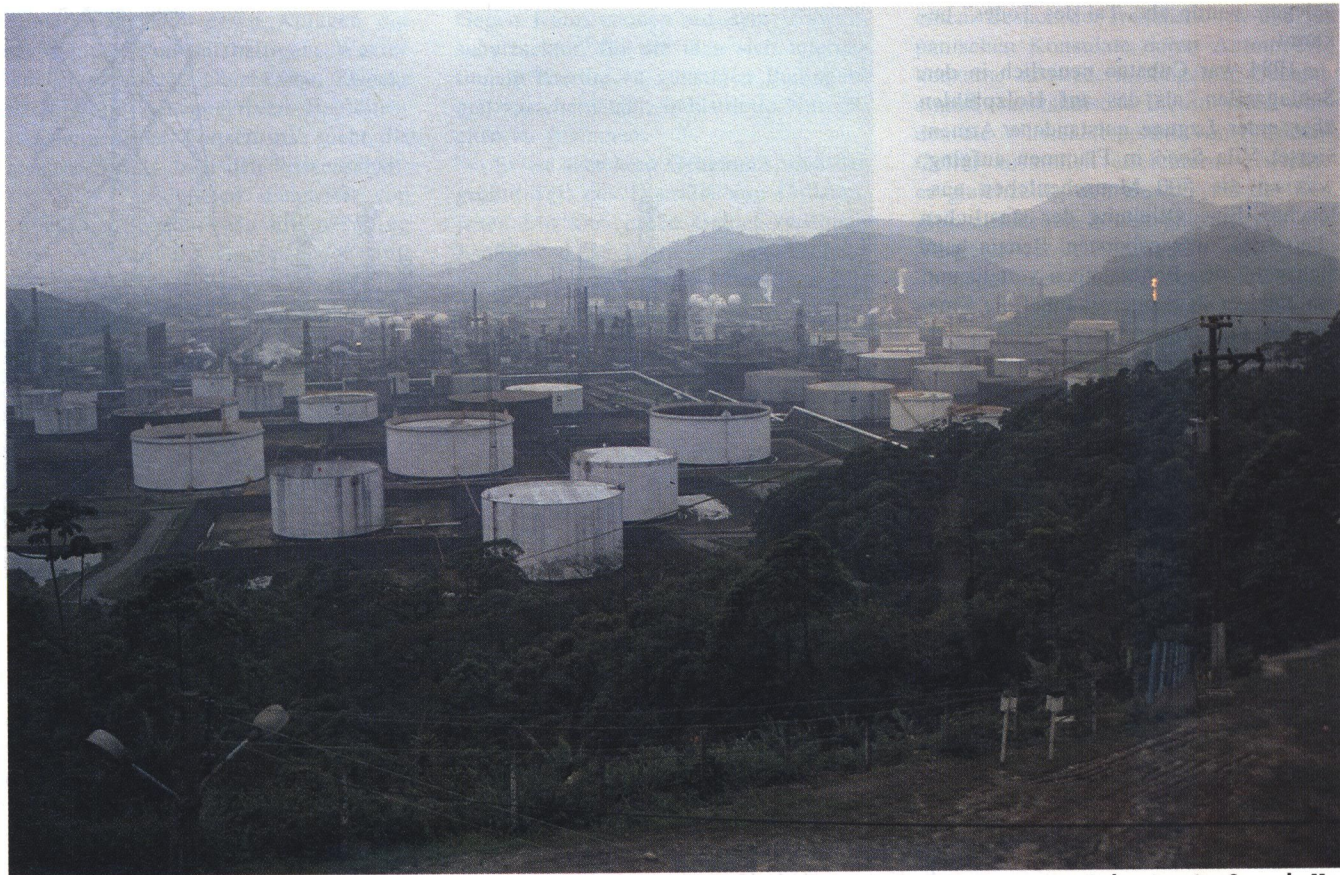
Hoffnung auf ein Wunder

„Der Westen kann sich einen polnischen Unruheherd nicht leisten“, formuliert der Sejm-Abgeordnete Was die einzige Hoffnung, die noch einigermaßen logisch klingt, die Hoffnung auf den Westen.

Daß diese Rechnung so nicht aufgehen muß, zeigen allerdings die ungezählten Unruheherde auf dieser Welt, auch unmittelbar Seite an Seite mit prosperierenden wirtschaftlichen Zentren gelegen.

Zum Beispiel Mexiko. Von diesem Land ist auffällig viel die Rede in Polen. Mexiko, das wissen die Leute hier, ist ein sozial instabiles, peripherisiertes Land, das direkt an die USA grenzt. Solche Argumente bekommen wir häufig zu hören. Immer mehr polnische Intellektuelle warnen vor der Lateinamerikanisierung des Landes. „Der wilde Kapitalismus wird sich zivilisieren, sagen die Zweckoptimisten, aber wir sehen, daß das in der '3. Welt' seit Jahrzehnten nicht gelingt.“ Der Historiker und Senator Karol Modzelewski war noch guten Glaubens, als er sich vor einem Jahr über die Solidarnosc-Liste ins Parlament wählen ließ. Jetzt sieht er schwarz: „Der Weltmarkt läßt den Armen keine Chance. Wer einmal wie wir unten ist, der bleibt unten.“ ■

Julian Bartosz gibt in Wrocław/Breslau die Zeitschrift „Sprawy i Ludzie“ heraus, Hannes Hofbauer ist Redakteur der MONATSZEITUNG.



Industrieregion Serra do Mar

Cubatao/Brasilien: DER DRECKIGSTE PLATZ DER WELT

Von Andreas Hofbauer

Über zwanzig Raffinerien, Düngemittelfabriken, Chemiewerke und eisenverarbeitende Betriebe konzentrieren sich im subtropischen Flußdelta südöstlich von Sao Paulo. Der dreckigste Platz der Welt soll jetzt zum 'Tal des Lebens' erweckt werden.

■ Zöge heute ein neuer Prophet durch das seit jeher für messianische Bewegungen fruchtbare Brasilien und wüßte dieser Bescheid um die neuen Pläne für Cubatao, jene Stadt, die bereits als „schmutzigster Ort der Welt“ ihren Platz in der Weltgeschichte gesichert hat, so könnte vielleicht das biblische, apokalyptische 'Echo' wieder hörbar werden: „Und ich sah aus dem Maule des Drachen und aus dem Maule des Tieres und aus dem Maule des Lügenpropheten drei unreine Geister wie Frösche ...“ (Offenbarung 16:13)

Vom Todestal zum „Tal des Lebens“

Nicht einmal eine halbe Autostunde außerhalb der Stadtgrenze von Sao Paulo, jener unstillen, pulsierenden monströsen Lokomotive Brasiliens, bricht die Serra do Mar steil zum größten Hafen des Landes, nach Santos, ab, in den 60er Jahren durch seinen Fußballstar Pelé weltbekannt. In jenem idyllischen subtropischen Grün, das von Lagunen

und einem vielverzweigten Flußdelta durchschnitten ist, wurde das Industriepoolprojekt Cubatao eingepflanzt. Vom topographisch-klimatisch-ökologischen Gesichtspunkt ist dieser Sumpflandschaftskessel wohl der ungünstigste Platz weit und breit.

Dennoch ist das 100.000 Einwohner zählende Cubatao in den verschiedensten Wirtschaftsstatistiken des Landes im Spitzenfeld zu finden: 45% der nationalen Erdölraffinerien, 28% der brasilianischen Düngemittel-, 17% der eisenverarbeitenden und 5,6% der chemischen Produktion. Vier Milliarden US-\$ Umsatz pro Jahr. Nur 24 Unternehmen teilen sich die. Neben der bundesstaatlichen eisenverarbeitenden „Cosipa“ nischen auch multinationale Konzerne wie „Rhodia“ und „Union Carbide“ mit. Es kann angenommen werden, daß in den 70er Jahren etwa 1.000 t Schadstoffe pro Tag in die Atmosphäre abgeblasen und jährlich etwa 20.000 t Abfälle in unabgedeckte Behälter abgeladen wurden.

Der „wilde Kapitalismus“, wie die Brasilianer die lokale Ausprägung des Weltwirtschaftssystems oft bezeichnen, forderte bald seine ersten Opfer. Nachrichten über Mißgeburten, denen Beine, Arme sowie Gehirn fehlten, schockten die Öffentlichkeit. Das Gebiet um die Arbeiterbarackensiedlung Vila Parisi, unmittelbar neben dem Industriegelände

gelegen, wurde als „Tal des Todes“ bekannt.

1984 war Cubatao neuerlich in den Schlagzeilen, als das auf Holzpfählen über einer Lagune entstandene Armenviertel Vila Socó in Flammen aufging, was an die 500 Menschenleben auslöschte. Eine Ölleitung der staatlichen „Petrobras“ war geborsten, Benzin hatte sich unter den Behausungen verteilt und ein einziger Zigarettenstummel die Katastrophe ausgelöst.

Zwei Jahre zuvor hatte es Aufwind für ökologische Gedanken gegeben. Zum ersten Kongreß der „Vereinigung der Opfer der schlechten Lebensbedingungen in Cubatao“ waren mehr als 500 AktivistInnen gekommen. Als Reaktion auf den Druck der nationalen und internationalen Medien entschloß sich die Regierung des Bundesstaates Sao Paulo, einen Widmungsplan für das gesamte Gebiet zu erstellen, der allerdings den größten Teil des Distrikts von Cubatao zu einem Industriegelände deklarieren sollte. Dieser Entscheid harmonierte im Grunde mit dem sogenannten „Tal des Lebens“-Projekt der in Cubatao installierten Industrien, das auf eine Aussiedlung jener Menschen abzielte, die in den am stärksten verseuchten Vierteln (wie z.B. Vila Parisi und Jardim Sao Marcos) hausten.

Picknick am Rio Cubatao

Heute sind sich die Behörden der „Cetesb“ (Organ für Stadtansanierung im Bundesstaat Sao Paulo), der Bürgermeister von Cubatao und die industriellen Administratoren von Cubatao einig, daß das schlimmste schon überstanden wäre, daß 90% der emittierten Schadstoffe 'unter Kontrolle' seien. 340 Mio US-\$, die in den letzten Jahren in die Installierungen von Filter- und Entsorgungsanlagen flossen, hätten das Wasser des Rio Cubatao sowie dessen Zuflüsse wiederbelebt, Fische, Schalen- und Weichtiere erfreuten wieder die Herzen der heimischen Fischer ...

Handelt es sich dabei wirklich um ein Wunder, um einen Beweis dafür, daß Gott wirklich Brasilianer ist? „Es ist allein den gemeinsamen Kraftanstrengungen von seiten der Privatinitiative und der Regierung zuzuschreiben“, wiederholt Bürgermeister Nei Serra seinen Wahlspruch, „daß es gelang, aus der 'schmutzigsten Stadt der Welt' ein 'Symbol für Ökologie' zu machen.“ „Die Fische sind in den Cubataofluß zurückgekehrt“ - unter diesem Titel beschrieb die Tageszeitung „Journal do Brasil“ farbenprächtig die 'ökologische Revolution' von Cubatao: „Oftmals kann man heute



Erdölleitungen in der Sumpflandschaft

dort Familien antreffen, die an den Ufern fischen und die Picknick-Tradition wieder einführen.“

In die eben erst aufgebaute mediale Propaganda platzte es wie eine Bombe, als eine Untersuchung des Arztes Eládio Santos Filho bei Kindern, die am Rande des Rio Cubatao leben, schwere Bleivergiftungen feststellte. 35% der Blutproben lagen über der von der WHO (Weltgesundheitsorganisation) als kritisches Limit angegebenen Konzentration (29 Mikrogramm Blei pro 100 ml). Professor Luiz Tommasi, Direktor des Ozeanographischen Instituts der Universität von Sao Paulo, hatte Anfang der 80er Jahre bei Studien an Rabenfischen - neben überhöhten Anteilen an Kupfer, Zink und Kadmium - Quecksilberwerte gefunden, die bis zu 10 Mal höher als die zugelassenen waren. Selbst wenn die Industrieemissionen heute kontrolliert sein sollten, so belasten die in den Flüssen und Lagunen bereits abgelagerten Schwermetalle das gesamte Ökosystem weiterhin auf Jahrzehnte. Joao Ivaniel de Franca Abreu, der seit 12 Jahren in der Vila Parisi wohnt und Stadtrat der liberalen PFL (Partido da Frente Liberal) ist, verurteilte vor kurzem das neuerliche Auftreten von starken Ammoniakschwaden in Cubatao. Wegen Atembeschwerden mußten etlichen Menschen Erste-Hilfe-Zentren aufsuchen. Trotz der großangelegten 'Luftverschmutzungskampagne' wollen die Klagen in der 'Symbolstadt der Ökologie' nicht verstummen, wonach nächstens und an den Wochenenden, dann nämlich, wenn sich die - nicht in Cubatao wohnenden - Vertreter der zuständigen Behörden in einem weniger verschmutzten Ort aufhalten, Gase abgelassen werden.

Im Jahr 1986 reichte die grüne

Gruppierung „Oikos“ („Vereinigung der Verteidiger des Bodens“) beim Justizministerium des Bundesstaates Sao Paulo ein Zivilrechtsverfahren gegen die 24 Verschmutzungsgiganten von Cubatao ein, in dem sie die Industrien für die Umweltschäden an der Serra do Mar zur Rechenschaft ziehen will. Nach langwierigen Kämpfen durch die Instanzen wurde jüngst eine Expertenkommission - bestehend aus Geographen, Chemikern, Biologen - gebildet, um die verursachten Schäden an der Gebirgskette, die von Naturschützern auf 800 Mio US-\$ geschätzt werden, zunächst einmal zu begutachten.

Das „verröhrte Ökosystem“

700 Meter über dem Meeresspiegel schlingt sich die stinkende Kloake „Pinheiros“ - ein ehemaliger Fluß - durch die Metropole von Sao Paulo. Ein kühn-utopisches Projekt reguliert die 'Fluß'richtung dieses toten Gewässers, wodurch je nach Bedarf (Ab-)Wässer auch in den Stausee Billings gelangen. Von dort werden nach einer entsprechenden Filtrierung und Verchlorung 3,5 m³ pro Sekunde in die Wasserleitungen der Haushalte der Paulistanos geschickt. Eine weit größere Wassermenge wird verröhrte und direkt in den Rio Cubatao jenseits der Serra do Mar gepumpt.

Ein Nebeneffekt ist nicht nur die Verschmutzung des Rio Cubatao, sondern auch der Strände von Santos, vor denen selbst die brasilianische bürgerliche Presse warnt. Außerdem drängt der Cubataofluß - nun um die Flüssigkeitsmengen des Rio Pinheiros verstärkt - die natürlichen Salinen im Deltagebiet zurück, was wiederum von vitaler Bedeutung für die nach Süßwasser lechzenden

Industrien ist, für deren Anlagen die Verwendung von salzhaltigem Wasser dem Korrosionsstod gleichkäme. Zwecks Bekämpfung der negativen Begleiterecheinungen des 'Fortschritts' sucht die Industrie bereits unter den Wissenschaftlern nach Verbündeten. Inspiriert von US-amerikanischen Modellen schlug Prof. Dr. Antonio Garcia Occhipinti von der renommiertesten Universität Lateinamerikas, der Universität von Sao Paulo, auf einem internationalen Kongreß über Umweltfragen in Cubatao im August dieses Jahres ein sogenanntes 'ozeanisches Dispersionssystem von Abwässern' vor, wonach ein kilometerlanges Rohr das Problem letztendlich am Grunde des Meeres buchstäblich auflösen sollte.

Von Sao Paulo direkt in den Atlantik

Das verzweifelte Bemühen von seiten der Stadtverwaltung als auch von seiten der Industriellen, das negative Image von Cubatao zu 'begrünen', hängt offensichtlich mit den neuen Wirtschaftsplänen zusammen, die bereits in den Schubladen liegen. Großzügige Investitionen sollen den Hafen von Santos erweitern und neue Industriezweige anziehen. Das alles unter der vielversprechenden Kurzbezeichnung SPIC (Sistema Portuario Industrial de Cubatao), was soviel wie „Hafen-Industriesystem von Cubatao“ bedeutet. Mit dem Slogan: „Werde Kompagnon eines Industriepools!“ lancierte Nei Serra eine Werbekampagne für einen „neuen Markstein in der wirtschaftlichen Entwicklung der Region“. Die Gründung der A.D. Cubatao (Entwicklungsagentur Cubatao) wurde zu einem Treffen der gesamten Wirtschaftsprominenz des Landes; vom damaligen Minister für Industrieentwicklung, Roberto Cardoso Alves, über 200 Unternehmer des Bundesstaates Sao Paulo bis zum allmächtigen Präsident der Industriellenvereinigung, Mario Amato, waren alle anwesend. Man schwelgte bei dieser Gelegenheit über die Installation neuer Industriezweige - metallmechanische, feinmechanische Fabriken genauso wie elektronische, Konfektions- und Strickwarenunternehmen -, wofür eine Erweiterung des Industriegeländes um 17 Mio. m² notwendig wäre.

Weitere 14 Mio. m² werden vom SPIC-Projekt für sich in Anspruch genommen, das neben zwei riesigen Kanälen (3.500 m Länge, 350 m Breite) einen 14 km langen Kai mit 57 Anlegeplätzen bis zu 13 m Tiefe vorsieht und riesige Erdumwälzungen im Deltabereich mit sich zöge. Die neue Strategie lautet:

Gegen Konzessionen auf dem Umweltschutzsektor, für die man sich internationale Kredite zu günstigen Bedingungen zusichern läßt, industrielle Nutzflächen zu gewinnen.

Es ist aber kein Geheimnis, daß der größte Teil des Distrikts von Cubatao, jenes 148 km² große Gebiet zwischen Santos und der Serra do Mar, ein sehr labiles ökologisches Gleichgewicht darstellt, das durch kleinste Eingriffe von außen ins Wanken gerät. „Eine minimale Verringerung des Sauerstoffgehalts in den Lagunen kann ganze Spezies zum Verschwinden bringen. Wenn wir weiterhin all das nützen wollen, was ein derartiges Deltagebiet bietet, müssen wir äußerst vorsichtig sein und konkrete Schutzmaßnahmen ergreifen“, meint Prof. Luiz Tommasi.

Zwischen ökologischem Heiligtum und Arbeiterwiderstand

Für die Umweltschützer gilt die Fluß-Lagunenlandschaft als eine (symbolische) Quelle des Lebens. Die Strategie der Umweltschützer, die die Erhaltung der ökologischen Verhältnisse über alles andere stellt, gerät allerdings auch mit lokalen linksgerichteten Bewegungen in Konflikt, die in erster Linie von der sozialen Situation der ArbeiterInnen ausgehen. Letzere Gruppierungen können sich durchaus Trockenlegungen von Sümpfen vorstellen, um die Menschen aus Gefahrenzonen - etwa von den auf Grund der Umweltschäden erdrutschgefährdeten Abhängen der Serra do Mar - umzusiedeln.

Als Bürgermeister Nei Serra bei

einem Besuch der französischen und japanischen Konsulate deren Automobilkonzerne zu Niederlassungen in Cubatao einlud - ausländische Investitionen würden die Wirtschaftspolitik von Präsident Collor zusätzlich erleichtern -, winkte er gleichzeitig den Bewohnern der Region mit neuen Arbeitsplätzen. Als die Vertreter der A.D. Cubatao von neuen elektronischen, Konfektions- und Textilfabriken sprachen, war dies eine gute Nachricht für die Frauen von Cubatao, deren traditionelle soziale Funktion in den Arbeitersiedlungen kaum über die Mutter- und Hausfrauenrolle hinausreicht. Gleichzeitig aber eine Gewissensfrage für einen Mann wie Dorjival Vieira, den ersten Präsidenten der „Vereinigung der Opfer von schlechten Lebensbedingungen von Cubatao“ und populäre Führungspersönlichkeit der linksgerichteten Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores), inwieweit er sich gegen jene Initiativen, die die Arbeiterschaft vielleicht nicht nur numerisch stärken würden, stellen kann.

Die Opposition hat allerdings wenig Zeit, um Divergenzen zu debattieren und eventuell zu überwinden, wenig Spielraum, um zu verhandeln. Die ersten 'Säuberungsaktionen' im 'Tal des Lebens' haben bereits begonnen. Den 24 ansässigen Unternehmen und der Stadtverwaltung, die sich hinter der jüngst geschaffenen A.D. Cubatao verstecken, ist es vor kurzem gelungen, die Arbeitersiedlungen 'Vila Parisi', 'Jardim Sao Marcos' sowie die Überrste von Socó zu räumen und somit weiteres 'Terrain' zu gewinnen ...

Andreas Hofbauer ist Ethnologe und Journalist und lebt in Sao Paulo/Brasilien.

„Cubatao - Symbolstadt der Ökologie“



■ Museum - als Kind ging ich nicht gerne an einen solchen Ort, mit dem ich entweder überheizte oder von kalter Zugluft durchwehte Räume verband, aufmerksames So-tun-als-ob-es-mich-interessierte, nicht zu reden vom Flüstergebot und den Verkrampfungszuständen des Stützapparates, hervorgerufen durch steifes Stillstehen oder gemessenes Abschreiten der Ausstellungsquadratur. Das Außer-Zeit-Gesetzte erforderte gesetztes Benehmen, und auch die Zeit schien immer stillgestanden zu haben, wenn ich auf meiner ersten Armbanduhr den Zeigerlauf verfolgte. Nicht zufällig hatten die ersten verordneten Schulausflüge das Bezirks-Heimatsmuseum zum Ziel, in Floridsdorf, wo die Rauchkuchl installiert war, jedoch eine Arbeiter-Bewegung nicht vorkam. Ist doch nach der offiziellen Definition des ICOM, des „International Council of Museums“, ein Museum ein Konservierungs- und Ausstellungsort von Relikten früherer Epochen unserer kulturellen Evolution.

Je rascher sich allerdings die Zivilisation evolutionär ändert, umso schneller werden jene Zivilisationselemente als veraltet ausselektiert,

Mittlerweile scheint es allen menschlichen Lebewesen an eben diesem Zustand zu mangeln. Angesichts der flüchtigen, im „Zeitalter der Geschwindigkeit“ kaum mehr bewußt erfahrbaren Gegenwart, angesichts der nicht mehr ungewissen, sondern gewiß bedrohlichen Zukunft wird das eben noch heute Gewesene zum zentralen Thema - und rück erinnert. Die Angst vor dem Verschwinden prägt die Kultur des Augenblicks, in der alles katalogisiert, archiviert wird,

was demnächst schon nicht mehr sein könnte.

So dient die nunmehr faßliche nahe Vergangenheit als verortete Orientierungshilfe, sozusagen als Haltegriff, um mit den Unsicherheiten der Gegenwart leben zu können.

Leben beinhaltet natürlich auch soziale Zusammenhänge, und so erstaunt es nicht, daß auch jene dem Erhaltungsdrang unterliegen, wie zum Beispiel die versuchte Festschreibung von Ehe und

Familie in der Verfassung zeigt. Konservieren und konservativ haben nicht nur zufällig den gleichen Wortstamm.

Zukunftsorientiertes Denken ist überschattet von der drohenden Zerstörung des menschlichen Lebensraumes, von Treibhauseffekt und Ozonloch, vom atomaren Supergau, von Umweltverschmutzung und von der Angst vor einem Dritten Weltkrieg, den der sogenannte Golfkonflikt in Aussicht stellt.

Das Museum bloß als Aufbewahrungsort von Kulturgegenständen aus fern zurückliegenden Epochen hat also ausgedient, ohne daß es als Institution abgelöst wäre. Ganz im Gegenteil hat es eine umfassende Erweiterung erfahren und die Begrifflichkeit für das



Bemalter Schädel
aus Hallstatt, Biedermeierzeit

Foto: Naturhistorisches Museum Wien

Schwerpunkt Museum: DAS ZEITPHÄNOMEN DES BEWAHRENS

tiert, die gerade eben noch gegenwärtige Neuheit symbolisierten. Als Symbol gelten sie noch immer, jedoch als Symbol von gestern, von einem Gestern, das rosige Beruhigung ausstrahlt.

Museum und Geschichte - wäre das eine ohne das andere zu denken? Bis es zur Ausformulierung des Begriffes der „Geschichte von unten“ kam, bestimmten die schriftlichen und gegenständlichen Überlieferungen der Herrschenden das Wissen um die Vergangenheit. Arbeiter- und Frauenbewegung rückten das Ungeschriebene, das Gelebte in den Mittelpunkt der Auffindung ihrer spezifischen Vorgeschichte, um ihr Stimm- und Existenzrecht zu untermauern, um Selbst-Bewußtsein zu gewinnen.

Von Ulrike Sladek

Vorkehrungen für die Zeit nach der großen Katastrophe und selbige Erinnerung an vergangene Zeiten scheinen die Gegenwart außer Kraft gesetzt zu haben. Museen, Archive und Erhaltungseinrichtungen aller Arten erleben einen Boom sondergleichen. Leben wir in einer „versteinerten Kultur“?

Zeitphänomen des Bewahrens geprägt: Musealisierung.

Ganze Landschaftsstriche werden als Nationalparks und Forschungsreservate eingerichtet, kulturelle Nutznießer sind nur mehr die Wissenschaftler, im Dienste der Menschheit natürlich. In den Zoos wird vermehrt Augenmerk darauf gelegt, die letzten erhaltenen Exemplare einer Spezies artgerecht zu halten, damit sie noch rechtzeitig als Gen-Reserve Eingang in die Labors finden können, denn die „freie Wildbahn“ ist nicht mehr.

Die Wissenschaft hat sich den veränderten Bedingungen angepaßt: Geforscht wird, um die Katastrophe vorweg zu nehmen, erbbiologische Untersuchungen im Rahmen der Gentechnologie sollen den Menschen für die nach-

katastrophische Zeit rüsten. „Fehler“ der Erbmasse sollen behebbar sein, die biologische Fortpflanzung scheint zu riskant und wird zunehmend durch künstliche Verfahren ersetzt.

Der Mann als Maß aller Dinge wird zum Spielball seiner Vermessenheit.

Um die Welt wieder ins Lot zu richten, kommt der Musealisierung der Alltagswelt tragende Bedeutung zu. „Die Restaurierung ganzer Innenstädte, das systematische Zusammentragen und Ausstellen aller kulturellen Bestandteile setzt unbestreitbar die radikale und umfassende Vergegenständlichung der lebendigen Kulturformen voraus“, meint der französische Philosoph Henri Pierre Jeudy und redet von einer „Versteinerung der Kultur“.

Anthropologie und Gentechnologie

Das Erbe wird scheinbar bewahrt - jedoch wofür?

In diesem komplexen Spannungsfeld ist auch eine kleine Ausstellung im Naturhistorischen Museum in Wien anzusiedeln. Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft der Anthropologie werden durch die räumliche Verortung der Installation „DNS - Molekül des Lebens?“ im Rassesaal des Museums angesprochen. Denn Wiens Anthropologische Abteilung ist auf makabre Weise mit der gentechnischen Forschung verbunden.

Die Künstlerin Lorenza Eppacher vergrößerte die Abbildung einer DNS-Spirale ins Zig-Tausendfache und befestigte die überdimensionalen Punktwolken über den Totenschädel-Schaukästen, die der Veranschaulichung des rassischen Unterschiedes dienen sollen. Lisbeth N. Trallori wies in ihrem Vortrag „Das Leben - ein Molekül“ anlässlich der Eröffnung auf die Querverbindungen zwischen Rassentheorie und Gentechnologie hin. Hier dienen äußere sogenannte Rassemkmale für Auslese und Ausmerze, dort Abweichungen von der Genstruktur. Der einzige Unterschied liegt in der sinnlich nicht erfassbaren Winzigkeit der DNS-Spirale, die nur mittels hochtechnologischer Einrichtungen dechiffriert werden kann.

Die anthropologische Abteilung wurde noch unter Kaiser Franz Josef gegründet. Aus dieser Zeit soll auch der ausgestopfte männliche „Neger“ stammen, der, hartnäckigen Gerüchten zufolge, nun in die Kellerräume des Museums verbannt ist.

Die Abteilung umfaßt heute folgende Sammlungen:

- die Osteologische Sammlung mit ca. 25.000 Skeletten aus der Zeit des

Jungpaläolithikums (ca. 30.000 Jahre) bis zur Gegenwart;

- die somatologische Sammlung mit Individualdaten, Haarproben und ähnlichem von über 800 Angehörigen verschiedener Völker und Rassen;

- die erbbiologische Sammlung: Hier befinden sich die Befunde aus Vaterschaftsgutachten, d.h. *normale* menschliche (männliche!) Erbmerkmale von ca. 30.000 Österreichern;

- die anthropologisch-erbbiologische Begutachtungsstelle, die sich mit der Erstellung von Vaterschaftsgutachten für die österreichischen Gerichte befaßt und

- das humangenetische Informationszentrum, das hauptsächlich auf Anfragen in- und ausländischer medizinischer und anthropologischer Institute über die Verteilung normaler menschlicher Erbmerkmale in der österreichischen Durchschnittsbevölkerung Auskunft erteilt.

Über jenes Zentrum steht im Museumsführer aus dem Jahr 1978 folgender Text: „Im Naturhistorischen Museum in Wien wurde im Jahr 1976 ein humangenetisches Informationszentrum gegründet, das sich mit der Erfassung von Individualdaten normaler menschlicher Erbmerkmale von 30.000 Österreichern befaßt. Nach der datenmäßigen Erfassung wird die österreichische Bevölkerung in ihrem derzeitigen Erscheinungsbild wissenschaftlich erfaßt sein. Damit erbringt Österreich in der Gegenwart einen Beitrag zur Darstellung seiner Bevölkerung im Lichte der Rassenkunde.“

Die immer wiederkehrende Zahl der Dreißigtausend stimmt bedenklich: Werden hier die Materialien zum Vaterschaftsnachweis zu Forschungszwecken verwendet, an internationale medizinische und anthropologische Stellen weitergegeben? Das Informationsbedürfnis in diesen Fragen scheint von zuständigen Stellen nicht besonders ausgeprägt zu sein - niemand will etwas wissen.

Aus der Biographie eines österreichischen Anthropologen:

Einer der letzten Leiter der Anthropologischen Abteilung, Johann Jungwirth, der diese Position von 1965 bis 1974 innehatte, schien sich als Deutschstämmiger besonders für diese Aufgabe zu eignen.

Aus seiner Biographie, ebenfalls im Museumsführer erschienen: „Väterlicherseits deutsche Kleinbauernfamilie, mütterlicherseits deutsche Bürgerfamilie ... 1940 Kriegsfreiwilliger der deutschen Wehrmacht ... 1942 diverse Verdienstkreuze und Auszeichnungen, Uni-

versitätsassistent, 1943 Dozent des Reichsstudentenwerkes.“ Der Berufung konnte er allerdings nicht folgen, da er Dienst an der Waffe leistete. Seiner Profession als Anthropologe ging er wieder ab 1959 nach: als gerichtlich beideter Sachverständiger für menschliche Erbbiologie beim Landesgericht Eisenstadt. 1965 avancierte er zum Regierungsrat, um anschließend die Leitung der Anthropologischen Abteilung zu übernehmen. „Im Herbst 1967 und 1968 nahm er an Ausgrabungen in Tell Dab'a in Unterägypten teil. Die wertvollen Skelette aus diesen Grabungen sind Bestandteil der Osteologischen Sammlung.“

Herr Jungwirth gründete im gleichen Jahr die Erbbiologische Begutachtungsstelle seiner Abteilung und 1974 die humangenetische Familienberatungsstelle. Während seiner Wirkungszeit war der Rassesaal allerdings geschlossen. Sein Nachfolger Szilvassy sah es als vordringliche Aufgabe an, die zwanzig Jahre versperrte Schausammlung „den Anforderungen, die an ein modernes wissenschaftliches Institut gestellt werden, anzupassen, um Mißverständnisse zwischen den einzelnen Völkern abzubauen“. Jungwirth dürfte dies aus mehr als nur finanziellen Gründen nicht möglich gewesen sein.

Das Naturhistorische Museum in Wien scheint die Österreich-spezifische Ausformung des „Umfassenden Museums“ zu sein. Alles hat (seinen) Platz: die Sonderausstellungen zu Dinosauriern und Ozonloch, der Kindersaal und das humangenetische Informationszentrum unter einem Dach - wo sonst gibt's diese Vielfalt? ■

Zum Thema Museum finden Sie in diesem Heft noch:

- **Die Region als Museum - Andrea Komlosy über die Industriearchäologie im Waldviertel**
- **Lernort für politisches Leben - „Das Museum der Arbeit“ von Christine Weber-Herfort**
- **„Film als Museum“ thematisiert Gabriele Jutz**
- **Das Reale, die Kunst und die Weiblichkeit - Birge Krondorfer über das heimliche Museum**

Weiterführende Literatur:

Wolfgang Zacharias (Hg.)
Zeitphänomen Musealisierung
Das Verschwinden der Gegenwart und die Konstruktion der Erinnerung
Klartext Verlag, Essen 1990

Engelbrechts bei Kautzen: Herr Österreicher steht im Hoftrakt seines Bauernhauses, der vor 40 Jahren vom Stall zum Webraum umgebaut wurde. Die drei hölzernen Frottierwebstühle mit ihren mächtigen „Jacquard“-Maschinen, über ein System von Transmissionen angetrieben, sind voll funk-

Wenige Kilometer flußaufwärts: Die „Anderlfabrik“, Kleedorf, ein alter Rohwebereibetrieb mit dazugehöriger Arbeitersiedlung, deren äußerer und innerer Zustand BesucherInnen in die Zeit des ausklingenden 19. Jahrhunderts versetzt. Geradezu romantisch anmutende historische Fabriksarchitektur, ein ver-

des einstigen Großbetriebs, sind heute noch erhalten.

Charakteristisch für die Waldviertler Textilindustrie ist bis heute ein breites Spektrum verschiedenster Unternehmens- und Unternehmertypen, zu unterscheiden bereits am Fahrzeug, mit dem sie sich fortbewegen. Herr Österreicher hat im Stall neben dem Webraum einen Traktor stehen, den er, wenn Not am Manne ist, immer noch chauffiert. Die Herren Backhausen verfügen über vieradgetriebene Geländewagen - wohl nicht von der billigsten Kategorie. Den Weg aus der Fabrik ins nahe Herrenhaus können sie freilich auf der Privatstraße zu Fuß zurücklegen. Der Besitzer der legendären „Anderlfabrik“ dagegen hat sein Gefährt den finanziellen Verhältnissen seines Betriebs angepaßt: Mehr als ein klappriger „VW-Käfer“ ist offenbar nicht drin. Mister Majmudar, letzter „Patria“-Direktor, der am Wochenende stets die Flucht nach Wien angetreten hat, hat Österreich längst den Rücken gekehrt, per Flugzeug.

So unterschiedlich die genannten Betriebe anmuten, eines haben sie gemeinsam: Sie sind Stationen der neueröffneten „Waldviertler Textilstraße“, einer Besichtigungsrouten durch das Obere Waldviertel, die - anknüpfend an die textilindustrielle Tradition - durch historische Industriearchitektur und bestehende Betriebe dieser Region führt.

Notstand in der Textilregion

Die Geschichte des Waldviertels ist seit alters her eng mit der Textilindustrie verwoben. Von der traditionellen Flachs- und Schafwollgewinnung und den Weberzünften, vom häuslichen Spinnen und Weben für die frühen Manufakturen, von den selbständigen Heimwebern und den abhängigen Heimarbeitern bis hin zu den großbetrieblichen Formen der Spinnerei-, Weberei- und Wirkwarenindustrie bestimmte die Herstellung von Textilien die gewerbliche Tätigkeit im Waldviertel und prägte Menschen und Landschaft. Arbeit in der Textilindustrie, 1971 mit 33% der industriell-gewerblichen Beschäftigten immer noch führende Branche des Oberen Waldviertels, war zentrale Grundlage des Überlebens. Wegen des niedrigen Lohn- und Qualifikationsniveaus, der Außenabhängigkeit vieler Betriebe und mangelnder Alternativarbeitsplätze war die textile Dominanz jedoch auch mit ein Grund, daß die WaldviertlerInnen mehr schlecht als recht überlebten.

Seit Ende der 70er Jahre hat die Be-



Fotos: Andrea Komlosy

K.k. priv. Modewarenfabrik Hackl in Weitra, Webtrakt und Herrenhaus

Industriearchäologie im Waldviertel: DIE REGION INS MUSEUM?

Von Andrea Komlosy

tionsfähig. Herr Österreicher ist Pensionist. Er hat die Weberei Zeit seines Lebens neben der Landwirtschaft betrieben, ein echter Nebenerwerbsunternehmer also, den es auch heute noch oft in seine Werkstatt zieht.

Szenenwechsel. Websaal der Möbel- und Dekorstoffweberei „Backhausen & Söhne“ in Hoheneich: moderne, elektronisch gesteuerte „Jacquard“-Automaten erzeugen unter ohrenbetäubendem Getöse bunt gemusterte Stoffe, Brokate, Damaste. Bis zu 40 Webstühle, von Neonröhren in gleißendes Licht getaucht, werden von einem Arbeiter betreut. Das Wiener Unternehmen, das die Fertigung im Jahr 1870 der niedrigeren Produktionskosten wegen ins Waldviertel verlagerte, zählt heute zu den erfolgreichsten Waldviertler Exportbetrieben. Architektonisch besticht der Fabrikkomplex, der neben den Nutzbauten Herrenhaus, Arbeiter- und Beamtenwohnhäuser umfaßt, durch die Kombination verschiedener Baustile: von der mehrstöckigen Holzkonstruktion über ebenerdige Websheds sowie eine der ersten Stahlbaukonstruktionen bis hin zur grobklotz-modernen Maschinenhalle.

alteter Maschinenpark, gepaart mit wenig attraktiven, unterbezahlten Arbeitsplätzen - eine Merkmalskombination, die das Überleben dieses Betriebes an einem dünnen Faden hängen läßt.

Ein Sprung nach Heidenreichstein, Proletarierhochburg des nördlichen Waldviertels, die im Jahr 1979 durch den plötzlichen Zusammenbruch mehrerer Betriebe mit einem Schlag 1.500 Arbeitsplätze verlor. Einer dieser Betriebe war die große Spinnerei- und Wirkwarenfabrik „Patria“, in den 1950er Jahren mit 700 Beschäftigten eine der größten Strumpffabriken Österreichs, die trotz wiederholter Sanierungsversuche nicht mehr hochzubringen war. Als letzter Kandidat versuchte sich 1984 ein indisch-amerikanischer Textilmaschinenkonzern. Unter Ausnutzung der Grenzlandförderung stellte der hauptsächlich an „3. Welt“-Standorten erprobte indische Geschäftsführer den Spinnereibetrieb auf ein hochmodernes Open-end-Verfahren um, um schließlich 1987 wegen des „geringen Entgegenkommens öffentlicher Stellen“ das Handtuch zu werfen. Einzig allein das nunmehr anderwärtig genutzte Färbereigebäude mit seinem hochragenden Schlot sowie die „Honig-Kolonie“, die Werkssiedlung

schäftigung in der Textilindustrie einen jähen Einbruch erlebt. Krise der Weltwirtschaft, Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer sowie Rationalisierung haben zu Stilllegungen und massiven Arbeitsplatzeinbußen im Waldviertel geführt. 1989 wurden im gesamten Wald- und Weinviertel nur mehr 2.000 unselbständig Beschäftigte in der Textilindustrie gezählt.

Vorbild Großbritannien

Das englische Vorbild nachzuahmen, hat in der Geschichte der österreichischen Textilindustrie eine lange Tradition. Von der Spinning Jenny bis zum Selfaktor, vom Schnellschützen zum mechanischen Webstuhl - alle wesentlichen Erfindungen der Textilbranche waren, bevor sie in Österreich zur Anwendung kamen, in England längst gang und gäbe. Sorgsam hütete die Industriemacht Nr. 1 die Geheimnisse ihres Vorsprungs. Österreichischen Industriellen gelang es Anfang des 19. Jahrhunderts dennoch, englische Mechaniker anzuwerben und mit ihrer Hilfe die Maschinen für eine der ersten und größten mechanischen Baumwollspinnereien des Kontinents zu konstruieren: die Pottendorfer Garn- und Manufakturgesellschaft.

Heute ist die unterdessen schwer in Bedrängnis geratene Weltmacht wegweisend in Sachen Industriearchäologie, der Erhaltung und Pflege von Industriebauten. Stillgelegte Bergwerke, verlassene Lagerhäuser und Dockanlagen, leerstehende Fabriken und ungenutzte Kanäle - das ist in vielen englischen Regionen das einzige, was vom einstigen Glanz noch übrig ist. Ehemalige Fabriken als Museum zu adaptieren, ausgediente Industrielandschaften zu technik- und wirtschaftsgeschichtlichen Freilichtmuseen umzufunktionieren, war eine Vorwärtstrategie, die die Engländer unter dem Stichwort „Industrial Heritage“ früher als andere angetrieben haben. Alte englische Industriegebiete haben oft keine anderen Attraktionen als Fabriksbauten, viktorianische Herrenhäuser und historische Reihenhaussiedlungen: Eine touristische Nutzung kann oft gar nicht umhin, an diese Bausubstanz anzuknüpfen, um Reisen anzubieten, Exkursionen in die Geschichte von Technik und Industriearbeit: Kanal- und Dampfeisenbahnfahrten, Besichtigung revitalisierter Bergwerksstollen und Textilfabriken, Arbeiterwohnhäuser, ja ganze rekonstruierte Kleinstädte mit Geschäften, Werkstätten, Vergnügungsetablissemments. Neue Einnahmequellen und Freizeitaktivitäten waren geschaffen. Und mit Mu-

seums-Fabrik, Freilichtmuseum und Industrielehrpfad standen Medien zur Bearbeitung der Unsicherheiten zur Verfügung, die sich aus Arbeitsplatzverlust und dem Übergang in die postindustrielle Gesellschaft ergaben.

Wie diese Medien zur Bewältigung der Gegenwart eingesetzt werden, ist von Fall zu Fall verschieden. Allzu häufig überwiegt ein statisches Geschichtsbild, das die englische Industriegesellschaft der Jahrhundertwende romantisiert und - unter Ausklammerung sozialer Konflikte - mit „Vergangenheit“, dem „Damals“ gleichsetzt. Im Vordergrund steht die Technik, deren unaufhaltsamer Fortschritt schließlich auch die - implizite - Rechtfertigung für den heutigen Strukturwandel abgeben muß. Daneben gibt es andere Projekte, die Disziplinierung und Elend, Konflikt und sozialen Protest auf dem Weg in die Industriegesellschaft nicht aussparen und mit der kritischen Betrachtung der Geschichte weniger Halt als Mut zur aktiven Einmischung vermitteln möchten. Generell gilt: Je besser die finanzielle Ausstattung eines Projekts, desto ausgeprägter der Disneylandcharakter, der Jung und Alt in seinen Bann zu ziehen vermag.

Auf dem Weg in die Freizeitgesellschaft?

Mit einiger zeitlicher Verspätung kam die Musealisierung von Industrie und Arbeit auch nach Österreich. Ehemalige Fabriken werden in Museen umgewandelt, ehemalige Werkstätten abgetragen und im Museum wiederaufgebaut. Das „Sensenschmiedemuseum“ in Micheldorf (OÖ), das „Schaubergwerk“ in Hüttenberg (Kärnten), die „Walzengravieranstalt“ in Guntramsdorf (NÖ) sind Fälle, wo ein Betrieb originalgetreu in ein Museum umgewandelt wurde. Ein weitergehendes Anliegen verfolgt das Museum „Industrielle Arbeitswelt“ in Steyr, ebenfalls in einer alten Fabrik untergebracht, das einen wirtschafts- und sozialhistorischen Rundgang durch die einzelnen Etappen und Branchen der Industrialisierung von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart vermittelt. Im Waldviertel entstanden in den letzten beiden Jahren gleich drei Textilmuseen: das „Lebende Textilmuseum Groß-Siegharts“ in einer funktionsfähigen alten Bandfabrik, das „Museum Alte Textilfabrik Weitra“ in den Gebäuden der ehem. „k.k. priv. Modewarenfabrik Hackl & Söhne“ sowie das vorwiegend textiltechnisch orientierte „Erste Waldviertler Webereimuseum“ im Heimatmuseum Waidhofen a.d. Thaya.

Ein nächster Schritt war die Musealisierung ganzer Regionen - vornehmlich solcher, die als alte Industrieregionen mit Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten. Die wichtigsten Beispiele solcher, von den französischen Eco-Musées inspirierten integrierten Freilichtmuseen sind die „Steirische Eisenstraße“, die „Industriestraße Viertel unter dem Wienerwald“ und die „Waldviertler Textilstraße“.

Der Errichtung der zahlreichen Industrie- und Arbeitsweltmuseen, der Ausdehnung des Museums über seine räumlichen Grenzen, der Einbeziehung des Umlandes, des Gegenwärtigen, liegt ein neues Geschichtsverständnis zugrunde. Nicht herausragende Personen und Objekte, sondern Alltag, Beziehungen zwischen den Menschen, Arbeits-, Wohn- und Lebensformen sind Gegenstand historischen Interesses. Wo einzelne Industriebranchen im Mittelpunkt stehen, geht es weniger um die Technik als um ihre Auswirkung auf die Menschen. Geschichte wird damit zum Instrument der Zukunftsbewältigung.

Dieser Trend im Museumswesen, der sich auch im Bemühen um bessere Vermittlung und Aktivierung der Besucher ausdrückt, stößt im Fall der regionalen Industriemuseen auf eine andere Entwicklungstendenz. Kultur- und Geschichtstourismus stehen derzeit in Regionalprogrammen ganz oben. Freizeit statt Industriegesellschaft, Identität statt Arbeitsplätze lautet die Devise, mit der Regionalpolitiker die Tatsache vergessen machen wollen, daß die angestrebte Ansiedlung von Industriebetrieben nicht stattgefunden hat. Mangels dauerhafter gewerblicher Arbeitsplatzgründungen fördert man daher - als sichtbares Zeichen, daß für eine Region doch etwas getan wird - regionale Museen: Einerseits erfreulich, da daraus die notwendigen finanziellen Mittel zur Verwirklichung neuer Museumskonzepte resultieren, andererseits aber auch Ausdruck des Scheiterns regionaler Entwicklungspolitik. Wenn auch die Politikeraussagen gegenteilig lauten, ist klar: Trotz ihrer Anziehungskraft auf Touristen liegt die Bedeutung regionaler Industriemuseen hauptsächlich im immateriellen, im kulturellen Bereich. Im besten Fall können sie eigenständige Regionalentwicklung befördern, ersetzen können sie sie nicht. ■

Andrea Komlosy gestaltete das Museum „Alte Textilfabrik in Weitra“ und ist Autorin des Reiseführers „Waldviertler Textilstraße. Reisen durch Geschichte und Gegenwart einer Region“ (1990), zu beziehen im Buchhandel oder bei der Arge Waldviertler Textilmuseen, 3830 Waidhofen, Moriz Schadekg. 4.



Fotos: Frauenarbeitskreis/Museum der Arbeit

Frauenarbeit im Hamburger Hafen, Wandbild am Fischmarkt

nachvollziehbar und erfahrbar zu machen, diese Vision der Museumsgründer, sie bleibt im Reich Utopia. Dorthin gehört auch schon seit Jahren die in der Gründungsphase des Museums so wichtige sozialdemokratische Partizipationsformel einer 'Kultur für alle', die Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre in Hamburg zarte Wurzeln zu schlagen begann. Damals entstand eine dezentrale Stadtteilkultur, die Industriearchitektur der Gründerzeit wurde nicht mehr der Abrißbirne überlassen.

1987 gab es erste Überlegungen zu einem „Museum der Arbeit“ anlässlich der Schließung einer historisch bedeutenden Schiffsschraubenfabrik mitten in Hamburg-Altona. Das Projekt kam an diesem Standort nicht zum Tragen, jedoch hatte sich 'von unten' eine Initiative zur Museumsgründung zusammengefunden: Gewerkschaftler, linke Sozialdemokraten, interessierte Laien und Wis-

Museum der Arbeit in Hamburg: LERNORT FÜR POLITISCHES LEBEN

Von Christine Weber-Herfort

Die Geschichte der Arbeit im Industriezeitalter aus dem Blickwinkel derer 'da unten' darzustellen, das war das Anliegen der Initiatoren für ein „Museum der Arbeit“ in Hamburg vor genau zehn Jahren. Mitte 1990 wurde das Projekt endlich vom Hamburger Senat abgesegnet - allerdings in der kleinsten denkbaren Lösung.

■ Es war eine Zitterpartie. Der Genosse aus dem Gewerkschaftshaus mußte dem Genossen Bausenator nachdrücklich die Hand stützen bei der Stimmabgabe für das Projekt „Museum der Arbeit in Hamburg“. Nach einer zehnjährigen Vorbereitungsphase wurde das Projekt Mitte dieses Jahres mit einer hauchdünnen Mehrheit im SPD-FDP-Senat als siebentes Hamburger Museum auf den Weg gebracht. Von dem viel beachteten kulturpolitischen Großprojekt der 80er Jahre war allerdings nur noch die aller kleinste sinnvolle Lösung übriggeblieben.

Noch 1987 hatte eine hochkarätig besetzte Planungskommission etwa 17.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche, 110 MitarbeiterInnen und 50 bis 60 Millionen Mark als Bedarf errechnet. Nach dem Senatsbeschuß von 1990 werden bis Mitte der 90er Jahre 35 Mit-

arbeiterInnen angestellt, die Gesamtkosten dürfen 15 Millionen nicht überschreiten, die zur Verfügung stehende Fläche liegt knapp über 5.000 Quadratmeter, mit einer Option auf ein zusätzliches Ausstellungsgebäude, womit - im Erfolgsfall - insgesamt 9.000 Quadratmeter der benötigten 17.000 zur Verfügung stünden.

Mensch wird bescheiden in finsternen Zeiten. Und (zweck-)optimistisch. „Das Museum wird kein Fragment bleiben!“ verkündete Gernot Krankenhagen, seit 1983 Leiter des Museumsprojektes, auf dem Gründungsfest im Juni dieses Jahres. Die Vision, die historisch wichtigsten Branchen der Hamburger Industrie in ihren spezifischen Bedingungen aus der Sicht der ArbeiterInnen und ihrer Familien umfassend darzustellen und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Verhältnisse für den heutigen Betrachter

senschaftlerInnen gründeten 1980 einen Verein, der von Anfang an verschiedene Aktivitäten entfaltete:

- die Museums-'Vision' publik zu machen,
- den Standort zu finden,
- erste Sammlungsaktivitäten zu entwickeln,
- Konzeptüberlegungen zu formulieren.

Konzepte

Bei den Überlegungen zum Konzept war man sich von Anfang an einig: Ein Museum der Arbeit kann kein Museum von WissenschaftlerInnen für ArbeiterInnen sein. Nicht nur, weil die Darstellung von Arbeits- und Alltagswelt im Museum ohne die Erfahrung und Kenntnisse der Betroffenen, der jeweiligen Praxisexperten, gar nicht möglich ist, sondern auch, weil deren spezielle Sichtweise auf die Arbeits- und Lebensrealität in diesem Museum zum Ausdruck kommen sollte. Andererseits konnte selbstverständlich nicht auf wissenschaftliche Forschung verzichtet werden.

Es wurden Arbeitskreise gegründet, mit dem Anliegen: Die PraxisexpertInnen arbeiten mit den (zumeist jüngeren und oft arbeitslosen) WissenschaftlerInnen zusammen. 1983 konstituierten sich die Arbeitskreise: Frauen, Grafisches Gewerbe, Werften, Schifffahrt, Metall, Wohnen. 1984 wurde dem Senat eine erste Konzeption präsentiert, in der

es hieß: „Das Museum der Arbeit wird folgende drei inhaltliche Schwerpunkte behandeln:

- Betriebsarbeit und ihre Bedingungen - Arbeitswelt;
- Außerbetriebliche Arbeit und Lebensbedingungen - Alltagsleben;
- Konflikte, Selbstbehauptung und -organisation - Arbeiterbewegung.

Problematisiert werden sollen die Fragen, ob die Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern auf der Basis von bezahlter Lohnarbeit und unbezahlter Hausarbeit zwangsläufig war, ob es Alternativen zur Trennung zwischen Leitung und Ausführung in den Industriebetrieben oder zur Vernichtung von handwerklichem Können gab ... Das Museum soll ein Ort der Anschauung und des Nachdenkens werden über Rolle und Stellenwert der Arbeit und über ihre Veränderungen seit der industriellen Revolution bis heute."

Während diese Konzeptüberlegungen von Anfang an gradlinig verfolgt wurden, war die Frage des Standortes, angesichts der großen Auswahl von Industrie-Denkmalen in Hamburg, kompliziert. Die Wahl fiel schließlich auf einen Gebäudekomplex der „New York-Hamburger Gummiwaren Compagnie“ mit Altbauten aus dem Jahre 1870/71. Die Fabrik liegt mitten in Barmbek, einem traditionsreichen Arbeiterviertel, das auch heute noch seine Struktur bewahrt hat. So steht das Museum der Arbeit mitten unter den Menschen, deren Geschichte es dokumentieren soll.

Denk- und Schau-Mal

Von Anfang an (längst vor der offiziellen 'Zulassung' durch den Hamburger Senat) war hier ein Lernort für politisches Leben, ein Schau- und Denk-Mal, das hineinwirkt in den Stadtteil:

- durch regelmäßige Ausstellungen in den Museumswerkstätten, die zum Teil komplett von alten Handwerksbetrieben übernommen werden konnten. Hier kann die Arbeit des Grafischen oder des Metallhandwerkes beobachtet, gehört, gerochen, erfüllt werden;

- durch regelmäßige historische Stadtrundgänge, etwa zu den alten Arbeiterquartieren, den Villenvierteln, den Fabriken, zu den Speichern und Kontoren im Hafen;

- durch Ausstellungs-Workshops, wie z.B. der monatliche „Waschtag“, an dem zwei Frauen aus dem Arbeitskreis mit Ruffel und Wanne, mit Kernseife und Plättisen, mit Wring- und Mangelmaschine die Mühsal der Hausarbeit (wie sie noch bis in die 60er Jahre zum Alltag einer Arbeiterfrau gehörte) de-

monstrieren. Gleich nebenan: die detaillierte Rekonstruktion einer Arbeiterküche aus der Zwischenkriegszeit mit dem Sofa hinter (Spül-)Tisch und Stühlen, den Utensilien morgendlicher Körperpflege am Ausguß, dem Wäschetopf auf dem Herd und der Nähmaschine am Fenster. Die Vielfachnutzung dieses Raumes läßt erahnen, in welcher Enge sich das Leben der oft vielköpfigen Familien abspielte, welches Maß an zusätzlicher Räumarbeit und Organisation den Frauen abverlangt wurde.

Hier wie bei anderen Projekten gilt als Darstellungsprinzip des Museums die Kombination: Berichte von Betroffenen, Fotografien und Filme. Tonbildreihen und Tonbänder sollen helfen, alte Gegenstände anschaulich zu machen.

Inszenierungen (hier am Beispiel des Waschtages geschildert), durchaus auch im gebräuchlichen Sinne einer Theaterinszenierung, sollen bestimmte Probleme herausarbeiten und vorführen. In diesem Zusammenhang stehen auch die museumspädagogischen Kurse, die die Erwachsenen zu kreativem Tun anregen.

Geschlechter - Geschichte

Die bedeutendste Innen- und Außenwirkung hat zweifellos der Arbeitskreis „Frauen“. Bereits 1984 forderte er eine Diskussion in den anderen Arbeitskreisen ein, zum Thema „Geschichte als Geschlechtergeschichte“. Die Kategorie Geschlecht sollte als grundlegende Kategorie für Forschung, Sammlung, Präsentation und Vermittlung eingeführt

werden. „Diese frühzeitige und qualitative Einmischung der Frauen ins Museum und die Diskussion um die Konzeption erzielte Wirkung: Umfängliche Sammlungsbereiche zur außerhäuslichen Erwerbsarbeit sowie zur Haus-, Familien- und Reproduktionsarbeit kamen zusammen. Die Diskussion um die Geschlechterperspektiven hatte zumindest ein erstes feministisches Samenkorn in die männlich orientierten Denkverhältnisse gesetzt. So wurde in das Konzept für das Museum der Arbeit als dem ersten und bisher einzigen Museum in Hamburg die Geschlechtergeschichte aufgenommen“, berichtet Dr. Elisabeth von Dücker, eine engagierte Kulturwissenschaftlerin, die das Projekt von Anfang an mitgestaltete.

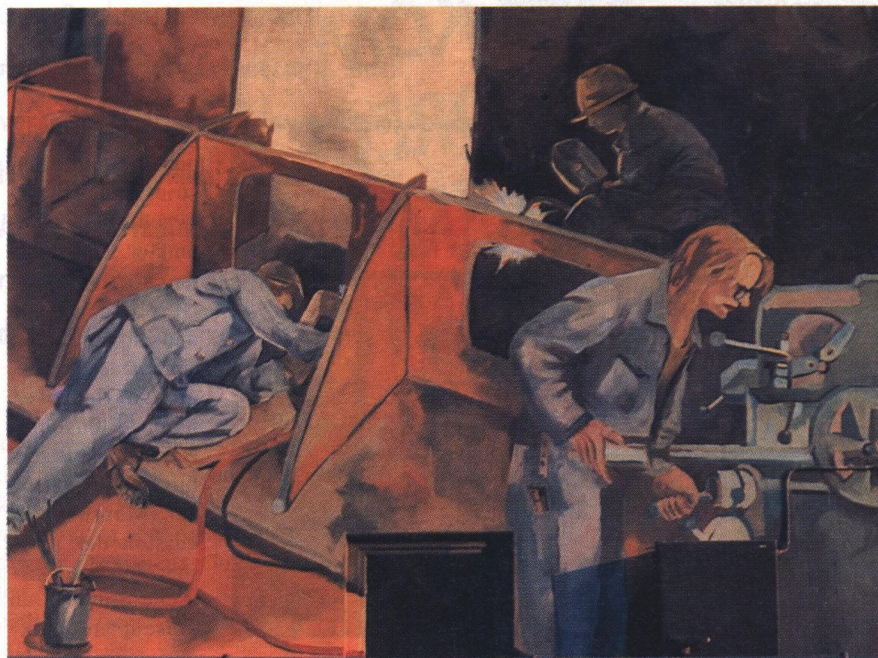
Auch in der Außenwirkung des Museums ergibt sich das Bild eines entschieden weibliche Züge tragenden Profils des Museum der Arbeit.

Zahlreiche frauengeschichtliche Projekte und Aktivitäten trugen dazu bei. Es entstand eine „Frauenfilmreihe“ als eine zusätzliche neue Präsentation von Frauengeschichte und Frauenarbeit.

Frauen-Wandbild

1989 leistete der Arbeitskreis Frauen des Museums der Arbeit einen feministischen Beitrag zu den Jubelfeiern des 800. Hafengeburtstages. Unübersehbar, auf 1.000 Quadratmetern großer Wandfläche am Fischmarktspeicher direkt am Hafen, wird hafenbezogene Frauenarbeit ins Blickfeld gerückt: Große Hände filetieren Fische. Arbeiterinnen lesen Kaffee aus. Prostituierte gehen ihrer Arbeit nach.

„Nicht nur Galionsfigur ...“ - Schweißerinnen im Hafen



Streikende Frauen fordern ihre Rechte ein. Dazu Worte, peitschenartige Gedankensplitter, Assoziationen, die dem Nach-Denken eine Chance eröffnen.

„Neben zahlreichen privaten und öffentlichen Sammlungen und Archiven waren die wichtigste 'Quelle' für dieses Projekt die Frauen selbst: In weit über hundert Interviews haben sie Auskunft gegeben über ihr Leben, über ihre Arbeit im und außer Haus, über Lohndiskriminierung, Nichtbeachtung und Abqualifizierung ihrer Leistung, über Sexismus am Arbeitsplatz, über den täglichen Streß mit der 'zweiten Schicht', wenn es um Haushalt und Kinderversorgung geht. Die Vielfalt der Bild- und Textquellen stiftete uns dazu an, zum Wandgemälde ein Bilder-Lesebuch herauszugeben, in dem Frauen zu Wort und Bild kommen, deren Leben mit dem Hafen verbunden ist oder war. Zugleich macht dieses Buch auch unsere unterschiedlichen Blickwinkel sichtbar; denn trotz gemeinsamer Fragestellungen und Thesen haben die Frauen in der Gruppe höchst unterschiedlich gefragt, geforscht, geschrieben. Diese Unterschiede nicht über den alleinig seligmachenden Leisten des Feminismus zu schlagen, war uns wichtig“, betont Elisabeth von Dücker, die auch kräftig bei einer

neuen Konzeptions-Diskussion mitmischte, denn nach der schmalen finanziellen Ausstattung durch die Stadt kann die ursprüngliche Planung nicht mehr eingehalten werden.

„Mindestens die Hälfte der Museumsfläche!“ fordert der Frauenarbeitskreis, und Elisabeth von Dücker begründet das so: „Mit der Forderung nach einer Quotierung der Quadratmeter meinen wir nicht die Diktatur des Zollstocks, sondern die Ubiquität, die museumsmäßige Allgegenwart von Frauenthemen und Frauenperspektiven.“

Gleichzeitig gelte es, einen eigenen Ausstellungsbereich zu konzipieren und zu gestalten, etwa zum Thema Geschlechterverhältnisse und Geschlechterrollen.

Kein Zweifel: Die Innovationen, die theoretischen Fundamente und die Experimentierfreudigkeit bei der Umsetzung, die Ausarbeitung der inhaltlichen Facetten - dies alles wird stark vom Arbeitskreis der Frauen am Museum der Arbeit inspiriert. Er funktioniert, so Elisabeth von Dücker, „wie eine Transmissionsanlage von Frauenrealitäten ins Museumsinnere“.

Wesentlich ist auch, daß mit diesem frauenpolitischen Ansatz das Museum der Arbeit in Hamburg - trotz der verordneten Reduzierung - wieder eine Vorreiterrolle einnehmen könnte, wie es sie zu Beginn der 80er Jahre in der Bundesrepublik zweifellos hatte.

Doppelgesicht - Fortschritt

Denn anders als vor zehn Jahren, als sich der Verein „Museum der Arbeit“ konstituierte, haben heute Industrie- und Alltagsgeschichte Konjunktur. Zu Projekten in Mannheim, Nürnberg, Berlin und im Ruhrgebiet sind neue Planungen für Hannover, Kiel, Flensburg, Bremen und Frankfurt gekommen. In der Museumsdiskussion der jüngsten Zeit sind kritische Stimmen an diesem technik-

und sozialgeschichtlichen Ansatz laut geworden, die der amerikanische Soziologe Neil Postman (angesichts englischer und amerikanischer Verflachungen) so zusammenfaßt: „Museen mit einem verantwortungsbewußten Auftrag sollen keine Generatoren technisch-materialistisch geprägter Ideologie sein, sondern mit einer alternativen Betrachtungsweise eine Gegenkultur keieren. Ein alternatives Ausstellungskonzept legt einerseits die historisch-kulturellen Wurzeln der betroffenen Gesellschaft dar, es zeigt aber auch andererseits ungeschminkt die Folgen der modernzivilisatorischen Entwicklungen und kulturellen Konsequenzen.“ Die Doppelgesichtigkeit des Fortschrittsbegriffes spielt deshalb in der Konzeptdiskussion beim Museum der Arbeit eine wesentliche Rolle.

Vielleicht wäre eine Neu-Rezeption des Begriffes der Arbeit und der damit vorhandenen gesellschaftlichen Wertvorstellungen sinnvoll. Arbeit - der Begriff durchzieht unser Leben bis in die Kapillaren - ergreift Bereiche, die ganz außerhalb der Erwerbstätigkeit stehen: Denn wir reden von Trauerarbeit, Überzeugungsarbeit, Erinnerungsarbeit. Häufig wird die Arbeit zum Selbstzweck: etwa wenn gefragt wird, ob man arbeite, um zu leben - oder - ob man lebe, um zu arbeiten?

Auch der Freizeitbereich wird durchwaltet, durchmengt vom Arbeitsbegriff; es gibt die Freizeitindustrie, die genaue Freizeitplanung. Und wer in unserer Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit ist, wird entsprechend stigmatisiert und isoliert. Und wehe dem, der sogar (unangepaßt) das Zuchtmittel Arbeit ablehnt!?

Da liegt der Fortschritt vielleicht wieder bei den Klassikern, etwa bei Paul Lafargue (1842-1911). Der Schwiegersohn von Marx ist einer der bissigsten sozialistischen Satiriker. Er schreibt in seinem Pamphlet „Das Recht auf Faulheit!“: „... Die Philanthropen nennen diejenigen, die, um sich auf leichtere Art zu bereichern, den Armen Arbeit geben, Wohltäter der Menschheit - es wäre besser, man säte die Pest, man vergifte die Brunnen, als inmitten einer ländlichen Bevölkerung eine Fabrik zu errichten. Führe die Fabrikarbeit ein, und adieu Freude, Gesundheit, Freiheit - adieu alles, was das Leben schön, was es wert macht, gelebt zu werden!“ ■

Buchhinweis: Katalog zum Frauenwandbild im Hamburger Hafen und gleichzeitig Bilder-Lesebuch „... Nicht nur Galionsfigur“, erschienen 1989 im Ergebnisse Verlag Hamburg, DM 35.





Fotos: Tobis Film

Geschichte à la Hollywood - in einer seiner aufwendigsten Produktionen: amerikanische Einwanderer beim Rollschuhtanz in „Heaven's Gate“

Der seit einigen Jahren allorts zu beobachtende Ausstellungsboom scheint die These einer „Musealisierung der Welt“ zu bestätigen. Voraussetzung der Obsession des Erhaltens ist die Liquidierung von Kulturen - erst wenn etwas nicht mehr ist, verdient es, im Museum ausgestellt und bewundert zu werden. Indianer aus Wachs, lebensgroß, mit prachtvollem Federschmuck, simulieren die Gegenwart einer Kultur, die genau von jenen vernichtet wurde, die nun an musealer Rekonstruktion Interesse zeigen. Aber auch Hinterlassenschaften der eigenen, nicht allzu fernen Vergangenheit können in den Stand von Bedeutungsträgern erhoben werden (Freuds Couch, Hütte, Reklametafeln ...), denn im Grunde sind der rasche technische Wandel und der hohe Objektverschleiß der Industriegesellschaften der beste Nährboden für museographischen Wahn. Um überhaupt in einem musealen Zusammenhang erscheinen zu können, muß ein Objekt aus dem Kreislauf ökonomischer Aktivitäten herausgehalten und von seinem ursprünglichen Funktionszusammenhang abgeschnitten werden. Mit dieser Enthistorisierung des Ausstellungsgegenstandes Hand in Hand geht seine Ästhetisierung.

FILM ALS MUSEUM

Von Gabriele Jutz

Das Denken in Museumskategorien jagt der Erinnerung nach, versucht Geschichte, das schlechthin Absente, dingfest zu machen. Auch die Filmindustrie leistet ihren Beitrag, Zeichen an die Stelle des Realen zu setzen.

In dieser Hinsicht unterscheiden sich aktuelle Sammlungen kaum von den neuzeitlichen Wunder- und Schatzkammern. Was dorthin gelangte, war nicht selten die Ausbeute von Expeditionen: Textilien, Goldschmiedearbeiten, Federgewänder, 'Fetische', Exemplare der fremden Flora und Fauna. De-

funktionalisiert dienten diese Objekte nunmehr als Quelle ästhetischen Vergnügens und Prestiges.

Nur langsam werden die Raritätenkabinette Künstlern und Wissenschaftlern zur Verfügung gestellt. Tatsache aber ist, daß dem Großteil der Bevölkerung Privatsammlungen bis ins 18. Jahrhundert verschlossen blieben, da die Inhaber der weltlichen und geistlichen Macht den Zugang kontrollierten.

Bis heute gepflegte bürgerliche Museumskonzeptionen setzen an die Stelle der Anhäufung von Werten die Schaffung symbolischer Werte. Deshalb auch die Leidenschaft fürs Original. Der Berühmtheit, Seltenheit, Einzigartigkeit der Schaustücke trägt ihre isolierte, bisweilen glamouröse Präsentation hinter Glasschutz Rechnung. Den beigegebenen erläuternden Texten, durch Verweis auf Daten und Fakten um historische Aussagekraft bemüht, gelingt es nicht, die Kontextlosigkeit der Exponate zu kaschieren, die Willkür ihrer Auswahl

als Intention zu begründen. Auch die Pop Art, die unter dem Motto „All is pretty“ industriell gefertigte Massenprodukte (Warhols „Brillo Boxes“ oder „Campbell Soup Cans“) zum Kunstartikel erklärt, gibt nur vordergründig die Werte bürgerlicher Ideologeme preis, denn letztendlich ist allein die Person des Künstlers Garant dafür, daß diese Alltagsgegenstände ästhetisiert und im musealen Raum aufgenommen werden.

Ein völlig anderer Blickwinkel eignet jenen Ausstellungskonzeptionen, welche sich szenischer Präsentationsformen bedienen. „Einsichten statt Ansichten“ könnte ihre Maxime lauten, denn anstatt erlesene Einzelstücke den bewundernden Blicken der Kulturkonsumenten anzubieten, versuchen sie kontextuelle Bezüge zu schaffen und der tödlichen Konservierung des Gegenstandes im Museum traditionellen Typs „lebendige Geschichte“ entgegenzusetzen.

Vorläufer dieser Darbietungsart sind die Wachsfigurenkabinette. Im Pariser Musée Grevin beispielsweise kann man Szenen aus der französischen Geschichte bewundern: Jeanne d'Arc auf dem Weg zum Scheiterhaufen, die königliche Familie in der Gefangenschaft während der Revolution, die Ermordung Marats usw. Die detailgetreuen und bühnenhaften Nachbildungen dieser wächsernen Welt sind jedoch auf Grund ihrer geschichtstheoretischen Implikationen nicht unbedenklich, da sie die Fiktion vermitteln, Vergangenes könne lückenlos rekonstruiert werden - eine Haltung, die den Konstruktcharakter historischer Darstellung negiert. Deshalb versuchen Museen 'neuen Typs', wie etwa das „Museum industrielle Arbeitswelt“ in Steyr, wenn sie auf Inszenierungsmodelle zurückgreifen, jeden Eindruck illusionärer Authentizität zu vermeiden. Hier wurde die Schusterstube beispielsweise „erkennbar

als Raum im Raum“ konzipiert, und dieser 'Metaraum' bekam eine goldene Färbung, die den Spruch vom goldenen Boden des Handwerks noch deutlich übertreibt. Nicht so sehr das nostalgische Gefühl des Nach- und Mitlebens wird hier gefördert, sondern die distanzierte Betrachtung.

Anders als das traditionelle Museum mit seinen defizitären Präsentationsformen beabsichtigt die „mise en scène“, Geschichte 'anschaulich' zu machen. Ihr nie erreichtes Vorbild ist dabei der Film. Und in der Tat scheint dieses Medium all das zu besitzen, was anderen mit der Darstellung von Vergangenheit befaßten Diskursen fehlt. Im Unterschied zum geschriebenen Wort, das auf die Vermittlung der Vorstellung angewiesen ist, stiftet der Film pralle Realität: unmittelbar und sinnlich. Musealem Rekonstruktionszwang, der Geschichte nur allzu leicht in einen Erinnerungseffekt umkippen läßt, setzen die bewegten Bilder ein „lebendiges Da-Sein“ (Jo Christine Metz) - zumindest was die Seite der Wahrnehmung betrifft - entgegen. Dieser enorme Realitätseindruck des Filmischen verdankt sich der besonderen visuellen Struktur der Bewegung, die von dem Augenblick an, wo sie bemerkt wird, als wirklich angesehen wird. Doch damit noch nicht genug. Der Film bereichert die Repräsentation von Geschichte durch die zeitliche Dimension, denn er ist in der Lage, Ereignisse in der Realzeit wiederzugeben. Die Fotografie hält nur ephemere Augenblicke der Vergangenheit fest - deshalb brachte sie Roland Barthes in „Die helle Kammer“ auch mit dem Tod in Verbindung. Die bewegten Bilder aber simulieren Leben und ihre bisweilen unfreiwillige Dokumentarik (z.B. „Kaiser Franz Joseph auf der Gamsjagd in Ischl“) vermittelt Zugang zu den

emotionalen Erlebnisweisen, dem Geschmack und dem kulturellen Wissen vergangener Epochen. Dem statischen Bild fehlen auch die narrativen Elemente. Wo die Fotografie nur zeigt, beginnt der Film zu erzählen.

Jeder Film - egal ob dokumentarisch oder fiktiv - ist ein Zeugnis seiner Herstellungszeit. Indes scheinen Historiker lediglich dem dokumentarischen Genre Vertrauen zu schenken. Dies mag daran liegen, daß sich der Dokumentarfilm zur 'referierten' Realität temporal-parallel verhält und dadurch den Eindruck größter Authentizität erweckt. Der Vertrauensvorschuß, der dokumentarischen Formen (z.B. Wochenschau, Cinéma vérité) entgegengebracht wird, erweist sich jedoch als ungerechtfertigt, wenn man die kinematographischen Codes (z.B. Codes der Kamera und des Filmmaterials, Montage, Wechselwirkung zwischen Visuellem und Akustischem) in Rechnung stellt, welche selbst dann wirksam werden, wenn keine bewußte Kontrolle auf das vorfilmische Ereignis ausgeübt und auf Inszenierung verzichtet wird.

Selbst wenn die Erfahrungen hierzu-lande das Gegenteil zu bestätigen scheinen, geht es in internationaler Sicht schon längst nicht mehr darum, den Legitimationsnachweis für den Spielfilm als ernstzunehmende Quelle zu erbringen. Gewiß vermitteln Historienfilme (die „Sissi“-Serie mit Romy Schneider beispielsweise) keinerlei unbekannte Neuigkeiten über die Epoche, auf die sie sich beziehen: Sie sind aber geeignet, Aufschluß über kollektive, häufig unbewußte Vorstellungsmuster (z.B. Frauenbilder in den 50er Jahren) zu gewähren. Diese „Geschichtsbilder“ komprimieren triviales Wissen und geben Vergangenes vereinfacht wieder. Obwohl sich ihre Naivität und Simplizität unschwer nachweisen läßt, wäre es falsch, ihre gesellschaftspolitische Relevanz zu unterschätzen, denn sie entfalten trotz ihrer Unrichtigkeit Wirksamkeit. Triviale Formen, wie der Kostümfilm, stellen Geschichte nicht nur nach, sondern auch her (woher stammen denn unsere Vorstellungen von der Antike, wenn nicht aus „Cäsar und Cleopatra“?) - und zwar in weit größerem Maß als jene Institutionen, die mit der Verbreitung von Geschichtsbildern offiziell beauftragt sind.

Ein Plädoyer für den Film als Museum macht jedoch erst dann Sinn, wenn über der scheinhaften Präsenz der Filmbilder ihr Ideologiegehalt nicht vergessen wird. ■

Gabriele Jutz ist Historikerin und Filmwissenschaftlerin; sie lebt in Wien.

„Film stellt Geschichte nicht nur nach, sondern auch her“



Das heimliche Museum: DAS REALE, DIE KUNST UND DIE WEIBLICHKEIT

Von Birge Krondorfer

Im Zeitgeist liegt eine Art Kummer. Er kann sich durch reaktive, sogar reaktionäre Einstellungen äußern, oder durch Utopien, aber nicht durch eine Orientierung, die positiv eine neue Perspektive eröffnen würde (J.-F. Lyotard).

„Die Bildung einer eigenen Identität als Festlegung in jenem Bereich, zwischen ihrer Realität als Subjekt und ... Objekt, als Spiegel und Bild, als Spiegelbild, in welchem sie als Objekt, Entwurf, Idee, Ideal und Ding zugleich sich bricht ... d.h. Duplizierung der Frau noch im eigenen Blick auf sich selbst, als ein Anderes, welches wirklich ist, in der Diskontinuität des illusionären Spiegelraumes, vor dem die Stelle des Subjekts verflacht, das das Sein selbst in sein Bild verblaßt“ (L. Irigaray).

Was wäre, wenn, wie behauptet werden kann, die Agonie im Realen liegt und das Reale in Agonie (Baudrillard)? Kann das Subjekt sich dann bloß noch auf den Stuhl setzen, auf den Stuhl im Museum, und sich selbst als Relikt vergangener Epochen bestaunen? Das, oder sollte man nicht besser sagen *der* Subjekt als Reliquie seiner selbst im Rückspiegel verblendeter Aufklärung? Die Welt als „Pantheon des Geistes“ (Hegel) scheint zu sich selber gekommen zu sein in dem Sinn, daß, durch die Geschwindigkeit zum Stillstand erstarrt, sie sich als 'tote' präkatakastrophisch zur Mumie verdinglicht - so, als wäre alles vorbei. Zumindest wäre dies die eine Seite der Betrachtungsmöglichkeit der Medaille: Die 'zweite Natur' der Menschen hat derart Verkrustungen produziert, daß diese sich durch „Ver-kunstung“ ästhetisch überhöhen, um überhaupt noch ausgehalten werden zu können.

Und die Frauen?

Ihr Inter-esse steht buchstäblich da - und zwischen. Denn einerseits sind sie an dieser weltlichen Befindlichkeit unbeteiligt beteiligt, andererseits kann wohl von unterschiedlichen „inneren

Produktivkräften“ gesprochen werden, die eine andere Wahrnehmung der Wirklichkeit evozieren. Somit wäre die Ambivalenz angesprochen zwischen dem Ausschluß der Frauen als Kulturtätige, der Vereinnahmung des Weiblichen in allen/m (männlichen) Werken und der Unentrinnbarkeit der symbolischen Ordnung, die als allgemeine männliche Weltdeutung - und Verhalten/Verhältnis zu deuten ist.

Was heißt es nun, wenn die „Musen“ sich selbst als Subjekt wie Objekt setzen und tendenziell ins Museum stellen wollen? Ist dies jenseits kulturpolitischer Gleichstellungspostulate und -rechte überhaupt denkbar und wünschenswert? Kunst fungierte immer schon auch als 'außer-sich-selber' des Gesellschaftlichen. Frauenkultur und weibliche Kunst hätten damit eine mindestens doppelte Überschreitung des Gegebenen zur Aufgabe. Wobei eben zu fragen ist, ob in der Zeit der sog. Postmoderne, in der Kunst, Mode und Werbung sich zusehend überzeichnen, dieses utopische Moment überhaupt noch aussagbar ist.

Sicher ist jedenfalls, daß das „interesselose Wohlgefallen“ an der Kunst historisch nicht für die Kunst von Frauen galt. Nicht nur im Desinteresse hat sich dies geäußert, sondern auch im meist geschlechtsideologisch präparierten „Wohl- oder Mißgefallen“, mit welchem weibliche Kunstwerke und ihre Urheberinnen verurteilt und verborgen worden sind. Deshalb suchten Berliner Künstlerinnen das Gefundene in einer Ausstellung „Das verborgene Museum“ 1987/88 zusammen. (In Österreich ist dem Hören-Sagen nach ähnliches geplant, wobei die zwei Interessentinnen-gruppen - Kunsthistorikerinnen und Frauen von der „Intakt“ - sich bereits im Vorfeld nicht einigen können. Tu felix Austria - was bleibt dir wieder einmal erspart?) Wobei doch das Klopfen der Frauen vor der Tür der Kultur nicht nur in den vergangenen Jahrhunderten - ob laut, ob leise - zwar immer unüberhörbar war, aber überhört wurde und unerhört blieb, weil es ungehörig war.

„Es bestürzt mich und unterstützt mich zugleich, dokumentiert zu sehen, daß sich Frauen immer wieder - und immer

wieder mit dem Gefühl fehlender Rückendeckung durch Allgemeinheit oder Tradition - gezwungen fühlten, ihre geistigen Bedürfnisse, ihre kulturellen Leistungen zu rechtfertigen, daß sie ihren Verstand, ihre psychischen und körperlichen

Kräfte nicht nur für die eigentliche Arbeit, sondern vor allem dafür einsetzen mußten, daß sie *auch* Menschen, *auch* Wissenschaftlerinnen, *auch* Künstlerinnen ... sind, daß sie als Wissenschaftlerinnen und als Künstlerinnen *auch* Frauen sind, und daß dies von Natur aus eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist bzw. von Kultur aus sein sollte“ (aus dem Katalog zur Ausstellung).

Diderot schreibt in seiner bissigen Analyse über die Vergeblichkeit der Bemühungen einer Künstlerin, im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts in der Pariser Gesellschaft Anerkennung zu finden: „Es fehlt ihr nicht an Talent, um in einem Land wie dem unsrigen Aufsehen zu erregen; sie besitzt einiges Talent. Es fehlt ihr an Jugend, Schönheit, Bescheidenheit, Koketterie. Sie hätte vom Verdienst unserer großen Künstler schwärmen, bei ihnen Unterricht nehmen, mehr Busen und eine ansehnliche Hinterpartie haben und beides den Künstlern darbieten müssen.“

Dies entäußert sich heutzutage in statistischen Zahlen folgendermaßen:

Das auflagenstarke, populäre Kunstmagazin „art“ gibt jeweils in der Januar-Nummer eine Jahresvorschau über die wichtigsten Ausstellungen und Messen in Westeuropa, vor allem aber in den größeren Kunstmetropolen der BRD:

1984 1 weibl. u. 23 männl. Einzelausstell. (4,2% Künstlerinnenanteil)
1985 1 weibl. u. 36 männl. Einzelausstell. (2,7% Künstlerinnenanteil)
1986 1 weibl. u. 57 männl. Einzelausstell. (1,7% Künstlerinnenanteil)
1987 5 weibl. u. 59 männl. Einzelausstell. (7,8% Künstlerinnenanteil)

Eine den Künstlerinnen eher wohlgesinnte Zeitschrift („tendenzen“) zeigt bei Katalog- und Ausstellungsbesprechungen folgendes:

1983 2 Rezensionen über Künstlerinnen, 15 über Künstler
1984 2 Rezensionen über Künstlerinnen, 7 über Künstler
1985 0 Rezensionen über Künstlerinnen, 6 über Künstler
1986 2 Rezensionen über Künstlerinnen, 19 über Künstler

Das bedeutet, daß innerhalb von vier Jahren der Anteil der Künstlerinnen 11,3% beträgt. Nun, nicht nur daß die Herren der Schöpfung das Bild der Welt prägen, sie produzieren auch im Bild ihre Welt - und als solche wird sie dann auch wahrgenommen. Da Bilder und (Kunst-)

produktionen aller Un/arten immer die Gegenwart nicht nur spiegeln, sondern zum materialistischen Ausdruck bringen und Museen auch die Funktion des Gedächtnisses haben, kann man sich vorstellen, was, wer und wie von der Geschichte erinnert und vergessen wird und was in seiner Konsequenz immer auch Entwürfe einer Zukunft zeitigt. Das Kunstschöne, als Ästhetik des Realen, was immer auch Wahrnehmung der Wirklichkeit bedeutet, fällt so gesehen eindeutig zuungunsten des „schönen Geschlechts“ aus. Wirklich? Die Frau ist doch das „erdenmäßiger, pflanzlicher, in allem Erleben einheitlicher und durch Instinkt, Gefühl und Liebe weit stärker als der Mann geleitete Wesen“, das schlechthin konservativer sei und „zu den männlichen Exzessen in der Geschichte, sowohl zu jenen der Ideen als zu solchen der Sitten und Moden, eine fast aus wunderbare grenzende Ruhe und Konstanz“ bewahre. Nein, wer hätte das gedacht - wirklich ein Wunder! Galt (- und gilt?) doch in der bürgerlichen Kunsttheorie: „Während der Mann aus sich herausgeht (sic!, Anm. B.K.), seine Kraft in seine Leistung entläßt und damit etwas 'bedeutet', was in irgendeinem Sinne außer ihm liegt, dynamisch oder ideell, schaffend oder darstellend - ist die Wesensidee der Frau jene Undurchbrochenheit der Peripherie, jenes organische Beschlossenheit in der Harmonie der Wesensteile unter sich und ihrer gleichmäßigen Beziehung zu ihrem Zentrum - wie es eben die Formel des Schönen ist. Denn sie ist, in der Symbolik der metaphysischen Begriffe, die Seiende, und der Mann das Werden“:

Und er wird und wird und wird und ...

Und sie ist und ist und ist ...

Und was wird bleiben?

Wenngleich auch Kunst sich im Laufe ihrer neuzeitlichen Geschichte im emphatischen Sinn von jeder Zweckgebundenheit emanzipiert hat, so hat sie den Sinn und Zweck männlicher Selbst- und Fremddarstellung offensichtlich nicht verlassen. Wenn Wahrheit auch Entbergen, Sichtbarmachen bedeutet, so liegt dies noch in weiter Ferne. Insofern bedarf es der Forcierung einer Optik, die immer die Hälfte vergessen hat, soz. einer Entheimlichung des/der Verheimlichten. Daß dies so manchem unheimlich ist, scheint so sonnenklar wie mondfinster.

Atomisierung des Geschmackurteils: eine Chance?

Trotzdem. Ob nun dieser Gesichtspunkt der vornehmlichen Analyse der großen Strukturen und eine Förderung

der Frauen in die großen Museen hinein als Heilmittel gelten kann oder ob dies nicht gerade sehr heillos ist, bleibt offen. Denn die Teilhabe und Präsenz in/an der Öffentlichkeit heißt auch, sich ihren Bedingungen anzupassen. Und diese sind weder in ihren Konstitutionsvoraussetzungen noch in ihren Effekten weiblich konnotiert. Weiblichkeit ist asymmetrische Negation des Kulturellen. Sich mit dem musealen Prozeß verbinden zu wollen, hieße dann, sich in die Normierungen einzubinden - statt zu entbinden. Ob die Mehreinnahmen wirklich die Vereinnahmungen lohnen? Die Ersichtung von Frauen könnte eine Entsichtigung des Weiblichen nach sich ziehen, die im erneuten Besichtigen sich erschöpft. Gegenwärtig steht im allgemeinen wie im besonderen (der Frauen) zur Frage, ob eine Aufklärung von oben (durch/der Frauen) ex cathedra und aus den musealen Kammern aus einer zentralen Perspektive betrieben werden kann und ob dies nicht eine rückwärtsgewandte Heilsgeschichte ist. Durch die Musealisierung wird „alles Erinnerte, Gedachte, Bewußte ... Sockel, Rahmen, Postament, Verschluß seines Besitztums“ (W. Benjamin). In dem Moment, wo Ästhetik musealisiert wird und damit der Historisierung anheimfällt, wird das Leben bewahrt statt gelebt - zur Wahrung des Lebensscheins. Weshalb wohl auch die „Scheine“ zu der Wahrung des 'Wahren, Guten und Schönen' geworden sind. In polit-ökonomischer Hinsicht funktioniert der Museumsbetrieb, indem man die dort ausgestellten Werke zum Maßstab der Kunstwerte stilisiert. Wer ins Museum kommt, macht geradezu eine Art Transsubstantiation durch. Doch von welchen Priestern man die höheren Weihen erhält, ist evident - selbst wenn es inzwischen auch Priesterinnen sind. Die Institutionalisierung des Kunsturteils ist weitgehend ökonomisiert, da ästhetische Kriterien keine allgemeine Anerkennung mehr haben.

Andererseits hält diese Bindungslosigkeit der Post/Moderne, die Atomisierung des Geschmackurteils, auch eine Chance für Frauen bereit. Die Un/Gleichzeitigkeit degeneriert einen eindeutigen Sinn und Bedeutung, was einerseits der Repräsentation der Frauen und andererseits weiblicher Produktionsweise entgegenkommt - hat sie sich doch immer schon der Präsentation eines stringenten eindeutigen Sinns entzogen.

Was ins Museum kommt, erhält dadurch sozialen Ewigkeitswert. Es wird 'aus-der-Welt-gebracht'. Ob dies Künstlerinnen recht sein kann, wenn sie gerade dabei sind - außer Kinder in die Welt zu bringen -, sich in die Welt zu entwerfen?

Es steht eben zu Frage, inwiefern Gleichstellung eine Angleichung inkludiert, die die Differenz unterschlägt. Was passiert, wenn Frau sich auf die gleichen Schauplätze drängt, die eben Schauplätze sind?

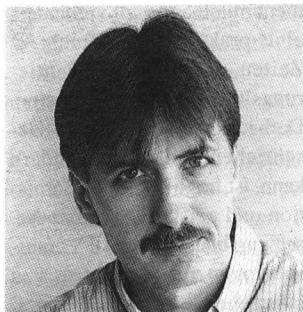
Womöglich wäre das weiblich-ästhetische Programm ein anderes - ohne auf die Tradition der Geschichtslosigkeit verworfen zu sein. Welche Räume für welches Gedächtnis wollen wir denn? „Und Objekt des Gedächtnisses an sich ist alles, was Objekt der Phantasie ist, mitfolgend aber alles, was nicht ohne die Phantasie auftritt oder vorgestellt wird“, sagte schon Aristoteles. Wie, wenn die Frauen ein anderes Gedächtnis, eine andere Phantasie, eine andere Objekt-Bindung hätten?

„Man ist versucht, der Geschichte, der Kultur, die Frage nach der Frau in solch völlig elementarer Weise zu stellen, wie zum Beispiel: 'Wo ist sie denn? Gibt es sie denn?' In Grenzfällen fragen sich viele Frauen, ob sie existieren. Sie haben das Gefühl, nicht zu existieren, und fragen sich, ob es jemals für sie einen Platz gegeben hat“ (H. Cixous).

Vielleicht ginge es darum, einen anderen Ort, eine andere Art zu erfinden, zu schöpfen. Vielleicht ist dies in aller Heimlichkeit bereits geschehen? Denn die Abwesenheit der Frauen ist ja doch immer irgendwie anwesend. Und die Objekte beginnen, wie Baudrillard attestiert, Rache zu nehmen. Auch, indem sie 'sterben', sobald sie entdeckt sind. Eventuell ist dies die „weibliche List der Vernunft“ - zu entweichen.

„Vielleicht ist die Wahrheit ein Weib, das Gründe hat, seine Gründe nicht entdecken zu lassen“, also sprach Nietzsche. Diese 'Gründe' und die Bestimmungen des Anderen lassen sich noch nicht auf einen Inhalt fixieren - wäre es doch Reduktion auf die Wiederholung der gleichen Logik. Der „Narbenschrift“ (D. Kamper) weiblicher Phantasie und weiblichen Gedächtnisses müssen noch viele Proben aufs Exempel geübt werden, damit der dem Weiblichen zugesprochene Schein nicht bloß im Nachweisen und Vorscheinen sich 'erkaltet'. Die Rituale der Gesellschaft sind bereits erstarrt. In Gestalt von Ironie und Maskerade könnte die bisherige Undeutlichkeit weiblicher 'Regel'findungen, zwar keine normative Deutlichkeit erringen, aber die „Verhältnisse zum Tanzen bringen“.

Da das „menschliche Gesicht sein Gesicht noch nicht gefunden hat“ (A. Artaud), die Unterwerfung des Anderen als Erkenntnisstrategie gescheitert ist und das Erwachen aus den Träumen der Vernunft, die Ungeheuer gebiert, am Beginn ist, ginge es darum, statt Denkmale zu setzen - mal zu denken. ■



Von Franz Schandl

sie auf dem Markt Bestand hat, sprich: ob es genug Inserate für eine Zeitschrift wie die vorliegende gibt. Das war und ist - man streife nur durch die Seiten - zweifellos nicht der Fall.

Tja, und da die MONATSZEITUNG nunmal nicht fotokopiert oder gar hektographiert, sondern leserfreundlich aufgebaut und aufgemacht war, Redakteure und Mitarbeiter regelmäßig bezahlte, die sogenannte Selbstausbeutung sich in erträglichen Grenzen hielt, schrieb sie Verluste.

Im Kapitalismus gilt: Keine Zeitung ohne Inserate. Die großen und mittleren Zeitungen leben von den Ein-

VON DER UNMÖGLICHKEIT LINKER PROJEKTE UND VOM ENDE DER MONATSZEITUNG

Sie wissen es schon. Vor ihnen liegt das letzte Exemplar dieser Zeitschrift. Zumindest in dieser Form wird sie nicht weiterbestehen. Die Geldgeber wollen ihre finanziellen Ressourcen anders verwenden, was nicht erfreut, aber doch einsichtig ist.

Die MONATSZEITUNG war immer ein Zuschußprojekt. Es ist heute aussichtslos, eine radikale und linke Zeitschrift, ein alternatives und emanzipatorisches Magazin zu führen, das zusätzlich auch noch Gewinne abwirft. Das wäre zuviel des Guten.

Sicher wurden da in der Geschäftsführung oder in der Redaktion auch einige Fehler gemacht, doch eines ist ebenso klar wie übergewichtig: Keine noch so gefinkelte Werbestrategie hätte eine solche Zeitung mit solchen Artikeln und solchen Autoren in ein gewinnbringendes Projekt verwandeln können. Nicht, daß das prinzipiell unmöglich wäre, wollen wir behaupten, sondern bloß, daß es aktuell augenscheinlich nicht geht.

Die Frage ist nämlich viel weniger die, ob eine Zeitschrift inhaltlich oder vor den Lesern bestehen kann, sondern die, ob

schaltungen des Kapitals. Schalten die nicht, ist man schon ausgeschaltet. Gut gehende Zeitungen weisen oft mehr als ein Drittel Werbung auf. Sie korrespondieren mit ihren Geldgebern, was meint, daß dort auch drinnen steht, was jene wollen und was man bei uns vergeblich sucht.

Hier wurde eine Zeitschrift verwirklicht, in der keine „WAZ“- und „Springer“-Gelder steckten, die auch nicht ein neues Produkt der „Media-print“ war. Das ist schon einiges wert, seltenheitswert, wenn man will.

Das schuf zwar anderweitige finanzielle Abhängigkeiten, die der Zeitschrift oftmals angekreidet wurden. Es sei hier aber doch noch einmal mit aller Unterschiedlichkeit festgestellt, daß diese Variante die für uns günstigste war und ist. Wo sonst noch konnten wir schreiben, was wir uns denken, ohne daran denken zu müssen, ob es den Herausgebern oder dem Verlag oder den Herren dahinter gefällt.

Die MONATSZEITUNG war ein Refugium für Positionen, die unübersehbar und deutlich abwichen. Sei es in

der obligaten Skandalauflage, sei es in der westöstlichen Marktbesoffenheit, sei es in der Frage des (bis weit in die Linke reichenden) imperialistischen Kriegskonsenses im Mittleren Osten. Vor allem der gute alte Antiimperialismus war uns mehr als eine Phrase von gestern. Dafür oder besser dagegen stand auch diese unsere Kolumne. Versucht wurde jedenfalls eine Zeitschrift, die Alternativen zum Eintopf des medialen Mainstream bietet. Das ist auch gelungen, manchmal ganz vorzüglich, manchmal weniger gut.

Wir standen so oft ganz alleine. Auch wenn wir manchmal Zuspruch erhielten, erschien unser Standpunkt denn doch mehr exotisch, was meint: aus einer anderen Welt. Nur weil man aktuell auf verlorenem Posten steht, heißt das aber noch lange nicht, daß man auch das Falsche verteidigt.

Mit dem Ende des Stalinismus in Osteuropa soll nun gleichzeitig alles Linke und Fortschrittliche marginalisiert und eliminiert, abgemarxt - so das „profile“ Posthochdeutsch - und abgemurxt werden. Auch wenn wir nie Partei- und Kostengänger des sogenannten real existierenden Sozialismus waren, trifft uns doch sein Ende mehr, als uns lieb ist.

Sozialismus, Emanzipation, Solidarität, noch nie waren diese Begriffe so diskreditiert wie nach dem Zusammenbruch der herrschenden Regimes im Osten.

Die MONATSZEITUNG war unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen als Zeitschrift in der Defensive. Ohne die Rückendeckung sozialer Bewegungen, versuchte sie beharrlich zu intervenieren. Nicht, daß wir kampagnefähig gewesen wären, das nicht, doch ist es uns in einigen Fragen sicher gelungen, Orientierungspfeiler einzuschlagen. Angriffe sind in diesem Kräfteverhältnis nicht möglich gewesen, sehr wohl aber Übergriffe, wie der Übertitel dieser Kolumne nicht zufällig lautet.

Ansprechpartner und Bündnispartner sind in den letzten Jahren ziemlich rar ge-

worden. Zurückgegangen ist aber auch das Lese- und Diskussionsbedürfnis in linken und alternativen Kreisen. Es ist erschreckend. Intellektuell sind die meisten auf profiles Niveau hinunterstandardisiert worden. Mehr, als dort steht, vertragen sie nicht. Die neunziger Jahre werden die Tendenz zum Zusperrern linker Projekte noch verstärken. So notwendig diese sind, so unmöglich sind sie geworden. Das klingt seltsam, aber dem ist so: Notwendigkeit und Möglichkeit klaffen deutlich auseinander.

Die Linke ist müde geworden. In ihrem Anspruch, nicht immer bei den Verlierern zu sein, bewegt sie sich in häßlicher Schnelligkeit nach rechts. Viele möchten endlich einmal dabei sein, anstatt immer dagegen zu sein.

Wie es der Opportunist liebt, andauernd zu den Siegern zu gehören, so gefällt sich der Sektierer in der Rolle des permanenten Verlierers. Und doch ist dieses Dilemma weder in der Politik noch in einem politischen Medium auflösbar. Es gibt heute in den westlichen Demokratien keinen erkennbaren und gangbaren Weg zwischen Opportunismus und Sektierertum. Der Grat ist so schmal, daß man entweder recht oder links herunterfallen muß. Das ist schmerzhaft, aber wahr.

Kritik, die kaum zu einer gesellschaftlichen Praxis findet, d.h. in der Negation verharrt, ist auf Dauer weder durchstehbar noch aushaltbar.

An anderer Stelle sprachen wir einmal von der notwendigen Dialektik von Konstruktivität und Destruktivität, nur wie diese zu gestalten wäre, das wissen wir nicht. Neue, d.h. adäquate Positionen werden jedenfalls nicht auf dem Schreibtisch entworfen, sondern in gesellschaftlichen Kämpfen mühsamst erarbeitet und erkämpft werden.

Jetzt fehlt nur noch ein entsprechender und würdiger Abschluß. Nun denn: Zur kritischen Sicht ihrer Zeit hat die MONATSZEITUNG mehr beigetragen, als heute noch einsichtig ist.



Von Erica Fischer

ABSCHIED OHNE TRÄNEN

Eine Legislaturperiode hat das MOZ-Projekt also gehalten. So ziemlich genau vor vier Jahren schrieb ich meinen ersten Kommentar. Ein dünnes Sonderheft, das damals noch „Grün“ hieß, war die notwendige erste Reaktion auf das Kappen der rot-lila Fransen im Grünen Parlamentsprojekt. Denn so gut wie alle Medien des Landes, ein paar feministische und alternative Blätter ausgenommen, hatten sich entschieden, auf den fahrenden Zug aufzuspringen, versprach doch der in der Privatwirtschaft wohl besser aufgehobene Pius Strobl, „auf Teufel komm raus in den nächsten vier Jahren ... die Grüne Basis wieder einzubinden“. Ob das gelungen ist, kann ich aus der Kölner Ferne nicht beurteilen, Recht hatte ich gewiß mit meiner rhetorischen Frage in der Zeitschrift AN.SCHLÄGE: „Wer wird sich in ein paar Jahren noch fragen, auf welchen dubiosen Umwegen die ersten Grünen ins Parlament geraten sind?“ In der Tat. Doch der undemokratische Einstieg in die parlamentarische Politik ist dennoch nicht folgenlos geblieben. Wer politisch nichts zu melden hat, braucht 'Köpfe', vor allem das haben die Grünen von der SPÖ gelernt. Die großmäulige Imitation der 'Altparteien' hat wahrlich wenig mit Grüner Politik zu tun, die noch etwas bewegen und verändern will. Aufdecken kann „profil“ allemal besser. Aber Pilz hat Karriere gemacht, und darum ging es ja in erster Linie. Würde es deren politisches Kalkül nicht verbieten, wäre ein Cap-Haider-Pilz-Bündnis ohne weiteres vorstellbar. So weit haben sich rechts und 'links' schon angeglichen.

Auch bei den Frauen ist die

Rechnung der Parlamentsgrünen aufgegangen. Durch den Rausschmiß von Feministinnen und Linken haben sie zwar erst einmal eine schlechte Figur gemacht, aber die Betroffenheit über diese Ungeheuerlichkeit hielt sich, wie wir wissen, in Grenzen. Freda Meißner-Blau hat es sogar fertig gebracht, ihren eigenen Abgang als Grüne Frauenpolitik zu verkaufen, als

großzügige Geste an die Nachrückerin. Ein zweites Mal konnten sich die Grünen die Peinlichkeit des eklatanten Männerüberhangs zwar nicht mehr leisten, aber die Ansprüche sind minimal geworden. „Abgesehen davon, daß ich natürlich schon die Ungleichheit sehe“, sagte die Grüne Spitzenkandidatin Monika Langthaler der „stimme der frau“, „habe ich bei mir selber gemerkt, daß man als Frau etwas erreichen kann, wenn man sich auf die Füße stellt.“ Die junge Chemikerin fühlt sich nicht als jemand, „der jetzt noch Hilfe braucht von einer Organisation, um die Frauenprobleme zu bewältigen“. Feminismus als Selbsthilfeorganisation für Auf- und Einsteigerinnen! Eine Ökologin, die nicht begreift, daß die Zerstörung der Umwelt etwas mit männlichem Machbarkeitswahn zu tun hat, wird ihren Kollegen im Grünen Klub keine Scherereien machen.

Für mich selbst hat sich in diesen vier Jahren viel verändert. Nicht zuletzt die mangelnde Empörung von Feministinnen und Linken über den Demokratieverzicht der Grünen Mehrheit halfen mir, die Brücken zu meiner Wiener politischen Vergangenheit abzubauen und Wirtschaftsflüchtling in der BRD zu werden. Die Entscheidung zur Kandidatur bei der Wiener Landesversammlung der Grünen im Oktober '86 war mir nicht leicht gefallen, bedeutete dieser Schritt für eine freiberufliche Journalistin doch eine massive existentielle Bedrohung. Und in der Tat verlor ich als 'böse Grüne' einige Publikationsmöglichkeiten. MOZ war also für mich auch ein finanzieller Rettungsanker. Ein Or-

gan, mit dem ich mich hätte identifizieren können, ein Kollektiv von Frauen und Männern, die gemeinsam eine Zeitung machen, wie ich es mir gewünscht hätte, ist unsere Arbeitsbeziehung dennoch nicht geworden, zu groß ist die politische und kulturelle Distanz zu denen, die am Drücker saßen. Männer, mit oft wechselnden Redakteurinnen als periphere Erscheinungen, zuständig für Kultur und Frauen, Verwalterinnen von Artikeln, die in letzter Zeit auch bei Reportagen nicht länger als zwei Heftseiten sein durften, während den Habern der Herren endlose Schreibtischergüsse genehmigt wurden. Ich entschied mich für die Position der unbeteiligten Lohnschreiberin.

Etwas anders kann ich mir gar nicht leisten. Mit Ausnahme von explizit sexistischen Blättern muß ich überall dort veröffentlichen, wo es mir gegen Honorar möglich ist. Meine Artikel sind wie eine Ware im Supermarkt, die aufliegt zur gefälligen Bedienung. Publizieren ist für mich eine Möglichkeit, Beruf und politisches Engage-

ment miteinander zu verbinden, eine praktische Ausflucht in Zeiten politischer Orientierungslosigkeit und Depression. Daß ich bei der Flut des Geschriebenen etwas verändern kann, ist fraglich, doch Information und geistige Auseinandersetzung bleiben allemal Voraussetzungen für jede Form von Bewegung. Aber eben die geistige Auseinandersetzung habe ich in der MOZ nicht gefunden. Monat für Monat habe ich mir den Kopf zermartert, wie ich meine LeserInnen (gab es sie überhaupt?) zu einer Reaktion verführen könnte, egal zu welcher. Vergeblich. Ich erlebe mich als politisch immer marginalisierter, und dennoch sollten die MOZ-LeserInnen mit allem einverstanden sein, was ich schreibe?! Neiderfüllt lese ich die klugen und leidenschaftlichen Debatten auf der „taz“-LeserInnenseite und neige dazu, es der Dumpfheit der ÖsterreicherInnen zuzuschreiben - Produkt eben jener politischen Kultur, die die österreichische Grün-Variante möglich gemacht hat. So gesehen, ist es ein Abschied ohne Tränen.

CONTRASTE

Mit HighTech die Gesellschaft im Griff... Schwerpunktthema über ISDN, Kartentelefone, den Sozialversicherungsausweis und was das so mit sich bringt... Interview mit ISDN Kritiker Herbert Kubicek... ISDN in Alternativen Betrieben...Volkszählung in Österreich... Mackie Messer über dem Direktionspult? Schweiz: Alternative Bankeröffnung »Hauptsache Kultur« BRD-Ratschlag zu Stand und Perspektive von Stadteilkultur... u.v.m. und in 12/90: »BUNTE SEITEN« ... der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft der BRD, Austria und Schweiz

Das Alles und noch viel mehr...
in CONTRASTE, für 42 ÖS frei Haus!

JA, ich will die neue CONTRASTE

Meine Anschrift:

42 ÖS habe ich beigelegt.

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

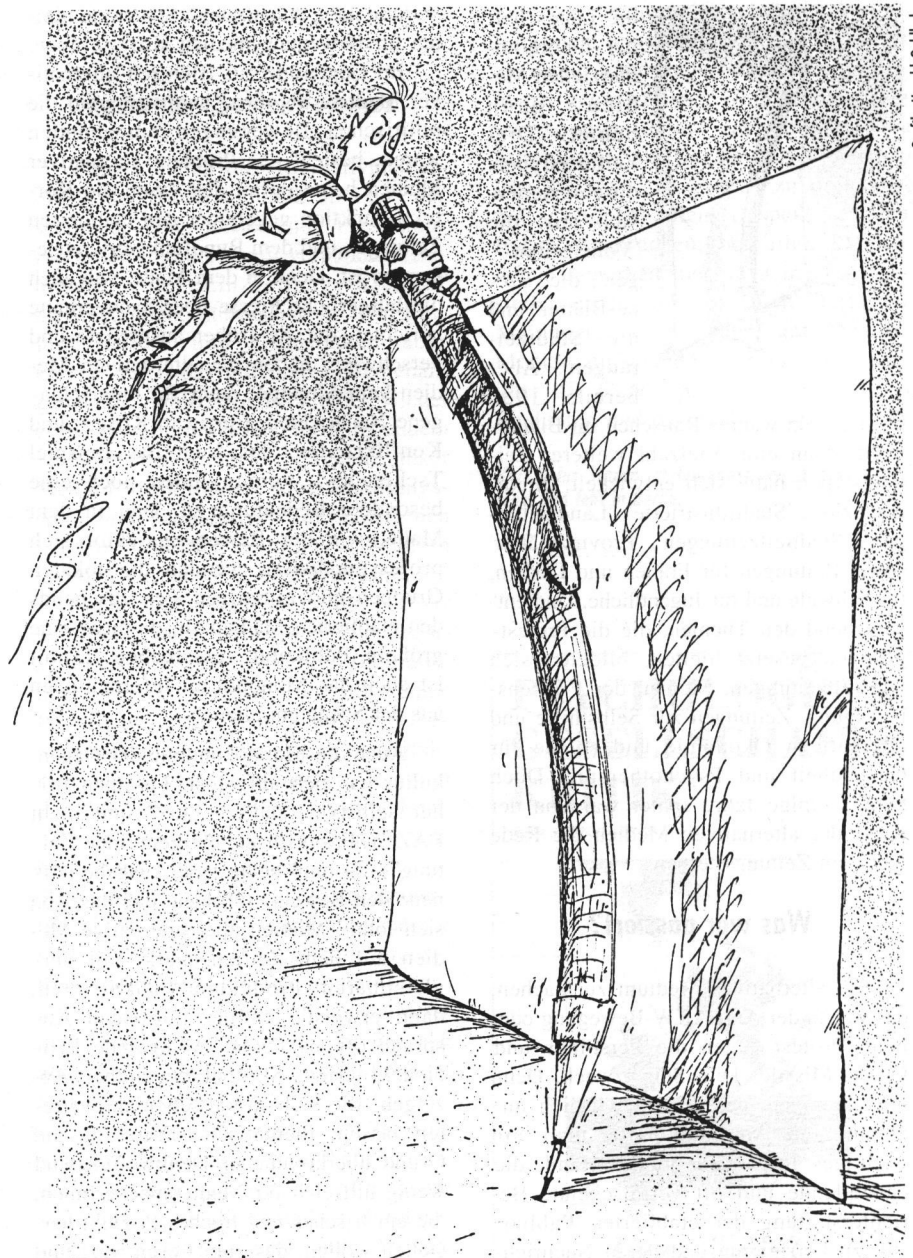
CONTRASTE Austria, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25
1025 Wien

11/90

Stellt eine Zeitung wie die MOZ, die in fundamentalistischer Absicht das Gesellschaftssystem in Frage stellt, ihr Erscheinen ein, dann hat man flugs eine Erklärung parat, stirbt sie zudem in einer Zeit, in der das Projekt Kommunismus sein Leben auszuhauchen scheint, dann ist alles klar: Der Exitus des real existierenden Sozialismus, die Verschiebung der Machtblöcke in Europa ist schuld am mangelnden Interesse der LeserInnen. So einfach ist das.

Es ist richtig, daß mit dem Zusammenbruch der totalitären Staaten des Ostblocks für viele insgeheim ein letzter Rest von Utopie gestorben ist und daß diese Entwicklung tiefe Irritationen und eine grundsätzliche Verunsicherung auslöst. Doch als Begründung für das Sterben alternativer Zeitungen ist dieser Erklärungsansatz zu dürftig. Es sind viele Faktoren, die für das Ableben so mancher Traditionszeitung verantwortlich sind.

Bevor wir uns daran machen, einige Aspekte des Zeitungssterbens zu analysieren, werfen wir einen Blick in die Vergangenheit. Als man das Jahr 1968 schrieb und sich eine weltweite Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg wandte und die StudentInnen mit vielfältigen, aus den USA importierten Aktionsformen gegen das Establishment und gegen die Gesellschaft demonstrierten, da schlug auch die Geburtsstunde der alternativen Medien. Denn die Erfahrungen, die die Außerparlamentarische Opposition mit der Berichterstattung der Zeitungen, des Funks und des Fernsehens machte, waren ernüchternd. „Man hatte den Eindruck“, so erinnert sich einer, „als wären die Reporter auf einer anderen Veranstaltung gewesen. Da war das wichtigste weggelassen, und über



Grafik: Harald Goldhahn

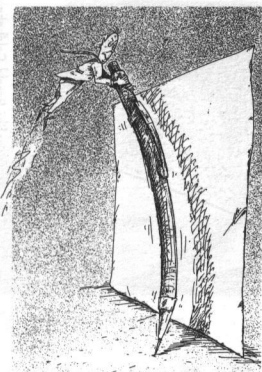
DIE ALTERNATIVZEITUNG IST TOT - ES LEBE DIE ALTERNATIVZEITUNG

Von Karl Heinz Stamm
Auch wenn alternative Zeitungen sterben, so haben sie doch das etablierte Mediensystem erheblich beeinflusst.

das Ziel der Demo wurde ohnehin nicht berichtet.“ Was lag näher, als sich eigene Medien, eigene Zeitungen zu schaffen. Die Parole hieß: „Gegenöffentlichkeit schaffen.“ Und sie war kein hohler Anspruch. Ihre Realisierung wurde zur Voraussetzung für die gewaltige Dynamik nicht nur des studentischen Protests, sondern auch für alle Bewegungen danach.

Zuerst gab es nur die Blättchen aus dem anarchistischen Zusammenhang oder solche aus dem Underground der Subkultur. Sie erschienen unregelmäßig, immer dann, wenn man etwas zu berichten hatte, und in winzigen Auflagen für ein überschaubares Publikum. Ehe man sich's versah, hatten diese Publikationen ihr kurzes Leben wieder ausgehaucht.

Sie hießen „Radikalinsky“, oder einfach nur „Peng“, „Agit 883“ oder „Hundert Blumen“, und der kollektive Arbeitsprozeß war den ZeitungsmacherInnen oft wichtiger als das Produkt selbst. Mitte der siebziger Jahre, die Alternativbewegung begann sich zu formieren, wurde



die Landschaft der nichtkommerziellen Medien dann bunter. Drei Zeitungstypen differenzierten sich aus: die 'Volkszeitungen', die 'Szenenblätter' und die 'Stadtzeitungen'. Aber bereits 1980

herrschte ein wahres Rauschen im Blätterwald, denn eine Vielzahl weiterer Zeitungstypen hatte sich entwickelt: 'Stadt-magazine', 'Stadtillustrierte', 'Landzeitungen', 'Stadtteilzeitungen', 'Provinzblätter' sowie Zeitungen für Frauen und Lesben, für Schwule und für Jugendliche. Und entsprechend den Themen, die die Protestgruppen besetzt hielten, bildeten sich Umweltzeitungen, Medien der Friedensbewegung, Zeitungen zur Selbsthilfe und alternativen Ökonomie und solche für Gesundheit und Psychotherapie. Doch bereits einige Jahre später war von der Krise der alternativen Medien die Rede und vom Zeitungssterben.

Was war passiert?

Ein alternatives Medium zu machen, das war in der Anti-AKW-Bewegung oder beim Protest gegen die Pershings und Cruise Missiles kein Selbstzweck. Denn mit einem eigenen, einem wirklich unabhängigen Medium hatte man ein wichtiges Instrument in der Hand, die entstellende und oft verfälschende Berichterstattung der etablierten Publizistik zu korrigieren und deren Nachrichten andere, Gegen-Informationen entgegenzusetzen. Vor allem aber dienten diese Medien auch dazu, den Selbstverständigungsprozeß der Szene zu gewährleisten. Sowie aber die gegenkulturellen Lebenszusammenhänge auseinanderfielen, so sind auch die engen Beziehungen zwischen den MedienmacherInnen und den LeserInnen auseinandergebrochen. Die enge LeserIn-Blatt-Bindung - auf die die bürgerliche Presse wegen der Anzeigenkunden einen neidischen Seitenblick warf - ist einer wachsenden Distanz gewichen.

Hinzu kommt, daß der außerparlamentarische Protest, dem die Gegenmedien verpflichtet sind, seit geraumer Zeit erheblich stagniert. Zwar hat sich, vor allem im kulturellen Bereich, ein Bewegungssektor etabliert und institutionalisiert, der eine gewisse Stabilität erlangte, einher ging diese Entwicklung aber mit einem Prozeß der Kommerzialisierung

und Anpassung. Schlechte Zeiten für Bewegungsmedien also?

Im Gegensatz zur Blütezeit alternativer Medien, als diese unmittelbar in die politischen Bewegungen eingebunden waren, besteht das Problem alternativer Medien heute darin, daß ihnen die Korrektivfunktion gegenüber den etablierten Zeitungen und dem Rundfunk verlorengegangen ist. Denn in dem Maße, wie auch die bürgerliche Presse über Sachverhalte berichtet, die sie früher ausgrenzte und verschwieg, haben die alternativen Medien kein Monopol mehr für unterschlagene Nachrichten. Einzig in Krisen- und Konfliktzeiten, das zeigt das Beispiel Tschernobyl, kommt ihnen noch eine besondere Bedeutung zu. Und in dem Maße, wie der Bewegungssektor sich professionalisiert, wenden die lokalen Gruppen und Initiativen sich zusehends den etablierten Medien zu, da diese eine größere Publizität versprechen. Damit ist auch das Monopol an Informationen aus der Szene entfallen.

Auch die Moralökonomie der Gegenkultur hat sich aufgelöst. Las man früher selbstverständlich „taz“ und nicht FAZ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“), so muß heute jede Ausgabe aufs neue den Beweis erbringen, daß das Abo sich lohnt. Müssen aber alternative Medien auf dem Zeitungsmarkt mit vergleichbaren Produkten konkurrieren, dann erweist sich der politische Anspruch oft als Fessel. Mangelnde Effizienzkriterien, Skrupel gegenüber Anzeigen, die sich moralisch nicht vertreten lassen, thematische Fixierung auf Grund überkommener Denkweisen sind wenig hilfreich für MedienmacherInnen, die ein frisches und freches Produkt herstellen wollen, das zum Lesen reizt und zudem noch unterhaltsam sein soll.

Das größte Problem aber ist das Geld. Wie recherchieren ohne Geld, wie die Werbung ankurbeln, wie die MitarbeiterInnen bezahlen, die aus dem studentischen Milieu herauswachsen und auf eine normale Entlohnung drängen? Die chronische Unterkapitalisierung, Kennzeichen vieler Alternativprojekte, kann nur durch Selbstausbeutung kompensiert werden. Da wundert es nicht, wenn Redakteur K. zu „Natur“ geht oder Redakteur W. zur „Vogue“, und es gehört schon viel Mut dazu, ein verlockendes Angebot von Deutschlands größtem Nachrichtenmagazin abzulehnen. Dieses Ausbluten der alternativen Publizistik ist aber nicht erst seit jüngster Zeit zu konstatieren. Seit 1968 ergießt sich ein breiter Strom von jungen JournalistInnen - die sich in einem alternativen Betrieb professionalisiert und qualifiziert haben - auf den etablierten Medien-

markt. Und die bürgerlichen Medien nehmen sie mit offenen Armen auf. Denn nach der Devise 'learning by doing' haben sie nicht nur ihr Handwerk gelernt, sondern auch in vielen nervenaufreibenden Diskussion die nötige Durchsetzungskraft erlangt, die im Medienbetrieb nötig ist. Die Alternativmedien sind so zu einem Sprungbrett für den journalistischen Nachwuchs geworden. Nicht zuletzt deshalb ist die Berliner „taz“ des öfteren auch als größte Journalistenschule der Bundesrepublik bezeichnet worden. Das Problem dieses Abwanderungsprozesses ist aber, daß mit dem 'Ausverkauf' der sog. „Edelfedern“, wie die Spitzenschreiber im „Spiegel“-Jargon heißen, auch ein Verlust an Themen verbunden ist. Reüssieren die Abgewanderten bei ihrem neuen Arbeitgeber doch gerade mit demjenigen Sachverstand, der aus dem gegenkulturellen Milieu stammt.

Politischer Background

dieser Entwicklung ist der Sachverhalt, daß die neuen sozialen Bewegungen sich in einem einzigartigen Aneignungsprozeß mit den einfachen Medien- und Kommunikationstechnologien vertraut gemacht haben und dabei eine einzigartige Medienkompetenz entfalteteten. Ob Alternativ- oder Ökologiebewegung, ob Friedensinitiative oder Bürgerprotest, alle haben sich auf die Medien gestürzt, um die Publizität der Aktions- und Protestformen zu verstärken.

Der Umgang mit und die Produktion von Medien ist so zu einer Hauptbeschäftigung ganzer Protestgenerationen geworden.

Soll man jetzt darüber lamentieren, daß sie alle nicht mehr existieren, die Blätter, die auf Ansätze einer Tradition zurückblicken? Der Frankfurter „Pflasterstrand“ beispielsweise, der sich trotz eines neuen Geldgebers übernommen hatte und jetzt mit seinem Konkurrenten unter einem anderen Namen erscheint, „Münchner Blatt“, die Mutter aller Stadtmagazine, und die „Kölner Zeitung“, die zum Vorbild einer ganzen Reihe von Volksblättern wurde? Ich glaube: nein. Diese Zeitungen waren Ausdruck einer gesellschaftlichen Bewegung, Ausdruck eines Protestes gegen Mißstände, die von den Parteien und den Medien nicht genügend Beachtung fanden. In dem Maße, wie diese Bewegungen nun ihr Ziel erreichten und ein Problembewußtsein für ihre Themen gesamtgesellschaftlich durchsetzten - bestes Beispiel ist die Ökologiebewegung - sind sie ganz einfach überflüssig geworden.

Der Funktionsverlust alternativer Pu-

blizistik hängt aber auch damit zusammen, daß sich die etablierten Medien verändert haben. Zwanzig Jahre Medienkritik sind nicht spurlos an der etablierten Publizistik vorbeigegangen. Waren die Kulturzeitschriften schon immer der Humus für die etablierte Publizistik, so hat auch die Bewegung alternativer Zeitungen einen Innovationsschub bei den etablierten Medien ausgelöst. Schon wegen der Konkurrenz um den Leser sind die Verlage gezwungen, die Medien der 'zweiten Kultur' ernst zu nehmen. Die Bereitschaft von Presse, Funk und Fernsehen, heute auch auf solche Themen einzugehen, die von gesellschaftlichen Minderheiten problematisiert werden, ist mithin das Produkt eines mehr als zwanzigjährigen Prozesses alternativer Medienproduktion.

So ist ein Erfolg der neuen sozialen Bewegungen, nicht nur das Meinungsspektrum, sondern auch das Themenspektrum eminent erweitert zu haben. Themen wie Ökologie, Frauen, Frieden, „Dritte Welt“ usw. sind von den „Experten des Alltags“, wie der Salzburger Medienwissenschaftler Hans Heinz Fabris die LaienjournalistInnen einmal in bewußter Kontrastierung zu ihren ProfikollegInnen nannte, auf die Medienagenda gebracht worden. Mehr noch, die Alternativmedien wurden zum Ideen- und Themenlieferanten für das etablierte System. Und so streiten sich heute „profil“ und „Spiegel“ gegen das Waldsterben, wie die Boulevardblätter sich neben Sex und Crime um die geschlagenen Frauen der Frauenhäuser und um Behinderte kümmern.

Gerade auf lokaler Ebene sind die etablierten Medien dazu angestoßen, ja gezwungen worden, ihrer Informationsverpflichtung zu entsprechen. Stadtmagazine und alternative Lokalblätter haben hier die Lücke aufgezeigt, die sich zwischen dem institutionalisierten Mediensystem und dem Publikum aufgetan hatte. Sie boten lokal oder sublokal orientierte Informationen an (Kontakt- und Kleinanzeigen, Veranstaltungshinweise usw.), die in dieser Form in den Lokalzeitungen keinen Platz hatten. Das hat zur Folge, daß sich nun auch die 'Großmedien' nach 'unten' zu den Rezipienten geöffnet haben. In dem Maße aber, wie Presse, Funk und Fernsehen über alternative Themen berichten, hat das fatale Konsequenzen für die 'Gegenmedien', sie müssen sich ständig neuen Themen, Sachverhalten und Fragen zuwenden. Die alternativen Medien sind damit einem erheblichen Innovationsdruck ausgesetzt, dem am ehesten die etablierten unter den Alternativmedien entsprechen. Zeitschriften wie „Wiener“ und „Tempo“, die einzig dem Zeitgeist ver-

pflichtet sind, sind Ausdruck dieser Entwicklung.

Radikaler Subjektivismus

Zwar konnten die Alternativmedien, die in der Bundesrepublik ab Ende der sechziger Jahre einsetzende Pressekonzentration und die damit verbundene Zunahme von „Ein-Zeitungs-Kreisen“ nicht stoppen, zumindest in den Ballungszentren und Großstädten aber konnte durch das alternative Medienangebot die publizistische Vielfalt wieder etwas erweitert werden. Es wird zudem vermutet, daß durch die Existenz linker Medien insbesondere der Handlungsspielraum progressiver JournalistInnen in den öffentlich-rechtlichen Sendern und den 'Großmedien' erweitert wurde.

Nicht zuletzt sind durch die partizipatorische Medienarbeit auch die Ansätze eines anwaltschaftlichen Journalismus gestärkt worden, der aus seiner Parteilichkeit für bislang unterschlagene Probleme und ausgegrenzte Erfahrungslagen kein Hehl macht. Noch in den 50er und 60er Jahren war im Journalismus ein Objektivitätsanspruch vorherrschend, mitsamt dem Anspruch auf Trennung von Nachricht und Kommentar, der als Königsweg galt. Mit diesem Objektivitätspostulat haben die alternativen Zeitungen gebrochen. Im Gegenteil, ihnen gilt der Bericht der Betroffenen als das Ideal. Durchgesetzt hat sich aber der Bericht in der 1. Person Singular und das Bekenntnis zum Meinungsjournalismus. Zwar hat sich dieser 'radikale Subjektivismus', der die persönlichen Erfahrungen des Autors in den Mittelpunkt stellt, nicht in allen Medien durchgesetzt, es finden sich aber heute Berichte auf der Basis persönlicher Betroffenheit nicht nur in der „taz“, sondern auch im „Wiener“, im „Stern“ oder in der „Zeit“. Das selbstbewußte 'Ich' im Journalismus ist, dank der Alternativmedien, hoffähig geworden.

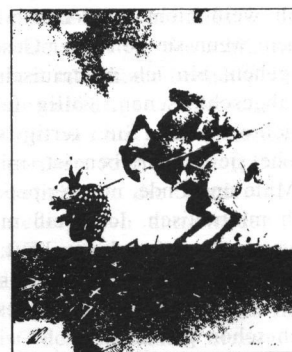
Auch wenn eingangs das Erklärungsmuster, das die Revolutionen in Europa für das Mediensterben verantwortlich macht, zurückgewiesen wurde, so hat diese Entwicklung doch Fragen aufgeworfen, denen sich auch die linken BlattmacherInnen stellen müssen. Alternative Zeitungen, Radios oder Videogruppen müssen zwar nicht mit dem Zeitgeist verheiratet sein, im Gegenteil, aber analog zu ihrem Aufklärungsanspruch sollten sie den Kairos, den Augenblick der Zeitwende, schon zu packen suchen, ihn auf den Begriff bringen. Nimmt man die ökologische Herausforderung als Maßstab, dann wird offensichtlich, daß viele Medien ihr eigenes

Selbstverständnis viel zu wenig anzweifeln, den unausgesprochenen Konsens zu wenig hinterfragen. Dabei kommt es in der gegenwärtigen Umbruchsituation viel weniger darauf an, Antworten zu formulieren, als Denkanstöße zu geben und die richtigen Fragen zu organisieren. Denn bei allem Respekt vor den linken Ansprüchen, bei allen Idealen, deren Lauterkeit hier nicht in Frage gestellt werden soll - auf dem Markt der Meinungen, insbesondere auf dem der Medien entscheidet nur ein Souverän über die Güte, spricht den Absatz des Produktes, und das ist der Leser. ■

Karl Heinz Stamm ist Journalist der „tageszeitung“ (taz) und lebt in Berlin.

PSYCHOLOGIE & GESELLSCHAFTS KRITIK 53

ISBN 3-925007-53-9



Jugendhilfe?

INHALT
THEMATISCHE BEITRÄGE

Friedhelm Peters
Zur Kritik der 'halbierten Reform' der Heimerziehung

Waltraud Freese, Martin Kisse
Zur Indikationsfrage in der Jugendhilfe:
Die psycho-soziale Diagnose

Claus Fichter, Birgit Westermann
Heimweh.
Bilanz einer beruflichen Tätigkeit im Jugendhilfebereich

Barbara von Morgen
Von der Teamsupervision zu gemischten Supervisionsgruppen.
Zur Supervision von Erziehern und Sozialpädagogen
im Rahmen öffentlicher Erziehung

EINZELBEITRÄGE

Detlef Berentzen
Die Angst des Journalisten vor dem Kinde

Gerald Steinhardt
Die heterodoxe Nutzung des Computers durch Jugendliche
als Form der Widerständigkeit
gegen orthodoxe Bildungsversuche Erwachsener

REZENSIONEN

AKTUALITÄTEN/TERMINE

Eine psychologiekritische Zeitschrift für Psychologen, Pädagogen, Sozialwissenschaftler in Theorie und Praxis. Einzelheft 12,- DM, Doppelheft 18,- DM, Jahresabonnement 40,- DM, Studenten/innen, Arbeitslose u.ä. 34,- DM. Jeweils zzgl. Porto. Erhältlich in jeder guten Buchhandlung oder direkt bei der Redaktion der P&G, Bürgerbuschweg 47 - D-2900 Oldenburg - Telefon: 04 41-6 49 79 + 50 88 41.

■ Marguerite Duras. Geboren 1914 in Vietnam. 1932 'Rückkehr' nach Frankreich. Studium an der Sorbonne. Paris. 1935-41 Sekretärin im französischen Kolonialministerium. Im Krieg in der Resistance. Journalistin beim „Observateur“. Jahrelang Mitglied der kommunistischen Partei. Ausschluß. Seit 1943 zahlreiche Veröffentlichungen. Durchbruch mit dem Drehbuch zum Film „Hiroshima mon amour“ (1960). Prix Goncourt 1984 für „Der Liebhaber“. Theaterstücke, Hörspiele, Filme. Drei Alkoholentziehungskuren. 1990: Verleihung des Österreichischen Staatspreises für Literatur.

Feed-backs: „Sie müssen wahnsinnig sein./ Sie zu lesen macht mich krank.“ Sie: „Ich probiere die Leere aus./ Enthüllung durch das Wort./ Das heißt, daß ich die Literatur wieder einsetze, mit ihrem tiefen Schweigen.“

Hommage einer Verführten. „Die Anziehungskraft der Leere gehört zum Wesen der Verführung“ (Baudrillard). Denn nicht nur durch die Schönheit wird man verzaubert, sondern auch durch die Auflösung des Sinns. Das ist untrennbar mit dem Tod verbunden.

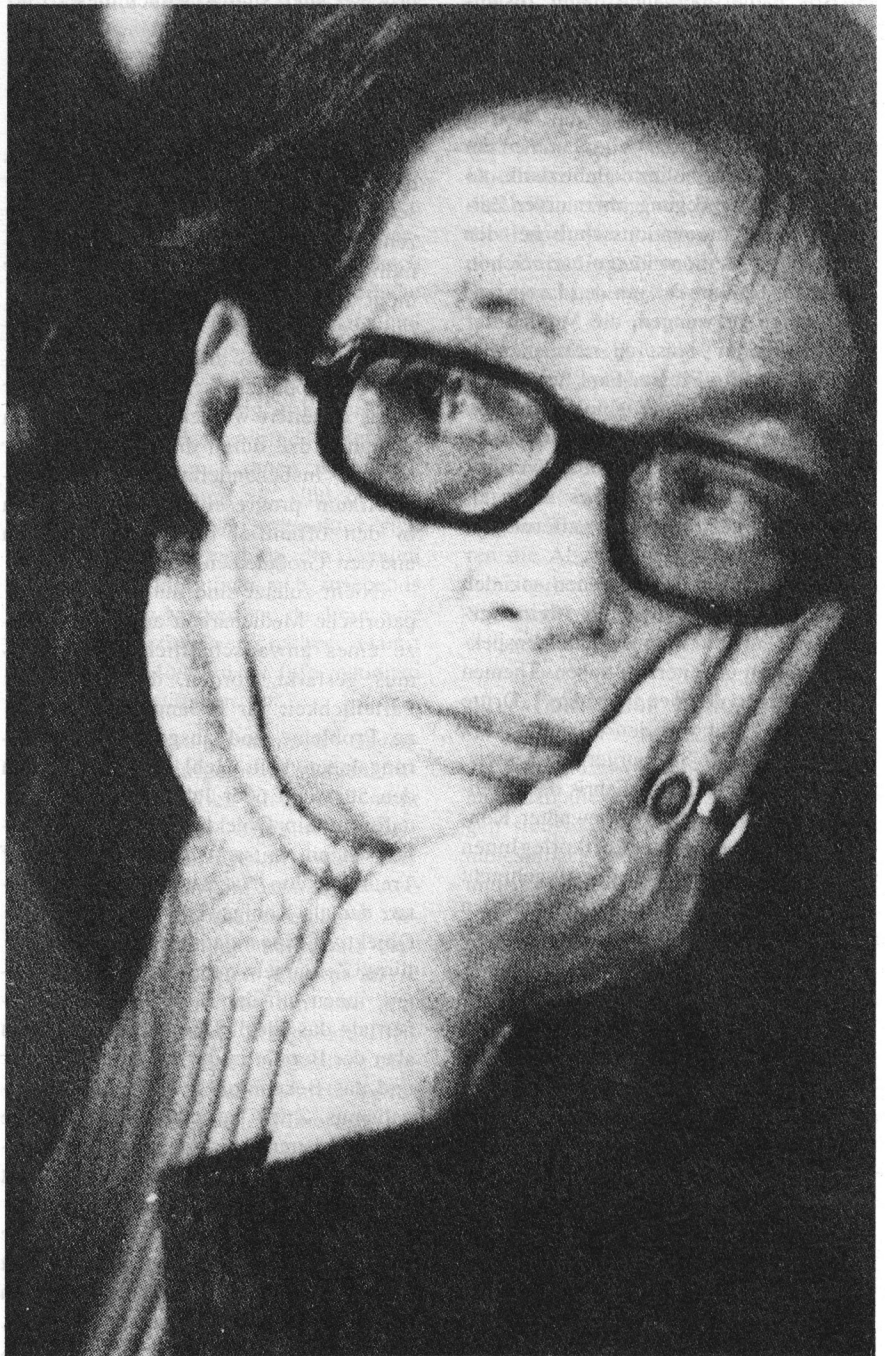
„Ich weiß nicht, wovon die Leute ausgehen; wenn sie von einer Geschichte ausgehen, bin ich mißtrauisch, von einer abgeschlossenen, völlig fertigen Geschichte, sehen Sie, fertig schon, noch ehe sie geschrieben ist, mit Anfang, Mitte und Ende, mit Peripetien; da bin ich mißtrauisch. Ich weiß niemals ganz genau, worauf es hinausläuft; denn wüßte ich es, so würde ich nicht schreiben, da es ja schon gemacht ist; es wäre nämlich schon gemacht.“

(aus: „Die Orte der M.D.“)

M.D. verweigert die Fixierung - und damit letztendlich die fortwährende schriftlich rehabilitierende Legitimation - der Gewalt des (gesellschaftlichen) Zusammenhangs. Sich ausliefern „dem dunklen Keller, den jeder hat“, sich ausliefern dem, was von außen kommt, wie „der Verrückte, mit dem Siebkopf“. Das Schreiben als eine Dialektik von Innen und Außen wahrnehmen; die Schrift als Transformation eines nie enden wollenden Prozesses des sich Aussetzens. Sie ist all die Frauen ihrer Texte, sagt sie. „Von alters her, seit Tausenden von Jahren ist das Schweigen eine Sache der Frauen, Ob sie von ihnen handelt oder von ihnen gemacht wird - es ist ihre Sache.“

Frauen - Schreiben

Das Schweigen ist allen Unterdrückten gemeinsam. „Der Mann muß lernen zu schweigen ... Er spielt den theoretischen Polizisten ... Er hat wieder ange-



Fotos: Suhrkamp Verlag

Marguerite Duras:

WENN ICH SCHREIBE, STERBE ICH NICHT

*Ein Porträt, eine Lektüre
Von Birge Krondorfer*

„Alle suchen wir diese Augenblicke, in denen wir uns vor uns selbst zurückziehen, dieses Inkognito uns selbst gegenüber, das wir verheimlichen.“

fangen zu sprechen und allein zu sprechen und für alle, *im Namen von* allen, wie er sagt. Sofort hat er die Frauen, die Verrückten zum Schweigen gebracht, er hat die alte Sprache eingeschaltet ..."

Da Werke schriftlicher Art ursprünglich einer männlichen Produktionsweise entschlüpft sind, handelt es sich im Grunde genommen beim weiblichen Schreiben vorab um einen Aneignungsprozeß, um nicht zu sagen eine Usurpation einer fremden Identität. „Die Frau, die schreibt, verkleidet sich als Mann.“

Die Schrift - als das Paradebeispiel einer indirekten Kommunikation, in der die Kommunikation selbst vergegenständlicht wird und die zur Funktion hat, diese unsterblich zu machen (als männliche Todesbewältigung) - ist von Frauen adaptiert, adoptiert worden. Bis zur zugeeigneten Aufgabe hin, daß „die Frau sich schreiben muß, denn das Erfinden eines neuen aufständischen Schreibens läßt sie im Augenblick ihrer Befreiung die notwendigen Brüche und Veränderungen ihrer Geschichte vollziehen“ (H. Cixous). „Ich merke, daß ich über eine Frau spreche, wenn ich über mich spreche“ (M.D.).

Sie setzt ein organisches Schreiben als Unterschied. Bis zur Selbstvergessenheit. Schreiben als Erinnerung auch an Nichtgelebtes. Der Textkörper als materialisierte Antwort der persönlichen Metaphysik. Die „Unbefangenheit der Verzweiflung“ setzt Schrift und Schmerz als Gleichung, macht den Schreibprozeß zum Akt der Empfänglichkeit. Wie entsteht solch ein Text?

„Ich entwende mir von der inneren Masse, ich mache draußen, was ich drinnen machen muß (...)

Das kann man sagen. 'Im besten Fall verstümmle ich mein inneres Dunkel. Ich habe die Illusion, Ordnung zu schaffen, während ich entleere, zu erhellern, während ich auslösche. Oder aber man erhellt ganz und gar und ist verrückt. Die Verrückten vollziehen die Umwandlung des gelebten Lebens *außen*. Das erhellende Licht, das in sie eindringt, hat das innere Dunkel verjagt, ersetzt dieses aber. *Nur die Verrückten schreiben vollständig.*'"

(aus: „Gespräche mit Xavière Günthier“)

Ver-rückt

Wenn die Travestie erst einmal verrückt ist, d.h. wenn die Bestimmung des Weiblichen als Spiegel des Männlichen mit negativen Vorzeichen verworfen wurde, kommt weibliches Schreiben zu Wort, zur Existenz. Es ist der Versuch, das unter der symbolischen Ordnung verschüttete, sprachlose Weibliche zur

Schrift, ins Bild zu bringen. Für den Mangel ein Wort zu finden. „Das einzelne Wort zählt mehr als die Syntax.“ Das Tasten, die Suche nach dem verlorenen Augenblick, die wir alle kennen, das könnte die Erzählung sein, die sich durch alle Geschichten M.D.s schreibt. Es ist immer und immer eine Liebsgeschichte, die Liebesgeschichte. Die Unmöglichkeit, die Distanz zum anderen, zur anderen aufzuheben; wobei gerade die Distanz die Verbindung darstellt. Das Begehren, das sich durch den Mangel konstituiert, das ihn aber auch erst ermöglicht um m/ein Gegenüber „zu ergreifen, zu begreifen“. Es scheint, als kreisten alle Textbewegungen um diese Lücke. Diese Art leichter Melancholie wird von einigen Kritikern als - auch neurotische - Depression bestimmt, die zu ewigen Wiederholungen führt. Der Vorwurf: M. D. als Vielschreiberin. Depression gesehen als das Nichtakzeptieren können der Szene des Urverlusts des geliebten Objekts - der Mutter? Die Wunde als unendlich schwärende und eine nie enden wollende Trauer. Ist es das?

Abgesehen davon, daß sich M.D. gegen jegliche Psychologisierung wehren würde, wer kennt es denn nicht, das Verlassenwerden, das man als Verlassenschaft unaufhörlich mit sich herumträgt? Als Zuschauerin ihrer selbst hat M.D. das Ereignis des Schnitts präzise benannt und ebenso Fiktion zur Lösung/Löschung des Autobiographischen gemacht. Die Grammatik des Unbewußten, das nach Freund und Lacan immer schon wie eine Sprache strukturiert ist, quasi als unsere innere Schreibmaschine, aus seinem Schattenbereich annähernd zu erlösen - ohne analytisch zu werden. „... Meine Gestalten befinden sich alle vor jener Zeit des

Nachdenkens, ich meine die Gestalten, die ich liebe, die aufs tiefste liebe.“ Das sind die Minen des Schreibens. „Das ist sie, Lol V. Stein, jemand, der sich jeden Tag zum ersten Mal erinnert, und dieses alles wiederholt sich tagtäglich; sie erinnert sich täglich zum ersten Mal, als ob es zwischen den Tagen von Lol V. Stein unergründliche Abgründe des Vergessens gäbe. Sie gewöhnt sich nicht an die Erinnerung. Auch nicht an das Vergessen übriges.“

Die tragende Hintergrundfigur, das Modell sämtlicher Frauenfiguren, Anne-Marie Stretter, war eine reale Erscheinung im Leben der jungen M.D. „Manchmal meine ich, ihretwegen habe ich geschrieben (...) Ich frage mich, ob die Liebe, die ich für sie hege, nicht immer existiert hat. Ob das Elternmodell nicht überhaupt sie war und nicht meine Mutter, die ich zu verrückt, zu überspannt fand, und die das nun ja auch wirklich war. Es war diese geheime Macht.“

In dem Stück „Eden Cinema“ wird der realen Muttergestalt jedoch ein nachdenkliches Denkmal gesetzt.

Die Frauen - alle Figuren - in den Inszenierungen drücken eine Form des nicht Bei-sich-Seins aus, das es gerade darum umso mehr ist. Sie schillern zwischen einer manchmal beinahe pornographisch-gewalttätigen Fleischlichkeit („Der Mann im Flur“) und einer fast gläsernen porösen Anonymität („Die englische Geliebte“), die wiederum zwischen archetypisch anmutenden Konflikten („Zerstören sagt sie“) und einer ästhetisierten Präntation („India Song“), die bis zur Eigenschaftslosigkeit hermetisiert ist, den Schwindel erzeugt („Im Sommer abends um halb elf“). Die Figuren zehren sich zunehmend auf. „Sehr viel Arbeit war nötig, um das Buch auf diese Kargheit zu reduzieren, auf das,

In Vietnam





Duras: „Da bin ich achtzehn Jahre alt“

was noch unbedingt hat stehen bleiben müssen.“ Was der Leserin und der Zuschauerin vor die Augen kommt, hat immer schon stattgefunden.

Der Zuschauer

Die Stücke und die Filme basieren ebenso auf der Sprache. Die handelnden Personen agieren (meist) völlig statisch, 'reduziert' aufs Äußerste der Bewegungslosigkeit. Es ginge darum, die Räume sehen zu lernen: „Die Bühne ist nur ein Vorzimmer, das klare Bewußtsein (...) das schwarze Zimmer ist das, was ich das Zimmer der Lektüre nenne.“ Deshalb die Intention: „Ich bin soweit, daß ich ein Passepartout-Bild ins Auge fassen, das über eine endlose Reihe von Texten gelegt werden kann, ein Bild,

Marguerite Duras mit ihrem Bruder Joseph



das in sich keinerlei Bedeutung haben sollte, das weder schön noch häßlich wäre und das seinen Sinn nur aus dem Text erhielte, der darüber geht.“

Was sie sucht, ist der ursprüngliche Zustand des Textes, so wie man sich an ein weit zurückliegendes Ereignis erinnert, das man nicht erlebt hat, aber vom Hörensagen kennt. „Der Sinn stellt sich später ein, er braucht mich nicht.“ Dieser ungeheuerliche Anspruch ist 'natürlich' eine exklusiver und bedarf besonderer Zuschauer. M.D. entwickelt zwar keine ästhetische Theorie des Filmischen - sie verweigert jedwelche Theorie als solche -, aber sie wehrt sich (fast aggressiv) gegen die größte Fabrik des Imaginären.

„Dieser Zuschauer ist der der breiten Masse. Er ist jene seit eh und je unveränderte, unveränderbare Mehrheit, die Mehrheit der Kriege und der rechten Wählerstimmen, die Mehrheit, die sich quer durch die Geschichte zieht, deren Objekt sie ist, und die doch nichts davon weiß. Genauso macht sie es mit dem Kino. Stumm und neutral, gibt sie keine Kommentare, keine Urteile ab über den Film, den sie sieht. Sie geht hin, oder sie geht nicht hin.“

Zu diesen Leuten muß man noch eine ganze Schar von Kritikern hinzuzählen, die Mehrheit der Kritiker, die die Wahl des primären Zuschauers bestätigen, die individuelle Filme anprangern, das auf jedermann zugeschnittene Action-Kino verteidigen und gegen den Autorenfilm einen derartigen Haß hegen. (...)“

(aus: „Die grünen Augen“)

Das Politische

Doch ihr daraus den Vorwurf des Elitären zu machen, wäre blind, denn die Weigerung der Nivellierung der Projektion ins Massenhafte ist eine politische Setzung. „Ich sehe nicht, wie dieser Zuschauer, so wie er in der Kindheit mit der - offiziell oder offiziös - herrschenden Ideologie genährt wurde, der Falle seiner eigenen Herrschaft entgehen könnte. Er hält die Civitas in Gang, aber wir sind da, in der Civitas, gleichzeitig mit ihm.“

Gerade als jahrelange Marxistin hat M.D. nicht aufgehört, gegen die Vermassung (und Verdummung) durch die Kommunisten zu rebellieren: „Diese Vereinfachung des Menschen, das war der Hitlerismus, das war der Stalinismus. Jede Vereinfachung ist faschistisch (in der Armee, den Parteien, der Polizei) (...) die (...) saubere Krankheit des Parteimitglieds, des vorbildlichen Sohnes (...) besteht darin (...), daß er bereits ein vereinfachtes Bewußtsein hat.“ Jeder revo-

lutionäre Mensch hingegen hat den ungezähmten Ort seines Widerspruchs in sich, der immer dann auftaucht, wenn er von Indoktrinerungen bedrängt, „aus dem Inneren, das sein Ort ist“, vertrieben wird. Wobei nicht der bekannte neuen Innerlichkeit das Wort geredet wird.

Deshalb wohl auch wendet sich M. D. gegen die Abgeschlossenheit einer militanten Frauenbewegung. Doch darin bleibt sie widersprüchlich: Einmal ist von der Notwendigkeit einer organisierten Frauenbewegung die Rede, dann wieder von wilden Verweigerungsstrategien (z.B. Telefon- und Stromrechnungen boykottieren) und letztlich von der Weigerung durch Passivität, die den Frauen als beinahe genuine Fähigkeit und damit Chance zugesprochen wird. Gegen den Mann, jeden Mann als 'Paramilitär', wird der passive Widerstand gesetzt, „die Weigerung zu antworten“.

„Seit ich nicht mehr mit einem Mann lebe, habe ich mich erst völlig wiedergefunden.“ Später wird sie wieder mit einem Mann leben, einem wesentlich jüngeren, der, wenn man es zutreffend entziffern kann, homosexuell ist. Alle Männer sind es, sie wissen es nur nicht („Das tägliche Leben“). Und wenn, dann: „Es sind zwei Überschreitungen, die sich begegnen“ - die schöpferische Frau und der Homosexuelle.

Auch wenn das Begehren zwischen diesen zum leidenschaftlichen Sinnlosen erklärt ist. Die Verschränkung von Lust und Verlust ist nicht nur eine Angelegenheit des Privaten:

„Für viele Leute ist der wirkliche Verlust einer politischen Orientierung gleichbedeutend mit dem Eintritt in eine Partei und der Unterwerfung unter ihre Regeln, ihr Gesetz. Viele andere Leute aber meinen, wenn sie von apolitischer Haltung reden, vor allem einen Verlust oder einen Mangel an Ideologie. Bei Ihnen weiß ich nicht, wie Sie darüber denken. Für mich bedeutet Verlust des Politischen vor allem, sich selbst zu verlieren, seine Wut zu verlieren ebenso wie seine Zartheit, Verlust seines Hasses, seiner Fähigkeit zu hassen, ebenso wie seiner Fähigkeit zu lieben, Verlust der Unvorsichtigkeit ebenso wie der Besonnenheit, Verlust der Übertreibung ebenso wie Verlust des Maßes, Verlust des Wahnsinns, der Aktivität, Verlust des Mutes wie auch der Feigheit und Verlust des Entsetzens vor allem wie auch des Vertrauens, Verlust der Tränen wie der Freude. So denke ich.“ ■

Marguerite Duras Werk ist in den Verlagen Suhrkamp, Deutscher Taschenbuch-Verlag, Brinkmann & Bose und Stroemfeld/Roter Stern erschienen.

RU 486: BEFREIUNGS- PILLE?

Überlegungen zu RU 486.

Die derzeit geführte Diskussion um die Abtreibungspille RU 486 führt uns Frauen „aufs neue an die alten Orte und in die vorgefertigten Begriffe der Politik“.

Gleichzeitig ist diese „alle Jahre wieder - Abtreibungsfrage“ ein Zeichen dafür, daß es weder 'Freiräume' noch 'Handlungsspielräume' gibt, die uns von den 'Herrschenden' ein für alle mal 'zugestanden' werden.

Dennoch: Voreilig, der Entweder-Oder-Logik verhaftet, fordern Frauen gerade dann und weil Kirche und andere LebensschützerInnen gegen die Abtreibungspille 'RU 486' antreten und der „Hoechst“-Konzern aus Furcht vor einem Produktboykott diese nicht herausrücken will, RU 486 im Namen des 'Selbstbestimmungsrechts der Frau'.

Der Ruf nach der Pille, - „wer dagegen ist, ist gegen die Fristenlösung“ (Dohnal) erfolgt vor dem Hintergrund von Vermutungen (noch existieren keinerlei Forschungsergebnisse über Langzeitwirkungen) und nicht geführten inhaltlichen Auseinandersetzungen.

Argumente und Erfahrungen rund um RU 486 sind geprägt durch ein Zurückfallen hinter Frauenbewegung und feministische Theorie. Nach wie vor als 'reine' Abtreibungsfrage diskutiert, erfolgt ein Jubelschrei über das Experimentierfeld Frau, werden Gen- und Reprotechnologien, Gebärverbot und Gebärgebot nicht nur nicht mitgedacht, sondern auch thematisch in keinen Reproduktionskontext gebracht (beziehe mich auf diverse Flugblätter und Veranstaltungen).

Und last but not least assoziiere ich die neue „Befreiungspille“ (Emma) mit der alten Anti-Babypille dahingehend, daß diese, ebenfalls einst als 'Befreiungspille' verkauft, heute nur noch Kotzanfälle bewirkt und jede pflichtbewußte Gynäkologin zur 'Gefahrenunterschrift' drängt, wenn Frau Raucherin, Pillenschluckerin und über dreißig Jahre alt ist. Wenn frau dem ÖVP-Gesundheitssprecher Rasinger Glauben schenken darf, wird diese Pille, die er „als eine Revolution in der Frauenheilkunde“ begreift, weil sie bei Kaiserschnitt, Brustkrebs, Zy-

klusstörungen etc. einsetzbar ist, nicht ewig vom Markt ferngehalten werden, nicht zuletzt weil auch „Schering“ ein ähnliches Präparat in Vorbereitung hat. Und, so meine Vermutung, sind genau aus diesem Grund viele 'eigentliche' Abtreibungsgegner (Leodolter, Uni-Klinik usw.) pro RU 486, für die dann der relativ kleine Abtreibungsmarkt in Kauf genommen werden muß.

Ein Segen für die Frauen?

Angesichts der neuen technischen Möglichkeiten steigt der individuelle Verantwortungsdruck auf die einzelne Frau. Über Ultraschall wird der Fötus im Mutterleib sichtbar und scheinbar als Subjekt dingfest gemacht. Nicht nur der durch die Bildtechnik personalisierte Fötus, auch die Handhabung der Pille - frau vollzieht nun aktiv ihre Abtreibung - gehen unter gegebenen gesellschaftlichen Voraussetzungen wohl eher im Konzept des Psychoströß als im Konzept der Verantwortung und des Kontrollrechts seitens der Frau auf.

Denn der Rückgriff auf rationale, kalkulierte Lebensplanung - „wenn eine Frau nein sagt, dann meint sie nein, auch wenn sie ungeplant schwanger wird, und wenn sie ja sagt, meint sie ja“, Irmgard Schultz' Betonung des „Selbstbestimmungsrechts als Recht auf bewußte Entscheidungen der Frauen“ geht nicht unbedingt für alle Frauen in dieser Glattheit auf.

Hinter der selbstbestimmten Lebensplanung der Frau verbergen sich nur, allzuoft ohnehin schon widersprüchlich, innerlich zerissene Bedürfnisse, die, gesellschaftlich überformt, letztlich doch nur Wahlmöglichkeiten zulassen, die näher oder ferner stehen, mehr Lust und weniger Last produzieren.

Und von der anderen Seite herkommend, welchem Begriff von Freiheit sitzen wir auf, wenn wir ohne geringste Lust auf Kinder, wählen können zwischen Narkose und Nicht-Narkose, Blutungen und hofentlich Nicht-Blutungen?

Zum Selbstbestimmungsrecht

Angesichts solcher und ähnlicher Fragestellungen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit den 'neuen' Gebärtchniken, wird der alte Selbstbestimmungsbegriff herausgefordert, verteidigt bis radikal in Frage gestellt.

„Weder Abtreibung noch ein Kind kriegen sind in sich Akte der Selbstbestimmung. Es geht vielmehr darum, die Entscheidung für den Abbruch oder das Austragen (einer ungewollt) eingetretenen Schwangerschaft ohne Fremdbestimmung treffen zu können“ (Renate Sadrozinski). Dem wäre hinzu-
zufügen, daß Fristenlösung, möglicherweise die Abtreibungspille und ein weiterer Ausbau der sattsam bekannten, längst überfälligen Forderungen lediglich Voraussetzungen dafür sind.

Eine konkrete Handlung innerhalb der individuellen Lebensplanung von Frauen ist nicht per se selbstbestimmt, „allein schon dadurch, daß sie privat begründbar ist oder auf individuelle Bedürfnisse oder Zwangslagen eines weiblichen 'Selbst' zurückgeführt werden kann. Erst im Zusammenhang mit den gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsräumen von Frauen und der Stärkung feministischer Gesellschaftsperspektiven kann sie sich als 'selbstbestimmt' erweisen“. Soweit Ute Annecke in der Verteidigung des Begriffes.

Komplizierter wird die Debatte, wenn sich Feministinnen mit ihrer Forderung nach Selbstbestimmung implizit - wer mehr reproduktive Autonomie fordert, fordert letztlich

Seit wann sind Sie denn plötzlich für die RU 486?



MAGAZIN

IM DEZEMBER

INLAND

auch mehr Staat (M. Mies) - und/oder explizit durch das 'Selbstbestimmungsrecht der Frau in der Verfassung' eigentlich an - und nicht mehr gegen den Staat wenden. Begründung: „Wo positive Rechte formuliert werden, können sie auch eingeklagt werden - wenn wir mächtig genug sind.“

Selbstbestimmung nicht länger verstanden als Ziel der Abschaffung frauendiskriminierender Gesetze, sondern als Schaffung neuer Gesetze? Wollten wie nicht ursprünglich eine freie Abtreibung und nicht eine neue Gesetzgebung darüber? Der mittlerweile inflationäre Gebrauch des Selbstbestimmungsrechts geht so in einer Summe von Selbstbestimmungen auf, in der die einen abtreiben wollen und die anderen müssen, in der sich die einen auf künstliche Befruchtung einlassen und die anderen rigoros jeden Kinderwunsch ablehnen. Vor lauter individuellen Selbstbestimmungsrechten, die sich auf je verschiedene Lebensinteressen beziehen, konkurrieren und gegenseitig verletzen, gelangen wir dann, wie Susan Zimmermann aufgezeigt hat, zur Notwendigkeit einer regulierenden überindividuellen Instanz, die der bürgerliche Staat repräsentiert.

Die zwingende Logik dieses individualistischen Selbstbestimmungsrechtes führt nicht nur zu mehr Staat, sondern beinhaltet auch ein Moment von Gewalt, Aggressivität und Unterwerfung des Anderen. Anders ausgedrückt: Ein Individuum kann sich erst durch Fremdbestimmung über andere selbstbestimmt konstituieren.

Egozentrische weiße Frauenbewegung
Den Begriff der Selbstbestimmung

aus dem Individuellen, Privaten lösen und mit gesellschaftlicher Verantwortung auffüllen (Anna D. Brückmann). Thürmer-Rohr spricht in diesem Sinne von einer Spaltung von individuellem und sozialem Verhalten in unserem Denken und konstatiert eine interessenarme Haltung der Frauen zur Welt und in ihrem Verhältnis zu anderen, fremden Frauen.

Wird feministische Gesellschaftskritik abgelöst durch unser Pochen auf individualistisches Selbstbestimmungs-Glück? Im gegenwärtigen Selbstbestimmungstaumel wurde ebenfalls der spezifische Zusammenhang zwischen der Abtreibungsspielle RU 486 und der „Dritten Welt“ ignoriert. „The abortion-pill (...) is a blessing for women in the third world“ (Beaulieu, RU-Erfinder), weil RU 486 ohne die dort kaum anzutreffende medizinische Infrastruktur angewendet werden kann.

„Wemos“ weisen aber in ihrer Broschüre zwar ungeachtet der Gebärverbot- und Zwangssterilisierungsproblematik immanent darauf hin, daß RU gerade wegen der fehlenden medizinischen Einrichtungen (durch starke Blutungen) vorerst kein Segen für die „Drittwelt“-Frauen sein kann.

Bevölkerungspolitische Aspekte greifen auch im österreichischen Flüchtlingslager Traiskirchen. Abtreibungen bzw. Freigabe zu Adoptionen, weil in vielen Fällen die Drei-Monats-Frist bereits überschritten, werden „eher gefördert“ oder umgekehrt: „Es wird nicht gefördert, daß Ausländerinnen Kinder kriegen“ (L. Weinbauer, Amb. f. Schwangerschaftshilfe).

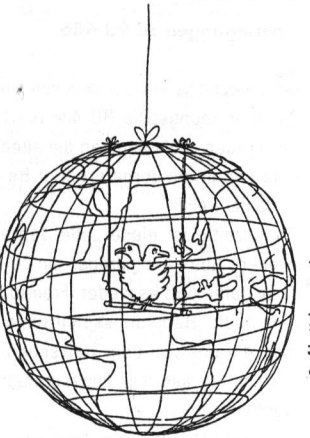
Diese Gebär-Tatsachen lassen sich nicht durch ranggeordnete Forderungen

wie bessere Beratung für ausländische Frauen, versehen mit dem Recht auf Abtreibung, aus der Welt schaffen; obgleich nicht jede Abtreibung mit einer 'Zwangsabtreibung' gleichgesetzt werden kann und darf.

RU 486 als neue Wahlmöglichkeit für Frauen, als materielles Mehr an Selbstbestimmung und Eigenverantwortung? Möglich. Beim Stand der Dinge: weder ja noch nein, weder für Frauen in den Metropolen noch an der Peripherie, weil Erkenntnisse den Vermutungen und Qualität noch allemal der Quantität vorzuziehen sind. ■

Irmi Voglmayr

EXPO ändern sich ständig und sind völlig undurchsichtig. Trotz Ausbau der U-Bahnlagen und Verkürzung der Intervalle wird der öffentliche



Grafik: Helmut Vogl

Allein oder zu zweit Nabel der Welt?

Verkehr den Besucheransturm von ca. 120.000 Personen pro Tag nicht bewältigen. Nach wie vor ist die Altlastdeponie im Donaupark hochgiftig und krebserregend. Ein Ausräumen des Mülls und eine Endlagerung auf drei Deponien in Wien, den anderen Bundesländern oder im Ausland ist keine Lösung, sondern eine Verschärfung des Problems.

Unsere Forderungen bleiben daher hochaktuell:

1. Freihaltung der Erholungs- und Freizeitgebiete an Alter und Neuer Donau von Verbauung.
2. Sanierung der Altlast im Donaupark an Ort und Stelle.
3. Mitsprache- und Entscheidungsrecht der BürgerInnen bei solchen Projekten.
4. Menschengerechte Stadterneuerung statt Bauorgien.
5. Ausbau des öffentlichen Verkehrs. ■

NEUE 2. WIENER CITY UND EXPO-TRAUM ERSCHLAGEN DONAURAUM!

Erste Erfolge: Tausende Unterschriften beweisen die Zustimmung der Bevölkerung zu unseren Forderungen. Beginn der Bürgerinformation mittels Infobussen durch die Gemeinde Wien auf Grund unserer Aktivitäten.

Die Uneinsichtigkeit der Politiker zwingt uns zur Weiterarbeit: Denn nach wie vor gehen die Verantwortlichen nicht von ihren totalen Verbauungsplänen für den Donauraum ab. Die Finanzkonzepte für die

Ich unterstütze mit meiner Unterschrift die Forderungen der Bürgerinitiative gegen Donau(ALP)traum:

Name (in Blockschrift):	Adresse:	Unterschrift:

Kontaktadresse: E. Toman, 1220 Wien, Schiffmühlstr.106,Tel. 0222/23-86-884

GRAS AUF DER UNI

Vor jeder ÖH-Wahl gab es Gespräche über eine gemeinsame Kandidatur im links-grün-alternativen Lager. Bislang scheiterten die Verhandlungen immer. Jetzt schaut es so aus, als würde erstmals dieses schwierige Unterfangen erfolgreich sein, was auch erstmals eine linke Exekutive am Hauptausschuß der Universität Wien, der bei weitem größten Uni in Österreich, möglich erscheinen läßt.

Haben im jetzigen Hauptausschuß der Uni Wien die Linke Alternative Liste (LAL) vier und die VGÖ-Studenten drei Mandate, könnte bei einer gemeinsamen Kandidatur zu den im Frühjahr 1991 stattfindenden ÖH-Wahlen das vorhandene Grünpotential von ca. einem Drittel der StudentInnen besser ausgeschöpft werden.

Christoph Adam von der LAL rechnet damit, daß eine solche Gruppierung hinter der der ÖVP nahestehenden Aktionsgemeinschaft (AG) zweitstärkste Fraktion werden könnte. Mit dem roten VSSÖ, der momentan 10 Mandate innehat, und dem Kommunistischen Student/innenverband wäre dann eine 'linke' Exekutive möglich.

Im Oktober dieses Jahres fand bereits die Gründungsversammlung für die gemeinsame Liste statt, die sich den Namen „Grüne und Alternative StudentInnenliste“, kurz GRAS, gegeben hat. Überraschend sind an die 50 Leute gekommen, was Adams Optimismus für ein gutes Abschneiden belegen soll. Organisatorisch soll eng mit der grünen Parlamentspartei zusammengearbeitet werden, von der auch finanzielle Zuschüsse erwartet werden.

Den auf der UNI vorhandenen Basisgruppen, die zwar in den unteren Gremien der ÖH den Ton angeben, aber sich bisher einer stärkeren Organisation entzogen haben, soll die zentral orientierte GRAS die oberen ÖH-Gremien, Haupt- und Zentralausschuß, näherbringen.

Auf gesamtösterreichischer Ebene wird das Erreichen einer links-grünen Mehrheit im Zentralausschuß bei den nächsten Wahlen auf den Unis wahrscheinlich noch Wunschdenken bleiben. Gelingt es

jedoch, auf allen Unis AktivistInnen für die GRAS zu finden, ist auch hier eine Überraschung möglich. Das Klima sei jedenfalls im Moment außerordentlich günstig, „mit 'grün-alternativ' Wahlen zu gewinnen“, meint dazu Aktivist Adam. ■

BÜRO-GEMEINSCHAFT SCHOTTENGASSE

Fast jeder Wiener Zivildienstler kennt das Büro in der Schottengasse 3 A. Die hier arbeitenden Gruppen, die Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit mit ihrer Zivildienstberatung, das kritische EG-Informations- und Aktionsbüro, die Initiative „Österreich ohne Heer“ und das „Service Civil International“ (SCI) für Österreich, haben nun einen Spendenaufruf gestartet, um Mittel zu bekommen, die eine „qualifiziertere, effizientere politische Oppositionsarbeit“ ermöglichen.

„Um die für die politische Arbeit absolut notwendige Unabhängigkeit zu gewährleisten, brauchen wir Deine/Eure Hilfe“, heißt es in dem Aufruf als Begründung.

Von dem Geld sollen ein Computer mit Laserdrucker, ein Kopierer, ein Faxgerät und eine Telefonanlage finanziert werden. ■

Spenden sind mit dem Vermerk „Bürogemeinschaft Schottengasse“ an das PSK-Konto des SCI mit der Nummer 1609.857 zu richten.

EXTRADIENST VOR EINSTELLUNG?

Seitdem Alois Mock und sein Intimus, der rechte Andreas Khol, das Außenministerium übernommen haben, geht es - wie berichtet - dem ÖIE (Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik) an den Kragen. Jetzt ist die Finanzierung des monatlichen Informations- und Servicedienstes in Frage gestellt, da von den zu Jahresbeginn zugesagten Mitteln öS 450.000 gestrichen wurden.

Die Kürzung kam überraschend. Bereits im Juli 1989 hatte der ÖIE die Grundzüge des Projekts, das vor allem die Kampagne „Stimmen

für den Regenwald“ umfaßt, beim Subventionsgeber eingereicht. Trotz der regen Anteilnahme der Bevölkerung an der Kampagne wartet der ÖIE immer noch auf das zugesagte Geld.

Informationen aus dem Ministerium zufolge sollen statt der veranschlagten 1,4 Millionen Schilling um 450.000 weniger ausbezahlt werden. Was eine Streichung jener Aktionsblätter, die Möglichkeiten zum solidarischen Handeln für Einzelne aufzeigen, und des ÖIE-Extradienstes bedeutet.

Dabei hat sich der Extradienst in den wenigen Monaten seines Bestehens zu einer brauchbaren Informationsquelle für JournalistInnen entwickelt. Das Serviceangebot umfaßt Meldungen aus und über Entwicklungspolitik, eine monatliche Terminvorschau und Hinweise auf die nächste Ausgabe der „Entwicklungspolitischen Nachrichten“ (EPN). Ein eigener Reisekalender gibt einen guten Überblick über Personen und Persönlichkeiten aus dem Süden, die Österreich besuchen bzw. jene österreichischen ExpertInnen, die in die „Dritte Welt“ reisen. ■

HOMO-SEXUALITÄT ALS SICHERHEITS-RISIKO

Aufgeschreckt durch eine Meldung im „profil“, wonach das Heeresnachrichtenamt (HNA) Vermerke über Homosexualität und Aktivitäten gegen die Landesverteidigung anlege, richtete der grüne Abgeordnete Manfred Srb im Juli dieses Jahres eine diesbezügliche Anfrage an Heeresminister Robert Lichal.

In der Antwort begründet dieser die Vermerke damit, daß eben Umstände wie „Vorstrafen, Waffenverbote, Homosexualität, Suchtgiftmißbrauch, Aktivitäten gegen die Landesverteidigung u.ä. (...) das Risiko einer Gefährdung der militärischen Sicherheit“ darstellten.

In einer Aussendung des Vereins „Rosa Lila Tip“ und des Kulturvereins „Schwullesbisch in Gumpendorf“ verwehren sich die VerfasserInnen dagegen, „daß Homosexualität im Bereich des Heeres mit kriminalisierten und kriminellen Tatbeständen gleichgesetzt wird“. Dadurch würden Homosexuelle gene-

rell als staatsgefährdend und wehrkraftzersetzend eingestuft werden. ■

WOHNUNGS-VOLKS-BEGEHREN TORPEDIERT

Bei den Koalitionsverhandlungen wurden erste Ergebnisse im Bereich einer Neufassung des Mietrechtsgesetzes bekannt. Was schon seit längerem befürchtet wurde, ist eingetreten. Auf Drängen der ÖVP sollen die Mietzinsobergrenzen für Wohnungen der Kategorien B (Bad und WC) und C (Wasser und WC) fallen. Nach den bereits 1986 ausgenommenen A-Wohnungen (Heizung, Bad und WC) soll nun auch für diese ein 'angemessener' oder besser freier Mietzins verlangt werden dürfen.

Die damalige Änderung machte vermehrte Profite für HauseigentümerInnen möglich. Die Auswirkungen sind, daß erschwungliche Wohnungen praktisch nicht zu haben sind (siehe MOZ, Nr. 57, Seite 61).

Das „Volksbegehren gegen die neue Wohnungsnot“ forderte daher als Maßnahme gegen den Mietzinswucher die generelle Einführung von Mietzinsobergrenzen für alle Mietwohnungen. Jetzt wird diese zentrale Forderung in Frage gestellt, und zwar mit der Begründung, man müsse „der Realität ins Auge schauen“ (Erwin Pflieger, ein Sprecher der VB). Auch der Initiator des Volksbegehrens, Andreas Höferl von der JG-NÖ, die im Frühjahr dieses Jahres das Volksbegehren ins Leben rief, steht hinter den Entscheidungen der Koalitionsparteien.

Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Spaltung der TrägerInnen des Volksbegehrens anhand dieser Frage kommt. Dies und andere Vorkommnisse erhärten die Vermutung, daß die Initiative abgewürgt werden soll. Die Wahl und die Koalitionsverhandlungen sind vorbei, deshalb hat sie für die SPÖ ihren Zweck erfüllt.

Falls es zu einer Spaltung oder dem Austritt einiger Gruppen aus dem Bündnis kommt, ist die Fortführung des Volksbegehrens kaum mehr realistisch, es sei denn, die Grünen steigen massiv ein, wonach es momentan aber nicht aussieht. ■

STASI-AUSSTELLUNG IN LEIPZIG:

DER REAL EXISTIERENDE NICK KNATTERTON

Um das Volk vor sich selbst und anderen zu schützen, war den Mitarbeitern der Stasi nichts zu aufwendig, nichts zu schwierig und nichts zu dumm. Mit deutscher Gründlichkeit hielten sie ein Volk in Schach. Methoden und Ergebnisse dieser Arbeit sind bis auf weiteres in der „Heldenstadt“ Leipzig zu besichtigen.

„Wir geloben – erfüllt von revolutionärer Leidenschaft und Entschlossenheit, all unsere Kräfte für die weitere Festigung und Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik einzusetzen, mit all unserem Wissen und Können den allseitigen und zuverlässigen Schutz des Sozialismus zu gewährleisten und das friedliche Leben der Bürger zu sichern.“

Der so eingeschworenen Sicherheitstruppe der nun ehemaligen DDR ist schon jetzt eine Ausstellung gewidmet. Unter dem Titel „Macht und Banalität – Indizien des Verbrechens“ werden im ehemaligen Stasi-Gebäude in Leipzig Fundstücke aus dem Equipment der Staatshüter gezeigt. Organisiert wurde die Ausstellung von Mitgliedern des Leipziger Bürgerkomitees, die rund um die Uhr über die insgesamt elf Kilometer Stasiakten wachen und darauf hoffen, daß diese Altlasten eine Entsorgung erfahren, die es auch ermöglicht, Betroffene zu rehabilitieren. Solange dies nicht geklärt ist, wollen die Aktenhüter der „Heldenstadt“ im Gebäude der Stasi ausharren. Später sollen dort wieder Akten lagern, denn die vormalige Besitzerin des Gebäudes ist die Alte Leipziger Versicherung und meldet Ansprüche auf das Gebäude an, allerdings als Depot für die eigenen Akten.

„Wir geloben – auf der Grundlage und in konsequenter Durchsetzung der Beschlüsse unserer Partei und Regierung, mit hoher politischer Reife, standhaft und kompromißlos den Feind zu bekämpfen, seine verbrecherischen Pläne und Absichten

und Maßnahmen rechtzeitig zu erkunden und zu vereiteln, dem Feind keine Chance für seine gegen Frieden, Demokratie und Sozialismus gerichteten Machenschaften zu lassen.“

Die Stasi-Ausstellung im Stasi-Gebäude samt dem ihm eigenen real existierenden Chic ist auf Authentizität bedacht. Mit den versiegelten Glasvitritten, den darin akkurat ausgelegten Requisiten dieses gigantischen Geheimdienstes hat sie das Ambiente eines Völkerkundemuseums in Winsen an der Luhe. Sieht man das Material, mit dem hier geheimdienstlich gegen den Feind gefochten wurde, fühlt man sich allerdings an die Asservatenkammer von Nick Knatterton erinnert.

Doch bevor der Besucher der Ausstellungen in dieses Kuriositätenkabinett gelangt, kann er die Grundlagen der geheimdienstlichen Tätigkeit sehen. Angefangen mit heroischen Treuschwüren („Wir geloben ...“), martialischem Wandschmück (Marke Bettvorleger) und Literatur („Karl Marx und Friedrich Engels zur Konspiration des Klassenkampfes des Proletariats“ - ohne Verfasser - nur für den Dienstgebrauch, herausgegeben 1983 zum Anlaß des Karl-Marx-Jahres) sind Wandteller, Schießseisen und Uniformen ausgestellt. Auf einer Wandzeitung ist die Organisationsstruktur dieses volkseigenen Betriebes, der wohl als einzi-

ger tatsächliche Plansollereffüllung vorweisen konnte, schematisch dargestellt. Auch die Mitarbeiter (MAs) werden den Ausstellungsbesuchern vorgestellt: So erfährt man, wer denn nun die GMS gewesen sind, die Gesellschaftlichen Mitarbeiter Sicherheit: DDR-Bürger mit staatsbewußter Einstellung, die ausschließlich ehrenamtlich gearbeitet haben. Allerdings bleibt uns das Betätigungsfeld der OibE erstmal verschlossen. Diese Offiziere im besonderen Einsatz arbeiteten nämlich absolut geheim. Ferner gab es HIM (Hauptamtliche inoffizielle MA), U-MAs (Mitarbeiter, die Spione anwarben), IMBs (Inoffizielle Mitarbeiter mit Feindverbindung) und die IMs (Inoffizielle Mitarbeiter).

Wie akribisch diese Firma arbeitete, kann man anhand eines Protokolls erkennen, das Mitarbeiter erstellten, nachdem sie eine Parole an einer Hauswand entdeckten: „SED und Stasi sind bankrott.“ Neben Uhrzeit, Ort und dem Namen des Mitarbeiters war auf dem A 4 Blatt zu lesen: „Schriftoberkante 2,50m; Schriftunterkante 1,70m; Strichbreite 3-4 cm; Länge der Losung 1,60 m; Schreibschrift; Losung hatte eine hohe Öffentlichkeitswirksamkeit. Anschließend Losung übermalt.“

„Wir geloben – in enger unlösbarer Verbundenheit mit dem Volk der DDR, die revolutionäre Wachsamkeit zielstrebig und umfassend zu

erhöhen und die kameradschaftliche Zusammenarbeit mit den Werktätigen der DDR, mit den Kämpfern und Patrioten an der unsichtbaren Front als bedeutende Quelle der Organe des Ministeriums zu vertiefen.“

Was so versprochen, das wird auch nicht gebrochen. Dafür sorgten in unendlicher deutscher Kleinarbeit 85.000 hauptamtliche Mitarbeiter. Zum Beispiel, indem sie die gesamte Post, die ins Ausland oder umgekehrt gesandt wurde, kontrollierten. Davon zeugen in der Ausstellung all die Briefe, die mit wunderschöner Sextanerschrift adressiert, an die Deutsche Welle, Redaktion Plattenteller oder an Showgrößen wie Rudi Carrell und Tony Marshal geschickt wurden. Sie wurden anscheinend alle einbehalten und fallen so unter die zwei bis fünf Prozent der Post, die nie über ein Stasi-Büro hinaus kamen. Die meisten Briefe wurden allerdings nur geöffnet, kopiert und dann weitergeleitet. Wurde der Poststempel beschädigt, wurde einfach mit stasieigenen Stempeln der Brief neu abgestempelt. Bei neugestempelten Briefen aus Japan flog der Schwindel schnell auf: stand doch auf dem Brief in allerbestem Deutsch JAPAN. Gemerkt haben es alle, nur die Stasi scheinbar nicht. Beim Kampf an der unsichtbaren Front (Briefe und Päckchen) wurden nicht nur die Grüße an die Liebsten gelesen, sondern auch Geld geklaut und Sachen wie Tonbandkassetten entwendet. Die liebevoll bespielten Kassetten mit Musik von Tony und Rudi wurden einer sinnvollen Bestimmung zugeführt: Auf ihnen wurden abgehörte Telefongespräche aufgezeichnet.

„Wir geloben – als Erben des Vermächnisses Wladimir Lenins die unzerstörbare Bande der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, dem ersten Arbeiter- und Bauernsstaat der Welt und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft wie unseren Augapfel zu hüten, das im gemeinsamen jahrzehntelangen Kampf gegen den Imperialismus, für den Aufbau des Sozialismus/Kommunismus geschmiedete und bewährte Kampfbündnis mit den sowjetischen Tscheikisten und den Bruderorganen der anderen sozialistischen Staaten durch neue Siege über den gemeinsamen Feind zu stärken.“

Unglaublich aber wahr: die Geruchspuren der Staatsfeinde im Stasi-Archiv



Foto: Transil/M. Jenichen

Für die MAs im Außendienst des Ministeriums für Staatssicherheit, bei etwaigen Observationen, mußte der Schein gewahrt bleiben. So sind in der Ausstellung auch die Utensilien der Maskenbildner und Friseure ausgestellt, die aus behaarten Mittdreißigern fünfzigjährige Glatzköpfe zauberten, aus Männern Frauen machten und schlanke Herren in bierbäuchige Kumpels verwandelten. Dieser Kunstbauch verbarg aber nicht nur Schaumgummi, sondern auch eine weitwinkelige Kamera. Gerade diese Accessoires geben die Arbeit der allseits gefürchteten Stasi der Lächerlichkeit preis. Die Geschichte über die Geruchsproben der Staatsfeinde, die dann in Einmachgläsern zu Hunderten in den Kellern der Stasi lagern, glauben auch nur die wenigsten. Ist aber dennoch perfide Realität. Heimlich wurde in Wohnungen von Oppositionellen eingebrochen, um aus Kleidungsstücken Geruchsproben herauszuschneiden. Deutsche Schäferhunde wurden speziell für eine eventuelle Geruchsfahndung geschult, um den Stasileuten bei der Schnüffelei behilflich zu sein. So schlummern in den Kellern so mancher Archive Hunderte von Geruchsproben von Leuten, die dieser Staat nicht riechen konnte.

Schlußpunkt der Ausstellung ist ein riesiger Aschehaufen, Zeugnis einer der letzten Amtshandlungen von MAs der Staatssicherheit: die massenhafte Vernichtung der Akten. Ein Vorgang der neudeutsch als 'verkollern' bezeichnet wird: Die Akten werden verbrannt und dann mit Wasser vermischt. „Wir Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit sind jederzeit bereit, alle Aufträge von Partei und Regierung bedingungslos und mit schöpferischer Initiative in Ehren zu erfüllen, die Deutsche Demokratische Republik, in der die Ideen von Marx, Engels und Lenin revolutionäre Wirklichkeit wurden, mit unserer Person, bis zum Einsatz des eigenen Lebens, entschlossen zu verteidigen. Das geloben wir.“ ■

Stasi, Macht und Banalität - Indizien des Verbrechens - Das Bürgerkomitee zeigt Stasifundstücke, Dienstag bis Samstag 14-19 Uhr, Große Fleischer Gasse, 7010 Leipzig.

Andreas Herzau - Text,
Martin Jehnichen/
Transit - Fotos.

UNGARN TAXI-BLOCKADE

Ende Oktober streikten die ungarischen TaxilenkerInnen gegen die amtliche Erhöhung des Benzinpreises. Die Regierung mußte nachgeben. In Zukunft wird der „freie Markt“ die Benzinpreise regeln.

„Deswegen. Gerade deswegen sind wir hier, weil wir nicht wissen, was wir tun können und tun sollen.“ Mit dem Bild einer ebenso sanften wie entschlossenen jungen Frau endete ein Bericht des ungarischen Fernsehens von den abgesperrten Brücken des durch den Taxifahrerstreik völlig lahmgelegten nächtlichen Budapest.

Herzlich unbeholfen hatten Regierungssprecher noch am Donnerstag vormittag die bevorstehende drastische Erhöhung der Benzinpreise um durchschnittlich 60 Prozent dementiert. Sie verlautbarten am Freitag vormittag, nachdem sich die Blockade schon auf das ganze Land ausgeweitet hatte, eine Erklärung, nach der die „Bereinigung der Situation durch Polizei- und Militäreinheiten“ unmittelbar bevorstehe.

Politischer Dilettantismus war der Hauptauslöser für die Aktion der Straße und ihre unkontrollierte Eskalation. Während in der Führung der eben gegründeten Interessenvertretung der Taxler noch am Freitag auf Verhandlungen mit der Regierung gesetzt wurde, mauserte sich angesichts der Handlungsunfähigkeit der Regierung die von der Straße organisierte Blockade zum Dreh- und Angelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Nach Schätzungen werden von den knapp 18.000 Taxis, die in Budapest unterwegs sind, kaum 10.000 den Übergang zur freien Marktwirtschaft überstehen. Ohne die passive Unterstützung praktisch der gesamten Budapester Bevölkerung wäre das stimmungsvolle Fußgänger-Wochenende jedoch völlig unmöglich gewesen. Kaum eine Stimme unter der kalten Herbstsonne, die für die „Einhaltung der Gesetze“ eintrat. Vielmehr wortloses Einverständnis mit der Blockade. In perfekter Selbstorganisation gelangten praktisch vom ersten Moment an Rettungsfahrzeuge, Lebensmittellieferungen und Mütter mit Kleinkindern mit ihren Fahrzeu-

gen ans Ziel. Die Oppositionsparteien entschwanden nach anfänglichen Aufrufen zum Verhandeln aus der Auseinandersetzung. Die Regierung war schließlich unter dem Druck der Ereignisse zum ersten Mal seit ihrem Amtsantritt dazu gezwungen, aus den Höhen ihres selbstgefällig-selbstgenügsamen Parlamentarismus herunterzusteigen und sich mit ihrem Verhältnis zur Gesellschaft ernsthaft zu beschäftigen. Von Freitag auf Sonntag lernte sie jene erste Lektion aus dem ABC der Politik, wonach eine halbwegs entwickelte Industriegesellschaft ohne die organisatorische Einbindung von Gewerkschaftsspitzen, Unternehmerverbänden und sonstiger 'Interessenvertretungen' in die politischen Vorentscheidungen schwer zu steuern ist. Die vom Fernsehen am Sonntag stundenlang direkt übertragenen Verhandlungen des 'Interessenausgleichsrates' führten schließlich zu einer Rücknahme der Erhöhung der Benzinpreise um etwa ein Drittel gegenüber den ursprünglichen Plänen. „Bis zur baldmöglichst durchzuführenden Preisliberalisierung.“ Der Rat, obwohl schon vor Monaten formal ins Leben gerufen, erwachte in diesen Verhandlungen erstmals zum Leben, und damit agierten auch zum ersten Mal seit dem 'Systemwechsel' die alte staatssozialistische und die neue Gewerkschaft gemeinsam auf der großen politischen Bühne.

Die Zufriedenheit der politischen Öffentlichkeit mit dieser abgelaufenen 'Demokratisierung' klammert allerdings zentrale politische Probleme der nächsten Zukunft aus: Angesichts der gemäß der geltenden Spielregeln auf absehbare Zeit schlicht nicht vorhandenen Verteilungsspielräume steht nämlich zu erwarten, daß die neue Ad-hoc-Sozialpartnerschaft des Oktoberwochenendes eher in eine Sammlung der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes münden wird, die mit starker Hand die gesellschaftliche Ordnung beim Übergang zur Marktwirtschaft sichern wird, als in einen wie auch immer gestalteten Mechanismus sozialen 'Interessenausgleichs'. Was statt Sozial(partner)politik auf der Tagesordnung steht, faßte der neugewählte Budapester Bürgermeister Gábor Demszky, Spitzenmann der liberalen Oppositionspartei, in seiner

Amtseinführung wenige Tage nach den Ereignissen zusammen: „Wir stehen vor einem schweren Winter. Ja, wir wollen die schwungvolle Entfaltung der Marktwirtschaft, aber die Gemeinde will jenen helfen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen. Ich bitte die Budapester, aus eigenem Antrieb zu helfen, wie es sich für den Bürger geziemt. Und das warme Essen soll dem guten Rat vorangehen. Ich bin überzeugt davon, daß die Erleichterung der Not mit dem humanen und europäischen Gedankengut zusammengeht.“ ■

Susan Zimmermann
Budapest

EUSKADI/BASKENLAND WEDER FRIEDEN NOCH BEFREIUNG

Die Wahlen zum baskischen Regionalparlament machten deutlich, daß der Versuch, den radikalen Nationalismus auszurotten, zum Scheitern verurteilt ist.

Ausgesprochen zufrieden kommentierte Spaniens größte Tageszeitung „El Pais“ das Ergebnis der „Autonómicas“, der Regionalwahlen im Baskenland/Euskadi. Zurückgreifend auf die Polemik der in Zentralspanien absolut, in Euskadi in Koalition mit der konservativen nationalen PNV regierenden Sozialistischen Partei (PSOE), der Urnengang vom 28. Oktober sei ausschließlich ein Votum für oder gegen die Gewalt - von der PSOE synonym für ETA verwendet -, schreibt „El Pais“, daß es nach dem 28. Oktober keinen Zweifel mehr geben könnte, daß die „Basken in ihrer absoluten Mehrheit gegen die Gewalt“ votiert hätten.

Das Wahlergebnis, das der PNV Gewinne, der PSOE und zwei moderat-nationalistischen Parteien Verluste bescherte, spiegelt indes keineswegs den Sieg des 'gemäßigten Nationalismus' über den radikalen wieder. „Herri Batasuna“, ein Bündnis verschiedener radikal-'patriotischer' (Eigendefinition) Bewegungen und Gruppen, konnte

AUSLAND

rund 20 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinen und somit ihren Mandatsstand von 13 (bei insgesamt 75) Mandaten halten.

„Herri Batasuna“ wertet dieses Ergebnis als großen Erfolg, da alle anderen Parteien, vor allem aber die PSOE, angetreten waren, „jenen Sektor, den Herri Batasuna (HB) repräsentierte, zu zermürben“, wie „egin“, eine zweisprachige Tageszeitung, schreibt. Die im Pakt von Ajuria-Enea festgehaltene Parteienübereinkunft, Herri Batasuna und mit ihr die ETA und andere radikale Kräfte zu isolieren und von der politischen wie sozialen Landkarte zu verdrängen, muß angesichts der Tatsache, daß insgesamt jede/r zehnte/e Baskin oder Baske Herri Batasuna seine/ihre Stimme gab, als gescheitert angesehen werden. „egin“ wertet die Tatsache, daß HB bis auf 13.000 Stimmen an die Sozialisten herangekommen ist, als Beweis für das Scheitern der staatlichen Befreiungsstrategie.

Die neue baskische Regionalregierung wird die alte sein - PNV und PSOE werden eine Koalition bilden, innerhalb derer die die Zentralmacht vertretenden Sozialisten etwas schwächer sein werden als in der letzten Legislaturperiode. Eine „nationale Koalition“ wie die HB vorschlägt - allerdings unter Ausschuß der „Euskadiko Ezkerre“, einer sozialdemokratischen Partei, die aus einer ETA-Abspaltung hervorgegangen ist, hat keine Chance auf Realisierung, will doch keine der neben HB im Parlament vertretenen Parteien die „offene Hand“ von HB ergreifen. Eine nationale Koalition unter Ausschuß von Herri Batasuna wiederum verfügte nicht über die nötige Mehrheit.

Die baskische Frage wird auch in den nächsten Jahren einer Beantwortung harren. Das Hauptproblem sind nicht die Gewaltakte der ETA, sondern die sie auslösenden Ursachen, insbesondere die Frage der nationalen Selbstbestimmung für die Baskinnen. Schwere militärische Niederlagen (etwa die Verhaftung zahlreicher Kader) sowie gravierende Fehler (z.B. der Anschlag auf einen Supermarkt in Barcelona, der 21 Menschen das Leben kostete) der ETA ändern nichts daran, daß die Mehrheit der Baskinnen die Eurras für „Patrioten und Idealisten“ hält und ihre zentralen Forderungen unterstützt: Amnestie, Selbstbestimmungsrecht,

Rückzug der spanischen Repressionskräfte, Verbesserungen der Lebensbedingungen in Euskadi, Vorzug für das Euskara gegenüber dem Castellán, ein echtes Autonomiestatut.

Das Regionalparlament ist nicht in der Lage, diese Forderungen gegenüber der Zentralregierung durchzusetzen, teils, weil es am Willen, teils, weil es an den Möglichkeiten fehlt. ETA, unterstützt von HB und der Mehrheit der Bevölkerung, will deshalb mit der Zentralregierung über ihre Forderungen verhandeln, um einen „wirklichen Frieden“ für das Baskenland herbeiführen zu können. „egin“ sieht im Wahlergebnis auch eine Unterstützung für die Verhandlungsoption. In Anspielung auf die ausgesprochen geringe Wahlbeteiligung und das bisherige Scheitern der Regionalregierung heißt es, daß sich die wirklichen Entscheidungen „außerhalb des Parlaments“ befänden. Außerhalb des Parlaments jedoch existieren bis jetzt nur die von der ETA verfochtenen politischen Verhandlungen. ■

Ch.P.

ENTWICKLUNGSPROBLEME NEUER VERSUCH IM „NORD-SÜD- DIALOG“

Anfang Oktober beendete die „Süd-Kommission“ ihre über dreijährige Arbeit. Unter dem Vorsitz des ehemaligen tanzanischen Präsidenten Julius Nyerere haben 28 Fachleute aus 'Entwicklungsländern' - einschließlich Chinas - einen Bericht verfaßt, der die aktuelle Situation auf der südlichen Halbkugel analysiert und Empfehlungen für zukünftige politische Entscheidungen entwirft.

Übereinstimmung besteht darin, daß die achtziger Jahre für die meisten 'Entwicklungsländer' ein „verlorenes Jahrzehnt“ waren - weder ein selbsttragender ökonomischer Wachstumsprozeß sei eingeleitet worden noch habe der Kampf gegen Unterernährung, Obdachlosigkeit und Analphabetentum nennenswerte Erfolge gezeitigt. Bis auf

wenige Ausnahmen - v.a. in Süd-Ost-Asien - habe die reale Entwicklung die angestrebten Ziele ins Gegenteil verkehrt:

Seit Mitte des Jahrzehnts subventionieren die Entwicklungsländer das Wirtschaftswachstum des 'Nordens' mit zuletzt real 50 Mrd. Dollar jährlich:

Um den Bericht zu diskutieren und gemeinsame Perspektiven von 'Nord' und 'Süd' zu besprechen, hatte die Evangelische Akademie und das „International Restructuring Education Network, Europe“ nach Mühlheim an der Ruhr (West-Deutschland) eingeladen. Die wesentlichen Schwerpunkte des Berichts:

Der wichtigste Aspekt ist die Abkehr von fast schon 'traditionellen' Forderungen an die 'Industrieländer', ihre 'Entwicklungshilfe' doch endlich auf 0,7 Prozent des Sozialprodukts zu erhöhen oder pauschal 'die Industrialisierung' zu fördern. Stattdessen fordert die Süd-Kommission eindringlich alle politischen Entscheidungsträger auf, sich auf das soziale wie individuelle „Wohlbefinden“ der Menschen zu konzentrieren.

Dies schließe zwar die Beschleunigung von wirtschaftlichen Wachstumsprozessen durchaus ein, aber wirtschaftliches Wachstum alleine reiche keinswegs aus, den vielfältigen Bedürfnissen der Menschen entgegenzukommen; vielmehr müsse eine breite „aktive Teilnahme“ von Betroffenen sowie wirklich „demokratische Kontrolle“ von Entscheidungen gewährleistet sein. In diesem Sinn richtet sich der Bericht besonders an Politiker in der „3. Welt“. Sie sollten oppositionelle Basisbewegungen weniger als 'Bedrohung' bestehender Strukturen betrachten, sondern vielmehr als unmittelbaren Ausdruck gesellschaftlicher Bedürfnisse.

Anders als beispielsweise der Entwicklungsbericht der Weltbank, versuchen die Autoren der Süd-Kommission die konkreten Interessen der Menschen zu berücksichtigen: Appelle und Zwangsmaßnahmen zur Steigerung und Effektivierung der Lebensmittelproduktion seien letztendlich „kontraproduktiv“ gewesen - nur attraktive Anreize für die Bauern könnten zu dauerhaftem Erfolg führen.

Das Kapitel über die „Entwicklung menschlicher Ressourcen“ betont „Bildung“ als universelles Menschenrecht. Auf diesem Gebiet

seien zwar Fortschritte erzielt worden, wenn auch der Anteil der SchulabbrecherInnen - wegen zunehmender Armut - in den 1980er Jahren angestiegen sei. Dennoch sei es durchaus realistisch, daß bis zum Jahr 2000 in vielen Entwicklungsländern 75 Prozent aller Jugendlichen eine höhere Schule besuchen könnten.

Erst auf der Grundlage einer breiten Grund- und Oberschulbildung bestünden Chancen, auch im Bereich von Wissenschaft und Technologie die Abhängigkeit von den 'entwickelten' Industrienationen zu verringern oder eigene Kapazitäten im Bereich „Forschung und Entwicklung“ aufzubauen. Die sei jedoch unumgänglich, da das bloße Nachahmen und Hinterherhecheln hinter nördlichen Lebensgewohnheiten das Überleben der Menschheit insgesamt bedrohen.

Trotz der selbstkritischen Einschätzungen aus dem Süden und der angestrebten Rückbesinnung auf eigene Kräfte der 'Entwicklungsländer' bezeichneten DiskussionsrednerInnen den Bericht der Süd-Kommission eher als ein „Dokument der Ohnmacht“. Die Hervorhebung individueller wie politischer Menschenrechte sei zwar zu begrüßen, aber es blieben doch mehr Fragen offen, als beantwortet würden: Gerade die jüngsten Entwicklungen in Osteuropa zeigen, wie sich Menschen von totaler Bevormundung befreien könnten; daraus folge aber noch keineswegs, daß nun der Weg freigebracht sei für eine selbstbestimmte 'Entwicklung' in Würde und Partnerschaft. Vielmehr bestehe große Gefahr, daß die 'Völker des Ostens' die Erfahrungen 'des Südens' erst noch machen werden. Der gewaltige 'Nachholbedarf' Osteuropas (von Afrika, Asien, Lateinamerika aus betrachtet, auch 'im Norden' gelegen!) provozieren einen verschärften Konkurrenzkampf um finanzielle und technologische Ressourcen. Opfer dieses weltweiten Krieges um Finanzmittel, Investitionen und Marktanteile werden, wie schon bisher, die Schwächsten und Ärmsten sein.

Deutlich sichtbar wird das Dilemma der weniger entwickelten Welt in den schleppenden Verhandlungen über den internationalen Warenverkehr (Uruguay-Runde des GATT) oder über den „Handel mit Dienstleistungen“: Auf der einen Seite blockieren Industriestaaten - allen

voran Deutschland (West)! - die Einfuhr von Agrarprodukten aus Entwicklungsländern, auf der anderen müssen Betriebe im Süden technische Service-Leistungen aus dem Norden teuer bezahlen, um hochmoderne Produktionsanlagen vor dem Total-Ausfall zu bewahren. Ein Diskussionsredner nannte den „Handel mit Diensten“ gar einen „konstituierenden Faktor der Schuldenkrise“: Indem Menschen aus dem Süden im Norden „Dienste leisten“, trügen sie zur Steigerung der dortigen Industrieproduktion bei - die zusätzlichen Produkte würden exportiert. Wegen der hohen 'Arbeitsproduktivität' im Norden seien diese Produkte aber in jedem Fall erheblich teurer, als alle 'Gastarbeiter' aus dem Süden zusammengekommen im Norden jemals verdienen könnten.

Heftige Kontroversen löste ein Diskussionsbeitrag aus, der die zunehmenden Umweltschäden in der „3. Welt“ als Folge relativer 'Überbevölkerung' begriff. Die Opfer der (Welt-)Krise werden so unterschwellig zu den Schuldigen undefiniert. ■

Werner Gölitzer

SOWJETJUDEN NACH PALÄSTINA AUS OPFERN WERDEN TÄTER

Zu Hause werden sie von antisemitischen Organisationen unter Druck gesetzt, als Auswanderer Richtung Palästina für zionistische Aussiedlungspolitik instrumentalisiert. Die sowjetischen Juden, Opfer in Moskau, werden in den von Israel besetzten Gebieten zu Tätern.

Während in Moskau die Beamten auf die Äcker verschickt werden, um die Ernte einzufahren und die Stadt somit vor einem Hungerwinter zu bewahren, werden im Hamburger Hafen von Studenten Kartoffeln in Schiffe nach Leningrad verladen, da man jetzt schon weiß, daß der kommende Winter in Leningrad für viele Menschen Hunger und Kälte bringen wird. Selbst die Versorgung der Bevölkerung mit dem Nationalgetränk Wodka scheint problema-



Foto: Contrasts/E. Bönkel

Sowjetische Emigranten mit ihrem Lada in der Negev-Wüste: Israel ist nur bedingt freiwillig gewähltes Ausreiseziel

tisch geworden zu sein. Ein Polizeioffizier in Moskau hat erst neulich vor Aufständen gewarnt, die ein etwaiger Versorgungsengpaß bei der Volksdroge Nummer eins auslösen könnte. Gepaart mit den schwelenden Nationalitäten-Konflikten und den Autonomiebestrebungen einzelner Republiken ergeben sich innenpolitische Spannungen, die mittlerweile die Grenzen einer freien Wirtschaft deutlich machen. Gemäß der Krise in der Sowjetunion nimmt die Zahl derer rapide zu, die auf diese schwierigen Probleme besonders einfache Lösungen parat haben. Eine der einfachsten Antworten auf die innenpolitischen Probleme ist der Slogan: Juden raus! Besonders offen vertritt diese Forderung in der Sowjetunion eine Gruppe: Pamjat. Zwar sind diese rechten Zaristen und orthodoxen Christen zahlenmäßig noch nicht besonders stark, aber sie schrecken zum Beispiel nicht davor zurück - wie unlängst in Moskau geschehen -, einen Schriftstellerkongreß mit Parolen wie „Tötet die Juden“ zu stürmen. „Jeder Jude hier bekommt den Antisemitismus zu spüren. Nachbarn in meinem Haus und Leute, die meine Freunde waren, bezeichneten mich, wenn sie über mich sprachen als 'Der Jude'. Zwar hat mich niemals jemand körperlich angegriffen. Auch hat mich niemand aus meinem Job geworfen, aber ständig bin ich mit 'Der Jude' konfrontiert worden“, erzählt Yuri Levy. Er ist einer von 25.000 Sowjetjuden, die für sich die Konsequenz zogen und im ersten Quartal dieses Jahres nach Israel emigrierten.

Die hohe Zahl jüdischer Emigranten aus der Sowjetunion ist aber nicht nur eine Folge zunehmenden Antisemitismus', sondern auch eine Folge geänderter Einreisebestimmungen für jüdische Emigranten in westliche Länder. Besonders hervorzuheben haben sich dabei die USA und die BRD. So können die Emigranten nur noch im Zuge einer Familienzusammenführung in die USA einreisen. Und die BRD hat erst im September die Konsulate in der Sowjetunion angewiesen, bis auf weiteres Aufnahmeanträge jüdischer Bürger „nicht weiter zu bearbeiten“. Eine durchaus delicate Anweisung, wenn man weiß, daß offizielle Stellen in der BRD - mit und wegen der Rücksicht auf die Geschichte - keine Gelegenheit ausließen, Juden aufzufordern, sich wieder in der BRD anzusiedeln. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem die Zahl der potentiellen Immigranten sprunghaft ansteigt. In einer „aktuellen Stunde“ zum Thema im Deutschen Bundestag meinte dann auch ein Abgeordneter der CDU: Es dürfe „zu keiner Konkurrenzsituation mit Israel kommen“, die Bundesrepublik müsse „auf Israels Einwanderungspolitik Rücksicht nehmen“. Wieviele Juden es denn nun sein dürften, ist bis heute ungeklärt. Auch wenn aus Bonn bekannt wurde, man plane, 3.000 sowjetische Juden in den kommenden fünf Jahren aufzunehmen. Bevor die Einreisebestimmungen von BRD und USA in Kraft traten, waren es nur zehn Prozent aller sowjetisch-jüdischen Emigranten, die direkt nach Israel wollten.

Daß es heute so viele sind, die nach Israel auswandern, ist unter anderem auf ein Abkommen zurückzuführen, das beim Reagan-Gorbatschow-Gipfel am 8. Dezember 1987 geschlossen wurde. Unter dem Titel „Einhaltung der Menschenrechte“ in der Sowjetunion wurde damals nicht nur die Genehmigung von Ausreiseanträgen jüdischer Sowjetbürger verlangt, sondern auch eine Garantie, daß diese Menschen nach Israel emigrieren. Dementsprechend wurde festgelegt, daß nicht wie bislang in Wien oder Rom die Flugzeuge einen Zwischenstop einlegten - was viele der Passagiere als Gelegenheit nutzten, um ihr bisheriges Reiseziel Israel abzuändern -, sondern in Bukarest, wo der damalige Diktator Ceausescu dafür gerade stand, daß auch alle Passagiere weiterflogen - nach Israel.

Danach erreichte die Zahl der sowjetisch-jüdischen Emigranten erstmalig nach Gründung des Staates Israel die Zehntausender-Marke.

US-Gelder für zionistische Aussiedlungspolitik

Die Einreiselage gegenüber jüdischen Sowjetbürgern kompensiert der Westen mit materiellen Hilfeleistungen an Israel. Allein die USA haben im ersten Halbjahr 1990 ein Budget von 100 Millionen US-Dollar in Form zweckgebundener Spenden amerikanischer Organisationen und Konzerne an Israel überwiesen. Bestimmt sind diese Gelder für russische Emigranten. Zusätzlich wurde noch ein Notfonds für den gleichen Zweck eingerichtet, der sich über 420 Millionen US-Dollar erstreckt. Es ist wohl auch weniger das Geld, was der israelischen Regierung Sorgen macht, konnte sie doch bislang immer davon ausgehen, daß Geldüberweisungen und Waffenlieferungen großzügig und prompt erfolgten. Die offiziellen Subventionen von seiten der USA belaufen sich für das Jahr 1990 auf 4 Milliarden US-Dollar. Wobei hier Waffenlieferungen noch nicht mit eingerechnet sind, Kopferbrechen bereitet der israelischen Regierung eher die Tatsache, daß ein Großteil der sowjetischen Einwanderer Israel als Sprungbrett in die USA nutzten. Sodaß Israel sich veranlaßt sah, den neuen Bürgern großzügige Kredite für eine Existenz-

gründung zu überlassen, die allerdings im Falle einer Auswanderung aus Israel zurückgezahlt werden müssen.

Schon einmal hatte Israel auf die sowjetische Personalhilfe zurückgegriffen. Als Israel 1982 seinen dritten Krieg gegen den Libanon führte, brachte dies neben den verheerenden Verlusten bei den Libanesen und Palästinensern auch schwere Verluste auf Seiten der israelischen Armee mit sich. Den Mangel an Soldaten versuchte man damals mit der Anwerbung sowjetischer Juden wieder wett zu machen. Vorteil dieser Aktion war, daß sämtliche Angeworbenen eine militärische Ausbildung genossen hatten, die es ihnen ermöglichte, mit den erbeuteten sowjetischen Waffen umzugehen. Sie waren sofort einsetzbar für die kriegerischen Interessen Israels.

Die hohen Zahlen jüdischer Einwanderer bleiben nicht ohne Folgen gegenüber der arabischen und palästinensischen Bevölkerung. So steigt die Arbeitslosigkeit stetig, und die neuen Arbeitskräfte verdrängen die Palästinenser aus ihren Jobs. Die Arbeitslosigkeit in den besetzten Gebieten beträgt unter der palästinensischen Bevölkerung jetzt schon über 20 Prozent. Wichtig sind die jüdischen Arbeitskräfte auch deshalb, weil seit Beginn der Intifada 1987 die Palästinenser häufig mit Generalstreiks auf militärische Aktionen der israelischen Armee reagieren und damit das öffentliche Leben erheblich stören.

Immer mehr osteuropäische Einwanderer werden bevorzugt in palästinensischen Dörfern und in Teilen der Westbank angesiedelt, was zu erhöhten Spannungen führt. Zusätzlich hat die israelische Regierung in der arabischen Altstadt von Jerusalem 10.000 Wohnungen für jüdische Emigranten bereitgestellt, die nicht nur eine Provokation gegenüber der dort lebenden arabischen Bevölkerung darstellen, sondern auch Zwangsevakuationen nach sich ziehen.

Diese administrativen Maßnahmen sorgen in Israel für jenes Klima, welches wohl nicht zuletzt Ursache für Massaker an der palästinensischen Bevölkerung ist, wie zum Beispiel jenes, das vor zwei Monaten auf dem Tempelberg in Jerusalem für 20 Tote sorgte. ■

Andreas Herzau

GENTECHNOLOGIE REIHENUNTERSUCHUNG = LANGFRISTIGE KOSTEN- ERSPARNIS

Von 11. bis 14. Oktober fand in Zürich ein internationales Treffen des feministischen Netzwerkes FINRRAGE* statt. Mit einem Video des letzten Zusammenkommens der streitbaren Technikritikerinnen in Bangladesh wurde die Diskussion um Stand und Widerstand bezüglich neuer Fortpflanzungs- und Gentechnologien eingeleitet.

Erstmals beteiligten sich Frauen aus Polen, Ungarn und der ehemaligen DDR. Ihre Beiträge bezogen sich auf die massiven Angriffe auf bestehende Abtreibungsregelungen und auf die kaum vorhandene öffentliche Diskussion über Gen- und Fortpflanzungstechnologien. In Anknüpfung daran wurde über die auch im österreichischen Wahlkampf heiß umstrittene Abtreibungspille RU 486 debattiert. Den meist so polarisierten und ideologisch eng geführten Auseinandersetzungen zwischen konservativen Lebensrettern und progressiven Selbstbestimmern wurden grundsätzliche Fragestellungen hinzugefügt: Bietet ein neues pharmazeutisches Produkt eine akzeptable Lösung für die Problematik des Schwangerschaftsabbruches?

Führt diese scheinbar leichtere Methode nicht zu einer noch grösseren Individualisierung der Abtreibung? Ist die Möglichkeit der prophylaktischen Verwendung von RU 486 ('Pille danach') nicht ein weiterer Anlaß, sich der Geschlechterkonfrontation auf Kosten der Gesundheit der Frauen zu entziehen? Nicht zuletzt wurden die mangelnden Informationen über Wirkung und Nebeneffekte des Produktes beklagt.

Die neuesten Rechenkünste der Fachdisziplin Gesundheitsökonomie boten abgründige Einblicke in Kosten-Nutzenanalysen staatlicher Gesundheitspolitik. Zwar ist der finanzielle Aufwand für künstliche Befruchtungstechniken extrem



Foto: Agathe Bieri

Internationales Treffen des feministischen Netzwerkes FINRRAGE in Zürich

hoch, und diese nehmen im staatlichen Gesundheitsservice eine untergeordnete Rolle ein; in Verbindung mit vorgeburtlichen Untersuchungen sowie Genanalysen und -therapien gewinnen neue Fortpflanzungstechniken jedoch zusehends Bedeutung für langfristige Kostenersparnis. Nach dem Motto 'Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen' käme eine Reihenuntersuchung sämtlicher schwangerer Frauen über 35 billiger als die Pflege eventuell behinderter Kinder; zusätzlich werden die Diagnostikmethoden selbst immer einfacher: Sobald die Trennung von weiblichen und fötalen Zellen gelingen wird (Fötal-Zellen sind überall im Blut einer Schwangeren vorhanden), können pränatale Untersuchungen mittels einer Blutabnahme der Frau durchgeführt werden. Eine billige Methode, die zur Routine jeder Schwangerschaftsvorsorge werden kann. Wie sich auch am Beispiel Österreichs zeigt, werden künstliche Befruchtungstechniken (Retortenzeugung) auf Grund des hohen technischen und finanziellen Aufwandes nur familienideologisch beschränkt von Seiten des Gesetzgebers forciert. Pränatale Diagnostik und humangenetische Beratung werden hingegen als Vorsorgemaßnahmen gefördert.

Zum Abschluß des Schweizer FINRRAGE-Treffens wurden die wichtigsten Themenschwerpunkte für den nächsten internationalen Kongreß in Rio de Janeiro/Brasilien vorgeschlagen:

— 500 Jahre Kolonisation sind der Aufhänger für eine Analyse von Bevölkerungsprogrammen und neuen Formen des Rassismus in Zusammenhang mit internationalem

Organ-, Embryo- und Gametenhandel.

— Die Medikalisierung des weiblichen Lebens sowie gemachte Unfruchtbarkeit etwa durch Verhütungsmittel oder den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft.

— Die „Dritte Welt“ als Experimentierfeld für neue Fortpflanzungs- und Gentechniken.

Kurzum, die alten Abhängigkeiten und die gleichen Proteste. ■

*Feminist International Network of Resistance to Reproductive and Genetic Engineering

Aurelia Weikert und
Johanna Riegler

PHILOSOPHIE AUFKLÄRUNG UND AB- KLÄRUNG

Vom 18.-21. Oktober 1990 fand das Internationale Günther-Anders-Symposium der Stadt Wien statt. Wir haben uns dort umgesehen.

Günther Anders lebt seit Jahrzehnten in Wien, arbeitet unablässig am dritten Band seines Hauptwerkes „Die Antiquiertheit des Menschen“, dessen Vorabdruck im FORVM nachzulesen ist. Er ist zweifellos einer der bedeutendsten noch lebenden Philosophen, wenn nicht der bedeutendste. Und doch war und ist er ein Geheimtip.

Der 88jährige Anders selbst ist für

öffentliche Auftritte nicht mehr zu haben. Er war so nur mittelbar anwesend. Per Tonband bekräftigte der Angesprochene seine Thesen und hielt auch seinen Aufruf zur Gewalt aufrecht. Die Reaktionen darauf benannte er als das, was sie waren - armselig.

Gab es in der Bundesrepublik über diese Frage zumindest noch eine etwas ausführlichere Debatte in der auslaufenden Friedensbewegung, so ging diese Provokation Anders' in Österreich ihren üblichen Untergang. Außer einigen wenigen Artikeln im nachnenningschen FORVM, die sich mit seinem Aufruf kritisch auseinandersetzten, fand da gar nichts statt. Anders' Anschläge ließen das heimische Publikum kalt. Es ist daher nicht richtig, wenn Rudolf Burger, der das Symposium mit seinem Referat „Die Philosophie des Aufschubs“ einleitete, meinte, daß Anders nicht verdrängt, sondern, im Gegenteil, popularisiert, von vielen kleineren Geistern abgeschliffen worden ist. Sicher, kaum ein Autor eignet sich so als Stichwortgeber oder zur scheibchenweisen Ausbeutung der Zitate, doch darf dies nicht mit seiner öffentlichen Wirkung verwechselt werden. Anders hat kaum öffentliche Wirkung. Leider, aber dem ist so. Nicht nur den Dümsten sagt sein Name nichts. Unbekannter als Günther Anders heute ist, kann er - der substantielle Wert seiner Schriften wird hier als sicher vorausgesetzt - gar nicht mehr werden.

Aufgabe des Symposiums hätte so unserer Ansicht nach eine Ein- und Ausführung sein sollen. Das Symposium diene aber doch weniger der Aufbereitung oder Aufarbeitung des Andersschen Gedankenguts denn der Abgrenzung. Es wurde weniger darauf Wert gelegt, die Entwicklung der Andersschen Gedanken begreifbar zu machen, in ihrem historischen und persönlichen Kontext nachzuzeichnen, als zentrale Axiome seiner Theorie zu widerlegen.

Rudolf Burger etwa, den wir hier stellvertretend herausgreifen wollen, machte sich über die wichtigste These in Anders „Philosophie der Bombe“ her, indem er verneinte, daß die Menschheit in einer Endzeit lebe. Zu vermuten sei eher - so Burger - ein Grauen ohne Ende, mit und ohne Atomkatastrophe. Grauenhaft seien bloß partielle, nicht totale Katastrophen.

In Zusammenhang mit den Andersschen Gewaltthesen warf Burger Anders „spontaneistischen Voluntarismus“ vor, da dieser Aufruf Handlungsträger unterstelle, die es laut der Andersschen Theorie - dieser spricht von 'genudelten' Menschen - gar nicht mehr geben dürfte. Burgers Einwände sind so unplausibel nicht. Auch wenn der Mensch sich in die Barbarei bomben sollte, so ist er doch als Gattungswesen unausrottbar, ganz einfach nicht zu beseitigen. Die Menschen mögen heute gefährdet sein, die Menschheit ist es nicht. Das kollektive Ende bedroht wirklich niemanden, wo doch das individuelle so sicher ist.

Kritisch wird es allerdings dort, wo Burger seine Einwände in dem zeitgeistigen Fundamentalismus-Vorwurf gipfeln läßt, wenn er etwa von einer „Philosophie des letzten Wortes“ spricht, die keine Steigerung mehr zuließe und deutlich für eine „Befreiung der Moral aus erpresserischer Umklammerung“ plädiert.

Anders' Theorie verlangt nach einer gesellschaftlichen Praxis. Praxis, die jedenfalls mehr ist als ein Happening oder ein Symposium, wo Gelehrtheit oft in die Leere des Geschwätzes mündet (besonders wenn man das Publikum ranläßt). Das mag heute oft belächelt, doch sollte es nicht so abgetan werden wie auf dieser Veranstaltung.

Günther Anders war, solange er konnte, immer aktiv, stellte sein Wissen verschiedensten Bewegungen zur Verfügung. Auch mit 88 ist er noch auf der Suche. Was schlimmer ist, er ist so ziemlich alleine und einsam auf dieser Suche. Da gibt es keine Weggefährten, d.h. auch solche nicht, die vor Abwegen warnen könnten.

Da mag Rudolf Burger noch so ein heller Kopf sein, nach der Aufklärung verfällt er unweigerlich in die Abklärung. Das Konkrete seiner Anders-Kritik relativiert sich am allgemeinen Sermon seiner Schlußfolgerungen, die somit eigentlich keine sind. Nicht, daß Burger ohne Alternativen ist - auch Anders gibt ja zu, daß seine Überlegungen und Aufforderungen möglicherweise nicht stimmen, ja er hofft sogar, daß vieles, was er behauptet, nicht eintritt -, ist schlimm, sondern der vermittelte Eindruck, es bräuchte solche gar nicht mehr zu geben. Der Fundamentalismusvorwurf, die „Angst vor dem Leuchten der

Augen der Propheten“, runden dann das Bild nur noch ab. Das ist nicht mehr aufklärerisch, sondern bloß noch abendländisch.

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt darauf an, sie zu verändern“, schrieb Karl Marx 1845 in seinen berühmten „Thesen über Feuerbach“.

Daran anschließend meinte Günther Anders im Motto seines zweiten Bandes der „Antiquiertheit“: „Es genügt nicht, die Welt zu verändern. Das tun wir ohnehin. Und weitgehend geschieht das sogar ohne unser Zutun. Wir haben diese Veränderung auch zu interpretieren. Und zwar, um sie zu verändern. Damit sich die Welt nicht weiter ohne uns verändere. Und schließlich in eine Welt ohne uns.“

Die referierenden Philosophen wurden - so unser Eindruck - kaum dem von Anders konstatierten Anspruch gerecht, ja die meisten fielen selbst noch hinter Marxens These zurück.

Die Interpretation der Welt macht ja schlußendlich nur dann einen Sinn, wenn man in ihr Funktionieren bewußt eingreifen kann.

Was gibt es noch zu sagen? Über Günther Anders zu schreiben, ist schwierig. Über ihn zu reden auch. Ihn zu lesen wird empfohlen. Es lohnt. ■

Franz Schandl

VALIE EXPORT GLÄSERNE PAPIERE

Der Name VALIE EXPORT (in Versalien als künstlerisches Konzept

und Logo geschrieben) ist kennzeichnend für die junge aufrührerische Avantgarde der späten 60er Jahre, für den Bruch mit den Projekten und Utopien der Moderne.

Angriffspunkt war der elitäre Kunstbegriff der Nachkriegszeit, der Mythos des ästhetischen Kunstwerks. Zunehmend von der industriellen und medialen Massenkultur bedroht, stand neben dem idealistischen Konzept die Figur des (männlichen) Meister-Künstlers auf dem Spiel.

VALIE EXPORTs Arbeit reicht von Performance, Aktion, Zeichnung, Objekt, Installation über den Einsatz verschiedener Medien wie Fotografie, Film, Video bis hin zur Organisation von Ausstellungen und Symposien sowie zu theoretischen Publikationen.

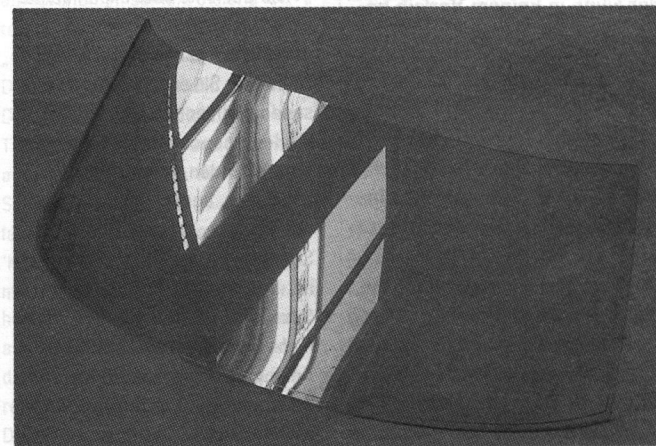
Vielseitigkeit ist eine wesentliche Komponente ihrer Persönlichkeit, wobei der Einsatz des Körpers einer der Hauptaspekte ihres künstlerischen Schaffens ist.

EXPORTs neue Arbeiten „Windshields“ sind im Kontext einer Rückkehr zum Bild, aufbauend auf den Errungenschaften der Aktions-, Performance- und Konzeptkunst zu sehen.

Das fotografische Portrait einer Frau überzieht, in sechs Teile zerlegt, die Oberfläche von sechs Windschutzscheiben, die im Raum installiert sind. Architektonische Elemente sind mit dem Gesicht - es ist das der Künstlerin selbst - eine bizarre Metamorphose eingegangen. Die Grenze zwischen Körper und Objekt nicht mehr nachvollziehbar, entsteht ein Effekt der Monströsität; Assoziationen an gefährliche Innenräume. Angstphantasien.

„Mit der Übertragung dieses in Fragmente zerlegten Bildes auf

Fragmentierte Bilder in Valie Exports Ausstellung „Gläserne Papiere“



Windschutzscheiben verknüpfte EXPORT die Verführungsmacht der Medien mit einem zweiten Topos der technologiegläubigen Massenkultur, mit dem Auto, das sein futuristisches Versprechen von individueller Freiheit und Mobilität heute nicht mehr einzulösen vermag. Durch die ästhetische Organisation von „Windshields“ - die transparenten Windschutzscheiben mit den fragmentierten Bildern erinnern an die Zelluloidkader eines Filmstreifens - verbindet sie den durch die Technologie des Autos konditionierten Blick des Autofahrers strukturell mit dem der Filmkamera.

Was für „Windshields“ gilt, trifft generell für EXPORTSs Werk zu: Sein emanzipatorisches Potential liegt in der analytischen und dekonstruktiven Auseinandersetzung mit den Medien, die zu erkennen gibt, daß es keine 'Befreiung' für das (weibliche und männliche) Subjekt jenseits der Repräsentationssysteme geben kann. Die Strategie der Künstlerin zeigt hingegen, daß es darum geht, die Ambivalenz der weiblichen Position innerhalb des visuellen Systems als Konflikt vorzuführen und die Mechanismen von Faszination und Verführung sinnlich bewußt zu machen. ■

Silvia Eiblmayr

FILM DIE SCHWEIZER- MACHERINNEN

Einen repräsentativen Querschnitt über weibliches Film-schaffen in der Schweiz zeigte die von Linda Christanell zusammengestellte Filmreihe „Erotische Symbole - Weiblicher Blick“. Da sich die Mehrzahl der Filme in keinem Verleih befindet, bot die Präsentation vom 9.-15. November im Wiener Votiv-Kino eine einmalige Gelegenheit, sich mit dem Filmschaffen von vier Schweizer Filmemacherinnen auseinanderzusetzen.

So unterschiedlich die einzelnen Beiträge sein mögen, eines ist ihnen gemeinsam: Sie thematisieren alle eine - jeweils individuell gefärbte - neuartige Filmsprache über Erotik mit Symbolen. Diese Visuali-

sierung von Erotik und sexueller Phantasien jenseits einer plumpen Abbildungstechnik, wie sie das herkömmliche Männerkino gern praktiziert, war für Linda Christanell ausschlaggebender Impetus zur Organisation dieser Filmreihe:

„Für mich ist Erotik, da sie bis jetzt männlich determiniert war, von Frauen nur durch Verschleierungsfaktoren darstellbar, durch Rhythmus, Lichtblinken, Blitzen der Gegenstände kann eine erotische Situation in ihrem Aufbau gezeigt werden. Der Aufbau der erotischen Situation ist für mich das einzig interessante und gesellschaftskritische, da wir in einer Leistungsgesellschaft leben, in der es immer nur um den Endpunkt geht, bei Telefonsex, Heimvideo, wo du nur zu Hause sitzt und wachst. Dort ist die Einsamkeit, aber auch in der gefesselten Frau im SM-Film.“

Die Darstellung eines nackten Körpers - speziell eines weiblichen - ist bereits so mit Bildern behaftet, die wir alle aus Gebieten wie der kommerziellen Werbung oder der Pornographie kennen, daß sich Linda Christanell nur mehr eine „Vermeidungstaktik der üblichen Bilder zur Visualisierung von Erotik“ vorstellen kann.

Die in China geborene Literaturwissenschaftlerin und Filmemacherin Christine Noll Brinckmann führte in ihrem Vortrag „Zur Sexualität der Farbe im Experimentalfilm“ einen anderen Code jenseits gängiger Parameter für weibliche Sexualität im Experimentalfilm an, indem sie anhand der Verwendung von Farbe eine weibliche Ästhetik zu entwickeln versucht. Sie verweist auf den möglichen Zusammenhang zwischen dem nicht-binären Wesen der Farben, deren Vielfältigkeit und nicht-hierarchische Verzweigung und der damit korrespondierenden weiblichen Erfahrung:

„Viele Gedichte oder Experimentalfilme lassen sich am besten anhand ihrer rhythmischen Entwicklung beschreiben: Sie entfalten sich in fließenden, atmenden, sich wiederholenden, beschleunigenden, verschmelzenden, hektischen, abrupten, zähen, aggressiven oder sanften Kurven. Innerhalb solcher Strukturen brauchen keine sexuellen Szenen vorzukommen, um das Sexuelle zu beschwören. Es geht nicht um Simulation, sondern um Analogie. Weniger die Gegenstände, die im Bild erscheinen, stiften eine libidinöse Haltung zu allem,

was gezeigt wird: Der intensive, obsessive Umgang mit sinnlichem Material erzeugt eine Steigerung und Akzentuierung bestimmter Eigenschaften, löst sie von der Realität und verbindet sie zu neuen physischen und formalen Systemen. All dies ist dem Sexuellen eng verwandt.“

Dementsprechend sind die Filme von Christine Noll Brinckmann - Inhaberin des ersten Lehrstuhls für Filmwissenschaft an der Universität Zürich - durch eine durchstrukturierte Farbkomposition gekennzeichnet. „Stief“ ist ein weitgehend abstrakter Film über die Energie der Farbe, dargestellt am Beispiel von Gartenblumen (hauptsächlich Stiefmütterchen). Diese werden mit diversen Objekten zu künstlichen Tableaus arrangiert, um den Gegensatz zur botanischen Realität zu zeigen. Fotografischer Abbild-Realismus versus kontrollierte Komposition. „Die verschiedenen Formen und Farben der Pflanzen sind nach den Gesetzen der Komplementarität kombiniert und scheinen einer Bedürfnisstruktur zu folgen, sich geradezu gegenseitig herbeizuwünschen.“

In den beiden thematisch zusam-

Gramann - die Hauptrolle. In beiden Filmen geht es um Kleidung und Selbstdarstellung, kreativen Narzißmus und seine emotionale und formale Verarbeitung im Film.

„Der Vater“ ist eine Bestandsaufnahme einer autobiographischen, libidinösen Vater-Tochter-Beziehung anhand einer filmischen Collage. (Noll Brinckmann hat sich den Familiennamen ihres Vaters - Dr. Noll - als zweiten Vornamen einverleibt.)

Sie bearbeitet in diesem Stummfilm vorgefundenes Material: Authentisches SW-Material, das ihr Vater als Arzt in China, als Forscher und Amateurfilmer in den 30er Jahren drehte. Der Vater tritt selber als Akteur auf, hat neben der Inszenierung seiner Sicht von der Welt immer wieder auch sich in Szene gesetzt. Das von der Filmemacherin hinzugefügte, neu gedrehte Material ist farbig. Auf diese Weise hat „die Tochter die väterliche Inszenierung uminszeniert. Dabei verweigert sich der Film dem Entweder/Oder, Abrechnung mit dem Vater oder Hommage an ihn zu sein. Er kritisiert die patriarchalen Verhaltensweisen vehement, macht das Maskuline als Struktur

aus Linda Christanells Film „Aline Carola“, 1990



Foto: Linda Christanell

mengehörenden Filmen „Dress Rehearsal & Karola 2“ nähert sich Brinckmann der kinematographischen Abbildung weiblicher Sexualität auf ironisch-narzißtischer Ebene: „Dress rehearsal & Karola 2“ sind „Versuche zu einer lesbischen Kultur, oder zu einer nicht mehr durch die Männer bestimmten Frauenrolle“, schreibt die Filmtheoretikerin und „Frauen und Film“-Herausgeberin Heide Schlüpmann. Übrigens spielt in beiden Filmen eine Mitherausgeberin von FUF und ihres Zeichens ebenfalls hochkarätige Filmwissenschaftlerin - Karola

sichtbar und ist gleichzeitig Ausdruck größter Zärtlichkeit der Vater-Gestalt gegenüber.“

Christanells Kurzfilm „Fingerflächen“ erzählt von Dingen als Obsessionsträgern und Fetischen und ist die filmische Aufbereitung einer Performance in den 70er Jahren auf der Kunstmesse in Bologna. Damals fertigte Christanell in einer Kooperative mit Renate Bertlmann taktile 'Kunstwerke' aus Latex an, die zum Drücken, Angreifen oder Anziehen anregen sollten. Die von der Kunstrichtung der Malerei kommende Linda Christanell zeigte wei-

ters ihren neuesten, soeben bei den Welser Filmtagen gezeigten Film „Aline Carola“; die Kamera und ein Paar edle Schuhe aus den 20er Jahren, Marke „Paradies“, finden sich zu einem flotten Tango. während des vom Tango-Rhythmus getragenen Films sprengen die Schuhe den Bildrahmen und treten gegen die Zuschauerin.

Die Filmemacherin und Fotografin Cléo Übelmann war in dieser Filmreihe mit dem Schwarz/Weiß-Film „Mano Destra“ vertreten. In „Mano Destra“ werden zwei bewußt stilisierte Frauenfiguren in einem durch Machtsymbolik dominierten Raum situiert. Die Darstellung der S/M-Beziehung vermittelt nicht die Illusion eines belebten, sondern die Wirklichkeit eines zu belebenden Körpers.

Die vierte im Bunde ist die in Zürich lebende Filme- und Videokünstlerin Isa Hesse-Rabinovitch. Von ihr liefen insgesamt vier Streifen in der Filmreihe. „Sirenen-Eiland“ vermengt Bilder der vier Elemente Feuer, Erde, Luft und Wasser mit Spielszenen von Frauen aus dem Pariser und New Yorker Nachtleben. Im Mittelpunkt steht die Schlangentänzerin Rosita Rayas, die noch vor Beendigung des Filmes unter mysteriösen Umständen ums Leben kam. Hier setzt der nächste Film, „Schlangenzauber“, an. Er beschäftigt sich mit psychoanalytisch interpretierbaren Symbolen wie etwa dem sinnbildlich verwendeten Schlangensymbol.

Beendet wurde die informativ zusammengestellte Filmreihe mit dem musikalisch-poetischen Zeitdokument Hesse-Rabinovitchs: „Geister und Gäste“ - Szenerie: Die Ruine des „Grand Hotel Brissago“ ... ■

Sabine Perthold

FILM VIEL GLÜCK, JEAN-LUC!

Godard wird 60.

Seit vier Jahrzehnten schreibt, spricht und monologisiert Jean-Luc Godard über den Film, das Sehen, Schauen und Begreifen der Bilder, die dunklen Räume und das Licht, all die Beziehungen der Liebe und des Scheiterns. Über Godard und

die Welt, mit einem Wort: das Kino. Und vor drei Jahrzehnten wurde er gleich mit seinem Debutfilm schlagartig berühmt, avancierte bald zu einem der 'Klassiker' der „Nouvelle Vague“ des französischen Kinos: „Außer Atem“ brach frech mit alten Sehgewohnheiten und spuckte gleichsam Papas Kino ins Gesicht. Kurioserweise blieb bis dato „Außer Atem“ der einzige Film Godards, der im herkömmlichen Sinn finanziell erfolgreich war und ein Vielfaches seiner Herstellungskosten einspielte. Kinofilme wie „Alphaville“ (1965), „Pierrot le Fou“ (1965) oder selbst die Großproduktion „Le Mépris“ (1963, „Die Verachtung“) mit Brigitte Bardot brachten zwar abwechselnd Kritikerlob und Kritikerschelte, aber Godard entfernte sich mehr und mehr von dieser Art des immer noch kommerziell orientierten Films, um schließlich 1968 einen Bruch zu vollziehen.

In den siebziger Jahren zog sich Godard in die Schweiz zurück, gründet gemeinsam mit Anne-Marie Miéville die Produktionsfirma „Sonimage“ und arbeitet hauptsächlich mit Video und fürs Fernsehen. Mit „Numéro Deux“ bringt er 1975 den ersten Videofilm heraus, der für das Kino umkopiert wurde - das Ergebnis bleibt aber enttäuschend. Erst 1980 kehrte Godard wieder in den Kinosaal zurück: „Sauve qui peut (la vie)“ („Rette sich wer kann/Das Leben“) nennt er seinen „zweiten ersten Film“, und er kehrt damit auch wieder zu dem Kino der bekannten (Schauspieler-)Gesichter zurück: Isabelle Huppert, Jacques Dutronc, Nathalie Baye. Auf seiten der Kritik hat sich hierbei wenig geändert: Lobeshymnen und schroffe Ablehnung halten sich meist die Waage, und kommerziell gesehen spielen die Filme gerade wieder ihre Herstellungskosten herein. Doch Godards Filme sind andere geworden - noch immer will er das Kino von neuem (er-)finden, nun aber bereits mit einer Erfahrung von zwanzig Jahren Arbeit. Deutlich zeigt dies sein nächster Film „Passion“ (1982), zu dem er auch einen einstündigen Videofilm dreht: „Godard inszeniert 'Passion'.“ Hier faltet er sozusagen seine stets ungeschriebenen Drehbuchseiten auf und versucht, die Entstehung des Filmes a posteriori als Drehbuch sichtbar werden zu lassen, eine faszinierende Seh-Arbeit, die ein wenig Einblick gibt in die Arbeits-

weisen dieses Regisseurs. So erklärt Godard auch in einem Gespräch mit Woody Allen („Meetin' W.A.“, 1986), daß er seine Arbeitsweise dahingehend geändert habe, daß er bis zuletzt auf die Ideen warte - Allen kann hierzu nur den Kopf schütteln: Selten sah man zwei bekannte Regisseure so aneinander vorbeireden.

Mit „Prenom Carmen“ (1983) schlug Godard kräftig in die Wogen des Carmen-Mythos, zumal ohnehin bei Godard meist die Frauen die dominierenden Rollen verkörpern. Mit „Je Vous salue Marie“ („Maria und Joseph“, 1984) erregt er mit seiner Neuinterpretation der unbefleckten Empfängnis in manchen katholischen Kreisen in Paris zwar Ärgernis, aber zu einem Skandal reichte es nicht (wie etwa bei Achternbuschs „Gespenst“). „Détective“ (1985) zeigte erneut Godards alte Liebe zu den Themen des amerikanischen Film Noir, da aber Godard - anders als etwa Truffaut (beide Weggefährten hatten sich seit 1972 nichts mehr zu sagen) - keine gefälligen Hommagen dreht, wurde auch dieser Film nicht jener Erfolg, der er eigentlich hätte werden müssen.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß „Soigne ta droite“ („Schütze deine Rechte“, 1987) gar nicht mehr in die deutschsprachigen Kinos kam. Ein Besitzer eines Programmkinos erzählte mir hierzu, daß die Leute zwar immer wieder nach Filmen von Godard verlangten, aber wenn er sie im Programm habe, dann würden die Zuseher ausbleiben. Und dieses Phänomen ist tatsächlich zu bemerken: Über Godard wird mehr geredet, als seine Filme gesehen werden. Er war also erneut auf dem besten Wege, wieder im Exil der Unsichtbarkeit zu verschwinden. Heuer ließ jedoch Godard erneut aufhorchen: In seinem bislang letzten Film mit dem sinnigen Titel „Nouvelle Vague“ spielt Alain Delon die Hauptrolle. Ein Star wie Delon war für Godard wie ein Trumpf, der es ihm ermöglichte, auch mit schlechten Karten sein Spiel zu machen. Und Alain Delon leistet sich endlich wieder einmal 'Kunst', um zu beweisen, daß er mehr kann als nur eine Knarre halten. So war beiden geholfen, auch wenn die meisten Delon-Fans diesen Film meiden werden, während die meisten Godard-Fans (ein Dutzend) seufzen werden, weil

„Nouvelle Vague“ rundum ein zum Seufzen schöner Film ist. Jean-Luc Godard wird immer jünger. ■

Otto Johannes Adler

KINO GAY FILM- FESTIVAL 1990

Zum vierten Mal findet in Wien ein Internationales Schwulen- und Lesben-Filmfestival statt. Das gemeinsam vom Wiener Schikaneder-Kino und der Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien veranstaltete Festival umfaßt heuer 40 internationale Filme, darunter elf österreichische Erstaufführungen, zum Thema weibliche und männliche Homosexualität, die bei 61 Vorstellungen vom 23. November bis 13. Dezember 1990 gezeigt werden.

Aus Anlaß des Welt-AIDS-Tages am 1. Dezember wurden auch neun Streifen zum Thema AIDS ins Programm aufgenommen, darunter „Common Threads - Stories From the Quilt“, ein filmisches posthumes Porträt an AIDS verstorbener Menschen, das seinen Ausgangspunkt beim sogenannten „Quilt“ nimmt, jenem Riesenpatchwork, das sich aus tausenden Tüchern zusammensetzt, die Hinterbliebene in Erinnerung an ihre an AIDS verstorbenen Freunde hergestellt haben. Dieser Filmbericht von Rob Epstein („The Times of Harvey Milk“) und Jeffrey Friedman („Faces of the Enemy“) erhielt 1990 den Oscar für die beste Dokumentation. Weiters beschäftigt sich der französische Spielfilm „Encore - noch einmal“ (Paul Vecchiali, 1988) mit dem Thema AIDS. „Liebe im Zeitalter von AIDS“ nennt sich ein aus fünf Kurzfilmen zusammengestelltes Programm.

Weitere Schwerpunkte des Gay Filmfestivals 1990 sind zwei Retrospektiven von Filmen von Ulrike Ottinger und von/mit Walter Bockmayr und Rolf Bührmann. Darüber hinaus werden eine Reihe von selten gespielten Klassikern des lesbisch/schwulen Films gezeigt („Mädchen in Uniform“, „Der Diener“, „Ludwig II.“). ■

Kurt Krickler

Im Schikaneder Kino

Wien 4, Margaretenstr.24,

Tel. 587 02 62

Inflationswinter 1920

Wegen Streik geschlossen

Von Andrea Komlosy

45 Teile Weizen, 20 Teile Roggen, 35 Teile Mais für die Tage Sonntag, Montag, Dienstag, geben die österreichischen Tageszeitungen am Samstag, dem 4.12.1920 die



Berittene Polizei schützt Inflationsspekulanten vor Demonstranten, „Der Abend“, 9.12.1920

amtlich festgelegte Brotmischung für die kommende Woche bekannt. Um Abwechslung in den Speiseplan zu bringen, wird das Brot von Mittwoch bis Samstag aus 35 % Weizen, 25 % Roggen, 35 % Mais und 5 % Gerste gebacken. Während die alliierte Reparationskommission auf höhere Maisbeimischung drängt, hält der Wiener Bürgermeister mehr als 30 % Maisanteil für nicht zumutbar.

In den letzten 12 Monaten hat sich der Preis für den oft schwer verdaulichen 900g-Laib von 1,5 auf 6 Kronen erhöht. Das kleine Österreich, von den Kornkammern der großen Monarchie abgeschnitten, mußte mehr als die Hälfte seines Bedarfs an Getreide und Erdäpfeln importieren, noch schlechter stand es um die Versorgung mit Rohstoffen und Energie. Ohne staatliche Zuschüsse wären Brot und Getreide unerschwinglich gewesen. Die Hälfte des Staatshaushalts floß im Budgetjahr 1920/21 in die Stützung der Lebensmittelpreise, 50 Millionen Kronen täglich allein für Brot und Mehl.

Trügerische Inflation

Um diese und andere Ausgaben zu finanzieren, setzte die Regierung die Notenpresse in Gang. 1922, am Höhepunkt der Nachkriegsinflation, war 3.000mal mehr Geld im Umlauf als im Jahr 1914. Die Inflation wiederum führte zu einem Kursverfall der Krone auf dem internationalen Finanzmarkt. Die Preise für Importe, die in harter

Währung bezahlt werden mußten, stiegen daher ins Unermeßliche.

„Die Inflation war die furchtbarste Auszehrung und Entgüterung der besitzenden und verdienenden Schichten zugunsten der Besitzlosen und der öffentlichen Bedürfnisse“, resümiert die „Neue Freie Presse“ die traumatischen Erfahrungen jener, die durch die Geldentwertung um ihr Vermögen gebracht wurden. Was das renommierte Bürgerblatt nicht erwähnt, ist die dämpfende Wirkung, die die Inflation auf die erregte Stimmung der vom Krieg erschöpften und von der russischen Revolution aufgeregten Massen hatte. Die bereitwillige Betätigung der Notenpresse erlaubte die Finanzierung von Lebensmittelsubventionen, Arbeitslosenunterstützung, Beamtenbesoldung und entschärfte derart die revolutionäre Situation. An der Inflation profitierten konnten nur jene, die österreichische Waren ins Ausland verkauften.

Den Devisenerlös in Kronen umgetauscht, war der Exporteur im Inland ein Krösus. Auch ausländisches Kapital nutzte das niedrige Lohnniveau, um in Österreich Waren für den Export herstellen zu lassen. Folge war eine Exportkonjunktur, die die Arbeitslosigkeit rasch zum Verschwinden brachte. Doch der Erfolg war trügerisch: Österreichische Produkte wurden zu Billigstpreisen ins Ausland verschleudert, binnenmarktorientierte Investitionen blieben aus, die breite Masse hungerte.

Ka Brot, ka Musi'

„Das Leben der Stadt Wien zeigt ein Bild grellster Kontraste. Neben der bittersten Armut zeigt sich ein schwelgerischer üppiger Reichtum, der keine Teuerung, nicht den geringsten Mangel kennt. In den äußeren Bezirken Wiens jedoch lebt eine Bevölkerung, die seit Jahren hungert“, schrieb Sozialminister Resch in einem vorweihnachtlichen Spendenaufruf „an die Wohlhabenden“. Diejenigen, die weniger hatten, griffen unterdessen zur Selbsthilfe.

Die große Streikwelle vom Dezember 1920, die allein in Wien 200.000 Personen erfaßte, entzündete sich am Preisanstieg. Alles wurde damals teurer: der Eintritt ins Tröpferbad, Porto, Zeitungen, tägliche Bedarfsgüter, für die - wenn sie knapp waren - noch dazu überhöhte Schwarzmarktpreise gezahlt werden mußten. Kein Wunder also, daß die Lohn- und Streikbewegung alle Be-

rufsgruppen erfaßte: die Handelsangestellten und die Apotheker, die Leder- und Metallarbeiter, Eisen- und Straßenbahner, Damenschneider, Bäckergehilfen, den Musikalienhandel. Das öffentliche Leben kam zum Erliegen. Selbst die stets loyalen Staatsbeamten traten in den Ausstand. 55.000 legten während des großen Beamtenstreiks Zollabfertigung und Steuerämter, Staatslotterie und Tabakfabriken lahm.

Eine kleine, aber resolute Gruppe stellten die Salonkapellmusiker dar, die in Kaffeehäusern und Tanzlokalen aufspielten. Ihre Streikpatrouillen überwachten die abendliche Musikuhe. Einen Pianisten und einen Geiger, meldete das „Interessante Wiener Extrablatt“ am 7.12., die in einem Café in der Siebensterngasse beim Musizieren ertappt wurden, veranlaßte der Aufmarsch von 300 streikenden Kollegen zum Abbruch des Spiels.

Kaffeehausgehilfen im Ausstand

Um Lohnverhandlungen zu beschleunigen, zogen die Metallarbeiter am 6.12. vors Haus der Industrie am Schwarzenbergplatz. Ihre Wut über die Teuerung entlud sich gegen die Ringcafés: „Stürmen wir die Schiebercafés“, lautete die Parole, die Steine und tätliche Angriffe begleitete. Ein Stein soll Gerüchten zufolge auch auf dem Schreibtisch des Präsidenten des Industriellenverbandes gelandet sein. Nachdem der Schwarzenbergplatz von der Sicherheitswache geräumt worden war, drangen die Demonstranten, von berittener Polizei im Zaum gehalten, gruppenweise in die Innenstadt vor. Erklärtes Angriffsziel war das als Spekulantentreffpunkt verschriene Café Habsburg in der Rotenturmstraße.

10 Tage später war das Café Habsburg, wie alle Kaffeehäuser der Wiener Innenbezirke, wegen Streik geschlossen. Die Kaffee- und Gasthausgehilfen verlangten eine zentrale, kostenlose Arbeitsvermittlung sowie Beschränkungen in der Beschäftigung von Lehrlingen und weiblichem Personal. Nur Frauen, die schon 1914 als Kellnerinnen tätig waren, sollten weiterhin beschäftigt, alle anderen jedoch durch arbeitslose Kriegsheimkehrer ersetzt werden.

Eine Ausweitung des Streiks auf ganz Wien konnte 4 Tage später durch eine Einigung mit Schankwirten und Kaffeesiedern verhindert werden. Wie überhaupt Lohnforderungen damals leicht auf Gehör stießen, um jedoch - im selben Atemzug - von der Teuerung hinweggespült zu werden. Kaffeehauspreise beispielsweise waren zwischen Anfang November und dem Streik im Dezember aufs Doppelte angestiegen. Ein „Türkischer“ kostete nun 14 Kronen, ein „Tee ohne“ 10, Likör 18, Domino 5 und Kartenspiel 9 Kronen pro Person. Kurz vor Weihnachten kündigte die Regierung neuerlich eine Brotpreiserhöhung an. ■

ENO/CALE/WRONG WAY UP/ WEA

Schlicht und ergreifend - genau wie die Stücke selbst - DIE PLATTE DES JAHRES. Nach dem grandiosen „Carmen Miranda“ auf Cales vieldiskutierter Klassikveröffentlichung und dem starken Aufkommen von „Songs for Drella“ nimmt diese Brillanz nicht Wunder. Ab dem letzten Ton muß man hypnotisch wieder von vorne beginnen, die einfachen Kompositionen mit ihren traumhaft schönen Arrangements setzen das Motiv der fruchtbaren Teamarbeit: zurück in die (musikalische) Zukunft. Harmonischer Gesang (oft übereinandergelagerte Vocals), transparente Tontrauben, leichtester Ohrenschmaus vom Herz zum Hirn. Cale agiert gelegentlich mit Viola, Eno besinnt sich seiner Pop-Solopfade Mitte der 70er Jahre,



summa summarum ist „Wrong way up“ der absolut richtige Weg für die beiden Individualisten und somit für ihre Hörerschaft. Songs vom Erlesensten, vielleicht die Markierung zu einer Ära in diesen flockigen, aber kunstvollen Gefilden.

NITS/ NORMAL GIANT DWARF/CBS

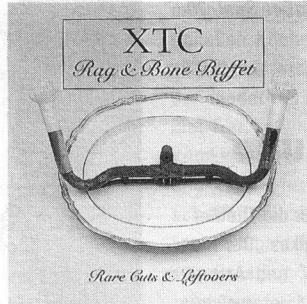
Nur um Nasenlänge auf Rang zwei, bestechen die Kammermusiker des Pop mit skurrilen Texten und delikaten Klangdetails. Ungewöhnliche dezente Präzision am Schlagzeug, unprätentiose Größe überhaupt in der Musik. Ob mit der Cohen-Hommage „The night-owl“, dem schmelzenden „Boy in a tree“ oder ihrem „Normal giant dwarf“, die Nits lassen in wehmütiger Freundlichkeit ihre vordergründigen Popkollegen zu gewöhnlichen Zwergen schrumpfen. Auf Grund der B-Side „Solid to gas“ sei auch die Single „Radio shoes“ empfohlen.

DNA FEATURING SUZANNE VEGA/TOM'S DINER/Polygram

So sollte Vega immer klingen, tut sie aber nur durch ehemaliges Raubsampling von DNA, die aus diesem Song noch faszinierende Ohrwurmqualitäten herausgeholt haben. Eine Muß-CD-Maxi.

ELEMENT OF CRIME/ CRIME PAYS/Polygram

Das 'Verbrechen' ungeschliffener Gitarren, scheppernden Schlagwerks und eines broken english macht sich für die Deutschen nicht erst seit ihrer Liveappearance in der Szene Wien bezahlt. Bibliophil gestrig und stur im düsteren Charme.



XTC/RAG AND BONE BUFFET/ Virgin

Als „Three wise men“ sang man böse Weihnachtslieder, als XTC spielten sie kaum erhältliche Singles ein, veröffentlichten einiges gar nicht, tarnten sich solo als „The Colonel“ und, und, und ... Nun bittet der verschrobene Genius Andy Partridge mit Band zum Raritätenbuffet. Urenglischster Christollen aus der Wavebackstube. Fans geraten in XTC.

GRATEFUL DEAD/ WITHOUT A NET/Ariola

Die lebendigsten 'Toten' mit einem historischen Querschnitt durch ihr Oeuvre (25 Jahre), manches im nostalgischen laid-back Schaukelstuhlrock, einiges mit Garcias Endlossoli und einmal mit Saxophonist Branford Marsalis als Frischzellenkur.

BOB DYLAN/ UNDER THE RED SKY/CBS

Herr Zimmermann weiterhin auf Irritationskurs? Seit Jahren etwas unklar, ob er den Faden verloren hat oder seine Fans im Labyrinth qualitativer Wechselbäder ihrem Hero auf den Leim gingen. Eine recht flotte Pace legt der krächzende Wortgewandte diesmal vor, die Schunkelnummern werden nicht zu breit gewälzt. Die Texte ähneln Auszählreimen. Es scheint aufwärts zu gehen.

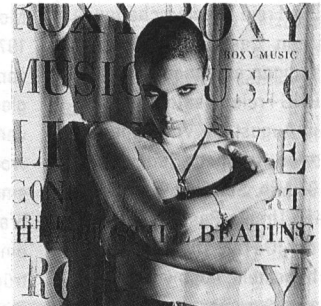
RIP, RIG & PANIC/ KNEE DEEP IN HITS/Virgin

Wer Neneh Cherry sagt, muß noch nichts vom R, R & P-Avantgardismus aus den Kindertagen des Wave und Punk wissen. Eine Compilation mit u.a. bislang nur auf 7" er-

werbbarer Extras zum Ausprobieren und Papa Don Cherry als famoser Gastmusiker bei „Warm to the if in life“.

GINGER BAKER/ MIDDLE PASSAGE/Ariola

Gesünder hat die Ex-Cream-Legende noch nie vom Cover gegrinst, unterstützt von Musiker-High-Society (Laswell, Wobble, Worrell) präsentiert sich der Drummer erstaunlich ausgeglichen. Heute alles andere als eine Selbstverständlichkeit sein mehrminütiges Solo an der Schießbude, das sich langsam verschiebt und steigert wie die restlichen Kompositionen, die multikulturell unterm Saphir durchfließen.



ROXY MUSIC/ HEART STILL BEATING/Virgin

Im Zeichen einer Reunion wirft Schmalzlokenschickimickiherzschmerz dandy Brian Ferry ein typisches Live-Potpurri aus den seligen Tagen von 1984 als Köder aus. Von „Dance away“ über „Jealous guy“ zu „Avalon“ werden Gelegenheitsnobisten ergriffen und „heart still beating“ vorm Phantom ihrer Designerliebe in die Knie sinken.

RAVI SHANKAR AND PHIL GLASS/ PASSAGES/CBS

Alter schützt vor Schwachsinn nicht. Zwei Spezialisten überzuckern ihren Weltmusikminimalismus derart, daß spanische Windbäckerei daneben die Wirkung deftiger Hausmannskost zeigt.

SALZBURG - DIE GROSSE DOMORGEL/ZUCKRIEGEL/Ariola

Die Klassische Spur durch den weihnachtlichen Schnee (hoffentlich) zieht diese historisch weit gefächerte Orgelloipe von Hofhaimer, Mozart bis zu Max Reger.

Der Ohrentaucher

IG FREIE THEATERARBEIT

Nach dem Modell der IG Autoren haben sich kulturelle Interessengemeinschaften gebildet, die vor allem um die Verbesserung der sozialen Belange von kunschtchaffenden Menschen in Österreich bemüht sind.

Die Grundprinzipien des IG-Netzes umfassen: Autonomie und Verwaltung der Mittel; das Entscheidungsgremium muß von mehrheitlich Theaterschaffenden besetzt sein; Begünstigungen für hauptberuflich Freie Theaterschaffende; Zuschuß von SV-Beiträgen; einmalige Unterstützung in Notfällen; Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenzuschuß. Voraussetzung für das Funktionieren des IG-Netzes in allen Bereichen ist eine Gesetzesänderung: Freie Theaterschaffende müssen in das SV-System der Selbständigen aufgenommen werden. Die IG Freie Theaterarbeit forderte im August die Verdoppelung des 'Freien Gruppen'-Budgets von 18 auf 36 Mio. Schilling von Kulturstadträtin Ursula Pasterk. Kürzlich wurde der IG Freie Theaterarbeit in Aussicht gestellt, noch vor Jahresende einen Sockelbetrag in autonomer Verwaltung zu übernehmen, mit dem Zuschüsse zu sämtlichen derzeit gesetzlich möglichen Versicherungsleistungen erbracht werden können. ■

TANZTHEATER

FREMD IM EIGENEN LAND

In dem Tanztheatertück „Fremdling“, das Willi Dorner konzipiert hat, handelt es sich um den Versuch einer Annäherung an den Menschen Georg Trakl. Der ausgebildete Tanztherapeut Dorner erhielt seine künstlerische Ausbildung als Choreograph und Tänzer in der Erick Hawkins School of Dance in New York vor allem bei Nina Martin, die bei den 6. Internationalen Sommertanzwochen in Wien u.a. eine Choreographen-Klasse leitete.

Dorner gestaltete sein Tanztheatertück für 6 Tänzer und einen Kameramann zur Musik von T. Riley und P. Sculthorpe, die vom Kronosquartett interpretiert wird. Im Mittelpunkt steht das Gespenstische im Leben Georg Trakls. Willi Dorner choreographiert sein Stück entlang eines 'Mannes ohne Eigenschaften' und Fremdlings: „Die Tatsachen

sind überdies immer vertauschbar. Aus jeder sogenannten Tatsache lugt ein Stück Unwirklichkeit oder Noch-Nicht-Wirklichkeit hervor. Mich interessiert das Gespenstische des Geschehens - des Lebens“ (R. Musil). ■

bis 2.12. im WUK, Großer Saal, 20 Uhr.

THEATER

DICHTUNG UND WAHRHEIT

Helmut Wiesner hat für die Theater Gruppe 80 Peter Handkes „Der Ritt über den Bodensee“ und Arthur Schnitzlers Einakter „Literatur“ inszeniert.

„Träumt Ihr oder redet Ihr?“ Dieses Motto stellt Peter Handke seinem 1970 in Paris entstandenen Stück voran. Tatsächlich ist es beides zugleich: ein Traumspektakel und ein Konversationsstück. Es beginnt dort, wo „Kaspar“ endet. Die Figuren sind bereits zum Sprechen gebracht und damit in die Wirklichkeit eingetreten, die sich als ebenso trügerisch erweist wie das dünne Eis des Sees, den der Reiter in Gustav Schwabs Ballade überquert. Kaum merklich schlittert die Gesellschaft, die sich u.a. aus den Figuren Emil Jannings, Heinrich George, Elisabeth Bergner, Erich von Stroheim, die Kessler-Zwillinge zusammensetzt, in Rollenklischees, und eine Grammatik des Herrschens und Beherrschtwerdens spielt sich ein.

Um Sprache als Balanceakt zwischen Dichtung und Wahrheit geht es auch in dem Einakter „Literatur“ von Arthur Schnitzler. In den Auseinandersetzungen der Dichterin Margarete und ihres aristokratischen Verlobten kreisen die Themen um Enthüllung und Diskretion. Die männlichen Antagonisten Margaretes, ihr Liebhaber und der Verlobte, wehren sich gegen die neuen Rollen, die ihnen Margarete in ihrem Roman zuschreibt. Die Grenzen zwischen Fiktion und Wirklichkeit verschwimmen. Schein und Sein tauschen ihre Plätze. Schnitzler ironisiert die Rhetorik der Gefühle und die Koketterie, das Leben auf seine literarische Verwertbarkeit hin zu stilisieren. ■

ab 7.12. „Der Ritt über den Bodensee“ und „Literatur“ 11.12., in der Theater Gruppe 80.

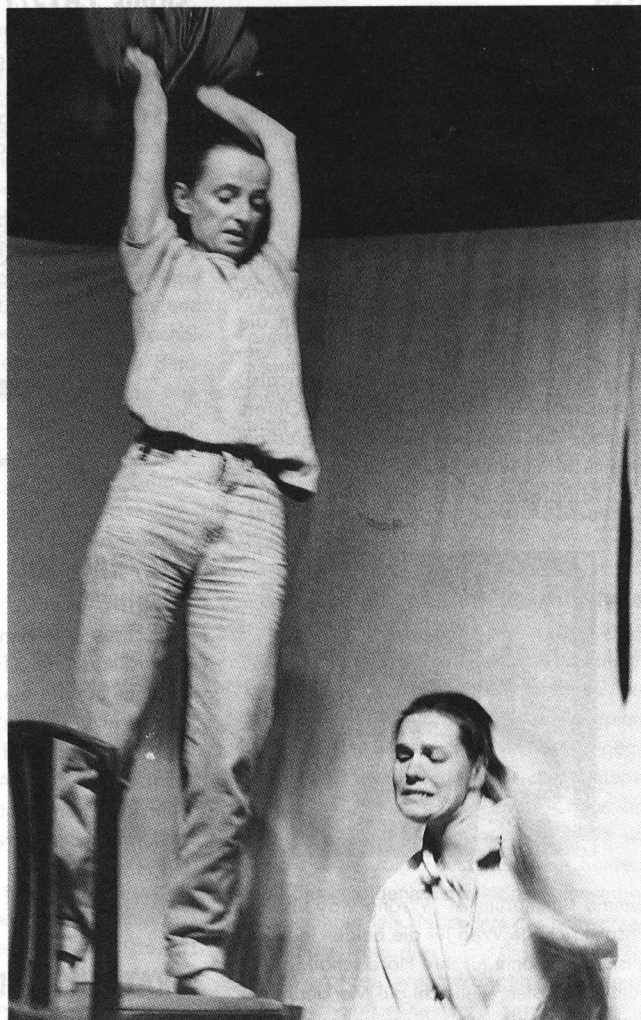


Foto: Theater Brett

„Mathilda und Emilie oder die Kunst, Gutes zu tun“, im Theater Brett.

DIE KUNST, GUTES ZU TUN

Nach seinem tschechischen Theaterfestival und zahlreichen Gastspielen bringt das Theater Brett wieder eine eigene Produktion heraus. „Mathilda und Emilie oder die Kunst, Gutes zu tun“, ein Stück des Dramatikers und Regisseurs Arnost Goldflam, der mit seinem „Fragmente aus einem unvollendeten Roman“ in Wien aufgefallen ist, behandelt die Ohnmacht der Menschen, die kein Ventil hat, sich in einer so rasch und gründlich veränderten Umwelt, wie das durch die Ereignisse im Osten geschieht, zurechtzufinden. Das Zwei-Frauenstück, dargestellt von Nika Brettschneider und Jutta Pichler, ist noch bis 15.12. in Wien zu sehen. ■

CHRISTINA ZURBRÜGG

Nach dem großen Erfolg von „Cafe de Chinitas“, Lieder und Texte von

Garcia Lorca, begibt sich Christina Zurbrugg nun auf das lange Zeit vernachlässigte Gebiet des deutschsprachigen literarischen Chansons. Die poetischen, oft schwermütigen Texte stammen von Martin Auer und der Sängerin selbst. Begleitet wird sie von Musikern der Wiener Jazzszene. ■

„Erst viel später habe ich reden gelernt.“ Chansonabend mit Christina Zurbrugg. Eigenproduktion Theater Drachengasse.

NATUR DES GEGNERS

Der österreichische Autor Michael Köhlmeier hat für die Theater m.b.H. eine witzige philosophische Komödie verfaßt, die mit Boulevard-, Krimi-, und Traumspelelementen jongliert und inhaltlich der Geschichte um einen kleinen Einbrecher mit anarchistischen Zügen Motive der Promethie unterlegt. Po-

intierte Dialoge und überraschende Bilder verschmelzen in dem Stück um verquere Widerborstigkeit und Widerstand gegen die - in demokratischen Verhältnissen - zunehmend anonym erscheinende Macht. „Die Natur des Gegners“ ist ein politisches Stück, wenn auch kein tagesspolitisches. Es formuliert Ängste und Hoffnungen heutiger Menschen vor dem Vakuum. Regie führt Johanna Tomek. ■

„Die Natur des Gegners“, bis 15. Dezember in der Theater m.b.H.

ERICH FRIED BEI NETZZEIT

Die 1967 als Auftragswerk der Hamburger Staatsoper aufgeführte Oper „Ariadne muß sterben“ von Erich Fried basiert auf dem Stoff des Librettos „Arden of Faversham“, das 1580 zum ersten Mal aufgeführt wurde. Das von Fried veränderte, ursprünglich anonyme Versdrama wurde mit der Musik von Alexander Goehr unterlegt. Michael Scheidl, NetzZeit-Produzent hat daraus „... und alle seine mörder“ gemacht, eine burlleske Moritat und ein komödiantisches Schauernmärchen. Zu sehen ist dieses Spektakel in Verehrung des Humanisten Erich Fried im Theater im Künstlerhaus. ■

„... und alle seine mörder“, ab 4. 12.

JUGEND-STILTHEATER STEINHOF

Die Gruppe KISKILILLA zeigt anlässlich ihres fünfjährigen Bestehens die österreichische Erstaufführung „Parzival“ auf der Textgrundlage von Tankred Dorst und Wolfram von Eschenbach. Durch seine instabilen Identitäten rast Parzival, wie sein Name sagt, „mitten-hindurch“ und wird zu einer „blutigen Menschenhaut“. Parzival wird von Tankred Dorst als 'Verückter' interpretiert. Das Jugendstiltheater am Steinhof wurde bewußt als Spielort gewählt und für die hiesige Erstaufführung, die 1987 von Robert Wilson im Thalia-Theater in Hamburg uraufgeführt wurde, adaptiert. Gernot Lechner inszenierte. ■

„Parzival“, im Jugendstiltheater am Steinhof, bis 30.12.

FOTO und TANZ

Vom 1.12. bis 27.1. zeigt das Museum des 20. Jahrhunderts die Ausstellung „TANZ : FOTO. Kooperationen und Experimente von 1880 bis 1940“. Die Analyse der Tanzfiguren in Bildfolgen oder Synthese des Eindrucks der Geschwindigkeit und Dynamik in einem einzelnen Bild, die zwischen diesen beiden Polen angesiedelt ist, hat sich in der Tanzfotografie seit ihrer Entstehung im 19. Jahrhundert bis zur heutigen experimentellen Fotografie entwickelt. Die Schwerpunkte der Ausstellung sind jeweils die Zentren der Erneuerung und Veränderung des Tanzes. Neben Isadora Duncan, Václav Nijinski und Grete Wiesenthal werden auch Mary Wigman, Palucca, Harald Kreutzberg und Szenen aus den Bauhaus-Tänzen von Oskar Schlemmer gezeigt. Dem engen Zusammenhang zwischen Ausdruckstanz und Bildender Kunst wurde bei der Zusammenstellung der ca. 200 Exponate besonders Rechnung getragen. Ein Katalog (160 Abbildungen, Hrsg. Monika Faber) ist während der Ausstellung oder bei der „Edition Christian Brandstätter“ zu beziehen. ■

JANDL UND JAZZ

„Unsterblichkeit wird auch dem Jazz nicht geschenkt, sondern immer wieder neu erarbeitet durch Meister wie Euch, Musiker des Vienna Art Orchestra“ (Ernst Jandl). Es ist dies die dritte und vorerhand letzte gemeinsame Produktion des heuer 65 Jahre alt gewordenen Dichters und des Vienna Art Orchestra. Sie ist eine Auseinandersetzung mit Jandls neuestem Buch „Idyllen“ in fünf thematischen Blöcken. Die Gedichte werden nicht einfach vertont, sondern mit eigenständigen musikalischen Strukturen konfrontiert, die teilweise dem Aufbau und den Rhythmen von Jandls Gedichten entnommen sind. Die meisten Kompositionen stammen von Uli Scherer und Mathias Rüegg. ■

„lieber ein saxophon“, im AKZENT, am 18. und 19.12.

DAS BLAUE KÜCHENWUNDER

Bis 8. Jänner 1991 ist im Museum für Angewandte Kunst (MAK) eine originalgetreue Kopie der Frankfurter Küche von Grete Schütte-Lihotzky zu besichtigen. Die mit zahlreichen Ehrungen bedachte über 90jährige Architektin leistete mit ihrem platzsparenden und funktionellen Küchenentwurf im Jahr 1926 Pionierarbeit auf dem Gebiet der modernen Innenausstattung. Ziel war, in einer ansprechenden Kombination von Farbe, Proportion und Licht einen Arbeitsraum zu schaffen, der für die berufstätige Frau optimale Griff- und Schrittersparnisse bot. Während der Nazi-Zeit geriet die Frankfurter Küche ins schiefe Licht, wurde nach Skandinavien verbannt und nach 1950 wieder als sogenannte 'Schwedenküche' eingeführt.

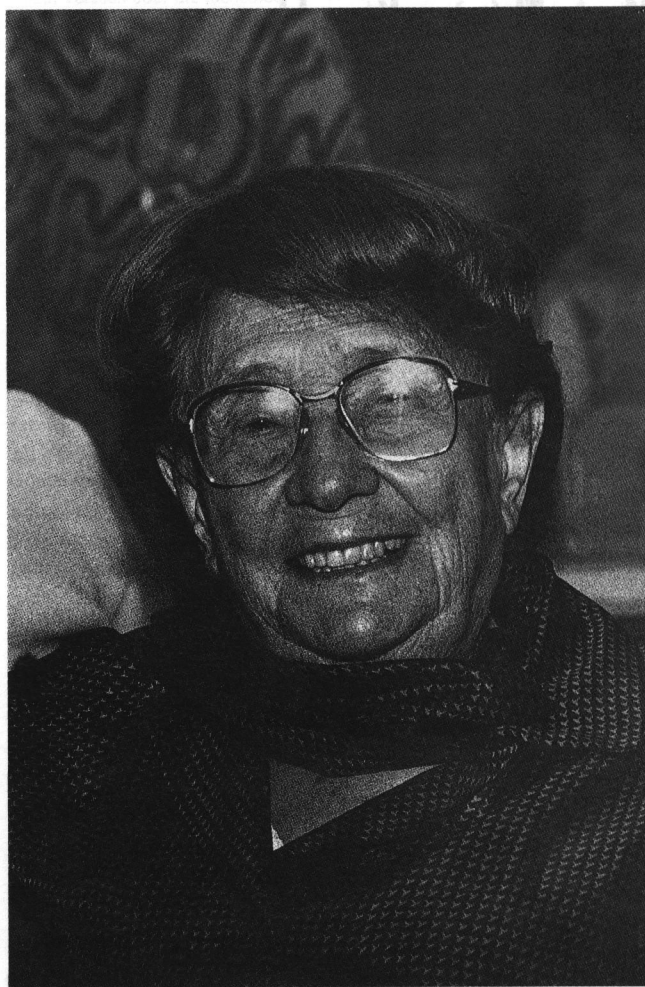
Die komplette Rekonstruktion der Küche für die Ausstellung im MAK leitete Architekt Lindner. Grete Schütte-Lihotzky war aber nicht nur als Architektin vor dem Zweiten

Weltkrieg besonders in Österreich und Deutschland aktiv, sondern sie entwarf auch in der Sowjetunion zahlreiche Kindergärten, Schulen und Heime nach sozialen und kommunikativen Gesichtspunkten. In Österreich ermöglichte man ihr nach ihrer Rückkehr zu Beginn der fünfziger Jahre kaum Aufträge wegen ihrer politischen Einstellung, die sich auch in der Ästhetik einer funktionellen Sachlichkeit niederschlug. Ihr Anliegen war es, so zu konzipieren, daß möglichst kostensparend und damit für Menschen schwacher Einkommensklassen erschwinglich gebaut werden konnte.

Grete Schütte-Lihotzky war langjährige Vorsitzende des Bundes Demokratischer Frauen (jetzt Ehrenvorsitzende) und ist auch heute noch aktive Antifaschistin und Kommunistin. ■

bis 8. Jänner: „Bugholz und Korbmöbel.“ Im Museum für Angewandte Kunst.

Grete Schütte-Lihotzky





Marie Thérèse Kerschbaumer

VERSUCHUNG

Aufbau-Verlag, Berlin 1990

Eine persönliche Anmerkung Von Ursula Kubes-Hofmann

Der Aufbau-Verlag hat „Versuchung“ von Marie Thérèse Kerschbaumer, einen Text, der in Österreich keinen Verleger fand, kürzlich ediert.

Gewissermaßen bin ich als Rezensentin versucht, die Frage wieder einmal zu stellen, weswegen Marie Thérèse Kerschbaumer hierzulande so wenig Publikationsmöglichkeiten hat und woran das liegt. Die möglichen Antworten bewegen sich im Spekulativen, betreffen Text und Autorin gleichermaßen. Doch gewiß ist, daß die Ursachen nicht nur im Unzeitgemäßen, das sich modischen Literaturtendenzen sowohl sprachlich als auch inhaltlich entzieht, zu finden sein werden.

In Marie Thérèse Kerschbaumers poetischer Prosa unterliegt man, sofern man sich darauf einläßt, immer der Versuchung, individu-

algeschichtlich und historisch Verdrängtem auf die Spur zu kommen, moralisch aufgerüttelt zu werden und vor allem nachzudenken darüber, wie sich die Phänomenologie des Faschismus in Vergangenheit und Gegenwart in der 'Banalität des Bösen' entläßt.

Zugegebenermaßen handelt es sich durchaus um ein unbequemes Unterfangen, in das man gerät, verstrickt wird und aus dem ein Entkommen niemals gewiß ist.

Eine mir aus früheren Zeiten bekannte Journalistin hat einmal geschrieben: „Ingeborg Bachmann zu lesen, tut mir weh.“ Nun würde ich dies bezüglich des schriftstellerischen Werkes von Marie Thérèse Kerschbaumer nicht sagen können, wenn gleich ich zugeben will, daß die Berührung durch die Erfahrungen und Imaginationen der Poetin in ihren Texten sich unaufhaltsam ihre Wege bahnt bis dorthin, wo sich gemeinhin das Herz vermuten läßt. So man auf sein Herz hören kann, erweist es sich als unbestechlich, jedoch nicht unbeschadet, schreit nicht in

grellem Schmerz, sondern malt Schattenspur in Geist und Seele, zeigt melancholische Wehmut, die sich in Stirn, Blick und Mund graben, bleibt leise und dennoch spürbar.

„Versuchung“ ist ein Text mit Brüchen, der Bericht der Reise einer Frau nach Katalonien, die neun Tage lang und in drei Bahnreisen an die spanisch-französische Grenze ZeugInnen des Widerstandes gegen das Francoregime, Faschismus und Krieg zu finden sucht und die „auf nicht näher geklärte biographische Weise mit dem spanischen Bürgerkrieg verbunden ist“.

„Versuchung“ ist aber auch ein Text, der nach Peter Weiss 'Ästhetik des Widerstandes' mit den Mitteln poetischer Verfahren wie Analogien, Assoziationen und Verdichtung die Konturen einer möglichen 'Ästhetik weiblichen Widerstandes' literarisch skizziert, was einer 'Ästhetik des widerständigen Handelns' als unmittelbares Moment noch abzugewinnen wäre. Kerschbaumer unterschlägt nichts, schreibt fließend aus sich heraus, mit höch-

ster Anstrengung, alles zugleich sagen zu wollen, collagiert Traum, Erinnerung und unmittelbare Wahrnehmung und Wirklichkeit zu einer sinnlich erfahrbaren Textur, die die Einfühlsamkeit in romanische Literaturtradition nicht ausspart.

„Flucht vom TURME (Samar-kand) eisiger Wüstenwind, Ankunft am Abend (September! September!), bläuliche Ferne (Wüste, gelbgrab(en)/Kuppel, Moscheen endlich) und als im Wohnturm (Betonverschalung) orientalisch windsandig Porzellan Teeblätter schimmern schwimme(!)n schwärzlich grün/Touristen wir (die Literaten) und als der Abgesandte der PLO erzählt vom Graben(Kampf) in BEIRUT/(als) die Übersetzerin sagt (je betrunkenere desto) und als ich sah mitten ins Anlitz (racisme/fascisme: ...) Verachtung: hinnehmen? geschehen lassen? (liegt darin schon die Gefahr?) Symptome, wer verachtet wen? oder was? liegt darin schon (la quinta columna?) marschiert immer noch? (so seht doch, seht EUCH doch vor!).“

Begrenzung der unendlichen Geschichte des Schmerzes in seiner Verdichtung scheint schier unmöglich, denn auch mit 'Zuweitgehen' ist die Überschreitung des Endpunktes fixiert. Und doch ist man immer wieder versucht, die Autorin nach Selbst/Erlösung zu fragen, dem verlittlenen sprachlichen Glasperlenspiel zwischen Schrägstrichen und Klammern Walter Benjamins Zitat „Wo die Gefahr ist, da wächst das Rettende auch“, entgegenzusetzen.

Marie Thérèse Kerschbaumer hat ihren Reisetext nach der katholischen Liturgie strukturiert. Demgemäß steht das 'Suscipe' nach 'Präfation' (Aufforderung zur Lobpreisung), 'Introitus' (ein von Tag zu Tag wechselnder Gesang, Einleitung zum Stufengebet) und 'Confiteor' (leitet Schuldbekennnis des Priesters ein) an vierter Stelle. „Es bezeichnet die Bitte um Annahme des Opfers“ (M. Th. Kerschbaumer).

„Versuchung“ ist nicht nur ein ganz persönliches Buch der Poetin, sondern ein Plädoyer gegen die Kälte des berechnenden Zynismus auf den Schauplätzen der Kriege zwischenmenschlichen Daseins. ■

BÜCHER

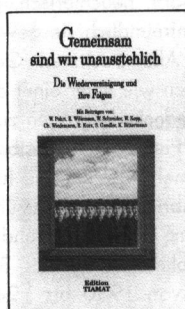
REZENSIENT
VON
SUSI HARRINGER

GEMEINSAM SIND WIR UNAUSSTEHICH

Die Wiedervereinigung und
ihre Folgen

Mit Beiträgen von W. Pohrt,
R. Willemssen, W. Schneider, W.
Kopp, Chr. Wiedemann,
R. Kurz, S. Gandler,
K. Bittermann
Edition Tiara, Berlin 1990

Einige Monate vor der Wieder-
vereinigung geschrieben, be-
schäftigen sich die Beiträge mit
den zu erwartenden Folgen: In
ökonomischer Hinsicht fallen die



Prognosen äußerst pessimistisch
aus, auch für die in Deutschland
lebenden Ausländer ist nichts
Gutes zu erwarten. „Deutsch-
land“ entpuppt sich als fixe Idee,
die Einigung als endgültiges
Kriegsende mit der dazuge-
hörigen Tilgung aller Schuld. Als
typisch für die Verleugnung aller
eigenen Schuld und für die vor-
getäuschte Betroffenheit wird der
„über allem schwebende Betrof-
fenheitslyriker Richard von Weiz-
säcker“ enttarnt.
Bemerkenswert.

Eva Koch-Klenske (Hg.)

WEIBSGEDANKEN

Studentinnen beschreiben feministi-
sche Theorie der achtziger Jahre
AJZ, Bielefeld 1989

„Was Sie schon immer über The-
orie wissen wollten und nie zu
fragen wagten ...“

Feministische Theorie ist zwar
aus der Bewegung heraus ent-
standen, aber im Wissen-
schaftsbetrieb in die Gefahr ge-
raten, den Frauen die Rezep-
tion schwer zu machen und da-
durch einen Teil ihrer Sinnhaf-
tigkeit zu verlieren. In diesem
Band berichten Studentinnen,
was feministische Theorie für



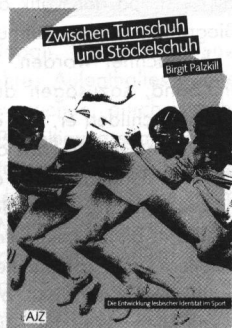
sie bedeutet; sie schildern ihre
persönliche Rezeptionsge-
schichte und diskutieren ver-
schiedene Theoretikerinnen:
Christina von Braun; die 'Biele-
felderinnen' Claudia von Werl-
hof, Veronika Bennholdt-
Thompson und Maria Mies;
Christel Neusüß; Gena Corea;
und Texte zu feministischen Uto-
pien. Ein wirklich interessanter
Einstieg nicht nur in die The-
orieansätze, sondern auch in die
Frage, was diese Theorien mit
uns 'machen', was sie uns be-
deuten.

Birgit Palzkill

ZWISCHEN TURNSCHUH UND STÖCKELSHUH

Die Entwicklung lesbischer Identität
im Sport
AJZ, Bielefeld 1990

Sportlerinnen bewegen sich in
einem Spannungsfeld zwischen



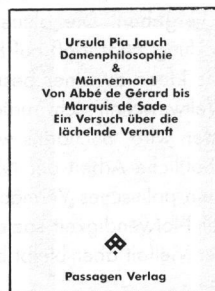
Erfolg in einer männlichen
Domäne und dem Druck, der
traditionellen Frauenrolle ge-

recht zu werden. „Wie in dieser
Untersuchung dargelegt, kann
die lesbische Existenz in gewis-
sem Sinne als Auflösungsform
der spezifischen Konflikte und
Zerreißproben, denen Frauen
allgemein und Sportlerinnen ins-
besondere ausgesetzt sind, be-
griffen werden.“ In 19 Inter-
views spricht Birgit Palzkill mit
Sportlerinnen über ihre persön-
liche Entwicklung, ihre Sportkar-
rieren und die damit verbunde-
nen Probleme. Es geht um „die
Zumutungen der weiblichen (und
der männlichen) Geschlechtsrol-
len“, „die Zerreißproben, denen
Frauen ausgesetzt sind, die sich
nicht auf eine verstümmelte
'Weiblichkeit' reduzieren lassen
und sich in einem als 'männlich'
definierten Territorium bewege-
n“. Nicht versäumen.

Ursula Pia Jauch

DAMENPHILOSOPHIE & MÄNNERMORAL

Von Abbé de Gérard bis
Marquis de Sade
Ein Versuch über die lächelnde
Vernunft
Passagen Verlag, Wien 1990



Briefe zu schreiben, konveniert
der adeligen Dame. Wenn die-
se nun einem bekannten Philoso-
phen ihr Bedürfnis nach philoso-
phischer Instruktion kundtut,
dann erfüllt sie schon den ersten
von elf Punkten, die die Damen-
philosophie charakteristische-
weise auszeichnen. Ein philoso-
phischer Fach-Mann kann also
Fragen der Dame beantworten,
denn eigenständige Denkkapa-
zität wird ihr von den Experten
nicht zugestanden. Auf ironische
Weise berichtet Jauch von der
Geschlechterfront Philosophie
und dem den Frauen zugedach-
ten Vernunftdefizit.

U.S.

Sabine Perthold (Hgin.)

ROTE KÜSSE

Film Schau Buch
konkursbuch
Verlag Claudia Gehrke,
Tübingen 1990

Vorgefundene Weiblichkeitsbil-
der werden umgedeutet in ein
selbstbewußtes Konzept weib-
licher Autonomie, Aggression
und Sinnlichkeit. Diesen Gegen-
bildern war das erste öster-
reichische feministische Filmfes-
tival „Rote Küsse“ im Frühjahr



1990 gewidmet, das vorliegen-
de Buch präsentiert die sorgfäl-
tig edierten, mit vielen Abbil-
dungen illustrierten filmtheoreti-
schen Beiträge des Symposiums
ebenso wie eine Bibliographie
mit Filmbeschreibung.

U.S.

Erica Fischer/Petra Lux

OHNE UNS IST KEIN STAAT ZU MACHEN

DDR-Frauen nach der Wende
Kiepenhauer & Witsch Köln 1990

Die Autorinnen, beide Journali-
stinnen, befragten Arbeiterin-
nen, Intellektuelle, SED-Funkti-
onärinnen und Feministinnen,
wie sie die umwälzenden Ver-



änderungen in der DDR erlebt-
ten. Das Buch gibt auf Grund
der ausführlichen geführten In-
terviews einen ausgezeichneten
Einblick in die Alltagssituation
ostdeutscher Frauen.

U.S.

A. G. Löwy

DIE WELTGESCHICHTE IST DAS WELTGERICHT

Leben und Werk Nikolai Bucharins
Promedia, Wien 1990

Perestroika, Gorbatschow und die Veränderungen im politischen System machten möglich, daß heute in der UdSSR mehr und mehr über die Stalin-Ära diskutiert und dieses mehr als grau-



enhaft zu nennende Kapitel der sowjetischen Geschichte aufgearbeitet werden kann. Und so werden auch die von Stalin beseitigten und aus den Geschichtsbüchern verbannten Namen der ersten Jahre der Russischen Revolution neu entdeckt und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Bucharin ist einer davon, seine Tragödie und die Leiden seiner Familie sind ein Zeichen dafür, was der Stalinismus nicht nur mit seinen politischen Gegnern, sondern überhaupt mit Millionen von Menschen gemacht hat.

N. Bucharin war wesentlicher Exponent des volkswirtschaftlichen Denkens der russischen Bolschewiki im ersten Jahrzehnt nach der Revolution und versuchte, den politischen Hoffnungen der zwanziger Jahre mit der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) ökonomische Perspektiven zu geben.

Inzwischen ist Bucharin voll rehabilitiert, seine Tochter kann nun ungehindert arbeiten und publizieren.

A. G. Löwy geht sogar so weit zu meinen: „In den Ländern Osteuropas greift man immer mehr auf die von Bucharin entwickelten Ideen einer Vielfalt im Sozialismus zurück.“

Das wissenschaftliche Werk und die Person N. Bucharins in einem Buch, dessen erste Auflage 1969 erschien, heute wieder

vorzustellen, ist sicher eines der großen Verdienste dieser Neuauflage. Ob aber trotz aller 'positiven' Zeichen der Perestroika Optimismus angebracht ist, daß die Entwicklung eines pluralistischen Sozialismus im Sinne Bucharins oder anderer möglich ist, darf bezweifelt werden. Denn schließlich handelt es sich bei der aktuellen Entwicklung um die Folgen dessen, was vor 23 Jahren Herbert Marcuse folgendermaßen analysiert hat: „Die Koexistenz mit dem Spätkapitalismus treibt die sozialistischen Gesellschaften zu einer Konkurrenz auf Leben und Tod - zu einer Konkurrenz, in der die Entwicklung der Produktivkräfte und der Bedürfnisse weitgehend diplomatisch-politischen und militärischen Erfordernissen unterworfen ist.“

Zudem wurden die Vorteile einer ökonomischen Grundsatzplanung, die sich gemeinsam mit der Initiative der in der Wirtschaft lebenden und arbeitenden Menschen entfaltet, vom Stalinismus den eigenen Interessen geopfert.

Die wichtigste Chance, die immer noch darin besteht, daß die Befreiung dort gelingt, wo die Produktionsmittel vergesellschaftet sind, scheint vorerst wohl vergeben. Die aktuelle Entwicklung zeigt, daß auf Bucharins Ideen zu einer besseren Weltwirtschaft nicht zurückgegriffen wird. Bucharins wissenschaftliche Arbeit der NEP und sein politisches Vermächtnis der Notwendigkeit sozialistischer Vielfalt aber bleibt bestehen.

W.P.

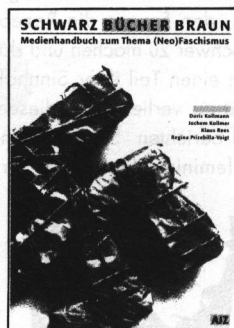
Doris Kollmann u.a. (Hg.)

SCHWARZ BÜCHER BRAUN

Medienhandbuch zum Thema
(Neo)Faschismus
AJZ, Bielefeld 1990

Dieses Medienhandbuch nennt alle neueren Veröffentlichungen zum Thema Jugend und Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und kommentiert die entsprechende antifaschistische Litera-

tur (Kinder- und Jugendliteratur, u.a. auch Krimis), Bildungsmaterialien, Broschüren, Filme, Vi-



deos, Theaterstücke und die jeweiligen Bezugsquellen und Kontaktadressen.

Zweifellos eine wertvolle Orientierungshilfe.

Georg K. Glaser

JENSEITS DER GRENZEN

Betrachtungen eines Querkopfs
Stroemfeld/Roter Stern,
Basel - Frankfurt/Main 1989

Georg K. Glasers Buch über seine Jugend, die Weimarer Republik, seine Auseinandersetzung mit der KP, Emigration und Zwangsarbeit als französischer



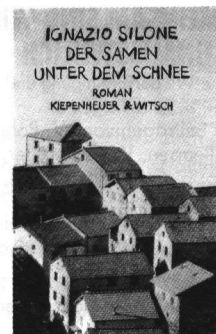
Soldat in deutscher Kriegsgefangenschaft - „Geheimnis und Gewalt“ - ist von der Kritik als „die Biographie unseres Jahrhunderts“ bezeichnet worden. In diesem Band, sozusagen der Fortsetzung, schildert er, wie er sich nach dem Krieg in Paris als Feinschmied niederläßt, wen er dabei kennenlernt - von der Hausmeisterin bis zu bekannten Schriftstellern - und kommentiert die politischen Ereignisse bis 1968 von seiner kritischen, unabhängigen Position aus. Nicht nur inhaltlich, auch sprachlich faszinierend.

Ignazio Silone

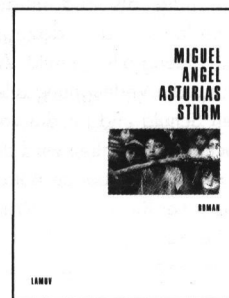
DER SAMEN UNTER DEM SCHNEE

Kiepenheuer & Witsch, Köln 1990

Nach Jahren des Exils und des Widerstandskampfes gegen den italienischen Faschismus kehrt Pietro Spina heimlich in sein heimatliches Abruzzendorf zurück. Dort erlebt er, wie die Menschen



auf die Diktatur reagieren, wie angepaßt, heuchlerisch, gierig und unfreundlich sie geworden sind. Alle positiven Gefühle scheinen wie unter einer dicken Schneedecke begraben zu sein. Auch Pietro Spina selbst hat nicht mehr viel Energie für Gefühle übrig, aber er bemüht sich bis zum Ende um Freundschaft und Solidarität. Ignazio Silone, selbst von 1930 bis 1944 im Exil, weiß, wovon er schreibt. Deutlich wird auch, wieviel Sympathie er den Abruzzensbewohnern entgegenbringt.



Miguel Angel Asturias

STURM

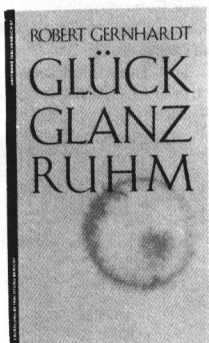
Lamuv Verlag, Göttingen 1990

Für seine „Bananen-Trilogie“ erhielt der Guatemalteke Miguel Angel Asturias 1967 den Literaturnobelpreis; „Sturm“ ist der

erste Band dieser Geschichte von der Ausbeutung und Entwürdigung der Menschen und der Natur Südamerikas. Er schildert den Versuch der ansässigen Bevölkerung, sich mit Hilfe eines Amerikaners gegen die allmächtige US-Fruit-Company zu wehren, eigene Plantagen anzulegen und die Ernte selbst zu verkaufen. Sehr beeindruckend finde ich die magischen Elemente aus der Indio-Mystik, die der Autor in seinen Roman einfließen läßt.

Robert Gernhardt
GLÜCK - GLANZ - RUHM
Haffmans Taschenbuch, Zürich 1990

Detailfreudig, ironisch und ungeheuer belesen beschäftigt sich Robert Gernhardt mit der Frage, was sich ein Dichter beim Dichten und über Literatur im allgemeinen so denkt. Er widmet sich dem sehr verbreiteten Streben



nach Ruhm und schildert jenes „heillose Gemisch aus geronnenen Herzblut und gebundenem Ladenpreis“. Mit der ihm eigenen Freude am Peinlichen und Allzu-Typischen pendelt er zwischen den hehren Werken der Kunst und den kleinen Beziehungsspielen.

Sean McGuffin
DER HUND
Eine Verschwörung
Edition Nautilus, Hamburg 1990

Neben recht authentisch wirkenden Details der IRA-Szene führt Sean McGuffin in seinen Roman über eine bemerkenswerte Serie von Attentaten ein mythologi-

sches Moment ein. Die alten irischen Götter schauen beifällig zu, wie ihre modernen Vertreter - tapfere und aufrechte Männer



und tapfere und schöne Frauen - gegen brutale und (auch sexuell) perverse Engländer und verwirrte Amerikaner kämpfen. Die Geschichte ist ausgesprochen spannend und emotionell ansprechend geschrieben, was Zweifel an politischer Sinnhaftigkeit von Terrorismus gar nicht erst aufkommen läßt.

Masako Togawa
DER HAUPTSCHLÜSSEL
Argument-Verlag, Hamburg 1990

Dieser durch und durch düstere Kriminalroman spielt in einem Wohnheim für ledige Frauen in



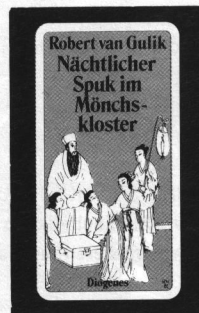
Japan. Sie sind in den Jahren ihres Aufenthaltes gealtert und versuchen, durch verschiedene Bewältigungsstrategien mit ihrem traurigen Leben fertig zu werden. Als das Haus um mehrere Meter versetzt werden soll, erreichen alle Konflikte ihren Höhepunkt. Sehr spannend finde ich, wie Masako Togawa Alltäglichkeiten mit dem immer präsenten Grauen verknüpft, wie hinter jeder Erklärung noch eine weitere Ebene existiert.

Josephine Bell
MORD IM RUHESTAND
Argument-Verlag, Hamburg 1990

Leider sind das ausgesprochen gute Thema des Kriminalromans, die Einsamkeit und Ausbeutbarkeit älterer Frauen, und seine überraschenden Wendungen in einem unerquicklichen Wust von langatmigen Vorreden, nicht gerade subtilen Andeutungen und manchmal offen frauenfeindlichen Aussagen verschüttet. Ich



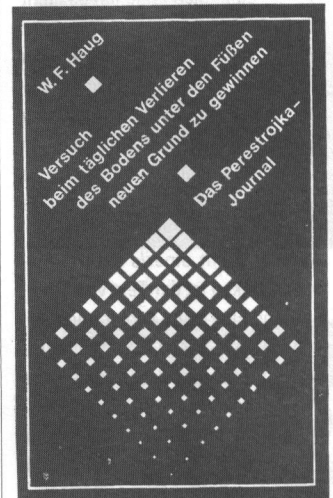
finde es dankenswert, daß die Ariadne-Reihe nicht nur die Klassikerinnen des modernen Frauenkriminalismus bringt, sondern sich auch des öfteren mit älteren Frauen befaßt, aber „Mord im Ruhestand“ ist diesbezüglich kein Höhepunkt.



Robert van Gulik
NÄCHTLICHER SPUK IM MÖNCHSKLOSTER
Diogenes, Zürich 1990

Richter Di, der im China des siebten nachchristlichen Jahrhunderts Verbrechen untersucht, klärt diesmal die merkwürdigen Vorfälle in einem taoistischen Kloster auf und kümmert sich geradezu väterlich um die Beziehungssorgen verschiedener junger Menschen. Er ist sicher eine der originellsten Detektivgestalten, und die Geschichten sind nie langweilig.

**West- und östliche
Geländearbeiten**



Wolfgang Fritz Haug
**Versuch, beim
täglichen Verlieren des
Bodens unter den
Füßen neuen Grund
zu gewinnen**
Das Perestrojka-Journal
Juni 1989—Mai 1990
510 S., br., DM 34,—

Wolfgang Fritz Haug hat sich bereits in seiner umfassenden Studie über die Ideen und die Ideologie der Perestrojka (Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken, 1989) als gründlicher Analytiker der geistigen und politischen Situation der Sowjetunion ausgewiesen. Er hat nun den Prozeß der Umgestaltung weiter verfolgt, akribisch die Veränderungen, Brüche, Konflikte wahrgenommen und notiert und sich dabei in zunehmendem Maße auf den Transformationsprozeß der sozialistischen Staaten insgesamt konzentriert. Sein Ziel war nicht — und konnte es auch gar nicht sein — die sich überstürzenden Ereignisse zu analysieren und auf ihre objektiven Möglichkeiten hin zu befragen. Vielmehr hat er die subjektive Sichtweise des politischen Tagebuchs gewählt, um sich und anderen Rechenschaft abzulegen über das, was bis vor kurzem noch dem Reich der Phantasie zugehörig schien.

Argument
Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

BÜCHER

Betr.: MONATSZEITUNG NOV. 90

Artikel von T. Ebermann und R. Trampert

..... Eigentlich finde ich es nicht die Aufgabe einer österreichischen Monatszeitung, einen Diskurs der deutschen Linken zu dokumentieren, noch dazu, wo's jede/r ja eh zur Genüge im „konkret“ zum gleichen Thema nachlesen kann. Wenn es jetzt nun aber so ist, dann möchte ich auch meinen Senf dazugeben. Aus der Sicht einer/s österreichischen Linken ist der Text von Trampert und Ebermann schier unerklärlich, da die Linke in Österreich dermaßen darniederliegt, daß eine PDS gerade wie ein Weihnachtsgeschenk anmutet. In der BRD ist die Linke Liste/PDS (bzw. nur PDS) für viele eine Perspektive, eine Möglichkeit, um aus dem Sumpf unzähliger linker Kleingruppchen herauszukommen. Sie bietet erstmals wieder eine Chance auf Massenwirksamkeit. Die Vorwürfe von Trampert/Ebermann sind berechtigt. Auch mir wäre deklariert Antikapitalismus lieber als schwammige Bekundungen, auch mir wäre *kein* Bekenntnis zu Deutschland lieber, auch mir stehen die Haare zu Berge, wenn die PDS einem Antrag der CDU zustimmt, Maßnahmen gegen 'extremistische Kräfte' (sprich Autonome) in Berlin Lichtenberg zu ergreifen. Und dennoch: Es ist zu einfach, der PDS Sozialdemokratisierung vorzuwerfen, oder sie auf ein „sozialdemokratisches Programm mit blaßgrünen Tupfern“ zu minimalisieren, wie das Renate Damus, Sprecherin des Bundesvorstandes der Grünen, in der Oktober-Nummer des „konkret“ machte! Ich werfe da einfach mal Arroganz und Abgehobenheit vor, man kann Gregor Gysi nur immer wieder zitieren, wenn er meint, die Erfahrungen Linker in der DDR und in der BRD unterscheiden sich gravierend. Nämlich zum Beispiel darin, daß Diskussionen der BRD-Linken wie zum Beispiel über Feminismus oder ökologische Zerstörung in der DDR nie in dem Ausmaß geführt wurden. In Anbetracht dessen kann man/frau nur staunen, wie aus einer männerbündlerischen, technokratischen etc. SED eine PDS entstehen konnte, die sich zurecht mit frauenfreundlichen (auch wenn es vorläufig (?) nur bei der Gleichstellungsformel bleibt) und ökologisch be-

wußten Attributen versehen kann. Das zeigt zumindest die Fähigkeit, sich verändern zu können und zu wollen.

Und das ist doch immerhin schon etwas, vielleicht geht noch mehr! Man darf doch wohl gelegentlich optimistisch sein.

Liebe Grüße,
Eva Bertels

P.S.: Soeben lese ich ein Interview mit der AG Junge GenossInnen in der PDS, das meine Sicht bestätigt. Junge Genossin: „Es gibt so einige Themen, Ökologie, Frauenproblematik u.a., wo wir ziemlich zurück sind, wo die Diskussion in der PDS noch nicht so weit ist ... Und das bedeutet aber, daß Themen, die gerade auch in Zusammenhang mit Linken aus dem Westen wichtig wären, daß die nach hinten rutschen.“

Betr.: MONATSZEITUNG allgemein

Liebe Leute!

..... In Kenntnis über das drohende Ende der MONATSZEITUNG gesetzt, wollen wir unserer Meinung Ausdruck verleihen, daß alternative Politik, Wirtschaft und Kultur - alternative Meinung im allgemeinen - nach wie vor ein Medium in Form einer Monatszeitung braucht.

Studienrichtungsvertretung Mathematik/Physik

Roter Vektor

Betr.: MONATSZEITUNG NOV. 1990 Interview „Den Kapitalismus ökologisch modernisieren“ mit Joseph Huber.

Lieber Christof, liebe LeserInnen!

..... Joseph Huber ist mir bei meinen New Age-/Esoterik-Forschungen immer wieder in die Quere gekommen. Als einer, der Ideen im Sinne des neuen, ganzheitlichen, spirituellen Zeitalters kreiert und verbreitet. Huber ist nicht nur Ökoberater bei Vranitzky, sondern auch Dozent bei der ÖVP-nahen Wiener Akademie für Zukunftsfragen. Bekannte New Age-Diktion sticht sofort ins Auge. Gleich zu Beginn meint Huber: „Wir müssen da hindurch“, in diesem Fall durch die Modernisierungsbewegung der Industriegesellschaft. Auf dem Weg ins Neue Zeitalter muß immer „wer wo hindurch“ - meist durch sehr

unangenehme bis unerträgliche Gegebenheiten (die sich halt nicht ändern lassen). Der Psychotherapeut Eckhard Gießel nannte das das 'Fegefeueraxiom' (das verzweifelte Individuum steige danach wie Phönix aus der Asche empor!). Das zweite New Age-Charakteristikum: „Das systemisch-evolutionäre Denken“, das sogar sprechen kann ... denn, es „sagt uns nun, daß die Komplexität sich selbsterneuernder Prozesse unser Wahrnehmungs- und Gestaltungsvermögen immer übersteigt“. Das heißt doch im Klartext, daß wir gar nichts tun brauchen, anything goes - aber selbstgesteuert! „Man kann nur stattfindende Entwicklungen möglichst schnell begreifen und versuchen, die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen.“

Durchgängiges Prinzip im New Age ist die Annahme, die Erde (Natur) - und daraus wird 'natürlich' auch gleich immer auf die Gesellschaft geschlossen - wisse besser (als wir) was gut für sie ist, sie wird es sich schon richten, sie paßt sich den Bedingungen an und macht das Beste daraus (Selbstorganisationstheorie!). Genauso ist es mit dem geistigen Bereich, das neue, spirituelle, ganzheitliche, ökologische Zeitalter „ergibt sich von selbst“, wir dürfen nicht gegen den Strom der Zeit schwimmen, wir brauchen ES nur geschehen lassen.

Dankenswerterweise gibt es wenigstens ein paar WissenschaftlerInnen, die dieser allseits (von ÖVP, SPÖ bis New Age) attraktiven Systemtheorie auf den Grund gegangen sind: Diese war ja bereits in der Zwischenkriegszeit höchst en vogue und hat dann den Nazi-Ideologien gut in den Kram gepaßt. Schramm stellt der Systemtheorie das Zeugnis einer „schlechten Wissenschaft, eines (System-)Theorieklempneriums“ (auf gut Wienerisch: Systemtheorie-Pfuscherei) aus, das allerdings zur Weltanschauung aufgeblasen wird. Lieber Christof, mit Deinen 'netten' Fragen als Interviewer hast Du voll ins 'Schwarze' (im mehrfachen Sinn) getroffen ... Sie konterkarieren die Antworten bestens! Du hast Huber gekonnt das entlockt, was uns in der nächsten Zukunft ins Haus stehen wird - für wahr keine rosigen Aussichten, auch wenn es reihum dafür gehalten wird!

Alles Liebe

Maria Wölflingseder, Wien

IMPRESSUM

Inhaber, Herausgeber, Verleger, Anschrift der Redaktion:
GAV Grün-Alternativ Verlagsges.m.b.H.,
Neulerchenfelderstr.12, A-1160 Wien,
Tel. 0222/408 35 71,
Registernummer: DVR 0552917,
Bankverbindung: CA 0245 4051/77,
Volksbank Seeheim eG BLZ 508 648 08,
Kto. 58 297, Telex 111322 gavco,
Telefax 0222/408 38 32

Geschäftsführung:
Abdul Ghani Elmani

Redaktion:
Hannes Hofbauer, Karl Lind,
Christof Parreiter, Ulrike Sladek

Produktionsleitung:
Margarete Neumann

Ständige AutorInnen:
Wolfgang Beyer, Jutta Dittfurth, Christian Feichtinger, Erica Fischer, Susi Harringer, Andrea Komlosy, Birge Krondorfer, Susi Riegler, Franz Schandl, Igor Schellander, Günter Schneider, Rainer Werning

AutorInnen dieser Ausgabe:
Otto Johannes Adler, Julian Bartosz, Geri Ecker, Sylvia Eiblmaier, Thomas Fruth, Werner Gölitzer, Andreas Herzau, Andreas Hofbauer, Edith Jakob, Sylvia Jura, Gabriele Jutz, Walter Keller, Kurt Krickler, Ursula Kubes-Hofmann, Sabine Perthold, Johanna Riegler, Karl Heinz Stamm, Gaby Weber, Christine Weber Herforth, Susann Zimmermann

Fotos/Grafiken:
Agathe Bieri, Ben Buxton/ Brot f. d. Welt, Linda Christanell, Contrast, CONTRAST/P. Piel/E. Baitel, Frauenarbeitskreis/Museum d. Arbeit, G.A.F.F./O. Jandke, Harald Goldhahn, Andreas Hofbauer, Hannes Hofbauer, Andrea Komlosy, Naturhistorisches Museum, van der Straeten, Suhrkamp Verlag, TheaterBrett, Tobis Film, Transit/M. Jenichen, Helmut Vogl Votava, Wirtschaftsministerium

Grafik: Gisela Scheubmayr

Lektorat: Helga Pankratz

Satz: GAV

Abonnement: Christine Elmani

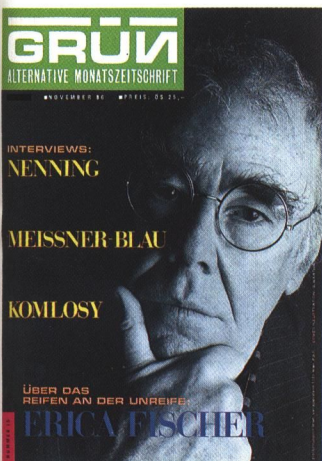
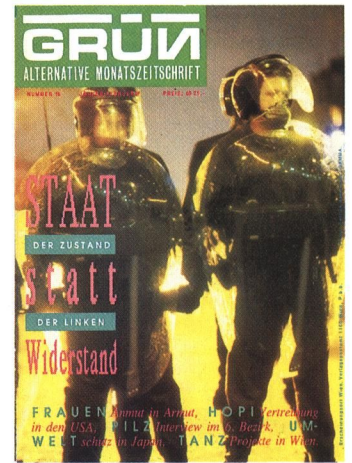
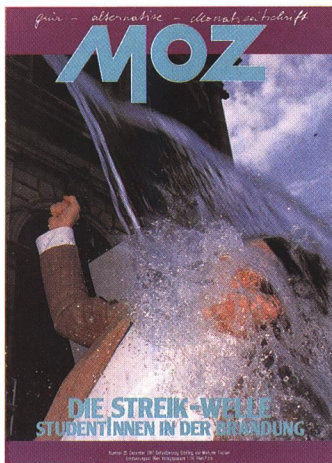
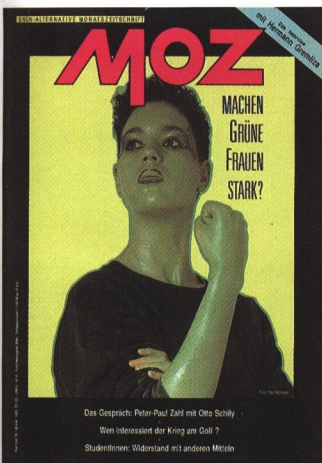
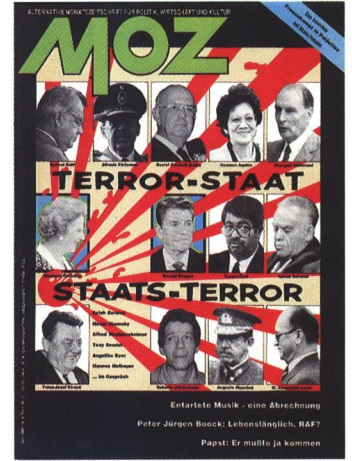
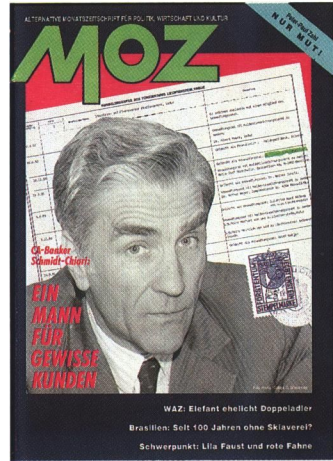
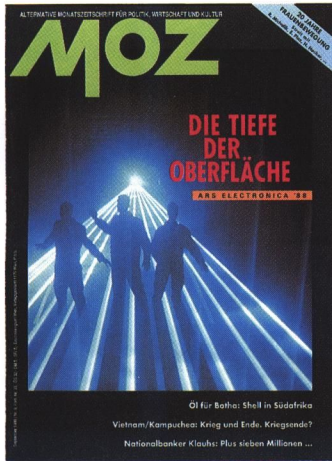
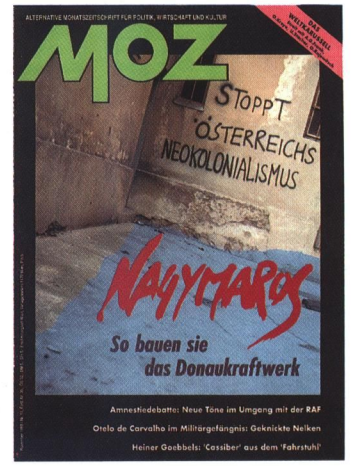
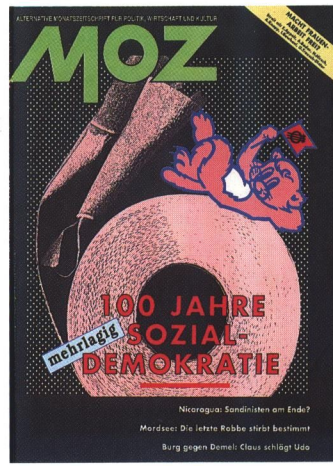
Buchhaltung und Sekretariat:
Petra Dorrek

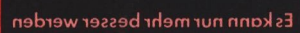
Druck:
Strohhal Druck, Tenschertstraße 7, 1230 Wien

Vertrieb:
Österreich: Morawa & Co, 1010 Wien, Wollzeile 5
Schweiz: Kiosk AG, Maulbeerstraße 11, 3001 Bern.
Nachdruck muß mit dem Verlag abgesprochen werden.
Namentlich gezeichnete Artikel und Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.
Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Letzte Nummer





ԿԴՁԳՂ ԽՈՄ ՈԳՈՒՂԳԶԳՂ ՈԳՐԶՈՄ ՈԳՎՈՅՆ ԴՆ